

P. b. b. Erziehungswort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

165. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XI. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 10. Dezember 1969

Tagesordnung

1. Grüner Plan 19
2. Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1970
 - Spezialdebatte
 - Beratungsgruppe VIII: Land- und Forstwirtschaft

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 14125)
 Entschuldigung (S. 14125)
 Ordnungsruf (S. 14144)

Bundesregierung

Schriftliche Anfragebeantwortungen (S. 14125)

Verhandlungen

Gemeinsame Beratung über

Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft betreffend den Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Plan 1970) (1430 d. B.)

Berichterstatte: Brandstätter (S. 14126)

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1388 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1970 (1462 d. B.)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe VIII: Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft, Kapitel 62: Preisausgleiche, Kapitel 77: Österreichische Bundesforste
 Spezialberichterstatte: Brandstätter (S. 14127)

Redner: Pfeifer (S. 14128), Ing. Karl Hofstetter (S. 14131), Meißl (S. 14137), Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer (S. 14143 und S. 14168), Dipl.-Ing. Tschida (S. 14145), Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs (S. 14151), Griesner (S. 14159), Herta Winkler (S. 14165), Grundemann-Falkenberg (S. 14170), Pansi (S. 14174), Breiten-

eder (S. 14183), Horejs (S. 14188), Nimmer voll (S. 14192), Robak (S. 14195), Fachleutner (S. 14199), Fux (S. 14203), Kinzl (S. 14207) und Zeillinger (S. 14209)
 Kenntnisnahme des Grünen Planes (S. 14216)
 Annahme der Beratungsgruppe VIII (S. 14216)
 Vertagungsbeschluss (S. 14217)

Eingebracht wurden

Anfragen der Abgeordneten

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs und Genossen an den Bundeskanzler, betreffend Gewährung von Subventionen im Jahre 1969 (1499/J)

Robak, Wielandner, Wodica und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend Pflichttarife (1500/J)

Moser, Wielandner und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend Vergabe der Wohnbauforschungsmittel (1501/J)

Pay, Zingler und Genossen an den Bundesminister für Unterricht, betreffend „Schuljugend lernt die Bundeshauptstadt kennen“ (1502/J)

Steinhuber und Genossen an die Bundesregierung, betreffend Auslandsdelegierungen (1503/J)

Gertrude Wondrack und Genossen an die Frau Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend klinische Erprobung neuer Medikamente (1504/J)

Anfragebeantwortungen

Eingelangt sind die Antworten

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Abgeordneten Melter und Genossen (1402/A. B. zu 1436/J)

des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Fröhbauer und Genossen (1403/A. B. zu 1485/J)

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Fröhbauer und Genossen (1404/A. B. zu 1420/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. Maleta,
 Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner,
 Dritter Präsident Wallner.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Benya, Czernetz, Radinger, Libal und Mayr.

Entschuldigt ist der Abgeordnete Gratz.

Es sind drei schriftliche Anfragebeantwortungen eingelangt, die den Fragestellern zugegangen sind. Sie wurden auch vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Im Einvernehmen mit den Klubs schlage ich vor, die Debatte über die beiden auf der

Präsident

heutigen Tagesordnung stehenden Punkte unter einem abzuführen.

Falls dieser Vorschlag angenommen wird, wird zuerst der Berichterstatter seine beiden Berichte geben, sodann wird die Debatte gemeinsam durchgeführt. Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich — wie immer in solchen Fällen — getrennt.

Wird dagegen ein Einwand erhoben? — Das ist nicht der Fall. Die Debatte wird daher über beide auf der heutigen Tagesordnung stehenden Punkte gemeinsam abgeführt.

1. Punkt: Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft betreffend den Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Plan 1970) (1430 der Beilagen)

2. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1388 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1970 (1462 der Beilagen)

Spezialdebatte**Beratungsgruppe VIII**

Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft

Kapitel 62: Preisausgleiche

Kapitel 77: Österreichische Bundesforste

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zu den Punkten 1 und 2, über die soeben beschlossen wurde, die Debatte unter einem abzuführen. Es sind dies:

1. Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Plan 1970) und

2. Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1970, Spezialdebatte über die Beratungsgruppe VIII.

Berichterstatter zu beiden Punkten ist der Abgeordnete Brandstätter. Ich bitte ihn um die beiden Berichte.

Berichterstatter **Brandstätter:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bringe zuerst den Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft betreffend den Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes.

Gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes vom 13. Juli 1960 hat die Bundesregierung am 9. Oktober 1969 dem Nationalrat einen „Bericht über die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft 1968“ vorgelegt.

Die Feststellungen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft betreffen die Stellung der Landwirtschaft in der österreichischen Volkswirtschaft, die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft im Jahre 1968, die

Auswertungsergebnisse von Buchführungsunterlagen landwirtschaftlicher Betriebe sowie einen Überblick über die Verwendung der Mittel des Grünen Planes 1968.

Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft am Bruttonationalprodukt und Volkseinkommen ist nach vorläufigen Berechnungen 1968 auf 7,1 Prozent beziehungsweise 6,5 Prozent zurückgegangen. Das Produktionsvolumen ist real weiter gestiegen, jedoch infolge der wechselhaften Witterungsverhältnisse in geringerem Ausmaß als in den Jahren zuvor. Zugleich verstärkte sich der Preis-Kosten-Druck. Als Folge der hohen landwirtschaftlichen Marktleistung kosteten Agrarerzeugnisse, Lebens- und Genußmittel im Großhandel durchschnittlich etwas weniger als im Jahr zuvor.

Die Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen ist um 20.700 gesunken. Auch die Zahl der hauptberuflich geführten Betriebe ist 1967 und 1968 zwischen 3 Prozent und 4 Prozent zurückgegangen. Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität um 3,5 Prozent war durch den Rückgang der Arbeitskräfte bestimmt.

In den buchführenden bäuerlichen Testbetrieben ist der Rohertrag (plus 2 Prozent) relativ geringer als der Aufwand (plus 5 Prozent) gestiegen. Die Umstellung auf eine kapitalintensivere Betriebsweise setzte sich fort. Das Betriebseinkommen je Arbeitskraft und Jahr erreichte im Mittel der Testbetriebe 28.674 S. Damit ist es im Vergleich zu 1967 nicht weiter gestiegen. Die mit Abstand beste Einkommensschöpfung wiesen wieder die Betriebe des Nordöstlichen Flach- und Hügellandes und des Alpenvorlandes aus. Im Alpenvorland (plus 8 Prozent) sowie im Wald- und Mühlviertel (plus 3 Prozent) konnte das Betriebseinkommen weiter erhöht werden. Abgesehen von den nach wie vor zu extensiver Wirtschaftsweise gezwungenen Grünlandbetrieben war festzustellen, daß Betriebe mit geringer Boden-, aber auch Kapitalausstattung in der Regel niedrigere Einkommen aufweisen. Allerdings sind vor allem die flächenmäßig kleineren Betriebe oder Betriebe mit ungünstigeren natürlichen Produktionsbedingungen bemüht, außer dem landwirtschaftlichen Einkommen auch ein Nebenerwerbseinkommen zu erzielen. Jene Produktionslagen fallen einkommensmäßig besonders stark ab, wo keine oder nur geringe Chancen bestehen, ein Nebenerwerbseinkommen zu erzielen. Dies trifft insbesondere für das Südöstliche Flach- und Hügel land sowie für das Wald- und Mühlviertel zu.

Der durchschnittliche Arbeitsertrag je Arbeitskraft und Jahr ist mit 14.968 S ermittelt worden, die Verzinsung mit 0,7 Prozent.

Brandstätter

Alles in allem verdeutlichen die Betriebsergebnisse, daß infolge des hohen Erzeugungsvolumens und des im Vergleich hiezu begrenzten Absatzes in Hinkunft eine Verbesserung des Einkommens insbesondere durch Rationalisierungsmaßnahmen, weitere strukturelle Änderungen, Hebung der Qualität der Produkte und Verbesserung der Vermarktung erwartet werden kann.

Wenngleich 1968 im allgemeinen ein Einkommensrückschlag vermieden und weitere Maßnahmenfolge erzielt werden konnten, ist nicht zu übersehen, daß noch ein großer Nachholbedarf besteht. Die anhaltenden Änderungen in der Agrarstruktur überfordern hierbei vielfach die Kräfte des Einzelbetriebes. Das Streben nach einer besseren Ausstattung mit Boden und Kapital, nach einer rationelleren Vermarktung kann nur durch eine Fortführung der eingeleiteten Maßnahmen in einem beschleunigten Tempo realisiert werden.

Im Bericht der Bundesregierung wird vorgeschlagen, für die Maßnahmen des Grünen Planes im Jahre 1970 Bundesmittel in der Höhe von 780 Millionen Schilling einzusetzen. Im Entwurf des Bundesfinanzgesetzes 1970 sind 370 Millionen Schilling als Summe der Ansätze 1/603 (ordentliche Gebarung) und 410 Millionen Schilling als Summe der Ansätze 5/603 (außerordentliche Gebarung) veranschlagt.

Für die Schwerpunktmaßnahmen sind beachtliche Mittel vorgesehen, und zwar für die Verbesserung der Produktionsgrundlagen 103, für die Verbesserung der Struktur und Betriebswirtschaft 383, für Absatz- und Verwertungsmaßnahmen 17, für das Forschungswesen 13, für den Landarbeiterwohnungsbau 34 und für Zinsenzuschüsse 230 Millionen Schilling. Daraus wird ersichtlich, daß die Hauptquote der Bundesmittel wieder für strukturverbessernde Maßnahmen vorgesehen ist. Die Zinsenzuschüsse werden die Inanspruchnahme eines Kreditvolumens von 1,2 Milliarden Schilling an Agrarinvestitionskrediten und von 100 Millionen Schilling für Kredite des Besitzstrukturfonds ermöglichen.

Der Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Plan 1970) wurde vom Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft in seiner Sitzung am 7. November 1969 in Verhandlung gezogen.

Nach einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Griebner, Pansi, Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr, Meißl, Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs, Dipl.-Ing. Tschida, Fux, Pfeifer, Dr. Staribacher sowie der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing.

Dr. Schleinzler beteiligten, faßte der Ausschuß mit Stimmenmehrheit den Beschluß, dem Hohen Hause zu empfehlen, den vorliegenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den vorliegenden Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Plan 1970) samt Beilage zur Kenntnis nehmen.

Und nun der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1388 der Beilagen), Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1970, Spezialbericht zur Beratungsgruppe VIII, Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft, Kapitel 62: Preisausgleiche, Kapitel 77: Österreichische Bundesforste.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe VIII zusammengefaßten Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft, 62: Preisausgleiche, sowie 77: Österreichische Bundesforste, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1970 in seiner Sitzung am 7. November 1969 der Vorberatung unterzogen.

Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft.

Im Bundesvoranschlag 1970 sind für die Land- und Forstwirtschaft in der ordentlichen Gebarung 2058,876 Millionen Schilling und in der außerordentlichen Gebarung 410 Millionen Schilling, insgesamt daher 2468,876 Millionen Schilling veranschlagt.

Von den unter Kapitel 60 veranschlagten Einnahmen in der Höhe von 640,6 Millionen Schilling entfallen 362,9 Millionen Schilling auf die aus dem Katastrophenfonds zufließenden Mittel und weitere 40 Millionen Schilling auf Interessentenbeiträge zu Maßnahmen an Bundesflüssen. Die übrigen Einnahmen ergeben sich vor allem aus Mietgebühren und Amortisationsquoten im Rahmen der Bauhofgebarung sowie dem Verkauf von Anstalts-erzeugnissen und der Einhebung von Gebühren beim Grenzbeschaudienst und bei der Qualitätskontrolle.

Kapitel 62: Preisausgleiche.

Im Bundesvoranschlag für das Jahr 1970 sind für Preisausgleiche 2620,206 Millionen Schilling veranschlagt, denen 497,034 Millionen Schilling Einnahmen gegenüberstehen. Bei diesen Einnahmen handelt es sich größtenteils um zweckgebundene Import- und Transportausgleichsbeiträge nach dem Marktordnungsgesetz.

Kapitel 77: Österreichische Bundesforste.

Im Voranschlag 1970 des Wirtschaftskörpers „Österreichische Bundesforste“ sind die mit der Verwaltung beziehungsweise Bewirtschaft-

Brandstätter

tung des 822.677 ha großen Bundesforstbesitzes (hievon 485.558 ha Wald) unumgänglich verbundenen Ausgaben und die dabei höchstmöglich erzielbaren Einnahmen, insbesondere aus der Nutzung von rund 1,730.000 fm Holz, vorgesehen.

Veranschlagten Betriebsausgaben von 775,271 Millionen Schilling stehen Betriebseinnahmen von 725,113 Millionen Schilling gegenüber. Die Österreichischen Bundesforste werden im Jahre 1970 somit einen voraussichtlichen Betriebsabgang von 50,158 Millionen Schilling zu verzeichnen haben.

An der Debatte über die Kapitel 60, 62 und 77 beteiligten sich außer dem Spezialberichterstatter und dem Herrn Bundesminister 20 Abgeordnete.

Im übrigen darf ich auf den gedruckt vorliegenden Ausschußbericht verweisen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft, dem Kapitel 62: Preisausgleiche, und dem Kapitel 77: Österreichische Bundesforste, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1970 wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Weiters beantrage ich, in die Spezialdebatte einzugehen.

Präsident: Bevor wir in die Debatte eingehen, gebe ich bekannt, daß mir ein Antrag vorliegt, die Verhandlungen über den Bundesvoranschlag für das Jahr 1970 nach Abstimmung über die Beratungsgruppe VIII: Land- und Forstwirtschaft, gemäß § 46 Abs. 6 Geschäftsordnungsgesetz zu vertagen. Ich werde diesen Antrag am Schluß zur Abstimmung bringen.

Wir gehen nunmehr in die Debatte ein. Als erster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Pfeifer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Pfeifer (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Das Budget 1970 ist das letzte Budget der monocoloren ÖVP-Regierung. Es ist daher, wie ich glaube, notwendig, daß wir gerade in dem heute in Verhandlung stehenden Haushaltskapitel Landwirtschaft auch über rund vier Jahre ÖVP-Agrarpolitik in der Alleinregierung debattieren.

Das Präliminare des vorliegenden Landwirtschaftshaushaltes umfaßt Ausgaben in Höhe von 2,4 Milliarden Schilling. Dazu kommen noch die Ausgaben für Preisausgleiche in Höhe von 2,6 Milliarden Schilling. Für das land- und forstwirtschaftliche Schulwesen wurden 413 Millionen Schilling und

für den Schutzwasserbau und die Lawinenverbauung wurden 658 Millionen Schilling an Ausgaben präliminiert. Auf dem Einnahmesektor des Kapitels Land- und Forstwirtschaft sind 651 Millionen Schilling ausgewiesen.

Hohes Haus! Ich möchte nun den Erfolgsberichten über Ihre ÖVP-Agrarpolitik, die sicher nicht nur von Ihnen, Herr Bundesminister, sondern von allen in Richtung Rednerpult in Marsch gesetzten ÖVP-Bauernbundesabgeordneten groß und breit dargelegt werden, doch einiges entgegenhalten.

Herr Bundesminister! Ihnen möchte ich gleich vorweg sagen, daß es, wie ich glaube, nichts Gefährlicheres gibt, als über erkennbare Ansätze einer versuchten Änderung der durch Jahrzehnte hindurch zu konservativen und von egoistischem Wunschdenken überschatteten Agrarpolitik jetzt bereits in eine euphorische Stimmung auszubrechen.

Die gigantischen Schwierigkeiten des gegenwärtigen gewaltigen Umwandlungsprozesses innerhalb der Landwirtschaft sind uns allen bekannt, und wir Sozialisten glauben, daß diese Schwierigkeiten zu groß und die Zeit für viele Tausende Bauern, die durch diesen Umwandlungsprozeß oft hart getroffen werden, zu ernst ist, um jetzt in eine Art Selbstbeweihräucherung Ihrer Politik zu fallen.

Wir wissen — und ich sage Ihnen dies als sozialistischer Bauer —, daß es zehn Jahre gedauert hat, bis Sie, Herr Bundesminister, geneigt oder in der Lage waren, einige unserer klaren Darlegungen über sozialistische Agrarpolitik, wie Sie sie auch in unserem Wirtschaftsprogramm nachlesen können, ansatzweise in den Grünen Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1968 hineinzunehmen.

Es ist uns völlig klar, daß diese ansatzweise Änderung im Grünen Bericht nicht nur auf Drängen des Arbeitsbauernbundes und der sozialistischen Arbeiterkammer- und Gewerkschaftsfraktion erfolgt ist, sondern weil es eben ganz einfach auch von Ihrer Seite nicht mehr möglich war, sich klaren Erkenntnissen der Volkswirtschaft länger entgegenzustellen. Wir Sozialisten wollen nur hoffen — und wir haben dies auch im Ausschuß gesagt —, daß nicht wieder zehn Jahre verstreichen müssen, bis man die im Grünen Bericht erkennbaren Änderungstendenzen auch teilweise im Grünen Plan vorfindet.

Hohes Haus! Wenn man sich die österreichische Getreidewirtschaft ansieht und die Zahlen im Grünen Bericht studiert, so fällt auf, daß die Brotgetreideernte 1968 mit

Pfeifer

1.474.000 Tonnen um 37.000 Tonnen und damit um 3 Prozent höher war als 1967. Trotz Ihrer 1967 durchgeführten preispolitischen Maßnahmen mußten Sie erkennen, Herr Bundesminister, daß bei relativ guten Erntejahren eine neuerliche Steigerung der Hektarerträge möglich ist. Wir stellen also fest, daß der wünschenswerte Anbauflächenrückgang von insgesamt 7267 Hektar durch eine neuerliche Ertragsteigerung von vier Prozent je Hektar mehr als ausgeglichen wurde. *(Ruf bei der ÖVP: Das ist furchtbar!)*

Im Grünen Bericht findet man die Erklärung, daß für die Erhöhung des Produktionsvolumens vor allem die Ausweitung der Roggenanbauflächen um drei Prozent und die erzielten um sieben Prozent höheren Erträge bei Roggen ausschlaggebend waren.

Das Erntevolumen von Weizen war, obwohl sich die Anbaufläche um 10.700 Hektar vermindert hat, trotz der um drei Prozent gestiegenen Flächenleistung nur ganz knapp unter dem Ergebnis des Vorjahres geblieben. Die Gesamtmarktleistung an Weizen war also laut Grünem Bericht mit 695.000 Tonnen zwar um acht Prozent geringer als 1967, sie lag aber um 51 Prozent über dem Jahresbedarf. Bei Roggen konnte mengenmäßig die Bedarfsdeckung erreicht werden.

Herr Bundesminister! Die von Ihnen eingeleiteten preispolitischen Maßnahmen waren so „erfolgreich“, daß laut Grünem Bericht in der Zeit vom 1. Juli 1968 bis Ende April 1969 185.000 Tonnen Mahlgetreide — davon 29.000 Tonnen Roggen — denaturiert und verfüttert werden mußten, da dieses überschüssige Brotgetreide nirgends mehr zu verkaufen war.

Wenn im Grünen Bericht davon gesprochen wird, daß der Futtergetreidesektor nur mit denaturiertem Mahlgetreide geringerer Qualität beschickt wurde, so muß man doch dazu feststellen, daß es sich hier um die normale Qualität handelt, da ja bei allen Übernahmestellen — und dies ist richtig — das Getreide sehr genau gesiebt wird und der „Ausputz“, wie es in der Fachsprache heißt, ja sowieso dem Produzenten verbleibt.

Trotz Ihrer gesetzten preispolitischen Maßnahmen geht die Aktion Steuermillionen für Überschußverwertung und damit für den Futtertrog weiter. Auf Grund dieser Situation bedarf es weiterer Bemühungen, die Umschichtung von Brot- auf Futtergetreide an das gewünschte Ausmaß heranzuführen, liest man im Grünen Bericht.

Herr Bundesminister! Ich frage Sie mit Rücksicht auf die um mehr als ein Viertel angestiegene Körnermaisproduktion, die dazu

beiträgt, die Schließung der Produktionslücke bei Futtergetreide in absehbarer Zeit durchzuführen: Wohin werden sie umschichten, wenn wir auch auf diesem Gebiet autark sind? Was werden Sie tun und welche Vorsorge haben Sie getroffen, um der Landwirtschaft ein gerechtes Einkommen zu verschaffen, wenn es auf Grund der hohen Marktleistungen bei den pflanzlichen Erzeugnissen keinerlei Produktionsspielraum mehr gibt?

Wir wissen, daß die Anpassung der Produktion an die Gegebenheiten des Marktes nicht leicht ist, weil man doch auch nicht übersehen darf — da gebe ich Ihnen vollkommen recht —, daß die 380.000 landwirtschaftlichen Betriebe natürlich als Unternehmer ihre eigenen Entscheidungen zu treffen haben. Wir wollen aber auch verhindern, daß ein Großteil jener Bauern durch Ihren Balanceakt der Produktionsanpassung eine neuerliche Einkommensminderung hinnehmen muß.

Herr Bundesminister! Die Situation auf dem Weinbausektor ist auch trotz des etablierten Weinwirtschaftsfonds nicht entscheidend besser geworden. Mit der zusätzlichen Schaffung von Lagerraum konnte zwar die Ernte aufgenommen werden, doch wirkt der relativ hohe Vorrat an Altwein sich äußerst drückend auf die Faßweinpreise aus. Sehen Sie, Herr Bundesminister, Möglichkeiten, die ungünstige Preissituation, die heute gerade für Tausende kleine Weinhauer unerträglich wird, durch entsprechende Maßnahmen erträglicher zu gestalten?

Zur Treibstoffverbilligung, die im Voranschlag mit 218 Millionen Schilling präliminiert ist, würde mich sehr interessieren, ob Sie, Herr Bundesminister, die Meinung vertreten, daß wir in diesem Zusammenhang allmählich eine gewisse obere Grenze der Mechanisierung erreicht haben und ob also noch zusätzliche Möglichkeiten einer zusätzlichen Mechanisierung mit treibstoffverbrauchenden Maschinen bestehen.

Hohes Haus! Bei der Debatte im Landwirtschaftsausschuß über den Grünen Plan wurde uns von der Seite der ÖVP in ihrem Erfolgsbericht mitgeteilt, daß es diesmal ein Jubiläum zu feiern gäbe, nämlich 10 Jahre Grüner Plan. Wenn Sie nun zum zehntenmal seit 1961 den Grünen Plan vorlegen und damit jubilieren wollen, so möchte ich Ihnen sagen, daß Sie zum erstenmal nach neun Grünen Plänen bei im wesentlichen gleichen Inhaltsangaben mit unterschiedlichen Dotierungen im zehnten Grünen Plan die Strukturpolitik Ihrer Prägung entdeckt haben. Sie werden für den Besitzstrukturfonds 10 Millionen als Bundesbeitrag und 100 Millionen als Kredit

Pfeifer

durch den Grünen Plan bereitstellen. Wir glauben, Herr Bundesminister, dies war eine späte Erkenntnis. Wenn man die im Grünen Plan ausgewiesenen agrarischen Operationen studiert, so sieht man sich einer Agrarstrukturpolitik des Kriechganges gegenüber. Beschleunigt man die so notwendigen landwirtschaftlichen Kommissierungen nicht und arbeitet man mit dem gleichen Finanz- und Personalaufwand weiter, so werden wir möglicherweise im Jahr 2000, also in zirka 30 Jahren, eine der Voraussetzungen für die Strukturpolitik erfüllt haben. So lang, Herr Bundesminister, wird uns die rasante Entwicklung gerade in der Landwirtschaft nicht Zeit lassen.

Hohes Haus! Die entscheidende Frage für die Landwirtschaft der siebziger Jahre lautet unserer Meinung zufolge: Ist die Bewältigung der großen Probleme dieser wichtigen Sparte der Staatswirtschaft mit dem weiteren Abschreiben des Grünen Planes möglich? Wir Sozialisten sind der Meinung, daß sich eine echte Strukturpolitik gerade im Grünen Plan schon seit Jahren hätte etablieren müssen. Wir sind davon überzeugt, daß man in den Grünen Plänen der siebziger Jahre nicht nur von Strukturpolitik reden und schreiben soll, sondern daß man die Grünen Pläne zum Instrument der Strukturpolitik machen muß. Dabei ist zu überlegen und zu prüfen, ob man nicht im gesamten Landwirtschaftsbudget durch eine gezielte Umschichtung der finanziellen Dotierung schneller und zügiger in der Strukturpolitik als Schwerpunkt vorankommt.

Sie werden jetzt kommen und auf das Strukturverbesserungsgesetz hinweisen, Herr Bundesminister. Wir sind der Meinung, daß man Strukturpolitik nicht allein machen kann. Wir haben Ihnen bei der Beratung dieses so wichtigen Gesetzes gesagt, daß bei der Verteilung der 500 Millionen, mit denen dieser Fonds zu dotieren ist, Sie zwar ressortzuständig sind, daß jedoch, wenn es dort von Ihrer Seite nichts zu verbergen gibt, auch anderen Stellen, zum Beispiel den Arbeitnehmerorganisationen, eine Mitwirkung, mindestens jedoch eine Kontrollmöglichkeit gegeben werden soll. Die Mehrheit dieses Hauses hat dies abgelehnt. Solange Sie, Herr Bundesminister, allein ohne jede Kontrolle die Mittel verteilen, halten wir unseren Einwand aufrecht, daß öffentliche Gelder einer unzweckmäßigen Verwendung zugeführt werden könnten.

Herr Bundesminister! Unser Staat kann sich die mögliche Methode der politischen Seelenkäufe durch hart erarbeitete Steuergelder nicht leisten.

Hohes Haus! Wenn ich mich jetzt absichtlich mit der Strukturpolitik befäßt habe, so werden Sie einwenden und uns erklären, daß bereits wieder 15.000 selbständige und familieneigene Arbeitskräfte sowie 5700 unselbständige Arbeitskräfte, in Summe also 20.700 Menschen, 1968 ihre land- und forstwirtschaftliche Tätigkeit aufgegeben haben; und Sie werden uns entgegenhalten: Ja geht denn dieser Umwandlungsprozeß nicht ohnedies von allein rasch genug!

Meine Damen und Herren der rechten Seite dieses Hauses! Der Unterschied in dieser Frage liegt darin, daß wir Sozialisten in unserem Wirtschaftsprogramm über die Neugestaltung der Agrarpolitik bei der agrarpolitischen Zielsetzung eine bewußte Anpassung an die Strukturveränderungen verlangen. Ich zitiere wörtlich: Die Anpassungsprobleme, vor die sich die österreichische Landwirtschaft gestellt sieht, verlangen tiefgreifende Strukturveränderungen. Dieser Anpassungsprozeß soll aber — im Gegensatz zur Entwicklung in der Vergangenheit — kein Erleiden und Erdulden sein, sondern ein bewußt gestalteter Prozeß.

Sie, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, arbeiten in der Strukturpolitik programmlos, nach dem Schema: es wird sich so wie in der Vergangenheit ohne wesentliche staatliche Einflußnahme sowieso alles alleine richtig entwickeln.

Wir halten fest: Sie haben für die Landwirtschaft kein Programm, Sie leben vom teuren Improvisieren. Vom seinerzeitigen Koren-Bericht durfte der Finanzminister nur neun Zeilen ohne konkrete Aussage in seinem Koren-Plan über die Landwirtschaft darlegen. Der am 12. Bundesparteitag der ÖVP verkündete Programmentwurf „Fortschritt und Sicherheit“ ist unserer Meinung nach keine Basis, um die Probleme der Landwirtschaft in der Zukunft meistern zu können, da diesem Entwurf „Fortschritt und Sicherheit“, wie wir glauben, das wichtigste, die Leistung, fehlt. Man wird ja sehen, was überhaupt vom Entwurf noch für ein Programm übrigbleiben darf.

Hohes Haus! Mit der sozialen Frage der Landwirtschaft und mit den sogenannten Splittern der „Sozialexplosion“, wie dies von der ÖVP behauptet wurde, werden wir uns ja noch diese Woche bei der Behandlung des Bauern-Pensionsgesetzes ausführlich befassen. Ich werde daher heute zu dieser Frage nicht Stellung nehmen.

Da ich in meinen einleitenden Bemerkungen auf die zur Neige gehenden vier Jahre ÖVP-Agrarpolitik innerhalb der Alleinregie-

Pfeifer

rung hingewiesen habe, möchte ich jetzt in den letzten Stunden dieser ÖVP-Regierung sagen (*ironische Heiterkeit bei der ÖVP — Ruf bei der ÖVP: Stunden? Das werden noch einige Jahre sein! — Abg. Weikhart: Der Traum eines Reservisten: „Jahre!“*), daß in ihrer gesamten vierjährigen Legislaturperiode Sie niemand gehindert hat und niemand hindern konnte, das, was Sie Ihren bäuerlichen Wählern 1966 versprochen hatten, zu halten. (*Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Erstmalig in der Geschichte der Zweiten Republik zogen die Bauern gegen Ihre Regierung nach Wien und wurden von Ihrem Bundeskanzler überhört. Ja, meine Herren, das ist ein Faktum. Sie, Herr Minister, haben, während Ihre 5000 Bauern am Ballhausplatz demonstrierten (*Abg. Anton Schläger: Das waren Ihre Bauern!*), eine dringende Verpflichtung in der Schweiz. Die Zeitungen berichteten, daß Sie dort die Molkereistruktur studiert haben. Sie haben sich sicherlich gedacht: In Wien, da wird schon nichts passieren; der Herr Bundeskanzler ist sowieso zur Stelle, und der Josef wird es schon richten.

Hohes Haus! Ich möchte als sozialistischer Bauer zusammenfassend und abschließend sagen: (*Ruf bei der ÖVP: Sie sind der einzige!*) Herr Bundesminister! Sie und die ÖVP-Regierung haben in den schwierigen Fragen der Agrarpolitik sehr oft eine Agrarpolitik mit halben oder keinen Lösungen versucht. Sie haben das Glatteis der Strukturpolitik zu lange gemieden, Sie haben zu Lasten des Staates und seiner Bürger Politik gemacht. Diese Regierung ist mit dem schlechten Odium der Täuschung seit 1966 belastet geblieben.

Die sozialistische Opposition dieses Hauses lehnt das vorliegende Kapitel Landwirtschaft einschließlich des Grünen Planes ab, da sie in diesem Budget keine Alternativen für die Bewältigung der großen Aufgaben der Landwirtschaft für den Beginn der siebziger Jahre sieht. Wir Sozialisten sind davon überzeugt, daß die große Mehrheit der österreichischen Wähler in einigen Wochen der Alleinregierung der ÖVP für die Zukunft ein Ende setzen wird.

Wir Sozialisten sind bereit und mit unseren Programmen gut vorbereitet (*Heiterkeit bei der ÖVP*), bei einem klaren Wählerauftrag eine moderne Wirtschaftspolitik und damit verbunden eine Agrarpolitik zu etablieren, in deren Mittelpunkt der Mensch im ländlichen Siedlungsraum steht. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Hofstetter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Ing. Karl Hofstetter (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Mein sehr geehrter Vorredner hat betont, daß das Kapitel Land- und Forstwirtschaft von seiner Fraktion abgelehnt wird. Damit hat er nichts Neues kundgetan, wir haben auch nichts anderes erwartet. Er hat die ÖVP förmlich mit einem Schwanengesang bedacht. (*Abg. Steiner: Er hat Phrasen gedroschen!*) Dieser Schwanengesang wird durchaus nicht ernst genommen, weder hier noch in der Bevölkerung. Er hat Kritik um jeden Preis geübt, aber keine konkrete Aussage gemacht. (*Ruf bei der ÖVP: Sehr richtig!*)

Es wäre schon notwendig, speziell von einem Bauern, daß er die Probleme und die großen Anstrengungen dieses Berufsstandes wirklich sachlich und objektiv beurteilen sollte; denn dieser Berufsstand, der heute noch eine wöchentliche Arbeitszeit von 62 Stunden hat, würde es verdienen, ernst genommen zu werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun zum Budget der Landwirtschaft selbst. Bei der Erstellung des Agrarbudgets für 1970 wurde unter Bedachtnahme auf die gesamtwirtschaftlichen und gesamtsstaatlichen Erfordernisse, aber auch in Berücksichtigung der Finanzlage des Staates von wichtigen agrarpolitischen Überlegungen ausgegangen, im besonderen von der Zielsetzung der österreichischen Agrarpolitik; denn die Leitlinien des § 2 des Landwirtschaftsgesetzes sind nach wie vor für uns richtunggebend. Bei den Zielen dieses Gesetzes steht an erster Stelle die Erhaltung eines wirtschaftlich gesunden Bauernstandes, wobei der Familienbetrieb die österreichische Landwirtschaft charakterisiert.

Nun zum sachlichen Teil. Für das Jahr 1970 wurden die Mittel des Grünen Planes gegenüber 1969 um 30 Millionen Schilling erhöht, sodaß insgesamt für das Jahr 1970 für den Grünen Plan 780 Millionen Schilling vorgesehen sind. Damit ist sichergestellt, daß die Schwerpunktmaßnahmen des Grünen Planes, insbesondere auf dem Gebiete der Strukturverbesserung und der Absatz- und Verwertungsmaßnahmen, kontinuierlich fortgesetzt werden können.

Der Kreditrahmen für die Agrarinvestitionskredite wurde für das Jahr 1970 in der gleichen Höhe wie 1969 mit einem Betrag von 1,2 Milliarden vorgesehen. Mit den für das Jahr 1970 für die Treibstoffverbilligung veranschlagten Mitteln wird es möglich sein, gleich wie im Jahre 1969 einen Punktwert von 75 S zur Auszahlung zu bringen. Der Zuwachs der treibstoffverbrauchenden Maschinen wird auf Grund einer langfristigen Prognose für das

Ing. Karl Hofstetter

Jahr 1969/70 mit 3 Prozent angenommen. Unter Berücksichtigung dieser Steigerung wurden 2,9 Millionen Punkte errechnet, sodaß bei einem Punktwert von 75 S mit 218 Millionen Schilling, die für die Treibstoffverbilligung im Budget 1970 vorgesehen sind, das Auslangen gefunden wird.

Weiters enthält das Agrarbudget erstmals die Dotierung des Weinwirtschaftsfonds mit 30 Millionen Schilling, die der Durchführung der Maßnahme des Weinwirtschaftsgesetzes dienen sollen.

Für den Schutzwasserbau sind für das Jahr 1970 gegenüber 1969, bedingt durch die Änderung des Verteilungsschlüssels der Mittel aus dem Katastrophenfonds, rund 37 Millionen Schilling mehr vorgesehen. Durch das Vorhandensein von höheren Mitteln aus dem Katastrophenfonds wird die Kürzung gegenüber 1969, die beim Ordinarium in Kauf genommen werden mußte, mehr als wettgemacht.

Beim Brotgetreideausgleich ist mit den für 1970 veranschlagten Krediten sichergestellt, daß die Maßnahmen auf dem Brotgetreidesektor ordnungsgemäß durchgeführt werden können.

Beim Milchpreisausgleich, der in gleicher Höhe wie für 1969 veranschlagt ist, konnte für die Qualitätsbezahlung der Rohmilch erster Qualität mit 7 Groschen pro Liter budgetär vorgesorgt werden.

Mit Hilfe der beim Düngemittelpreisausgleich veranschlagten Mittel wurde Vorsorge getroffen, daß die Handelsdüngerpreisstützung im gleichen Umfang wie im Jahre 1969 durchgeführt werden kann.

Meine Damen und Herren! Die österreichische Bundesregierung hat in diesem Budget neuerlich dafür Vorsorge getroffen, daß die österreichische Landwirtschaft den ihr auferlegten Strukturwandel bestehen kann. In der Welt des technischen Fortschrittes haben sich die Bedingungen für die bäuerliche Wirtschaft in kürzester Zeit entscheidend geändert. Das Budget für 1970 gewährleistet die Fortführung der in der Land- und Forstwirtschaft eingeleiteten Maßnahmen, der agrarpolitisch richtigen Maßnahmen; denn die Landwirtschaft hat die Zeichen der Zeit erkannt und trägt dem Rechnung.

Wir betreiben keine konservierende Agrarpolitik, die Bauern befinden sich in keinem Reservat. Wir müssen aber eines bedenken. Der Umstellungsprozeß in der Land- und Forstwirtschaft geht nicht von heute auf morgen vor sich. Der Bauernhof ist nicht mit einem Industriebetrieb zu vergleichen. Man kann sich nicht über die Tatsache hinweg-

täuschen, daß die Modernisierung der österreichischen Land- und Forstwirtschaft seit 1945 gigantische Fortschritte gemacht hat. Die Österreichische Volkspartei hat es immer als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachtet, der Bauernschaft im Ringen um die Existenz zu Hilfe zu kommen.

Die OVP weist eine Agrartradition auf, die durch die Achtung vor diesem Berufsstand besteht, dessen Bedeutung trotz seiner zahlenmäßigen Schwächung auch heute im Zeitalter des Wohlstandes, in der die Wertigkeit des Bauernstandes zum Teil sehr gering bemessen ist, nicht unterschätzt werden darf. Dies soll das Anliegen aller sein. Es ist eine Verpflichtung. Den bäuerlichen Berufsstand bei der Anpassung an die Bedingungen von heute und morgen zu unterstützen, kann mit dem Instrumentarium der Agrarpolitik allein nicht bewältigt werden. Es ist daher volkswirtschaftlich gesehen nicht richtig, die Lasten und Opfer eines so schwierigen Anpassungsprozesses der Landwirtschaft allein zu überlassen. Die Gesamtheit trägt im eigenen Interesse eine Mitverantwortung. Sie muß die Voraussetzung dafür schaffen, daß ein modern denkendes Bauerntum in der modernen Wirtschaft und Gesellschaft einen angemessenen Platz findet.

Man malt vielfach ein verzerrtes Bild von der Landwirtschaft und der Agrarpolitik in Österreich.

Was ist die Aufgabe der Agrarpolitik? Die Agrarpolitik muß dafür Sorge tragen, daß die Land- und Forstwirtschaft ihre für die Allgemeinheit so wichtigen Funktionen unter den sich ständig ändernden Bedingungen erfüllen kann. Die Agrarpolitik muß daher die entscheidenden Grundlagen hierfür schaffen und damit die Bauern in ihrer Selbsthilfe unterstützen. Das wird langfristig nur möglich sein, wenn es gelingt, den in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen ein familiengerechtes, ein angemessenes Einkommen zu sichern. Und oberstes Ziel der Agrarpolitik in Österreich ist daher die Existenzsicherung der bäuerlichen Familie. Wir müssen feststellen, daß das Einkommen in der Land- und Forstwirtschaft gegenüber anderen Berufsgruppen stark nachhinkt. Dieser Einkommensrückstand der Land- und Forstwirtschaft gegenüber allen anderen Berufsgruppen ist aber keinesfalls die Folge mangelnder menschlicher Anpassung oder wirtschaftlicher Versäumnisse, sondern liegt in den Naturgegebenheiten, in den unbeflüßbaren Gegebenheiten der agrarischen Produktionsbedingungen.

Bei der Einkommensverbesserung stehen im Vordergrund: 1. die Maßnahmen der Förde-

Ing. Karl Hofstetter

runge, enthalten im Landwirtschaftsgesetz, im Grünen Plan und als Ergänzung in den Marktordnungsgesetzen, 2. die Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur und 3. die Maßnahmen der Markt- und Preispolitik, die hinsichtlich der Einkommenswirksamkeit im Vordergrund stehen.

Wir erleben heute einen großen, tiefgreifenden Wandlungsprozeß unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Speziell die Landwirtschaft ist innerhalb kürzester Zeit in eine dynamische Entwicklung gedrängt worden. Die Bauernschaft steht vor großen Problemen; denn die fortschreitenden wissenschaftlichen und technischen Erkenntnisse haben vielleicht in keinem anderen Wirtschaftsbereich die Grundlagen der Arbeit derart tiefgreifend verändert wie in der Landwirtschaft. In allen Bereichen der Wirtschaft sind die gestellten Anforderungen im wesentlichen ähnlicher Natur.

Durch alle Sorgen und aufkommenden Probleme zieht sich der Begriff der Struktur-anpassung. Wir müssen den Inbegriff dieses Wortes erfassen und mit den uns gestellten Aufgaben fertig werden, denen sich die Land- und Forstwirtschaft heute gegenübersteht. Die Bewältigung der Strukturprobleme in der Land- und Forstwirtschaft ist ein Entwicklungsprozeß, der gesteuert werden muß und nicht sich selbst überlassen werden darf. Daher: Gesetzliche Maßnahmen. Ein gewisser Anpassungsprozeß ist in dieser Strukturveränderung notwendig. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß diese Entwicklung organisch verläuft, daß soziale Härten vermieden werden. Nicht im Sinne Mansholts, keine radikale Änderung. Denn, wie Bundesminister Doktor Schleinzer im Finanz- und Budgetausschuß richtig sagte, wir haben in Österreich keine Kommandowirtschaft. Denken wir daran: Hinter allen diesen Veränderungen stehen menschliche Schicksale. Die Bauern haben denselben Anspruch auf soziale Rücksichtnahme, wie sie die Gesellschaft allen anderen Berufsgruppen entgegenbringt. Die Probleme der heutigen Zeit ergeben sich also aus der Entwicklung der Agrarstruktur. Diese ist in Bewegung geraten. Wir dürfen die Probleme der Agrarpolitik nicht verniedlichen.

Die Frage ist: Wie wird man mit diesen Problemen fertig? Und hiezu ist zu sagen — das können wir lautstark sagen —: Wir haben mit großen Leistungen aufzuwarten und auf große Erfolge hinzuweisen und haben daher in gar keiner Weise eine Verteidigungsstellung zu beziehen. Das Tempo der Struktur-anpassung in der Landwirtschaft wird maßgeblich vom Fortschritt der gesamten volkswirtschaftlichen Entwicklung bestimmt. Die

Landwirtschaft ist daher mit dem Fortschritt der österreichischen Volkswirtschaft eng verbunden. Daraus ergibt sich, daß die gesamte Wirtschaftspolitik und die Entwicklung der industriellen und gewerblichen Wirtschaft — so gesehen — auch ein Anliegen der Landwirtschaft ist, daß aber auf der anderen Seite ein gleiches Interesse und eine gleiche Unterstützung von der gesamten Wirtschaft für die Land- und Forstwirtschaft notwendig ist und erwartet werden darf.

Wenn wir 50 oder 100 Jahre zurückblenden, so war damals Agrarpolitik etwas, was sich auf die unmittelbaren landwirtschaftlichen Hauptprodukte beschränkte. Die Situation hat sich gänzlich gewandelt. Aufeinander abgestimmte Maßnahmen im Bereich der Agrarstrukturpolitik, der Markt- und Preispolitik und der Bildungspolitik, im engen Zusammenhang mit der Sozialpolitik, bilden heute die Grundlage für eine zukunftsorientierte Agrarpolitik.

Dabei zeigt es sich immer deutlicher, daß Agrarpolitik als Politik für den gesamten ländlichen Raum zu sehen ist. Ich will damit sagen, daß dieser ländliche Raum für alle Bereiche nur dann lebensfähig ist und bleibt, wenn er eine wirtschaftliche und gesellschaftspolitisch gesunde Einheit bildet.

Ein praktisches Beispiel: Auf dem Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei haben wir unsere Forderung nach Verbesserung des Telefonanschlusses nicht nur auf die Land- und Forstwirtschaft begrenzt, sondern auf die ländlichen Gebiete, auf den ländlichen Raum insgesamt abgestellt.

Die Agrarstrukturpolitik stand in den letzten Jahren im Mittelpunkt der Bemühungen. Die erhebliche Zahl der diesbezüglichen Gesetze beweist dies. Gesetzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur: Landwirtschaftliches Siedlungs-Grundsatzgesetz, ergänzt durch die Novelle zum Agrarverfahrensgesetz, die Flurverfassungs-Novelle, Güter- und Seilwege-Grundsatzgesetz, das Gesetz über den bäuerlichen Besitzstrukturfonds, Erleichterungen auf dem Gebiete des Abgabenrechtes, Modernisierung des Pächterrechtes — ein modernes Landpachtgesetz —, das Weinwirtschaftsgesetz und so weiter; alle diese Maßnahmen wurden im Interesse der Agrarstrukturpolitik beschlossen.

Wir können sagen: Die Agrarpolitik in Österreich hilft Probleme meistern. Die Probleme ergeben sich in Österreich erstens aus der Lage der österreichischen Landwirtschaft, die naturgegeben ist, durch die geographische und klimatische Situation bedingt; wir haben eine Vielfalt von Produktionsgebieten.

Ing. Karl Hofstetter

Zweitens ergeben sich die Probleme aus der Entwicklung der Agrarstruktur als auch aus der Entwicklung der Beschäftigtenzahl, a) der Abwanderung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft — ein Prozeß, der sich laufend vollzieht —, b) aus dem Rückgang der bäuerlichen Betriebe, c) aus der Entwicklung der Produktivität, Produktions- und Marktleistung und damit zusammenhängend des Preisgefüges.

Unsere Aufgaben sind gegenwärtig daher, wie schon erwähnt: Die Verbesserung der Agrarstruktur und Maßnahmen der Markt- und Preispolitik, wobei die Anpassung der Produktion an die Vermarktung, an die Gegebenheiten des in- und ausländischen Marktes, eine besondere Rolle spielt. Eine sinnvolle Ordnung ist daher notwendig.

Die Bewältigung all dieser Probleme sind Schwerpunkte der österreichischen Agrarpolitik.

Nun zur Produktion und Vermarktung, dem wichtigsten Punkt. Gerade hier gerät der Familienbetrieb, den wir in den Mittelpunkt der Agrarpolitik stellen, in harte Bedrängnis; einerseits durch die rapide Entwicklung der Produktionstechnik, durch die Veränderungen der Grundlagen der Arbeit, und andererseits schafft der Markt Gegebenheiten, die sich der Einflußnahme durch den einzelnen Erzeugerbetrieb entziehen.

Dieses Problem, Produktion und Vermarktung, besteht in allen westlichen Ländern. Die Bauern tragen zur Lösung all dieser Probleme das Ihrige bei. Aber auch der Staat hat seine Verpflichtung, die Existenzgrundlage der Bauern zu sichern.

Es sind daher die sogenannten Preisstützungen, richtigerweise die Preisausgleiche, die von allen Staaten rund um Österreich gehandhabt werden, ein unentbehrliches Mittel des wirtschaftlichen Ausgleichs, um eine gerechte Verteilung des Sozialproduktes herbeizuführen.

Die österreichische Agrarpolitik konnte die Produktions- und absatzpolitischen Probleme in den letzten Jahren besser bewältigen als manche Nachbarländer. In der Anpassung der Produktion an die Gegebenheiten des Marktes konnten beachtliche Erfolge erzielt werden. Die Agrarpolitik hat die notwendigen Maßnahmen eingeleitet, um die Ordnung auf dem Markt und damit den geregelten Absatz der bäuerlichen Produkte zu sichern. Zum Beispiel bei Getreide: Im Jahre 1968 wurde durch produktionspolitische Maßnahmen beziehungsweise durch preispolitische Maßnahmen eine Umschichtung von Brot- auf Futtergetreide durch Verringerung der Preisrelation eingeleitet.

Die Bodennutzungserhebung 1966 im Vergleich zu 1968 zeigt deutlich die Wirkung dieser Maßnahme. Von 1966 bis 1969 ist die Anbaufläche für Weizen immerhin um mehr als 27.000 ha zurückgegangen, die Futtergetreidefläche aber um 82.000 ha gestiegen.

Daraus, meine Damen und Herren, ergibt sich ein doppelter Anpassungseffekt: einmal die deutlich sichtbare Umlenkung von Brotgetreide auf Futtergetreide und zum zweiten, daß innerhalb der Landwirtschaft sich zwischen den Ackerbaugebieten und Grünlandgebieten eine deutlich sichtbare innerlandwirtschaftliche Arbeitsteilung ergibt.

Oder auf dem Sektor Milch: 1968 drohte auf dem Milchmarkt eine Schwemme. Es war daher notwendig, Maßnahmen zu setzen, um eine Steigerung des Milchabsatzes zu erreichen, aber auch eine Verminderung der Milchmarktleistung. Maßnahmen hiezu: Verstärkte Absatzwerbung, Einführung der Qualitätsbezahlung für angelieferte Rohmilch, Anhebung des Fettgehaltes, Einführung eines Exportförderungsbetrages, Produzenten mußten einen Werbegroschen zahlen, Verbilligungsaktionen für Butter, Butterschmalz, Magermilchpulver, Umstellung von Milch auf Fleisch, Prämien für die Mast von weiblichen Kälbern und so weiter. Sämtliche Maßnahmen — das können wir heute feststellen — haben sich als richtig erwiesen.

Nun zum anderen Problem, zur Entwicklung der Beschäftigtenzahl, der Abwanderung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte.

Aus dem Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft ersehen wir: Die Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen hat weiter abgenommen. Verglichen mit dem Jahre 1958 verminderte sich die Zahl der Vollarbeitskräfte um rund ein Viertel. Insgesamt — der sehr verehrte Vorredner hat das schon erwähnt — gaben rund 20.700 Beschäftigte im Jahre 1968 ihre land- und forstwirtschaftliche Tätigkeit auf; wobei besonders dabei auffällt: 15.000 selbständige und familieneigene Arbeitskräfte. In Prozenten ausgedrückt, sank der Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Berufstätigen an der Gesamtzahl der Berufstätigen Österreichs von 32,2 Prozent im Jahre 1951 auf 19,5 Prozent im Jahre 1968.

Warum erwähne ich diese Zahlen? — Der Vorwurf, daß eine überwiegend konservierende Agrarpolitik betrieben wird, ist nicht aufrechtzuerhalten, wie die Veränderung der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe zeigt.

Hinter diesen trockenen Zahlen stehen die gewaltigen Anstrengungen unserer Bauernschaft, diesen Strukturwandel durch betrieb-

Ing. Karl Hofstetter

liche Anpassung aufzufangen; resultierend daraus — gezwungenerweise —: eine notwendige Investitionstätigkeit; ergibt wieder große Kapitalsaufwendungen für die Mechanisierung und Rationalisierung der Betriebe.

Die Technisierung in der Landwirtschaft ist verbunden, als natürliche Folge, erstens mit einer Steigerung der Produktion und Marktleistung — wir müssen sagen, das ist keine mutwillige Mehrproduktion — und zweitens mit einer Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Diese bedingt aber eine zunehmende Kapitalintensität, weil in zunehmendem Maße Arbeit durch den Maschinenkauf ersetzt werden muß. Der Nachholbedarf in der österreichischen Landwirtschaft ist groß und erfordert vielfach die Kräfte des Einzelbetriebes. Darum sind für 1970 entsprechende Mittel aus dem Grünen Plan für Zinsenzuschüsse für AIK-Kredite bereitgestellt.

Die erhöhte Arbeitsproduktivität von rund 73 Prozent in den letzten zehn Jahren bekundet erstens die Leistungsfähigkeit unserer Betriebe — der jedoch Grenzen gesteckt sind — und zweitens die beachtliche Rationalisierung der Landwirtschaft.

Die Entwicklung der Abwanderung der Arbeitskräfte ist nicht aufzuhalten. Wir wollen nicht mit Zwang die Abwanderungswilligen halten. Menschen, die dies rechtzeitig erkennen, müssen wir eine Ausbildung geben. Menschen bäuerlicher Herkunft, die im Zuge des Strukturwandels die Land- und Forstwirtschaft verlassen, sollen in ihrer Umgebung einen qualifizierten Arbeitsplatz ausfüllen können. Das im Dezember 1968 beschlossene Arbeitsmarktförderungsgesetz gibt hiezu wertvolle Handhaben. Auf Grund dieses Gesetzes können vor allem Beihilfen für die Berufsausbildung weicher Bauernkinder sowie auch Beihilfen für die Einschulung älterer Personen in einem außerlandwirtschaftlichen Beruf gewährt werden.

Die bäuerliche Standesvertretung nimmt zu den Fragen der Arbeitsmarktpolitik eine durchaus positive Haltung ein und ist bereit, die neuen Möglichkeiten, die sich auf diesem Gebiete ergeben, aktiv zu unterstützen. Wir wollen vorsorgen, daß die bäuerliche Jugend nicht das Reservoir der Hilfsarbeiter von morgen sein soll. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Wir hoffen auf diese Weise zu einer sinnvollen beruflichen Eingliederung beziehungsweise Neuorientierung weicher Bauernkinder sowie jüngerer Landwirte, die ihren Betrieb aufgeben oder einen zweiten Beruf ergreifen müssen, beizutragen.

Außer den strukturellen Änderungen hinsichtlich des Bestandes der Beschäftigtenzahl

in der Land- und Forstwirtschaft sind auch die Änderungen in der Betriebsstruktur aufzuzeigen. Der Rückgang der bäuerlichen Betriebe, die Zahl der hauptberuflich geführten Betriebe nimmt laufend ab.

Die Nebenerwerbsbetriebe sind heute nicht das eigentliche agrarpolitische Problem. Die Inhaber dieser Betriebe besitzen durchwegs ein gesichertes Einkommen, das meist größer als jenes ist, das sie aus der Landwirtschaft erzielen. Das zentrale agrarpolitische Problem liegt heute in jenen Betrieben, die zwar Vollerwerbsbetriebe sind, aber zu klein sind, um ein familiengerechtes Einkommen erwirtschaften zu können. Es fehlt also die Produktionsgrundlage, und hier muß die Strukturpolitik ansetzen.

Jene Maßnahmen müssen in den Vordergrund der agrarischen Bemühung gestellt werden, die den Familienbetrieb stärken und in seiner Anpassung an die Wirtschaftsentwicklung fördern. Dann wird der bäuerliche Familienbetrieb, so wie in der Vergangenheit, auch in der Zukunft seine Leistungskraft und seine Existenzfähigkeit beweisen.

Vorrang in Zukunft also dem Vollerwerbsbetrieb, den Vollerwerbsbetrieb mit größeren Flächen auszustatten. Maßnahmen zur Förderung der Bodenmobilität sind notwendig.

Eine Aufstockung zu kleiner Betriebe ist allerdings nur in dem Maße möglich, als Grund und Boden käuflich oder pachtweise zur Verfügung steht. Die Bodenmobilität wird auch im wesentlichen davon bestimmt, in welchem Maße gesicherte außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze vorhanden sind.

Die Grundaufstockung ist im Sinne des Landwirtschaftlichen Siedlungs-Grundsatzgesetzes, das die Schaffung und Erhaltung bäuerlicher Betriebe zum Ziel hat, in erster Linie auf Vollerwerbsbetriebe gerichtet. Vom Jahre 1961 bis 1969 wurden rund 14.000 bodenknappe landwirtschaftliche Betriebe mit rund 40.000 Hektar — das sind durchschnittlich 2,85 Hektar pro Betrieb — aufgestockt.

Wir sehen hier, daß die land- und forstwirtschaftliche Strukturpolitik, wie schon eingangs erwähnt, mit der Regionalpolitik in einem untrennbaren Zusammenhang steht.

So tragen zum Beispiel die Maßnahmen des Grünen Planes entscheidend zur Verbesserung des ländlichen Raumes bei. Man denke an die Bedeutung des Wegebaues für den Fremdenverkehr, an die Versorgung von Industriebetrieben mit Arbeitskräften. Die Maßnahmen des Grünen Planes fördern die Beschäftigung örtlicher Unternehmer.

14136

Nationalrat XI. GP. — 165. Sitzung — 10. Dezember 1969

Ing. Karl Hofstetter

Zur Abnahme der Zahl der bäuerlichen Betriebe ist zu sagen: Von 1967 bis 1968 betrug die Abnahmequote 3 bis 4 Prozent; es ist also eine gewisse „Beschleunigungstendenz“ festzustellen. Aufgelassen wurden — und das ist sehr interessant — nahezu ausschließlich Betriebe der kleinsten Größenklassen; von 1951 bis 1966 waren es zirka 50.000 Betriebe. Die Zahl der bäuerlichen Mittelbetriebe hat aber durch Aufstockung zugenommen.

Interessant ist dabei das Ergebnis der letzten Betriebszählung, die zeigt, daß gerade die Bergbauernfamilien mit Fleiß und Zähigkeit an ihren Betrieben festhalten. Damit tragen sie neben ihrer Produktionsleistung dazu bei, die Kulturlandschaft in einer gefährdeten Zone zum Nutzen aller zu bewahren.

Insgesamt gesehen ist Österreich ein Land der Mittel- und Kleinbetriebe. Wir haben in Österreich zirka 380.000 Betriebe. Von diesen landwirtschaftlichen Betrieben beziehen ihr Einkommen 50 Prozent ausschließlich aus der Land- und Forstwirtschaft, 11 Prozent sind zum Teil auf Nebenerwerb angewiesen, während 37 Prozent der Betriebe im Nebenerwerb geführt werden. Die Durchschnittsgröße eines bäuerlichen Betriebes in Österreich beträgt kaum 10 Hektar. 80 Prozent der Betriebe sind kleiner als 20 Hektar, 42 Prozent liegen in ihrer Größe unter 5 Hektar. Auf Grund der historischen Entwicklung sind eine Reihe von Betrieben in Österreich kleiner, als es dem Optimum entspräche. Daher ist die Betriebsgrößenfrage ein agrarisches Kernproblem.

Dazu müssen wir sagen: Schablonenartige Mindestgrößen von Betrieben sind in Österreich nicht anzuordnen! Sie werden der Vielfalt der Verhältnisse nicht gerecht, sind insbesondere in Bergbauerngebieten nicht denkbar, werfen unlösbare Finanzierungsprobleme auf und gefährden die Funktionsfähigkeit des ländlichen Raumes. Wir müssen feststellen: Wir können kein Maß einer optimalen Betriebsgröße angeben. Eine Skala, eine Größentabelle gibt es nicht. In der Hand des Bauern, des Betriebsführers liegt es, selbst die Entscheidung zu treffen, von welcher der Erfolg des landwirtschaftlichen Betriebes maßgebend abhängt. Er selbst muß beurteilen, ob der Betrieb groß genug und die Wirtschaftsweise geeignet ist, den Betrieb und seine Familie zu erhalten beziehungsweise zu ernähren. Er wird entscheiden müssen, ob der Betrieb durch Zukauf oder Pacht, falls Flächen vorhanden sind, vergrößert werden kann. Die Betriebsvergrößerung ist aber nicht immer ein Mittel zur Einkommensvergrößerung.

Nun zur Lebensfähigkeit der Betriebe. Sie muß nicht mit der Größenfrage zusammen-

hängen. Die Betriebsgröße eines Betriebes ist nicht allein für die Lebensfähigkeit maßgebend, sondern hängt weitgehend ab von Boden und Klima, von der natürlichen Produktionsbedingung — bedeutsam sind natürlich auch die Flurzersplitterung, die Verkehrslage, der Betriebszweig und so weiter sowie die sozialen Gegebenheiten — und von der geistigen Wendigkeit des Betriebsführers. Der Erfolg im Betrieb hängt also vom Menschen ab, vom Menschen mit seiner unterschiedlichen Leistungsgröße.

Nach dem Grünen Bericht der deutschen Bundesrepublik sind innerhalb gleicher Betriebsgruppen Einkommensunterschiede pro Arbeitskraft und Jahr bis zu 10.000 DM festzustellen. Diese Zahl zeigt deutlich, daß es nicht auf die Hektargröße ankommt, sondern entscheidend auf die menschliche Qualität, im besonderen auf die des Betriebsführers, auf die Leistungsgröße.

Ganz kurz möchte ich noch die Sozialpolitik erwähnen. Die Sozialpolitik ist ein wesentlicher Teil der Einkommenspolitik und ist das jüngste Kind in der Agrarpolitik. Die Maßnahmen der Strukturpolitik müssen durch solche der Sozialpolitik ergänzt und wirksam unterstützt werden. Hier liegen die Schwierigkeiten vor allem in der Tatsache, daß die Zahl der Berufstätigen in der Land- und Forstwirtschaft ständig abnimmt und die Relation zwischen Beitragszahlern und Leistungsempfängern zunehmend ungünstiger wird. War das Verhältnis im Jahre 1958 noch 4 zu 1, so ist es im Jahre 1969 bereits 2 zu 1. Diese Entwicklung ist aber noch nicht abgeschlossen. Es kann den verbleibenden Beitragszahlern nicht zugemutet werden, die notwendigen Mittel ohne Hilfe des Staates aufzubringen.

Bei den Sozialmaßnahmen möchte ich noch die Erhöhung der Leistung ab 1. Jänner 1970 in der landwirtschaftlichen Zuschußrentenversicherung erwähnen, und zweitens ein sehr wichtiges Gesetz, das noch aussteht; die grundsätzliche politische Einigung über die Einführung einer echten Bauernpension ist bereits erfolgt. Das Gesetz wird wahrscheinlich in den nächsten Tagen verabschiedet werden. Mit dem Wirksamwerden dieses Gesetzes wird die bäuerliche Bevölkerung rechtlich voll in unser modernes System der sozialen Sicherheit, in die Altersversorgung, einbezogen. Damit wird der im Gang befindliche Prozeß des Strukturwandels unterstützt und seine sozialen Härten werden gemildert.

Diese bäuerliche Sozialmaßnahme, die Einführung der Bauernpension, wirkt wesentlich mit, daß sich der Strukturwandel reibungslos und organisch vollziehen kann. Alte Bauern werden ihren Grund und Boden leichter ab-

Ing. Karl Hofstetter

geben, wenn ihre Existenz gesichert ist. Die Bauernpension ist ein riesiger Schritt zur Besserstellung unserer alten Bauern.

Ich möchte nur noch kurz über die Bauernkrankenkasse sprechen, die seit 1966 eingeführt ist. Es besteht immer noch der vertragslose Zustand. Es wäre zu hoffen, daß hier bald ein Wandel zum Besseren eintritt.

Zum Sozialpaket der Landwirtschaft gehören aber auch die Beihilfen für die Landarbeiterwohnungen. Die Beihilfensätze für den Landarbeiterwohnungsbau wurden im Jahre 1967 kräftig erhöht. Derzeit kann ein Landarbeiter mit zwei Kindern 70.000 S Beihilfe und daneben Zinsenzuschüsse für einen Agrarinvestitionskredit von 75.000 S erhalten. Zusammen mit der Inanspruchnahme der Wohnbauförderung 1968 ist der Land- und Forstarbeiter bei weitem besser gestellt als jeder andere.

Und nun zum Schluß. Die Österreichische Volkspartei hat im Interesse eines wirksamen Schutzes der bäuerlichen Produzenten die marktwirtschaftliche Ordnung durchgesetzt. Die Österreichische Volkspartei hat die Notwendigkeit der Strukturverbesserung der heimischen Landwirtschaft erkannt, die Erhöhung des landwirtschaftlichen Budgets in dem Zeitraum von 1966 bis 1968 gegenüber dem Zeitraum von 1963 bis 1965 um rund 63,6 Prozent und die Erhöhung der Mittel des Grünen Planes im gleichen Zeitraum um 24,6 Prozent durchgesetzt.

Ich kann abschließend sagen: Es gibt keine Partei, die sich so wirkungsvoll und so konsequent für die Interessen der Bauernschaft einsetzt wie die Österreichische Volkspartei (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Meißl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Meißl (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir Freiheitlichen nehmen heute zu einem Kapitel Stellung, das man als das zweite Stiefkind dieser Regierung bezeichnen muß. Stiefkinder sind die Selbständigen in diesem Land bei einer ÖVP-Regierung, die durch Wirtschaftsbund und Bauernbund eine beachtliche Vertretung hier im Hause hat, aber beide Gruppen nicht entsprechend vertritt. Das haben wir freiheitlichen Sprecher festgestellt, und es ist unsere Aufgabe, es immer wieder zu tun, es den Abgeordneten auf der Regierungsseite ins Stammbuch zu schreiben. Es ist anscheinend schon so, daß freiheitliche Sprecher hier das sagen müssen, was Sie, meine Herren vom Bauernbund und vom Wirtschaftsbund, um auch auf gestern zurückzukommen, nicht sagen dürfen.

Meine Damen und Herren! Es wird viel über das Ergebnis der Agrarpolitik diskutiert. Wir wissen, daß wir sehr viele Gesetze beschlossen haben, viele Grundsatzgesetze, und daß der Herr Minister den Standpunkt vertritt, daß sehr wohl alles im richtigen Anlaufen ist. Dazu müssen wir feststellen: Man kann es immer nur vom Ergebnis her beurteilen, und bei den Betroffenen liegt letzten Endes die letzte Beurteilung. Wenn wir das Ergebnis dieser zehnjährigen oder noch längeren Agrarpolitik betrachten, dann müssen wir leider feststellen, daß es absolut kein befriedigendes sein kann, denn ich habe schon einmal hier im Hause gesagt: Wenn Gott sei Dank das Proletariat der Arbeiter überwunden wurde, so droht uns ein neues Proletariat auf dem Lande, weil eben die bisherigen Maßnahmen nicht zu einem entsprechenden Erfolg geführt haben.

Wir Freiheitlichen glauben, daß es vor allem an Ehrlichkeit fehlt, an der Ehrlichkeit, dieses schwierige Problem — und wir wissen, daß es sehr schwierig ist — wirklich mit dem nötigen Ernst und mit der nötigen Aufklärung anzupacken. Hier wird immer wieder unterschiedlich argumentiert. Da sind die konservativen Kräfte, die am liebsten alles beim alten lassen würden und mit Hilfe von Subventionen das Überleben jeweils noch eine gewisse Zeit sicherstellen wollen. Da sind sicherlich fortschrittlichere Leute, die sich da und dort wohl trauen, dann gelegentlich die Dinge beim Namen zu nennen. (*Abg. Facheutner: Einen Blödsinn reden!*) Das haben Sie jetzt gesagt, Herr Kollege; wenn Sie sich damit identifizieren. Ich wollte nämlich folgendes sagen: Das sind die Leute, die sehr wohl manchmal die Dinge beim Namen nennen, aber nur im kleinen Kreise.

Und damit komme ich gleich auf ein Kapitel zurück, das der Abgeordnete Hofstetter angeschnitten hat. Es ist die Stellungnahme zum Mansholt-Plan. Ich glaube, man hat den Begriff Mansholt mit vielen falschen Vorstellungen verknüpft. Dieser Plan ist eine Diskussionsgrundlage, die unserer Meinung nach, nach Meinung der Freiheitlichen, auf unser Land absolut nicht anzuwenden ist. Aber man müßte darüber diskutieren und die entsprechenden Folgerungen für unsere Agrarpolitik daraus ableiten. Wir sind genauso der Meinung, daß — das darf ich gleich hier sagen — es sehr wohl Ziel einer modernen Agrarpolitik sein muß, dem Vollerwerbsbetrieb die Grundlagen sicherzustellen. Der Nebenerwerbsbetrieb und Zuerwerbsbetrieb hat ein anderes Einkommen. Es ist vielleicht nicht immer so hoch, wie hier gesagt wurde, daß es das höhere Einkommen ist, aber im

14138

Nationalrat XI. GP. — 165. Sitzung — 10. Dezember 1969

Meißl

allgemeinen stimmt diese Regel. Unsere Sorge muß und müßte daher sein, dem Vollerwerbsbetrieb die nötigen Grundlagen zu schaffen.

Und hier gleich noch eines — darf ich das einführend sagen —: Wir sind der Meinung, daß es auf die Dauer unerträglich ist, daß auf dem Rücken des Familienbetriebes eine soziale Ausbeutung stattfindet: denken wir an die Bauernfrauen, denken wir an die heranwachsenden Kinder. Wir kennen die Probleme. Im Gewerbe ist es ähnlich. Grundsätzlich aber muß man wohl eines sagen, daß hier gegenüber den anderen Berufsgruppen unseres Landes von Haus aus eine Benachteiligung besteht. Das muß dazu auch gesagt werden.

Herr Präsident Wallner sprach von 62 Arbeitsstunden in der Woche. Wenn man das aber durchrechnet — der Herr Abgeordnete Hofstetter hat es bereits erwähnt, der Herr Präsident Wallner hat es irgendwann einmal gesagt —, ich glaube, die Arbeitszeit überschreitet manches Mal noch diese 62 Stunden. Unserer Meinung nach ist das die Untergrenze. Wir haben es durchgerechnet; das bedeutet, daß heute ein Arbeitslohn von 5 S bis 6 S die Grundlage dieses Einkommens darstellt. Und das ist unserer Meinung nach zuwenig.

Aber wie sieht es in der Landwirtschaft aus? Lassen Sie mich dazu an Hand einiger Beispiele Stellung nehmen. Wir haben dazu auch in unserer „Formel 70“ Stellung genommen. Ich darf Ihnen sagen: Das ist ein echtes Anliegen der freiheitlichen Bauernschaft und der Freiheitlichen Partei. Ich darf vorlesen, was wir dazu festgestellt haben.

„Neue Zukunft auf dem Land: Gleiche Leistung berechtigt auch zu gleichen Ansprüchen! Die Ausbeutung der Arbeiterschaft im vergangenen Jahrhundert darf daher nicht von der Ausbeutung der Bauernschaft in unseren Tagen abgelöst werden. Auch der bäuerliche Beruf muß den Weg nach oben eröffnen. Ohne Nachteile und Ungerechtigkeiten. Für seine Arbeit hat der Bauer Anspruch auf Preise — nicht auf staatlich fixierte Tarife! Nach diesem Grundsatz ist das herrschende Subventionsunwesen schrittweise abzubauen. Der Staat hat für gleiche Startbedingungen zu sorgen und die Erschwernisse, die im bäuerlichen Beruf gegeben sind, auszugleichen. Besonders ist mit der unzumutbaren Belastung der Bäuerin Schluß zu machen! Die Voraussetzungen für eine hochproduktive, konkurrenzfähige Landwirtschaft sind nur durch Umstellungen, Betriebserweiterungen und Spezialisierungen zu schaffen. Dabei ist auch das Problem der Neben- und Zuerwerbsbetriebe zu lösen.

Alles aber nach dem Grundsatz: Bei gleicher Leistung auch gleiche Chancen für den Bauern!“ (*Abg. Steiner: Sehr widersprüchlich!*) Ich komme schon noch darauf zu sprechen. Ihre ganze Einstellung dazu äußert sich darin, daß Sie sagen, das sei nicht möglich. Das ist auch die Einstellung des Bauernbundes, die gleiche Einstellung wie in der Bildungsfrage: Wir brauchen keinen Bildungsausgleich gegenüber den Landgebieten. Lassen wir das alte Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land ruhig bestehen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Das ist Ihre alte konservative Einstellung. Sie haben nicht einmal den Mut, darüber zu diskutieren. Ich weiß schon, daß Ihnen die Vorschläge des Allgemeinen Bauernverbandes sehr in die Glieder gefahren sind. Er hat einmal gesagt, man müsse das Problem aufgreifen, man müsse darüber reden, darüber diskutieren. (*Andauernde Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Am Wort ist der Redner. Es kann sich jeder zum Wort melden.

Abgeordneter Meißl (fortsetzend): Warum? Das ist ja das Problem. Man will weiterhin ein System belassen, das eben den Bauernstand zum Almosenempfänger stempelt. Wir Freiheitlichen sind der Ansicht, daß man dieses Problem langsam lösen muß; selbstverständlich geht das nicht mit einem Schlag und selbstverständlich nicht dadurch, daß man die Bildung der Preise dem Angebot und der Nachfrage überläßt. Das ist uns ebenso klar.

Ich komme schon noch auf diese Dinge zu sprechen, Herr Abgeordneter Steiner. Wie sieht es denn mit den Preisen aus? Unsere Preise liegen weit unter dem europäischen Durchschnitt. Hier müssen wir ansetzen, man muß kalkulieren, man muß auch dem Bauern das zugestehen, was man jeder anderen Berufsgruppe zugesteht: daß er seine Preise echt kalkulieren darf. Im Landwirtschaftsgesetz ist das ja festgehalten, daß zur Preisentwicklung die Erstellung der Herstellungskosten — selbstverständlich plus Gewinn — die Voraussetzung ist. (*Abg. Steiner: Sind Sie dafür, daß man das den Konsumenten zumutet? Ja oder nein?*) Fragen Sie mich nicht: Ja oder nein?! Ich sage Ihnen ganz klar darauf: Selbstverständlich muß man hier für die sozial Schwachen einen Ausgleich schaffen. Wir haben das schon einmal, und zwar beim Abbau der Stützung, gemacht. Das wissen Sie ganz genau. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Da wurde gleichzeitig ein Ausgleich geschaffen.

Präsident: Meine Damen und Herren! Bitte nicht alle gleichzeitig reden!

Meißl

Abgeordneter **Meißl** (*fortsetzend*): Die Herren Bauernbund-Abgeordneten sollen herauskommen; ich hoffe, das wird noch der Fall sein. Sie wollen mit Zwischenrufen den schlechten Eindruck abschwächen, den sie letzten Endes bei der Vertretung ihres Berufsstandes ja doch erwecken. (*Abg. Steiner: Dazu braucht man einen Kaufmann!*) Es ist — und das wurde schon wiederholt festgestellt — leider die Tragik, daß Nicht-Bauern die Bauern oft besser vertreten als die von Ihnen anscheinend mit einer Legitimation ausgestatteten Leute. Das ist dabei die Tragik! (*Ruf bei der ÖVP: Das glaubst du ja selbst nicht, Herr Kollege!*) Wir haben eine andere Einstellung, wir wissen schon: Ihr wollt es immer auf die leichte, die genüßliche Tour machen. Das ist eure Methode. Für uns ist diese Angelegenheit ein ernstes und echtes Anliegen.

Ich darf Ihnen nun auf Grund von Zahlen sagen, wie es eigentlich aussieht. Ich muß (*der Redner greift zum Wasserglas*) Wasser trinken, denn der Wein ist mit zuviel Steuer belastet. (*Heiterkeit. — Abg. Glaser: Möchten Sie Wein trinken? Das wäre geschäftsordnungswidrig!*) Wenn die Weinbauern und die Weinwirtschaft Sorgen haben, dann müssen 500 oder 800 Traktoren aufahren, damit endlich etwas geschieht. Das ist nur eine Feststellung. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Wissen Sie, welche Leute da amarschiert sind? Sie kennen sie doch nicht! Ich habe mir jeden einzeln angeschaut!*) Ach so! Also welche Leute waren das am Ballhausplatz? Waren das keine Bauern, Herr Kollege? (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Sicher!*) Herr Pisa hat gesagt, diese hätten keine Berechtigung zu reden, weil die Mehrheit der Bauern durch die ÖVP-Abgeordneten vertreten wird. Sicherlich stimmt das derzeit noch, aber wie es damit nach dem 1. März aussehen wird, ist eine andere Frage. Meine Damen und Herren! Ich weiß schon, daß paßt Ihnen nicht (*Abg. Fachleutner: Im Gegenteil!*), und das kann ich mir auch sehr gut vorstellen.

Vergleichen wir nun die Betriebsausgaben und die Betriebseinnahmen. Hier können wir ständig vergleichen. Man hat 1958 bei den Betriebsausgaben mit 100 Einheiten begonnen. Wir stehen heute bei 152 Einheiten. Bei den Betriebseinnahmen ergibt der gleiche Vergleich 100 zu 125. Daraus ersehen Sie den Zuwachs. Wir sehen hier einen ganz klaren Beweis dafür. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Herr Abgeordneter Meißl! Sie haben im Ausschuß außerdem den Abbau der Preisstützungen verlangt!*) Herr Kollege, damit sind Sie ein bißchen zu spät dran, darüber

haben wir schon geredet. Aber, Herr Abgeordneter Zittmayr, ich komme schon noch zu Ihnen, und zwar bei der Margarine. Keine Sorge! (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Sie werden sich dabei die Finger verbrennen!*) Ich werde mich dabei nicht verbrennen, ich bin nur neugierig, was Sie dazu sagen werden, und zwar bei der Margarine, bei Senna und Milla. Dort gibt es eine ausgezeichnete Werbung, aber die Werbung für die Milch ist vorläufig noch schlecht. Aber dort gibt es eine Werbung, die von anderen Institutionen bezahlt wird. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Täuschen Sie sich nicht!*) Ich täusche mich nicht, wir werden schon noch darüber reden können. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Bleiben Sie bei der Wahrheit! Das würde ich Ihnen dringend empfehlen!*) Wir bleiben schon bei der Wahrheit, da brauchen Sie keine Sorge zu haben.

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Also bitte, meine Damen und Herren! Dieses Hin- und Hergerede hat doch nicht viel Sinn.

Abgeordneter **Meißl** (*fortsetzend*): Nehmen wir andere Vergleiche und andere Beispiele, die all das ja viel drastischer zeigen. Denken wir an Länder um Österreich, so zum Beispiel an die Bundesrepublik. Ich glaube, es gibt da Länder, mit denen man Vergleiche anstellen muß: die Bundesrepublik, Italien, die Schweiz. Wie schaut dieser Vergleich aus? Ich habe hier eine Aufstellung, die die Erzeugerpreise je 100 kg zeigt. Ich bringe die Zahlen immer in folgender Reihenfolge: Bundesrepublik, Italien, die Schweiz, Österreich. Wie schauen die Preise aus?

Futtergerste: 253 S — das sind immer die Preise für 100 kg — in der Bundesrepublik, in Italien 231 S, in der Schweiz 323 S, in Österreich 195 S; ich lasse jeweils die Groschenbeträge weg.

Bei den Kartoffeln: Bundesrepublik 126 S, Italien 195 S, die Schweiz 163 S, Österreich 103 S.

Zuckerrüben — wieder in der gleichen Reihenfolge —: 41 S, 48 S, 52 S, 39 S.

Weizen: 285 S, 286 S, 421 S, 249 S.

Etwas besser ist Gott sei Dank die Situation bei den Rindern. Schlachtrinder: 1583 S, 1789 S, 1576 S, 1535 S. Hier liegt Österreich relativ gut. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Schlachtschweinen.

Aber grundsätzlich muß man sagen: Schauen Sie sich die Relationen an! Sie werden sehen, daß das zuwenig ist. Dabei kommt eben ein Stundenlohn von nur 5,40 S heraus.

Schauen Sie sich andere Vergleiche an. Ein ebenfalls nicht uninteressanter Vergleich ist

Meißl

beim Weizenpreis festzustellen: 1953 2,50 S, 1969 2,30 S. Dazu die Semmeln ... (Abg. Dipl.-Ing. Wiesinger: Das ist doch der Mindestpreis!) Ja sicherlich. (Abg. Dipl.-Ing. Wiesinger: Sie können doch nicht Höchstpreise mit Mindestpreisen vergleichen!) Schauen Sie sich das aber in der Relation zu den Semmeln an: 40 Groschen, 65 Groschen. Roggenpreis: 2,45 S, 2,22 S, 3,50 S. 6 S ist der heutige Preis beim Schwarzbrot. Das sind eben die Relationen. Wenn auch kleine Differenzen bestehen mögen, aber in der Relation zu den Fertigprodukten — zum Brot, zu den Semmeln — ist es eine unzumutbare Belastung. Man muß hier feststellen, daß die Preise der Endprodukte um 70 Prozent gestiegen sind.

Nun ein anderer Vergleich: Der Österreicher hat im Jahre 1954 49 Prozent für die Ernährung ausgegeben, 1968 31 Prozent. In einer anderen, kleineren Relation gesehen, ist das ein klares Ergebnis des Wohlstandes, daß man selbstverständlich für andere Dinge etwas mehr ausgibt. Aber nicht in dieser großen Relation!

Der Milchpreis ist aber noch viel interessanter. Schauen Sie sich die Höhe des Milchpreises an! Hier muß man doch feststellen, daß ein Preis von 3,30 S nicht gerechtfertigt ist. (Abg. Kern: Wir sind gerne bereit!) Na ja, Sie sind immer gerne bereit! Jetzt hätten Sie auch die Möglichkeit dazu gehabt. Ich habe Ihnen doch gesagt, daß man auch diese Fragen gemeinsam lösen muß. (Abg. Kern: Sie müssen auch sagen, was der Konsument dafür bezahlt!) Das ist ganz klar, daß es nur mit der einseitigen Erhöhung nicht geht. Sie muß natürlich auch klarerweise Konsequenzen auf der anderen Seite haben. Die Generalbereinigung muß einmal erfolgen. Schauen Sie sich aber auch hier die Preise an, wenn sie auch gestützt sind, so wie in anderen Ländern: Österreich 2,26 S, Deutschland 2,65 S, Italien 2,67 S und die Schweiz 3,10 S, in der letzten Zeit etwas ermäßigt. (Abg. Kern: Die Relationen sind ja anders!) Schauen Sie, bei der Milch ist ja eine relativ große Spanne: Wir haben den Preis von 2,20 S, der noch gestützt ist. In Wirklichkeit haben die Verarbeitungsbetriebe, die Molkereien, einen weit niedrigeren Einstandspreis als den, zu dem sie dann die Milch verkaufen. Aber von 1,70 S auf 4,60 S, das ist zu groß, wenn auch die Preisausgleiche enthalten sind. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Wissen Sie nicht, daß da ein Preisausgleich durchgeführt wird bei Butter und Käse?) Ich will auf etwas ganz anderes hinaus, Herr Kollege Zittmayr! Ich stelle fest, daß das bei der Milch eine interessante Spanne ist. Hier müßte man trachten, daß man mehr verkauft; aber da fehlt es an

der entsprechenden Milchwerbung. Da komme ich wieder darauf.

Meine Herrschaften! Sie werben mit Methoden für die Milch, die wirklich ins vorige Jahrhundert gehören. Ich habe irgendwo in einer Versammlung gehört, daß man gesagt hat, es wäre so ähnlich: Würde man für einen Anzug mit diesen Methoden werben, dann würde heute der Betroffene sagen: Da laufe ich lieber noch mit einem Bärenfell des vorigen Jahrtausends herum. Die Milchwerbung ist bis heute noch nicht auf einem Stand, daß sie wirklich marktgerecht ist und daß sie den Konsumenten anspricht. Sie müßte den Konsumenten in einer Vielfalt ansprechen. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Die Werbefachleute sind anderer Meinung!) Ja, das weiß ich schon: die Werbefachleute. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Jetzt sind Sie offenbar auch Spezialist für Werbung!) Das ist eine Verflechtung durch Sie, hervorgerufen durch die verschiedenen Institutionen. (Abg. Kern: Um wieviel höher ist der Milchverbrauch in der Bundesrepublik?) Das entsprechende Ergebnis ist jedenfalls nicht da. In anderen Ländern werden verschiedene Milchprodukte in größerem Ausmaß verkauft. (Abg. Kern: Um wieviel höher ist der Milchverbrauch pro Kopf in anderen Ländern?) Das habe ich momentan nicht da, Herr Kollege! Aber Sie kommen dann ohnedies heraus und werden es uns gleich sagen können. (Abg. Dr. van Tongel: Hoffentlich weiß er es!) Ich nehme an, daß der Herr Abgeordnete Kern es uns dann sofort sagen wird. Das paßt Ihnen nicht — das habe ich schon gesagt —, wenn man diese Dinge aufzeigt!

Wir glauben eben, daß diese Einrichtungen, die wir heute haben, die Subventionswirtschaft ausnützen und in einem „Faulbett“ liegen. Diese Methoden sind nicht geeignet, heute wirklich eine moderne Werbung zu betreiben.

Wir müssen im Hause immer wieder Gesetze für den Milchwirtschaftsfonds verabschieden. Wenn man hier vorgesorgt hätte, daß man hier wirklich den Milchverkauf steigert — denn hier ist die interessante Spanne, das werden Sie selber auch wissen —, dann hätte man den Ausgleich anders herbeiführen können. Das ist nämlich das Problem, mehr Milch zu verkaufen. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Wir sind die einzige Sparte, die der Kontrolle des Rechnungshofes unterliegt und genau überprüft wird!) Das wissen wir. Der Rechnungshof prüft hier sachlich. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Alle Sparten sind im Milchwirtschaftsfonds vertreten!)

Ich komme jetzt zu einem anderen Kapitel. Sie werden zum Thema Milch sicherlich noch

Meißl

reden, und ich komme dann darauf zurück. Ich muß Ihnen noch zur Situation in einer anderen Sparte etwas sagen. Wir haben uns darüber schon bei der Verabschiedung des Weinwirtschaftsgesetzes unterhalten. Hier sind die Maßnahmen auch zu spät gekommen. Sie sind im heurigen Jahr nicht mehr wirksam geworden. Ich kenne die Probleme. Man hat versucht, das durch irgendwelche Überbrückungen und Kredite aufzufangen. Man hätte früher im Sinne des Landwirtschaftsgesetzes eine Entscheidung treffen müssen. Seit neun, zehn Jahren wäre Zeit gewesen, hier die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen. Aber nur unter dem Druck der Traktorendemonstration am Ballhausplatz konnte etwas erreicht werden. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Herr Abgeordneter Minkowitsch und Wallner-Nachfolger! Ich muß Ihnen eines sagen: Sie haben damals den Initiativantrag ins Haus gebracht. Aber eine Woche darauf — und unter dem Druck dieser Demonstration — waren Sie erst bereit, hier gesetzliche Maßnahmen wirklich vorzuschlagen. So liegen die Dinge!

Ich habe schon gesagt, daß der Wein steuerlich zu hoch belastet ist. Auch sagt hier eine Aufstellung, daß heute allein über 7 S bei niedrigster Kalkulation allein an Steuern darauf liegen. Wir sind sehr neugierig, ob die Regierungspartei, sollte sie vielleicht nach dem 1. März noch etwas zu reden haben, auch dafür sorgen wird, daß diese Steuer ausläuft. (*Abg. Gram: Durchaus!*) Es steht überall drinnen und man kann es nachlesen: Sie werden für das Auslaufen sorgen. Wir werden Sie — wenn überhaupt noch möglich — beim Wort nehmen. (*Abg. Fachleutner: Die Sozialisten wollen es verlängern!*) Das ist ihre Sorge, nicht unsere! Über die Traktorendemonstration habe ich schon gesprochen.

Wir glauben, daß man dem Bauernstand endlich einräumen muß, daß er auch kalkulieren darf. Ich habe es am Anfang schon gesagt. Wir sind der Meinung, daß es nicht angeht, daß man dieses Recht einer Berufsgruppe vorenthält. Sie muß kalkulieren können. Ich weiß schon, daß Sie sagen werden: Der Grüne Plan wird auf einer ähnlichen Basis erstellt. Das ist nicht die Kalkulation der Kosten, wie wir sie hier verlangen.

Ich möchte noch etwas sagen, was bereits vom Herrn Abgeordneten Hofstetter erwähnt wurde. Es ist ein Problem aus der Sozialpolitik. Es sagte: das jüngste Kind! Es ist eben so, daß die Dinge immer sehr spät kommen. Aber man kann aus einer Statistik des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft feststellen, daß nur 15 Prozent der

Bäuerinnen eine normale Arbeitslast tragen, die auch andere berufstätige Frauen zu tragen haben, daß 40 Prozent der Bäuerinnen über das normale Ausmaß beansprucht sind, daß 25 Prozent gesundheitsbedrohend überlastet sind und daß 20 Prozent mit unzumutbarer Arbeit überlastet sind. Das ist letzten Endes die Folge der Arbeitsverhältnisse auf dem Land. Wenn sie schon zurzeit nicht zu verändern sind, so glauben wir Freiheitlichen, daß zumindest von der anderen Seite, von der Einkommensseite her, die entsprechende Entlastung zu erfolgen hat. (*Abg. Deutschmann: Zum Beispiel? — Abg. Steiner: Wo?*) Ich habe schon einmal gesagt, daß man über kostendeckende Preise diskutieren muß. (*Abg. Kern: Was ist kostendeckender Preis?*) Wir haben uns doch jetzt darüber unterhalten. Sie passen anscheinend auch nicht auf! Der ist zu errechnen von den bäuerlichen Betrieben her.

Sie führen ja auch Verfahren für die Grundlagen des Grünen Planes durch: Die § 7-Kommission. Auch wird man selbstverständlich einen Mittelschnitt von den Schlechtesten und den Besten nehmen können. Wir haben auch schon über die Ergebnisse in der Bundesrepublik gesprochen, wo auch Unterschiede zwischen den Betrieben gleicher Größen bestehen.

Ich möchte noch etwas zu der Einheitswerterhöhung sagen. Ich glaube, daß sie im Gespräch ist. Auch das wird sehr zu überlegen sein, da sie eine ganze Serie von Folgen nach sich ziehen wird, wenn man weiß, daß von der Erhöhung der Einheitswerte eben die Umsatzsteuer, Einkommensteuer, Vermögensteuer, Kirchenbeitrag, Grundsteuer, Kammerbeitrag, Zuschußrente, Bauernkrankenkasse, Unfallversicherung, Grunderwerbsteuer, Schenkungs- und Erbschaftssteuer für die Landwirte davon abhängen. Also auch hier darf ich jetzt schon deponieren, daß wir mit aller Vehemenz dagegen kämpfen werden.

Es wird immer das Schlagwort der Budgetparasiten gebraucht: Die Bauernschaft kriegte so viel aus dem großen Topf. Wir sind durchaus — ich habe diesen Standpunkt immer deponiert — der Meinung, daß das falsch gesagt ist. Von den Preisausgleichen, von den Stützungen her gesehen, ist es keine Produzentenstützung, sondern auch unserer Meinung nach in erster Linie eine Konsumentenstützung; also kann man das nicht den Bauern anrechnen.

Ich nehme nur ein paar Beispiele. Warum sind die Ausgaben für das landwirtschaftliche Schulwesen im Landwirtschaftsbudget verankert und nicht wie alle übrigen Ausgaben

Meißl

für das Schulwesen im Unterrichtsressort? Oder nehmen wir die Lawinen- und Wilbachverbauung, auch ein Teil des Landwirtschaftsbudgets. Auch das gehört nicht hierher. Unserer Meinung nach gehört es zum Ressort Bauten. Von den Stützungen habe ich schon gesprochen. Wenn Sie die Schloßgärten von Belvedere und Schönbrunn nehmen, ist das etwas, was der Landwirtschaft zugute kommt? Das gehört doch zum Fremdenverkehr, das gehört zum Handel. Letzten Endes ist auch die Spanische Hofreitschule kein landwirtschaftliches Anliegen, sondern ein Anliegen Österreichs, das heißt des Fremdenverkehrs. Wir sind hier sehr wohl der Meinung, daß eine Sachvereinbarung des Budgets zu erfolgen hat, damit man wirklich sagt, was echte, notwendige Förderungen der Landwirtschaft sind, und was nicht dazugehört. Wir werden uns dafür einsetzen.

Zur Genossenschaftsfrage noch ein Wort, weil wir gestern sehr viel darüber diskutiert haben. Ich war immer der Sprecher dazu, meistens in der Reihenfolge Handel, Landwirtschaft, unmittelbar zusammenhängend. Wir sind der Meinung, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften für die Landwirtschaft sehr wohl als Schutz notwendig sind, um nicht einer Gruppe ausgeliefert zu sein. Aber genauso sind wir davon überzeugt, daß es notwendig ist, beide Gruppen zu erhalten und die Voraussetzungen zu schaffen. Die liegen leider vorläufig noch bei Ihnen. Diese zwei Bünde sagen — und gestern wurde es auch wieder erklärt —: Wir werden das schon unter uns ausmachen! Aber auf dieses Ausmachen wartet die Bevölkerung, wartet der Handel, warten die Betroffenen, letzten Endes die Bauern, seit über drei Perioden. Immer das gleiche Spiel: Vorher wird gesagt: Wir werden das schon lösen!, dann wird eine Kommission eingesetzt, und es geschieht wieder nichts. Das gleiche Bild auch vor dieser Wahl; das muß ich Ihnen dazu noch sagen.

Nun zum Kollegen Dr. Zittmayr. Ich habe es schon angekündigt. Wir sind nun einmal der Meinung, daß es nicht Sache der Landwirtschaft, ihrer Funktionäre und ihrer Institutionen sein kann, auch andere Wirtschaftsbetriebe zu betreiben, wie beispielsweise das viel diskutierte Problem: Soll die Landwirtschaft durch ihre Institutionen auch eine Margarinefabrik betreiben oder nicht? Es ist unbestritten, Ebhart & Herout sind eine Tochtergesellschaft der Omolk. Darüber gibt es keine Differenzen. Weiters hat der Raiffeisenverband in einer Überprüfung festgestellt, daß keine Bauerngelder aus Omolk oder einer der Tochtergesellschaften in die

Ebhart & Herout hineinfließen. Ich darf Ihnen sagen: Das stimmt nicht. Natürlich wird das sehr geschickt getarnt, aber es ist wohl bekannt, daß Betriebsmittel, wie Fahrzeuge, sowie Kosten für Vertreter, Werbungskosten und so weiter, von der Nahrungsmittel-Ges. m.b.H. übernommen werden, wo der Herr Abgeordnete Dr. Zittmayr einer der Direktoren ist. Er soll hier herauskommen und soll aufklären, wie die Dinge wirklich liegen.

Ebhart & Herout ist ein schwer defizitärer Betrieb. In der Bilanz der Nahrungsmittel-Ges. m.b.H. stehen Millionenbeträge — 10, 11, 12, sie wechseln jedes Jahr, bis 14 Millionen — an Forderungen der Nahrungsmittel-Ges. m.b.H. an Ebhart & Herout. Dieses Geld wird die Nahrungsmittel-Ges. m.b.H. nie mehr bekommen. Das ist die Sanierung, die letzten Endes mit Bauerngeldern für eine Margarinefabrik wahrgenommen wird. Herr Dr. Zittmayr, kommen Sie heraus und sagen Sie, wie die Dinge wirklich liegen! (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Ihre Firmensplionage funktioniert leider nicht! Woher haben Sie diese Dinge? Wie können Sie so etwas behaupten?*) Kommen Sie heraus! Ich bin überzeugt davon, daß Sie bestimmt herauskommen und das sagen werden. (*Zwischenrufe.*)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, sich etwas zurückzuhalten. (*Weitere Zwischenrufe.*) Also bitte, meine Damen und Herren, wenn ich spreche, paßt man auf meine Worte auf. Ich ersuche jetzt wirklich, sich etwas zurückzuhalten.

Abgeordneter **Meißl** (*fortsetzend*): Meine Damen und Herren! Darf ich noch einmal kurz zu dem Haupt- und Generalthema des heutigen Tages, zu den Preisstützungen oder den kostendeckenden Preisen zurückkommen. Wenn der Allgemeine Bauernverband erklärt hat, die Bauern lassen sich nicht mehr länger als Budgetparasiten hinstellen, die auf Staatskosten ins Uferlose produzieren, so muß ich sagen, daß dieser Schutz und diese Stützungen in erster Linie ein Konsumentenschutz sind. Wir sind der Meinung, daß ernsthaft darüber geredet werden muß, diese Agrarpreisstützungen unter der Voraussetzung kostendeckender Preise allmählich abzubauen. Man kann das nicht von heute auf morgen. Das ist uns ganz klar. Wir haben auf die Problematik hingewiesen; genaue Unterlagen sind zu erarbeiten, es sind Berechnungen anzustellen, es sind die Auswirkungen festzustellen, aber es muß eben einmal in Angriff genommen werden. Auch vom Ministerium selbst muß man etwas tun. Man kann das Nachdenken nicht einfach den Lipizzanern der Hofreitschule überlassen. Das ist unserer Meinung nach zuwenig. Die derzeitige Situation ist unbefriedigend. Wir sind

Meißl

der Meinung, daß man hier allmählich daran gehen muß — ich sage „allmählich“ im Hinblick auf die Bürokratie, denn sonst müßte es weit schneller gehen —, die Dinge anzugreifen.

Wir sind daher der Meinung, daß die Maßnahmen, die in dieser Gesetzgebungsperiode gesetzt wurden, von der legislativen Seite sicherlich manchmal Berechtigung gehabt haben und Grundsatzgesetze gewesen sind, die wir brauchen. Die Auswirkungen nach außen sind aber vorläufig noch nicht in diesem Ausmaß eingetreten. Ich habe schon im Ausschuß gesagt, daß wir der Meinung sind, daß man das nur vom Ergebnis her beurteilen kann. Dieses Ergebnis ist unbefriedigend. Wir Freiheitlichen sind daher nicht in der Lage, dieser Politik die Zustimmung zu geben, solange wir nicht die echte Überzeugung haben, daß die Dinge — wenn auch die Strukturveränderung eines der schwierigsten Probleme ist — so in Fluß kommen, daß wir nicht als Ergebnis einer sogenannten modernen Agrarpolitik letzten Endes ein neues Proletariat auf dem Lande haben. Solange die Dinge so liegen, keine Zustimmung von uns Freiheitlichen. Daher werden wir auch diesem Kapitel und dem Grünen Plan keine Zustimmung geben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Dr. **Schleinzer:** Hohes Haus! Gestatten Sie mir, daß ich zu einigen der heute hier getroffenen Äußerungen Stellung nehme.

Ich möchte mich vor allem mit den Darlegungen des Herrn Abgeordneten Pfeifer beschäftigen, der am Beginn seiner Ausführungen vor allem darauf hingewiesen hat, daß er es für einen bedenklichen Fehler hielte, wenn man in der Agrarpolitik in eine euphorische Stimmung der Selbstbeweihräucherung verfallen wollte. Diese Auffassung des Herrn Abgeordneten Pfeifer teile ich durchaus. Dazu sind die Probleme, die wir bewältigt haben und noch zu bewältigen haben werden, viel zu schwierig.

Auf der anderen Seite kann ich mich aber doch des Eindruckes nicht erwehren, daß offenbar die Ergebnisse unserer Politik doch so liegen, daß allenfalls die Gefahr einer Selbstbeweihräucherung Platz greifen könnte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich möchte mich vor allem mit zwei Dingen beschäftigen, die der Herr Abgeordnete Pfeifer behandelt hat. Zunächst einmal hat er sich mit der Frage

der Produktionsanpassung beschäftigt und hierbei durchaus eingeräumt, daß hier Fortschritte erzielt worden sind; er hat aber zugleich die Befürchtung geäußert, daß wir nicht vorausschauend genug sein könnten, um mit diesem Umstellungseffekt fertig zu werden.

Ich darf also feststellen, daß die österreichische Landwirtschaft, unterstützt von der Agrarpolitik, in den letzten zwei Jahren gerade auf dem Gebiete der Produktionsanpassung Fortschritte erzielte, die außerordentlich beachtlich sind und die innerhalb der Getreidewirtschaft einen doppelten Effekt zeigen: einerseits die Verlagerung von der Brotgetreide- auf die Futtergetreideproduktion und zum zweiten die innerlandwirtschaftliche Arbeitsteilung zwischen den Ackerbaugebieten und den Grünlandgebieten.

Die agrarpolitischen Maßnahmen, die wir ergriffen haben, waren auf diesen wünschenswerten Effekt hin ausgerichtet, die Entwicklung hat diese Maßnahmen als richtig bestätigt, und Sie dürfen sicher sein, daß wir auch weiterhin alle Anstrengungen unternehmen werden, diesen Entwicklungsprozeß im Griff zu behalten.

Was nun die Vorausschau betrifft, verehrter Herr Abgeordneter Pfeifer: Wenn ich mich hier auf Sie hätte verlassen sollen, würde ich wahrscheinlich in einige nicht unerhebliche Schwierigkeiten kommen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Ich habe nämlich mit sehr großem Interesse Ihr Wirtschaftsprogramm studiert, und in diesem Wirtschaftsprogramm habe ich folgenden Absatz gelesen: „Zur Rechtfertigung der verfehlten Agrarpolitik werden häufig auch neutralitätspolitische Argumente verwendet. Die Behauptung, daß Österreich eine landwirtschaftliche Eigenproduktion von 80 Prozent erreicht, führt übrigens zur falschen Schlußfolgerung. Ein solcher Grad der Selbstversorgung ist unter den gegenwärtigen Bedingungen nur aufrechtzuerhalten, wenn Österreich etwa eine halbe Million Tonnen Futtermittel im Jahr importiert, was aber in Krisenzeiten nicht der Fall sein wird. Deshalb kann die österreichische Landwirtschaft im Ernstfall nicht — wie offiziell behauptet wird — 2900 Kalorien pro Kopf und Tag bereitstellen, sondern nur 2400 Kalorien. Und die Kritik an der bestehenden Agrarstruktur kann durch neutralitätspolitische Argumente nicht entkräftet werden.“

Meine Damen und Herren! Ich muß gerechterweise zugeben, daß diese Passage alle Entwürfe im Verlaufe der letzten Jahre überdauert hat und erst bei der Endfassung eliminiert wurde. Es hatte sich nämlich in der Zwischenzeit gezeigt, daß unsere preispolitischen und produktionspolitischen Maßnahmen

14144

Nationalrat XI. GP. — 165. Sitzung — 10. Dezember 1969

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

einen derartigen Umstellungseffekt erzielen ließen, daß wir weder 770.000 Tonnen Futtergetreide wie 1965 noch 500.000 Tonnen Futtergetreide wie im Durchschnitt der letzten zehn Jahre, sondern im Wirtschaftsjahr 1969/70 aller Voraussicht nach nur noch etwa 20.000 bis 30.000 Tonnen importieren müssen. Wir haben also mit dieser Maßnahme einen produktionspolitischen Umstellungseffekt erzielt, der das neutralitätspolitische Argument, das Sie in Abrede gestellt haben, vollumfänglich in Gültigkeit setzt. *(Beifall bei der ÖVP.)* Meine Damen und Herren! Das sind doch Leistungen der österreichischen Landwirtschaft, die nach meinem Dafürhalten einige Anerkennung verdienen!

Die Frage der Ehrlichkeit unserer Politik, Herr Abgeordneter Meißl, ist gerade das, worauf wir am meisten Wert legen. Zeigen Sie mir ein anderes Land, wo man mit den Bauern über die Probleme so offen und nüchtern spricht, wie das bei uns der Fall ist! An der Ehrlichkeit dieser Politik hat es bei uns nie gefehlt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie aber, Herr Abgeordneter Meißl — und das hat mich einigermaßen erstaunt —, ausdrücken, daß wir mit den Subventionen nicht lebensfähige Betriebe stützen wollen, dann müßten Sie es folgerichtig auch ablehnen, für offensichtlich nicht lebensfähige Kleinbetriebe Subventionen in Form von Preisstützungen zu geben. *(Rufe bei der ÖVP: Jawohl!)* Das ist die Realität. *(Zwischenruf des Abg. Zeillinger.)*

Was die Frage der einkommenspolitischen Situation in der Landwirtschaft betrifft, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich sagen, daß sich vom Jahre 1961 bis heute das Betriebseinkommen pro Arbeitskraft in der Landwirtschaft ... *(Heftige Zwischenrufe bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Zeillinger: Da soll er von unten reden!)*

Präsident: Die Geschäftsordnung handhabt der Präsident! *(Weitere heftige Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Ich bitte, mir jetzt zuzuhören, meine Damen und Herren, das gilt für alle. Der Herr Minister hat das Recht, sachlich zu erwidern; denn auf Fragen muß er auch eine Antwort geben können. Andererseits bitte ich den Herrn Minister, sich rein auf diese sachlichen Antworten zu beschränken. Ansonsten mache ich nochmals aufmerksam, daß ich die Geschäftsordnung handhabe. *(Abg. Zeillinger: Das hat lange gedauert!)*

Präsident: Ordnungsruf!

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer *(fortsetzend)*: Das Betriebseinkommen in der Landwirtschaft hat sich von 1961 mit 18.490 S

bis 1968 auf 28.674 S oder um 55 Prozent erhöht. Wir wissen, daß damit immer noch ein erheblicher Einkommensabstand zu vergleichbaren Wirtschaftszweigen besteht, aber ich bitte, den Fortschritt nicht zu übersehen, der in der Gesamtentwicklung zu verzeichnen war.

Hohes Haus! Gestatten Sie mir außerdem noch, daß ich im Zusammenhang mit den marktwirtschaftlichen Fragen und mit den milchwirtschaftlichen Problemen, die hier angeschnitten worden sind, mich zwar nicht mit den Darlegungen des Herrn Abgeordneten Meißl, wohl aber mit einer Diskussion beschäftige, die gestern hier im Hohen Hause geführt wurde, sie hat in einem Zwischenruf der Frau Abgeordneten Winkler ihren Ausdruck gefunden, der in der „Parlamentskorrespondenz“ wie folgt festgehalten ist: „Warum ist der Butterexport eingestellt worden?“ Und dazu die Feststellung: „Weil so hohe Giftstoffe enthalten sind!“

Meine Damen und Herren! Ich bedaure, daß die Frau Abgeordnete im Augenblick nicht da ist; ich hätte das gerne in ihrer Anwesenheit gesagt, aber ich fühle mich verpflichtet, zu diesen Dingen einige Feststellungen zu treffen.

Erstens einmal: Die Butterexporte nach England wurden nicht eingestellt; das hätte die Frau Abgeordnete Winkler sicherlich auf sehr einfachem Wege ermitteln können. Wir exportieren weiterhin nach England, allerdings sind wir gegenwärtig in der Lage, daß wir nicht Überschüsse aus der inländischen Produktion exportieren müssen. Wir nehmen vielmehr im aktiven Veredelungsverkehr Rahm nach Österreich herein, verarbeiten ihn zu Butter und exportieren diese, ohne daß es die innerösterreichische Milchwirtschaft und unsere Milchgebarung berührt, um unsere angestammten Absatzmärkte im Ausland für den Fall zu sichern, daß wir neuerdings auf Butterexporte aus der inländischen Produktion angewiesen sein sollten.

Die britische Regierung läßt fortlaufend Importbutter in den staatlichen Laboratorien auf Pflanzenschutzmittelrückstände untersuchen und gibt jährlich die Ergebnisse dieser Untersuchungen bekannt. Im Bericht über das Jahr 1968 waren auch Befunde, die die österreichische Butter betreffen, mitenthalten. *(Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.)*

Meine Damen und Herren! Ich stelle dazu ausdrücklich fest, daß es sich hier um keine Beanstandungen gehandelt hat. Die Pflanzenschutzrückstände, die dabei festgestellt worden sind, haben bei „Lindan“ 25 Prozent der

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleiner

Toleranz der Weltgesundheitsorganisation, bei „Dieldrin“ 24 Prozent und bei „DDT“ nur 4,8 Prozent betragen. Es gab also keine wie immer geartete Beanstandung unserer Butter aus dem Titel der Pflanzenschutzmittelrückstände; im Gegensatz zu Käse aus der Schweiz und aus Frankreich, der in den USA und in Kanada wegen Überschreitung der Rückstandstoleranz der Beschlagnahme verfallen ist.

Ich darf ausdrücklich erklären, daß wir ein Pflanzenschutzgesetz haben, das zu den modernsten in Europa gehört, daß der Leiter unserer Bundesanstalt für Pflanzenschutz Vizepräsident der europäischen Pflanzenschutzorganisation ist und daß unser Pflanzenschutz in Europa ein sehr großes Ansehen genießt. Obwohl es also zu keinen Beanstandungen gekommen ist, haben wir unabhängig davon Schritte über die Bundesanstalt unternommen, um im Wege der Landwirtschaftskammern aufzuklären und mögliche Pflanzenschutzmittelrückstände noch stärker herabzudrücken. Ich möchte Sie bitten, diesen unseren Anstrengungen die Anerkennung nicht zu versagen und mitzuhelfen, daß über die Qualität unserer Produkte nicht unrichtige Vorstellungen entstehen, die dem Absatz dieser Produkte abträglich sein können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und nun zur Frage der Strukturpolitik. Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Pfeifer hat sich mit der Strukturpolitik eingehend beschäftigt, war aber der Meinung, daß wir eine programmlose Strukturpolitik betreiben. Lassen Sie mich dazu folgende Feststellungen treffen: Wir betreiben erstens die Strukturpolitik mit einem der wirksamsten Instrumente, nämlich im Wege des Grünen Planes. Wenn ich Ihnen vor Augen führe, daß wir allein von 1961 bis 1968 34.000 Hektar für 12.000 Betriebe der Betriebsaufstockung zugeführt und dafür rund 550 Millionen Schilling an Agrarinvestitionskrediten zur Verfügung gestellt haben, dann spricht dies eine deutliche Sprache. Wir haben 29.500 Betriebe durch 9300 Kilometer Güterwege erschlossen und überdies mit Agrarinvestitionskrediten 5700 Kilometer Forstaufschließungswege gefördert, 32.100 Betriebe ausreichend oder neu mit elektrischem Strom versorgt, 179.000 Hektar zusammengelegt und 47.500 Hektar Grenzertragsböden neu aufgeforstet. Meine Damen und Herren! Hinter diesen wenigen Ziffern steht doch wirklich eine ungeheure Anstrengung und eine gezielte Agrarstrukturpolitik.

Außerdem sind eine Reihe von Gesetzen beschlossen worden. Zunächst einmal 1967 die Flurverfassungsnovelle, damit die Zusammenlegung vereinfacht und beschleunigt wird; das

Güterwegegesetz, um moderne Voraussetzungen für die innere und äußere Erschließung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe zu schaffen; und schließlich das Siedlungs-Grundsatzgesetz, das die Einrichtung von Siedlungsträgern in den Bundesländern vorsieht. Überdies wurde ein bäuerlicher Besitzstrukturfonds geschaffen, der die Tätigkeit dieser Siedlungsträger in den Ländern unterstützen wird. Dazu kommt eine Reihe abgabenrechtlicher Maßnahmen und Erleichterungen, um von dieser Seite die Strukturverbesserung zu begünstigen. Nicht zuletzt nenne ich das Landpachtgesetz, von dem wir uns außerdem auch eine Mobilisierung und eine Verbesserung der Bodenmobilität erwarten. Ich glaube, daß wir hier ein umfassendes strukturpolitisches Programm realisiert haben, das sich zweifellos auch in den nächsten Jahren erheblich auswirken wird.

Sicherlich, ich gebe zu, wir waren hier in den Auffassungen nicht mit Ihnen einig. Wir konnten uns zur Einrichtung einer Bodenbank nicht entschließen, weil wir der Meinung sind, daß diese Aufgaben in den Bundesländern besser überschaubar sind und dort erfüllt werden können. Wir waren auch nicht der Meinung, daß es zweckmäßig ist, eine Bodenbank mit einem Vorkaufsrecht auszustatten, weil wir das immerhin als einen ersten Schritt zur Bewirtschaftung von Grund und Boden empfunden hätten.

Was nun die Frage der Arbeitsmarktförderungspolitik betrifft, so glauben wir, daß gerade über dieses Gesetz eine wirksame Unterstützung des strukturellen Anpassungsprozesses in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum erwartet werden kann. Ich betrachte auch die getroffenen sozialpolitischen Entscheidungen als eine wichtige Ergänzung zum gesamten Struktur-Gesetzbündel, das in dieser Legislaturperiode im Interesse einer gezielten längerfristigen Strukturpolitik konzipiert und verwirklicht worden ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Tschida. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Tschida** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter Meißl, Ihre Ausführungen über das Kapitel Landwirtschaft gipfelten darin, daß diese böse ÖVP anscheinend alles falsch gemacht hätte, von A bis Z. Ich kann Ihnen dazu nur sagen: Wir wundern uns darüber nicht, und wir würden Ihnen den guten Rat geben, einmal wirklich einen Fachmann von der FPÖ hierher ans Rednerpult zu schicken. Anscheinend ist es Ihnen bis heute noch nicht gelungen, so einen Mann ins Parlament zu entsenden. *(Bei-*

14146

Nationalrat XI. GP. — 165. Sitzung — 10. Dezember 1969

Dipl.-Ing. Tschida

fall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der FPÖ.) Wogegen wir uns aber besonders wehren, ist, daß Sie uns den Vorwurf machen, unsere Agrarpolitik sei unehrlich. Das schlägt dem Faß den Boden aus! Dagegen wehren wir uns ganz entschieden. Und Sie sind am allerwenigsten in der Lage, das zu beurteilen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie aus der heutigen Debatte und auch aus der Debatte im Finanz- und Budgetausschuß eindeutig hervorgeht, befindet sich auch die Landwirtschaft in Österreich in einem äußerst schwierigen Anpassungsprozeß, der sich letztlich dahingehend äußert, daß eben die Einkommensverhältnisse in unserer Land- und Forstwirtschaft gegenüber allen anderen Wirtschaftssparten immer mehr ins Hintertreffen geraten. Während es aber bis jetzt gelungen ist, die produktionstechnischen Aufgaben zu lösen, stellt uns die Enge der Absatzmärkte — aber wieder nicht nur in Österreich, sondern auch international gesehen — und die damit in engstem Zusammenhang stehende Produktionsanpassung an den Markt und die Preisgestaltung vor immer schwierigere Aufgaben, die ganz tief in die soziale und regionale Struktur unserer ländlichen Bevölkerung hineinwirken.

Trotzdem möchte ich heute feststellen, daß durch die Agrarpolitik der ÖVP zunächst die produktions- und absatzpolitischen Probleme in den letzten Jahren besser bewältigt werden konnten als in vielen unserer Nachbarstaaten, Herr Abgeordneter Meißl. Denn Sie können nicht behaupten, daß es heute den italienischen oder den französischen Bauern besser geht als den österreichischen. *(Abg. Meißl: Natürlich geht es ihnen besser! Schauen Sie die Preise an!)*

Wenn nun der Herr Kollege Weihs — er ist ja hier — im Finanz- und Budgetausschuß die Auffassung vertreten hat, daß die ständigen Mahnungen und Anregungen der Sozialisten langsam zu wirken begonnen hätten *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Stimmt doch!)* und vage Tastversuche und Ansätze zu einer modernen, den derzeitigen gesellschaftlichen Anforderungen gerecht werdenden Agrarpolitik zu konstatieren seien, möchte ich zunächst dem Kollegen Weihs noch folgendes dazu sagen: Wir freuen uns darüber, und es ist ein Riesenfortschritt gegenüber der bisherigen Einstellung der Sozialistischen Partei, wonach in dieser lieben Agrarpolitik alles restlos falsch und unrichtig gemacht wurde.

Das sind alles Probleme — ich gebe es zu —, die einer Diskussion wert sind, wovon auch in reichlichem Ausmaß immer wieder Gebrauch gemacht wurde. Wir scheuen auch diese Kritik nicht und freuen uns, wenn Sie

mithelfen und sich bemühen, wie zum Beispiel mit Ihrem Arbeitsprogramm, das zwar sehr zu kritisieren ist; aber wir anerkennen es als positiv, daß sich heute alle Abgeordneten dieses österreichischen Parlaments um diese schwierigen Fragen kümmern.

Umgekehrt muß man staunen, wie man oft über diese bösen Agrarier spricht und wie man über sie schreibt. Ich darf hier vor allem den Parteivorsitzenden Dr. Kreisky zitieren und dazu feststellen: Ein Gespenst geht um in der österreichischen Agrarpolitik, ein Gespenst, das Dr. Kreisky heißt und sozialistischer Parteivorsitzender ist. Einmal lockt er, und das hört sich dann ungefähr so an:

„Ich kann nur versichern“ — laut „Arbeiter-Zeitung“ — „daß wir Sozialisten uns auch um die Bauern kümmern werden.“

Das andere Mal ist er ehrlich, dann klingt es anders:

„Wir Sozialisten haben kein eminentes Interesse daran, daß die österreichische Landwirtschaft einen immer größeren Anteil am Sozialprodukt bekommt.“ — Das waren Ausführungen am SPÖ-Parteitag in Niederösterreich.

Was aber will nun der Herr Parteivorsitzende wirklich? Im noch immer geheimgehaltenen sozialistischen Finanzierungskonzept findet man auf diese Frage eine interessante Antwort. In der Variante 1 dieses Finanzierungskonzeptes steht auf Seite 11:

„Von den Sozialisten werden auch Einsparungen bei den Preisstützungen geplant ... Stützungen sind allgemein abzubauen.“ — Das steht doch im Vorentwurf Ihres Wirtschaftsprogramms! Im Programm findet man allerdings diese harte Sprache nicht mehr.

Nun verschweigt aber Dr. Kreisky bewußt die Konsequenzen dieser Politik, denn der Abbau der Preisstützungen trifft entweder die Verbraucher oder aber er vermindert die agrarischen Einkommen. Er verschweigt ferner, daß im Falle des Abbaues der Preisstützungen der Bund wegen einer erklecklichen Verteuerung aller Grundnahrungsmittel aus sozialen Gründen Familienbeihilfe und Sozialrenten erhöhen muß.

Die Sozialisten schreiben in ihrem Finanzierungskonzept ferner: Mehr Investitionen — weniger Subventionen! Was soll dieses Schlagwort eigentlich heißen?

Im Budget 1970 sind an Förderungsausgaben rund 6,4 Milliarden Schilling vorgesehen. Davon entfallen 300 Millionen Schilling auf eine Durchlaufpost für den Katastrophenfonds, 500 Millionen Schilling auf zweckgebundene

Dipl.-Ing. Tschida

Einnahmen bei den Preisausgleichen. Somit verbleiben echte Ausgaben von 5,6 Milliarden Schilling, die sich folgendermaßen aufteilen: Land- und Forstwirtschaft inklusive Grüner Plan 1,1 Milliarden, Investitionsförderung für gewerbliche Wirtschaft 0,8 Milliarden, Preisausgleiche 1,6 Milliarden, Förderung für Unterricht, Bildung, Forschung 0,6 Milliarden, Arbeitsmarktförderung 0,2 Milliarden, Schutzwasserbauten 0,5 Milliarden, Schadensbehebungen 0,4 Milliarden, Bezugsvorschüsse für Wohnungszwecke 0,4 Milliarden.

Nun geben die Sozialisten aber immer wieder vor, für den Vorrang von Bildung, Forschung, Industrieförderung und Arbeitsmarktförderung einzutreten. Also verbleiben für entscheidende Kürzungen nur die Mittel des Grünen Planes und die Preisausgleiche.

Sprechen Sie einmal eine ehrliche Sprache! Wie viele Millionen wollen Sie der Landwirtschaft zur Verwirklichung Ihrer Programme wegnehmen und welche Ansatzpunkte sollen nun tatsächlich gekürzt werden? Darauf bitte ich um eine klare Antwort! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Eine solche Politik der totalen und prompten Demontage des Bauernstandes ist gegen die Interessen aller österreichischen Konsumenten und aller österreichischen Bauern. Wir werden nie zögern, alle Österreicher auf die Konsequenzen der sozialistischen Demontagepolitik hinzuweisen.

Meine Damen und Herren! Ich habe heute absolut nicht die Absicht, mich mit all diesen Problemen auseinanderzusetzen, weil dies sicherlich heute noch in ausreichendem Maße geschehen wird. Ich möchte mich einem ganz anderen Schwerpunkt der Agrarpolitik zuwenden.

Über eines müssen wir uns jedoch im klaren sein. Dieser gewaltige Umbruch mit seinen schwerwiegenden Folgen für unsere ländliche Bevölkerung kann nicht allein nach rein ökonomisch-materiellen Gesichtspunkten gemeistert werden. Es müßte daher auch eine selbstverständliche Pflicht unserer modernen Leistungsgemeinschaft sein, jenen zu helfen und für jene Menschen mehr Verständnis aufzubringen, für die dieser neue Weg vorerst Opfer bedeutet und in persönliche Schicksale ganz wesentlich eingreift.

Wenn hier immer wieder der Vorwurf kommt, der ganze Strukturwandel, der ganze Umstrukturierungsprozeß gehe viel zu langsam vor sich, dann bitte ich doch zu bedenken, daß man eine Bauerngeneration zwischen 50 und 60 Jahren kaum noch umschulen und in andere Berufssparten überführen kann. Ein alter Baum läßt sich bekanntlich auch nicht

sehr leicht verpflanzen. Was haben wir denn im Kohlenbergbau in Tauchen gemacht? Die älteren Leute konnten und wollten auch keinen anderen Beruf mehr ergreifen. Wir haben ihnen das auch gar nicht zugemutet. Im Gegenteil. Wir gaben diverse Überbrückungsbeihilfen und schickten viele vorzeitig in die Rente. Der ganze Umstrukturierungsprozeß kann doch nur organisch wachsen. Denn wehe, wenn wir hier das Rad überdrehen! Das würde wahrscheinlich allen Bevölkerungsschichten in Österreich nicht guttun.

Dieser neue Weg, den wir in der gesamtosterreichischen Wirtschaft und vor allem in der Landwirtschaft zu gehen haben, ist ein menschliches, soziales Problem, aber auch ein ungeheuer wichtiges geistiges Problem, das nicht nur Opfer, sondern vor allem ein vollständiges Umdenken erfordert, um ein rasches Anpassen an die veränderten Umweltsverhältnisse zu ermöglichen.

Damit, meine Damen und Herren, komme ich zu meinem Thema, nämlich zur Bildungspolitik in der Land- und Forstwirtschaft. Bildung und Ausbildung ist auch für die landwirtschaftstreibende Bevölkerung die wichtigste Investition und das wirksamste Kapital. Über die ökonomische Bedeutung einer zielstrebigen Bildungspolitik sind wir sicherlich alle einer einhelligen Auffassung, wie dies auch in der Debatte zum Kapitel Unterricht eindeutig hervorgegangen ist. In Erkenntnis dieser Tatsache zähle ich auch die Intensivierung der Bildungspolitik und die Mobilisierung aller geistigen Kräfte des bäuerlichen Berufsstandes zu den vordringlichsten Aufgaben unserer Agrarpolitik. Ziel dieser Bildungspolitik kann aber nicht allein die Vermittlung von Fachwissen sein, das wäre viel, viel zuwenig. Sie erfordert im gleichen Ausmaße und mit gleicher Intensität die Allgemeinbildung und Schulung zu einem demokratischen, charakterfesten Staatsbürger, um sich in dieser schnelllebigen modern-komplizierten Welt mit der hierfür notwendigen geistigen Wendigkeit und Anpassungsfähigkeit durchsetzen zu können. Zur Erreichung dieses Zieles müssen die vorhandenen Bildungsmöglichkeiten voll ausgenützt, neue geschaffen werden und die modernsten Methoden der Bildungsvermittlung angewendet werden.

Die ÖVP-Alleinregierung kann auch auf diesem Gebiet des land- und forstwirtschaftlichen Schulwesens, als eine Schwerpunktmaßnahme der Agrarpolitik, genauso wie auf dem Gebiete des allgemeinen Unterrichtswesens auf Erfolge hinweisen, die den gestellten Anforderungen für die Zukunft in jeder Hinsicht Rechnung tragen, Erfolge allerdings, die viel mehr gebracht hätten, wenn eben die starke

Dipl.-Ing. Tschida

Oppositionspartei mehr Verständnis und mehr Flexibilität für den gesamten Fragenkomplex des landwirtschaftlichen Schulwesens aufgebracht hätte. Dieses landwirtschaftliche Schulwesen wurde im Schulgesetzwerk 1962 nicht geregelt. Beide großen Parteien, sowohl ÖVP wie SPÖ, haben damals erklärt, daß die Regelung sofort in die Wege geleitet würde. Obwohl hier einhellige Auffassungen hinsichtlich der Schulgesetzgebung zustandekamen, ist es trotzdem zu keinem Abschluß gekommen.

Der Herr Landwirtschaftsminister hat diese Entwürfe im Juni und Oktober 1965 im Ministerrat eingebracht. Es konnte jedoch keine Regierungsvorlage zustandekommen, weil die SPÖ-Regierungsmitglieder ihre Zustimmung mit der Frage der Mitwirkung des Bezirksschulrates bei Lehrerernennungen an allgemeinen Pflichtschulen in Niederösterreich junktiniert haben. Die SPÖ verhinderte damit das notwendige Verfassungsgesetz auf Bundesebene wegen eines Landesgesetzes im allgemeinen Schulwesen.

Ich kann dazu nur sagen, und ich frage mich: Ist das nicht eine rein politische Maßnahme, eine Maßnahme gegen die Ausbildung des bäuerlichen Berufsstandes? (*Abg. Robak: Wie war das im Burgenland?*) Herr Kollege Robak, sagen Sie mir: Wieso haben wir es verhindert? Warten wir ab. Im Burgenland ist der Entwurf zur Begutachtung ausgesendet. (*Abg. Robak: Fünf Jahre haben Sie es verhindert!*) Wir sind gespannt, was die SPÖ-Mehrheit tut und wie schnell der Burgenländische Landtag arbeiten wird.

Die Alleinregierung der ÖVP hat dann das Paket der sieben land- und forstwirtschaftlichen Schulgesetzentwürfe am 18. Mai 1966 als Regierungsvorlagen dem Nationalrat zugeleitet.

Zwei von diesen Gesetzen konnten am 14. Juli 1966 mit einer einfachen Mehrheit verabschiedet werden.

Die restlichen fünf Gesetze des Paketes hätten einer qualifizierten Mehrheit bedurft und blieben daher am Veto der SPÖ hängen, und zwar handelt es sich hier um folgende Schulgesetze:

Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 hinsichtlich des Schulwesens neuerlich abgeändert wird;

Entwurf eines Bundesgesetzes, betreffend Grundsätze über die Organisation und den Wirkungskreis der land- und forstwirtschaftlichen Schulbeiräte;

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Religionsunterrichtsgesetz hinsichtlich der

land- und forstwirtschaftlichen Schulen abgeändert wird; dann das

Land- und forstwirtschaftliche Privatschulgesetz

und letztlich den

Entwurf eines Bundesgesetzes betreffend die Grundsätze für die land- und forstwirtschaftlichen Berufsschulen.

Diese Regierungsvorlagen hätten eine Anpassung des land- und forstwirtschaftlichen Schulwesens an die Schulgesetze 1962 gebracht, insbesondere aber eine saubere Aufteilung der Kompetenz zwischen Bund und Ländern hinsichtlich der Gesetzgebung und Vollziehung auf dem Gebiete des land- und forstwirtschaftlichen Schulwesens. Durch die Nichtverwirklichung des Verfassungsgesetzentwurfes ist eine gesetzliche Änderung des land- und forstwirtschaftlichen Schulwesens nur länderspezifisch durch übereinstimmende Gesetze des jeweiligen Landes und des Bundes möglich. Insbesondere ist die Einführung der Berufsschulpflicht sowie eine inhaltliche Verbesserung des Berufs- und Fachschulwesens nur auf diesem komplizierten und zeitraubenden Weg möglich, der mit großen zeitlichen Verzögerungen verbunden ist.

Die SPÖ, meine Damen und Herren, hat zwar im Parlament schon sehr, sehr oft erklärt, daß sie mit den von der ÖVP-Regierung eingebrachten Gesetzentwürfen vollinhaltlich übereinstimme. Was helfen aber die schönsten Worte, wenn keine Taten folgen.

Aber auch in Ihrem sozialistischen Schulprogramm kann man hier Widersprüche feststellen. Dort steht nämlich etwas anderes drinnen als das, was Sie hier im Parlament in den Ausschusssitzungen behauptet haben. Sie verlangen nämlich dort unter anderem eine komplette Verbundlichung des gesamten landwirtschaftlichen Schulwesens und seine Überführung in das Unterrichtsministerium.

Meine Damen und Herren! Die ganze landwirtschaftliche Schulgesetzgebung ist gewachsen, ist organisch gewachsen. Ich frage Sie jetzt ganz offen: Glauben Sie, daß eine Änderung der Kompetenzen gut sein kann, wo doch die Ausbildung in der Landwirtschaft so vor sich geht, daß die Schule mit meist angeschlossenen Betrieben und den Beratungskräften innigst zusammenarbeitet? Ich glaube, das kann nicht richtig sein. Man soll dieses gut funktionierende Schulwesen doch in Ruhe lassen! Ich darf nur nochmals auf Ihre Widersprüche hinweisen, daß Sie im Hohen Haus und in den Ausschüssen ganz anders sprechen als in Ihrem Programm.

Dipl.-Ing. Tschida

Nach langwierigen Aussprachen und Verhandlungen, die Zustimmung der SPÖ zu der Neuregelung und Verbesserung des land- und forstwirtschaftlichen Schulwesens zu bekommen, mußte jetzt eben der Weg der paktierten Gesetzgebung beschritten werden. Dadurch konnte zunächst das steiermärkische landwirtschaftliche Schulgesetz verabschiedet werden. Das niederösterreichische landwirtschaftliche Schulgesetz liegt im Hohen Haus. Ich habe auch schon betont, daß im Burgenland ein Entwurf bereits in Begutachtung ist.

Eine Regelung für sämtliche Bundesländer wäre aber innerhalb der kürzesten Zeit möglich, das wissen Sie alle, wenn die SPÖ ihren Standpunkt zu dieser Frage endlich revidieren würde. (*Abg. Haas: Oder Sie Ihre Haltung aufgeben würden!*) Herr Kollege Haas! Wir sind doch in erster Linie Abgeordnete für das gesamte Bundesgebiet. Ich möchte das jetzt noch einmal unterstreichen. Und es geht nicht an, daß wir (*neuerlicher Zwischenruf des Abg. Haas*) wegen eines Bundeslandes sämtlichen Bundesländern der Republik Österreich dadurch einen Schaden zufügen.

Was die landwirtschaftlichen Fachschulen betrifft, möchte ich zunächst mit Freuden feststellen, daß die Schülerzahlen eine steigende Tendenz aufweisen. Im Schuljahr 1968/69 besuchten rund 3900 Schüler die landwirtschaftlichen Fachschulen, das sind um fast 1000 Schüler mehr als vor zehn Jahren. Auch die Besucherzahl der Fachschulen für Mädchen stieg im gleichen Zeitraum von 1500 auf 2000, das heißt in beiden Fällen um über 30 Prozent.

Die Fachschulen sollen auch in Zukunft ihre bisherige Bildungs- und Lehraufgabe beibehalten und Fachwissen zum Zwecke der selbständigen Berufsausübung vermitteln.

Für die höheren land- und forstwirtschaftlichen Lehranstalten wurde, wie schon erwähnt, mit dem Land- und forstwirtschaftlichen Bundesschulgesetz im Jahre 1966 eine moderne gesetzliche Grundlage geschaffen. Auf Grund der Hochschulberechtigungsverordnung, die vom Bundesministerium für Unterricht im Einvernehmen mit dem Landwirtschaftsministerium erlassen worden ist, können die Absolventen dieser Lehranstalten nunmehr an einer Hochschule der gleichen oder einer verwandten Fachrichtung ohne Ergänzungsprüfung und darüber hinaus an allen anderen Hochschulen und Pädagogischen Akademien mit entsprechenden Zusatzprüfungen weiterstudieren.

Um einen zeitgemäßen berufs- und lebensnahen Unterricht an diesen Schulen zu gewährleisten, wurde im Jahre 1966 für die derzeit zehn höheren Lehranstalten — 7 Fachrichtun-

gen mit rund 200 Unterrichtsgegenständen — eine Lehrplanreform eingeleitet. In Zusammenarbeit mit Professoren der Hochschule für Bodenkultur, Fachleuten der Landwirtschaftskammern und den Schulreferenten der Länder wurden für alle Fachrichtungen Lehrpläne erarbeitet. Durch die neuen Lehrpläne und den Ausbau der Schulaufsicht im Jahre 1968 ist ein weiterer Niveauanstieg an diesen Schulen zu erwarten.

Der Andrang zu den höheren Schulen ist in den letzten Jahren auch sprunghaft angestiegen, und zwar erhöhte er sich von 800 auf 1400 Besucher. Die Zahl der Klassen konnte fast verdoppelt werden, nämlich von 27 auf 53. Der Um- und Ausbau der höheren Schulen ist bekannt, und die Neueröffnung der Schule in St. Florian bei Linz hat erst vor kurzer Zeit stattgefunden.

Hand in Hand mit der schulischen Ausbildung geht dank eines modernen, auch für andere Staaten beispielgebenden Gesetzes die land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildung.

Die Land- und Forstwirtschaft hat mit der gegenwärtigen zweistufigen Berufsausbildung sehr gewonnen. Der zunehmenden Spezialisierung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe wird durch Aufgliederung in die Ausbildungszweige Landwirtschaft, Sondergebiete der Landwirtschaft und Forstwirtschaft Rechnung getragen.

Die Ausbildung auf der 1. Stufe als Lehrling mit Lehrvertrag in einem anerkannten Lehrbetrieb dauert drei Jahre, auf der 2. Stufe als Facharbeiter beziehungsweise Gehilfe vier Jahre und schließt mit der Meisterprüfung ab.

Der tiefgreifende Strukturwandel der Landwirtschaft stellt viele Landwirte vor zahlreiche schwierige Probleme. Da sie der einzelne, auf sich gestellt, nicht lösen kann, ist es die Aufgabe der landwirtschaftlichen Beratung, die erforderlichen Entscheidungshilfen zu geben.

So verlangt die Praxis heute verstärkt vor allem eine betriebswirtschaftliche Beratung, denn der sich ständig verschärfende Wettbewerb zwingt viele Betriebe zu Änderungen in ihrer Betriebsorganisation und ihrer Betriebsführung.

In allen diesen Fällen sind eine exakte Planung einschließlich der finanziellen Erfordernisse, eine die Umstellung begleitende Beratung sowie eine laufende Erfolgskontrolle notwendig.

14150

Nationalrat XI. GP. — 165. Sitzung — 10. Dezember 1969

Dipl.-Ing. Tschida

Im Zuge der zunehmenden Marktverflechtung der Betriebe nimmt ferner der Bedarf an marktwirtschaftlicher und marktorientierter Beratung ständig zu. Daraus ergibt sich für die Wirtschaftsberatung die Notwendigkeit, den landwirtschaftlichen Betrieben durch Hinweis auf marktkonformes Verhalten bei der Verbesserung ihrer Marktposition behilflich zu sein. Soweit bei den zu ergreifenden Maßnahmen die Möglichkeiten des Einzelbetriebes überfordert werden, geht es auch darum, die Initiative zur Schaffung überbetrieblicher Zusammenschlüsse zu fördern, bei deren Gründung beratend zur Seite zu stehen und schließlich gezielte produktionstechnische und betriebswirtschaftliche Ratschläge zu erteilen.

Seit einiger Zeit zeigt sich immer deutlicher, daß die Anpassungsschwierigkeiten der Landwirtschaft mit Betriebsmaßnahmen allein nicht bewältigt werden können. Die Aufgaben, die sich aus dieser Erkenntnis ergeben, machen eine Neuorientierung der Beratung zur „sozialökonomischen Beratung“ erforderlich. Die landwirtschaftliche Beratung und insbesondere die hauswirtschaftliche Beratung wurden zwar immer schon mit sozialen Fragen konfrontiert; heute gilt es jedoch — im Interesse der Betroffenen selbst, aber auch im Interesse der Allgemeinheit —, Entscheidungshilfen auf sozialem und ökonomischem Gebiet allen jenen kleinen und kapitalsschwachen Betrieben zu geben, deren Existenz im Zuge des Strukturwandels bedroht ist. Eine solche sozialökonomische Beratung erfordern insbesondere auch jene Betriebe, deren Inhaber einen außerlandwirtschaftlichen Beruf ausüben, also die sogenannten Nebenerwerbsbetriebe.

Ein besonderes Anliegen der Bildungspolitik in der Landwirtschaft ist die bisher bewährte und erfolgreiche Landjugendarbeit, die derzeit in über 1500 Gruppen mit zirka 35.000 Mitgliedern geleistet wird.

Für die Ausbildung der Lehrer und Berater ist das Bundesseminar für das landwirtschaftliche Bildungswesen in Wien-Ober-St. Veit verantwortlich. Diese 1953 gegründete Bildungsstätte hat als land- und hauswirtschaftliche berufspädagogische Lehranstalt die Aufgabe, Lehrer auszubilden, die zugleich befähigt sind, im land- und forstwirtschaftlichen Beratungsdienst zu wirken. Bis heute hat das Bundesseminar etwa 1700 Lehrer und Berater ausgebildet.

Dem Bundesseminar ist ein berufspädagogisches Institut angeschlossen, das der Fortbildung der Lehr- und Beratungskräfte dient. In Erkenntnis der großen Bedeutung dieses Bildungssektors wird seit 1968 in Zusammen-

arbeit mit den Ländern für den Zeitraum eines ganzen Jahres ein „Lehrerfortbildungsplan“ erstellt, der sämtliche Fortbildungsveranstaltungen des Bundes und der Länder erfaßt und koordiniert. Im Rahmen dieser Fortbildungspläne wurden bisher zirka 160 Veranstaltungen mit fast 6000 Teilnehmern durchgeführt.

Um den notwendigen Kontakt zwischen Lehrer und Berater zu vertiefen, wird ab 1970 dieser Fortbildungsplan zu einem „Lehrer- und Beraterfortbildungsplan“ erweitert. Der dabei zustande kommende Erfahrungsaustausch wird sich für die Arbeit beider Teile befruchtend auswirken.

Neben unserem land- und forstwirtschaftlichen Schulwesen und sonstigen Einrichtungen für die Weiterbildung unserer ländlichen Bevölkerung gewinnt die Forschung in der Land- und Forstwirtschaft von Tag zu Tag mehr Bedeutung. Die qualitativen und quantitativen Leistungssteigerungen in der österreichischen Landwirtschaft sind zu einem sehr, sehr wesentlichen Teil auch der Forschung zuzuschreiben.

Bereits in den fünfziger Jahren wurden der Agrarforschung ERP-Mittel zur Verfügung gestellt. Seit dem Inkrafttreten des Landwirtschaftsgesetzes bildet aber das Forschungs- und Versuchswesen im Rahmen eines arbeitsteiligen Programms einen integrierenden Bestandteil des Grünen Planes zur Förderung der Landwirtschaft.

Seit 1961 konnten der Forschung rund 88 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt werden, von 1966 bis 1969 allein 49 Millionen Schilling.

Der weitgespannte Aufgabenbereich wird heute von 26 Institutionen wahrgenommen, die zum Teil ausschließlich Forschungsaufgaben erfüllen oder im engsten organisatorischen Zusammenhang mit Lehr- und Bildungsstätten stehen. Darüber hinaus verfügen wir über vier Bundesversuchswirtschaften, die wesentlich dazu beitragen, die wissenschaftlichen Erkenntnisse der Praxis dienstbar zu machen. Die Eröffnung des Neubaus der Landwirtschaftlich-chemischen Bundesversuchsanstalt in Linz ist ein neuerlicher Beweis für die intensiven Anstrengungen zum Ausbau eines leistungsfähigen landwirtschaftlichen Forschungswesens.

Die Tätigkeit unserer Bundesversuchsanstalten und wissenschaftlichen Institute erstreckt sich im wesentlichen auf drei große Aufgabenbereiche: Im Vordergrund steht die Notwendigkeit, den ungeheuren wissenschaftlichen und technischen Fortschritt unserer Zeit der Land- und Forstwirtschaft sinnvoll nutzbar

Dipl.-Ing. Tschida

zu machen. Unsere wissenschaftlichen Anstalten haben hiebei die Aufgabe, aus der verwirrenden Vielfalt der Möglichkeiten das für die Praxis Verwertbare und im Rahmen der Grundlinien der Agrarpolitik Nutzbringende herauszuarbeiten. Ein Schwerpunkt ist es hierbei auch, daß die Anwendung neuer Erkenntnisse und Methoden nicht zu Störungen der biologischen Produktionsvorgänge oder zu einer Gefährdung der menschlichen Gesundheit und Wohlfahrt führen darf.

Nicht minder bedeutungsvoll ist die Kontrolltätigkeit. Es geht hier um die Überwachung gesetzlicher Bestimmungen, die sicherstellen sollen, daß die der Landwirtschaft angebotenen Produktionsmittel tatsächlich den Forderungen einer modernen Betriebsführung entsprechen. Darüber hinaus haben die Anstalten aber auch verantwortungsvolle Aufgaben im Dienste der Volksgesundheit zu erfüllen.

Die dritte Aufgabe der Anstalten ist die Weitergabe von neu erarbeiteten Erkenntnissen an jenen Personenkreis, der in unmittelbarem Kontakt mit der breiten Praxis steht.

Abschließend, meine Damen und Herren, darf ich nochmals feststellen, daß die österreichische Bundesregierung gerade in den letzten Jahren die größten Anstrengungen unternommen hat, um der bäuerlichen Bevölkerung, vor allem aber unserer bäuerlichen Jugend jenes geistige Rüstzeug zu vermitteln, das notwendig ist, einen erfolgreichen Lebensweg gehen zu können. Vieles ist bereits auf diesem Gebiete geschehen. Wir dürfen uns aber damit absolut nicht zufriedengeben, denn die Entwicklung geht auf allen Gebieten weiter und verlangt weitere Aktivität und weitere Initiative. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Oskar **Weihs** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Minister Schleinzer hat meinem Parteifreund Pfeifer geantwortet, er könne sich des Eindruckes nicht erwehren, daß die Ergebnisse seiner Politik so liegen, daß die Gefahr einer Selbstbeweihräucherung gegeben sei. *(Ruf bei der ÖVP: Da hat er recht gehabt!)* Ich glaube, daß diese Gefahr keineswegs besteht, meine Damen und Herren, wie ich Ihnen im Laufe meiner Ausführungen nachweisen werde.

Er sagte auch weiter: „Die österreichische Landwirtschaft, unterstützt von der Agrarpolitik“ — Herr Minister Dr. Schleinzer, ich hätte eher gesagt, daß durch die Agrarpolitik die

österreichische Landwirtschaft zu den von Ihnen genannten Ergebnissen gekommen ist, nämlich der Umstellung, wie Sie sagten, von Brotgetreide zu Futtergetreide, von Milch zu Fleisch und ähnliche Dinge mehr. Auch dazu werde ich mir erlauben, einige Bemerkungen im Laufe meiner Ausführungen zu machen.

Und wenn Sie unser Agrarprogramm zitieren, Herr Minister, dann würde ich doch bitten, jene Passagen zu zitieren, die beschlossen worden sind, denn auch wir zitieren nicht den ersten sogenannten Bericht des ehemaligen Staatssekretärs Koren, sondern wir zitieren auch den Koren-Plan, das heißt also jene Fassung, die anscheinend dann von der Österreichischen Volkspartei genehmigt worden ist.

Ich glaube, Herr Minister, wenn Sie unser Wirtschaftsprogramm zitieren, das der Herr Kollege Tschida eigentlich lobend erwähnt hat und von dem er sagte, daß das eine Diskussionsgrundlage hinsichtlich der Probleme der Landwirtschaft sei und daß das praktisch die von Ihnen ständig geforderte und verlangte Alternative auf diesem Sektor zum Beispiel war, dann wäre es doch sicherlich günstiger — es steht mir nicht zu, das zu beanstanden, das ist Angelegenheit des Herrn Präsidenten —, dieses Programm nicht von der Regierungsbank aus polemisch vorzutragen, sondern vom Rednerpult: entweder zu kritisieren oder sich mit uns über diese Programme auseinanderzusetzen.

Kollege Tschida hat gesagt, was eigentlich mein Parteiboss Dr. Kreisky meint: Einmal steht in der Zeitung dieses, einmal steht in der Zeitung jenes zu lesen. Ich kann Ihnen nur empfehlen, Herr Kollege Tschida: Lesen Sie unser Programm nach, dann werden Sie wissen, was unser Parteiboss gemeint hat!

Nun, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir über die Fragen der österreichischen Landwirtschaft einige Bemerkungen zu machen.

Über die Agrarpolitik und über die Subventionen heißt es in den Erklärungen des Bundeskanzlers zur Regierungsumbildung am 23. Jänner 1968 wörtlich:

„Richtige Strukturpolitik muß das Gleichgewicht zwischen Produktion und Verbrauch nicht durch Anpassung des Verbrauches an die Produktion, sondern umgekehrt durch Anpassung der Produktion an den geänderten Verbrauch herstellen. Jede marktwidrige Konservierung geht zu Lasten der Leistungskraft der Gesamtwirtschaft und damit des Lebensstandards der Gesamtbevölkerung. Falsch ist die Konservierung überholter Strukturen durch Subvention und durch administrative Beschrän-

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

kung der Initiative von Betriebsinhabern und Arbeitnehmern.“ So sprach Dr. Klaus.

Auch im Koren-Plan heißt es unter anderem — und nicht in dem Bericht, Herr Minister —, daß es Grundsatz der neuen Agrarmarktordnung ist, die möglichste Anpassung der Produktion an den Absatz im Inland und Ausland unter Berücksichtigung der inländischen Produktionsbedingungen zu erreichen. Anzustreben sei eine bestmögliche Versorgung der Bevölkerung und die Berücksichtigung des allgemeinen Interesses an einem stabilen Preisniveau.

Alle diese Zielsetzungen finden Sie, allerdings noch viel deutlicher und präziser, in unserem Wirtschaftsprogramm, in dem Sie auf Seite 136, Ziffer 15, folgendes nachlesen können:

In einem durch Marktordnung gebundenen Markt kann jedoch dem Preis als Regulator von Angebot und Nachfrage — was die Regierung gemeint, aber schamhaft verschwiegen hat — eine größere Bedeutung als bisher eingeräumt werden. Ein hauptsächlich von der Nachfrage her bestimmter Preismechanismus, der gleichzeitig auch die Besonderheiten der landwirtschaftlichen Produktion berücksichtigt, trägt zur Steuerung des Angebotes im jeweils notwendigen Umfang bei und bietet einen Anreiz zur Verlagerung der Produktion auf Sektoren, in denen Absatzmöglichkeiten bestehen.

Um diese Zielsetzungen zu erreichen, müssen natürlich die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden.

Nun wird von unseren Agrariern immer wieder erklärt, daß diese Voraussetzungen schon gegeben seien — wir haben das heute bereits einige Male gehört — und daß wir in Österreich die agrarischen Probleme wie die produktions- und absatzpolitischen Probleme — auch der Finanzminister hat besonders in seiner Budgetrede darauf verwiesen — in den letzten Jahren viel besser bewältigt haben als manche unserer Nachbarländer.

Ich wundere mich immer wieder, daß die Argumentation der Österreichischen Volkspartei so arm an durchschlagskräftigen Argumenten ist, daß sie immer wieder dann, wenn sie nicht mehr aus und ein weiß, auf schlechtere Verhältnisse in anderen Ländern hinweist und damit zum Ausdruck bringen will, daß bei uns in Österreich sowieso alles in bester Ordnung sei (*Abg. Steiner: Sie tun das nie!*) — Kollege Steiner, Sie können ja dann herunterkommen und mir einige Antworten auf meine Äußerungen geben —, wie das gestern der Kollege Dr. Zittmayr in eigenartiger Weise getan hat.

Seit Bestehen des Landwirtschaftsgesetzes und seines Herzstückes, des Grünen Planes, hat die sozialistische Fraktion in diesem Hause immer wieder darauf hingewiesen, daß das Kernproblem einer modernen Agrarpolitik sei, eine Strukturpolitik zu betreiben, um zur Erzielung angemessener Einkommen entsprechend ausreichende Betriebsgrößen zu erhalten.

Der Grüne Bericht 1968 kommt daher in seiner Schlußfolgerung endlich zu der Auffassung — und das ist das, was der Kollege Tschida gemeint hat, daß wir der Regierung einen langsamen, schüchternen Tastversuch vorwerfen, den sie in dieser Frage zu gehen hat —, daß eine Verbesserung der Lebensverhältnisse der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung in erster Linie durch die Schaffung größerer Betriebe oder durch ein Ausweichen auf Nebeneinkommen erreicht werden kann. Das war erstmalig, daß eine solche Feststellung in einem Grünen Bericht getroffen worden ist.

Logischerweise kommt natürlich der Grüne Bericht 1968 dadurch zu der Auffassung, daß die Erzielung einer für eine angemessene Einkommensbildung notwendigen Arbeitsproduktivität auch davon abhängt, inwieweit die von der Landwirtschaft freigestellten Arbeitskräfte in anderen Wirtschaftszweigen Beschäftigung finden können.

Als Resümee dieser sehr vorsichtig angedeuteten Überlegungen im Grünen Bericht 1968 muß neben einer weitgehenden Betriebszusammenlegung zur Schaffung größerer und damit rationeller arbeitender Produktionseinheiten auch durch strukturpolitische und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, wobei soziale Härten weitestgehend ausgeschaltet werden müssen, Vorsorge dafür getroffen werden, daß die dann aus der Landwirtschaft ausscheidenden Berufstätigen in anderen Wirtschaftsbereichen unterkommen können.

Genau das ist der Weg, den wir schon seit Jahren aufgezeigt haben, den Sie vielleicht, Herr Minister Schleinzer, schon gehen wollten, aber nicht gehen durften, weil Sie der Bauernbund ständig in diesen Belangen gehindert hat.

Ich nehme an, der Kollege Minkowitsch wird eine modernere Agrarpolitik betreiben und das auch dem Herrn Landwirtschaftsminister gestatten. (*Abg. Minkowitsch: Die jetzige ist reichlich modern!*) Darüber gehen die Auffassungen etwas auseinander, und es würde sich wahrscheinlich im Laufe einer Diskussion ergeben, daß sich unsere Standpunkte wesentlich näherten, wenn Sie die von uns vorgeschlagenen Wege mit beschreiten wür-

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

den. (*Ruf bei der ÖVP: Sie sind näher?*) Sie, Kollege Tschida, kommen ja schon näher. Sie sind von hinten bei der zweiten Bank gelandet. Ich warte nur, bis Sie hier landen werden.

Wir Sozialisten haben immer wieder auch darauf verwiesen, daß unsere Marktordnung einer dringenden Erneuerung bedürfe und sich nach neuen Gesichtspunkten orientieren müsse. Die derzeitige Struktur unserer Landwirtschaft und eine solche Agrarpolitik, wie Sie sie bis heute betreiben, erzeugt mehr, als der Markt aufnehmen kann, erzeugt zu garantierten Preisen, sodaß Überschüsse eingelagert werden müssen, wobei die ganze Bevölkerung die ständig steigenden Subventionen zahlen muß und ihr dadurch große Lasten aufgebürdet werden.

Es ist kein Geheimnis, daß das garantierte Preisniveau in günstig gelegenen Gebieten die Produktion anheizt. Man muß daher Maßnahmen setzen, um der Überproduktion zum Beispiel bei Milch und Milchprodukten, Getreide und so weiter Herr werden zu können.

Um den Milchstrom bei uns eindämmen zu können, haben wir als Konsumentenvertreter im Milchwirtschaftsfonds schon vor Jahren gefordert, entsprechende Produktionsbremsen einzubauen. Es hat lange gedauert, bis sich der Landwirtschaftsminister entschlossen hat, den bestehenden Krisenfonds zu erhöhen und die Qualitätsbezahlung der angelieferten Milch einzuführen. Wie das bei uns schon üblich ist, kam diese Maßnahme allerdings sehr spät und hätte, ein Jahr früher eingeführt, wesentlich bessere Erfolge erzielt.

Die Erhöhung des Krisenfonds hat die Umlenkung der Milchproduktion auf die Fleischproduktion eingeleitet. Es ging dadurch die Milchproduktion eine Zeitlang zurück, sodaß sehr bald auf Drängen des Bauernbundes der Krisenfonds wieder weitgehend aufgehoben wurde. Damit allerdings wurde der Umlenkungsprozeß abrupt abgebrochen, und die Anlieferung der Milch ist derzeit bereits wieder im Steigen begriffen; in den letzten Wochen stieg die Milchanlieferung gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr sogar um über 5 Prozent. — Ich nehme an, daß der Witterungseinbruch ein Sinken der Zulieferung bringen wird, so lange, bis die Straßen wieder gut befahrbar sein werden. Wenn das so weitergeht, wird man im Jahre 1970 mit einer wesentlich höheren Milchanlieferung rechnen müssen, als gerechnet wurde und als dafür als Stützungsbetrag von 1826,6 Millionen Schilling im Budget vorgesehen ist.

Um in Zukunft neuerlich eine solche Überschußproduktion zu vermeiden, wie wir sie

1967 und teilweise bis Mitte 1968 gehabt haben, müssen nicht nur produktionspolitische, sondern auch verarbeitungspolitische Maßnahmen gesetzt sowie neue Wege auf dem Marketing-Sektor gegangen werden.

Dies deshalb, um einerseits durch Kostensenkungen bessere Einkommensverhältnisse in der Landwirtschaft zu erzielen und andererseits durch Strukturbereinigungen in den Molkeereibetrieben niedrigere Preise für die Konsumenten zu erreichen.

Ein solcher Strukturplan, der die günstigsten Standorte der Betriebe sowie die optimalen Betriebsgrößen und Verarbeitungszweige feststellen sollte, ist derzeit in Ausarbeitung. Vorerst wurde ein Leitbild der optimalen Versandstruktur und der Standorte entwickelt, um vor allem auf dem Transportkostensektor erhebliche Einsparungen zu erzielen. Diesem Leitbild sollen dann exakte Berechnungen über die zu erstattenden Vorschläge folgen. Nach den vorläufigen Strukturanalysen soll die Anzahl der Betriebe in Österreich von derzeit 334 auf künftig 84 Schwerpunktbetriebe verringert werden. Bis dieses Ziel aber erreicht sein wird — und darüber können wir reden, wenn wir uns über die Bedeckung des Abganges des Milchwirtschaftsfonds unterhalten werden —, wird die österreichische Bevölkerung allerdings noch sehr viel an Subventionsbeiträgen zahlen müssen.

Es war daher nicht von ungefähr, Herr Minister Dr. Schleinzer, daß Sie für die Preisstützungen für das Budget 1970 bei Minister Koren über 2,9 Milliarden Schilling angefordert haben, wodurch allerdings die Erreichung der von mir eben genannten Ziele immer wieder hinausgeschoben wird, weil doch der finanzielle Anreiz beziehungsweise finanzielle Zwang zur Strukturbereinigung in der Landwirtschaft fehlt.

Aber auch den Erfolg der Umlenkung von der Produktion von Milch auf Fleisch haben wir Konsumenten im Preis keineswegs gespürt. Es wurde zum Beispiel nicht mehr Rindfleisch auf den Markt gebracht und damit der Nachfrage entsprochen, sondern die Landwirtschaft hat, wann immer und wo immer es ging, Lebendvieh oder Fleisch exportiert und damit eine künstliche Verknappung hervorgerufen. Diese Verknappung führte dazu, daß die Preise sehr erheblich gestiegen sind.

In diesem Zusammenhang darf ich mich einigen Bemerkungen des Kollegen Dr. Zittmayr — er ist leider im Moment nicht da (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Ich werde es ihm sagen!*) — zuwenden, die er gestern bei der Debatte zur Gruppe Handel, Gewerbe und Industrie geäußert hat, bei denen Dichtung

14154

Nationalrat XI. GP. — 165. Sitzung — 10. Dezember 1969

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

und Wahrheit kaum noch zu unterscheiden war. Ich fühle mich daher zur Klärung der effektiven Tatsachen verpflichtet und glaube, einiges zur Steuerung der Wahrheit beitragen zu müssen.

Wenn der Kollege Zittmayr gestern erklärt hat, daß von der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung der Landwirtschaft die Ausfuhr von Agrarprodukten zum Vorwurf gemacht wird, dann irrt er sich, um mich höflicher auszudrücken, als er sich gestern ausgedrückt hat. Ich darf feststellen, daß uns Sozialisten der Agrarexport kein Dorn im Auge ist. Man sollte aber bei der Wahrheit bleiben und nicht doppelzüngig werden. Einmal sagt man, man will die Bevölkerung ausreichend mit Nahrungsmitteln versorgen, was ein wesentliches Merkmal des Landwirtschaftsgesetzes ist, ein anderes Mal sagt man, man muß exportieren, um ausländische Kunden nicht zu verlieren.

Und noch ein Wort muß ich an den Kollegen Zittmayr richten. Bei uns ergibt sich nicht zwangsläufig ein struktureller Exportbedarf von Vieh und Fleisch, wie er sich gestern ausdrückte, wenn man nur die inländische Nachfrage voll und ganz befriedigen würde. Er hat ja selbst meine Thesen damit untermauert, daß er erklärte, der Exportanstieg von Vieh und Fleisch in Höhe von 870 Millionen Schilling im Jahre 1968 lag um 87 Prozent höher als im Jahre 1967. Damit hat er bewiesen, daß der Export sehr stark forciert wurde, und damit meine These untermauert, daß der Inlandsmarkt nicht entsprechend versorgt wurde.

Was den Kälberexport betrifft, der nach Meinung des Kollegen Zittmayr sehr stark gedrosselt wurde, darf ich darauf verweisen, wie es in Ihren eigenen Nachrichten stand, daß im Jahr 1968 insgesamt 195.600 lebende Rinder, einschließlich Kälber, um 25.600 mehr als ein Jahr zuvor, exportiert wurden. Und das, meine Damen und Herren, war die entscheidende Ursache, daß wir im heurigen Jahr so große Preissteigerungen verzeichnen mußten.

Es gehört aber in den Bereich der Märchen — wir nähern uns ja langsam der Zeit, in der man Märchen erzählt —, wenn Sie die kühne Behauptung aufstellen — ich glaube, es müssen alle Agrarier mit mir eines Sinnes sein und darüber lachen —, daß das inländische Preisniveau — so sagte er — für Kälber zwischen 23 S und 26 S liegt. Ich kann ihn nur fragen: Wo bekommt man in Österreich zu diesen Preisen Kälber? Ich glaube, nicht einmal bei Ihnen in Oberösterreich ist das möglich. *(Ruf bei der ÖVP: Ich habe diese Woche eines um 25 S gekauft, Lebendpreis! — Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Das ist die Spitze!)*

Aber entschuldigen Sie, wir reden ja von jetzt. Ich kann nicht von der Zeit vor zehn Jahren oder von der Zukunft reden. Da wird es wohl noch schlechter sein, wenn Sie so weitermachen! Was heißt die Spitze? Seit Monaten ist das ein Durchschnittspreis und keine Spitze. Und der Durchschnittspreis beträgt in Österreich 35 S und nicht um einen Groschen weniger, Herr Kollege Tschida! Sie können es vielleicht kaufen, wenn Sie zu einem Bauern in das Burgenland gehen und dort ein Kalb kaufen, aber gehen Sie einmal auf die städtischen Märkte, dann werden Sie die Preise sehen, die dort bezahlt werden! *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Herr Doktor, das sind die Lebendpreise!)* Aber was denn, reden Sie doch nicht so! Was heißt „Lebendpreise“ bei Kälbern? Bei Kälbern spricht man doch immer von den Preisen der gestochenen Tiere, aber niemals von den Lebendpreisen, denn Kollege Zittmayr hat selbst erklärt, beim Import kosten die Kälber 33 bis 35 S pro Kilogramm. Damit hat er die Preise für gestochene Kälber gemeint. Und bei Ihnen meint er dann plötzlich mit 23 S und 26 S die Preise für lebende Kälber. Das ist doch Demagogie, meine Herren, und nichts anderes. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Im übrigen empfehle ich Ihnen, Kollege Zittmayr — er ist leider noch immer nicht da, es ist schade, daß er das alles nicht mithören kann —, sehr genau das Novemberheft des Wirtschaftsforschungsinstitutes zu lesen — ich würde das auch jenem Kollegen empfehlen, der hinter mir dann hieherkommen und reden wird —, dort stehen nämlich sehr interessante Tatsachen drinnen, dann würden Sie, meine Damen und Herren, nämlich erfahren, daß vom zweiten auf das dritte Quartal die Rinderlieferungen um 3 Prozent und die Kälberlieferungen um 17 Prozent zurückgegangen sind. Was sagen Sie jetzt dazu?

Geradezu witzig fand ich gestern seine Bemerkung, daß im dritten Quartal Schweinefleisch eingeführt wurde, das einer Stückzahl von 2515 Schweinen entspricht, wie er gesagt hat. Nicht ich habe das gesagt! Man muß dabei berücksichtigen, daß in Wien allein der Wochenbedarf annähernd bei 10.000 Stück liegt und derzeit nur an die 4500 Stück angeboten werden.

Ich muß sagen: Wenn man solche Behauptungen aufstellt, sollte man sich an die Fakten und an die Tatsachen halten, denn man muß doch gewärtigen, daß man sehr bald hinter solche Schliche kommt und die natürlicherweise dort aufdeckt, wo derlei Äußerungen gefallen sind.

Über den im Zollvormerk nach Österreich importierten Rahm aus Deutschland, der bei

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

uns zu Butter verarbeitet wird, wurde ja heute bereits gesprochen; ich brauche mich also darüber nicht weiter zu unterhalten.

Aber über folgendes müssen wir uns unterhalten: Kollege Zittmayr hat sich sehr beachtlich über die EWG-Erstattungen bei Export mit Drittländern aufgeregt. Ja, meine Damen und Herren, haben Sie vergessen, daß wir Butter exportiert haben, wofür wir bis zu 26 S Stützungen bezahlt haben, daß wir Käse mit einer Stützung bis zu 11 S, Vollmilchpulver bis zu 7 S exportiert haben und daß wir derzeit Magermilchpulver mit einer Stützung bis zu 4,30 S exportieren?

Ich weiß genau, daß man mir jetzt sagen wird, wir exportieren seit Juli keine Butter mehr. Der Herr Landwirtschaftsminister hat sich das bereits notiert; ich habe das mit einem Blick aus meinem linken Auge zu ihm gesehen. Das ist auch klar, denn wir beziehen den Rahm zu einem derart niederen Preis, daß wir die Verarbeitungskosten hereinbekommen, die erzeugte Butter zu einem ebenfalls niederen Preis wieder — zum Beispiel nach England, nach dem Vatikan oder wohin immer, der Herr Minister weiß das; wir alle wissen das — exportieren können, ohne eine Stützung zu bezahlen. Es reicht allein die Ausfuhr- und Ausfuhrhändlervergütung. Wenn man das aber so gehandhabt hat und handhabt, dann muß man sich an das alte Sprichwort halten: Was du nicht willst, das man dir tu', das füg' auch keinem andern zu! *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Kern: Aber angefangen haben die anderen!)*

Herr Kollege Kern, ich würde Ihnen empfehlen, sich doch etwas genauer zu informieren, um Bescheid zu wissen. *(Abg. Kern: Glauben Sie, daß wir bei dieser Situation ohne das auskommen können?)* Herr Kollege! Sie vergessen immer eines: Die EWG wird niemals eine Einbahnstraße werden. Wenn Österreich mit der EWG zu irgendeiner Regelung kommt, dann wird Österreich exportieren können, aber die EWG wird nach Österreich importieren. *(Ruf bei der ÖVP: Natürlich!)* Dann werden wir sehen, wie sich die Exporte auf das inländische Preisgefüge, auf die inländische Versorgung auswirken. *(Abg. Minkowitsch: Aber bei allen Sektoren!)* Selbstverständlich. Aber eines, Herr Kollege Minkowitsch, dürfen Sie nicht vergessen: Am härtesten wird bei solchen Methoden immer die Urproduktion getroffen, und das ist in diesem Fall die Landwirtschaft.

Ich will jetzt nicht gerade von der Sparte Wein reden. Aber ich kann mir vorstellen, welche italienischen und französischen Ströme da nach Österreich fließen werden. *(Abg. Ing. Hofstetter: Die haben ohnehin keinen*

Alkoholgehalt! — Heiterkeit.) Ich will davon nicht reden, Herr Kollege. Ich will davon reden, daß Frankreich noch sehr viele Produktionsreserven — zum Beispiel auf dem Gebiet des Weizens — hat, die sich dann über uns ergießen werden. Ich will kein Prophet sein, der schwarz malt. Aber ich gebe zu bedenken, daß es gerade für die Sparte der Landwirtschaft nicht einfach sein wird, wenn eine Regelung Österreichs mit der EWG kommen wird. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr betritt den Saal.)*

Da ist Kollege Zittmayr. Sehr gut. Ich habe mir erlaubt, einige Bemerkungen zu Ihren gestrigen Ausführungen vorzubringen. Herr Kollege Zittmayr! Zum Schluß aber möchte ich Ihnen noch einen wohlmeinenden Rat geben. Kraftausdrücke wie „Freiheit sondergleichen“, die Sie gestern meiner Kollegin Herta Winkler gegenüber gebraucht haben, sind keine parlamentarisch überzeugende Argumentation *(Beifall bei der SPÖ)*, sondern ich sehe darin eine Entgleisung, die nicht in dieses Hohe Haus gehört. *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: War es keine Entgleisung, wenn sie sagte, die Butter sei vergiftet? — Zwischenrufe.)* Das ist keine Frage des persönlichen Geschmacks. Entschuldigen Sie, man wird doch hier sagen können, daß in Zeitungsberichten stand, daß die Exporte nach England eingestellt werden mußten, weil verschiedene Dinge, wie zum Beispiel durch den Bodendünger und so weiter — ich muß das alles hier nicht erzählen, denn das wissen Sie genauso gut wie ich —, hineingekommen sind, daß man das festgestellt hat, daß man dann gesagt hat, es habe gerade noch nicht die Grenze der Schädlichkeit erreicht. *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Das hat sie nicht gesagt! — Abg. Kern: „Weit unter der Toleranzgrenze!“ Das ist ein Unterschied!)* Aber der Herr Minister hat gesagt, daß es noch nicht die Grenze erreicht hat. Stimmt das, Herr Minister? *(Abg. Kern: „Weit unter der Toleranzgrenze!“)* „20 Prozent unter der Toleranzgrenze“, hat er gesagt. Was heißt das „weit“? Entschuldigen Sie, das ist eine sehr komische Auffassung: „weit“ — 20 Prozent! Aber der Herr Minister hat nicht gesagt, daß dann auf Grund dessen ein Rundschreiben an die Landwirtschaftskammern ergangen ist, das dann von diesen an die Bezirksbauernkammern weitergegeben wurde, ein Schreiben, in dem es heißt, man möge diese Düngemittel nicht verwenden, weil doch immerhin die Gefahr bestehe, daß das über die Pflanze in die Milch oder das Fleisch kommt.

Bitte, meine Herren, so war das und nicht anders! *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Das*

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

„Gift“ war nicht am Platz und die „Freiheit“ vielleicht auch nicht!) Das freut mich, Herr Kollege! Ich nehme gerne zur Kenntnis, daß Sie sich coram publico hier für diesen Ausdruck entschuldigen. (Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Aber beides, Herr Kollege! Das war auch nicht richtig!) Ich kann ja für die Kollegin Herta Winkler nicht reden. Sie wird schon noch reden und etwas dazu sagen.

Ich darf nun wieder zu den Fleischpreisen zurückkommen. In der Paritätischen Kommission wurde bekanntgegeben, daß der Durchschnitt der Preiserhöhungen aller Fleischsorten und Fleischarten von 1966 bis 1969 rund 16 Prozent beträgt, obwohl die Fleischpreise im Jahre 1966 bereits eine sehr beachtliche Höhe erreicht haben.

Eines, Herr Minister Dr. Schleinzer, darf ich hier wieder anbringen: Ich habe in allen meinen Diskussionsbeiträgen es nicht verabsäumt, im Hohen Hause darzulegen, daß Sie, Herr Minister, neben der Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen auch die Interessen der Konsumenten im Auge zu behalten haben beziehungsweise sie auch zu vertreten hätten. Allerdings darf sich diese Vertretung der Konsumenteninteressen nicht allein darauf beschränken, die Preise für die Grundnahrungsmittel zu erhöhen.

Während der bisher dreidreivierteljährigen OVP-Alleinregierung — das heißt von 1966 bis heute — sind die Preise der preisgeregelten Lebensmittel um 16 Prozent gestiegen. Vor wenigen Tagen, vorgestern, ist eine neuerliche Erhöhung vorgenommen worden, obwohl der Regierung von der Arbeiterkammer vorgerechnet wurde, daß die geplanten Preiserhöhungen für Milch, Getreideerzeugnisse und Fleisch hätten vermieden werden können. Der Herr Minister hat sich dieser Argumentation ein bißchen gebeugt, denn er hat nicht all das, was zum Beispiel bei der Milchpreiserhöhung verlangt wurde, gebilligt. Er hat einen ziemlich erheblichen Brocken gestrichen, den die Betriebe zu tragen haben werden.

Hohes Haus! Ich darf bemerken, daß sich die Landwirtschaft sehr mächtig darüber aufgeregt hat, als sich Anfang September der EWG-Abschöpfungsbetrag für Schlachtrinder und Fleisch fast verdoppelt hat. Die Abschöpfungsbelastung beträgt derzeit, wie Kollege Zittmayr gestern dargestellt hat, 4,21 S pro Kilogramm, umgerechnet auf ein Lebendrind mit 500 kg macht das rund 2100 S aus. Der Abschöpfungsbetrag bei Fleisch beträgt 12 S, wozu noch die Zölle in der Höhe von 16 Prozent bei Lebendvieh, 20 Prozent bei Fleisch kommen. Und sofort wurde eine rasche und wirksame Erhöhung der Exportstützungen

verlangt, um — nach Auffassung der Landwirtschaft allerdings — die Funktion des Vieh- und Fleischexportes als Preisregulator sichern zu können, bevor nicht wieder gutzumachender Schaden — ich muß fragen: welcher? — eintrete, wie die Vertreter des Bauernbundes erklärt haben.

Ich muß sagen, das ist eine sonderbare Auffassung im Hinblick auf die immer wieder betonte Versorgung der Bevölkerung, und das zu angemessenen Preisen; das steht auch im Landwirtschaftsgesetz. Allerdings scheint es so zu sein, daß das, was ein angemessener Preis ist, die Landwirtschaft allein bestimmen zu können glaubt, ohne sich diesbezüglich mit den Konsumenten zu beraten, und daß sie sich über die Interessen der Konsumenten hinwegsetzt.

Es wird daher heute niemanden wundern, meine Damen und Herren, daß in allen Budgetüberschreitungsgesetzen hohe Beträge für Exportstützungen für Vieh, Getreide und Milch immer wieder beschlossen werden müssen. Es darf auch nicht wundernehmen, daß die durch die Marktordnung für Eier und Geflügel eingehenden Abschöpfungsbeträge — nach dem Budget 1970 rechnet man mit 111 Millionen Schilling — zweckgebunden für die Exportsubvention für Rinder und Fleisch verwendet werden. Diese Maßnahmen wurden bisher, sowohl was die Abschöpfungsbeträge für Eier und Geflügel als auch die durch den Export hochgetriebenen Fleischpreise betrifft, allein auf dem Rücken der Konsumenten und da — muß ich wieder bedauerlicherweise feststellen — auf dem Rücken der kleinen und mittleren Einkommensbezieher ausgetragen.

Eine weitere Frage, Herr Minister, die bisher auch nicht gelöst werden konnte, sind die — es ist heute schon angeklungen — großen auf Lager liegenden Getreidemengen. Auf eine Anfrage meines Parteifreundes Dr. Staribacher — ich glaube, es war vergangene Woche —, „welche konkreten Maßnahmen Sie zu setzen gedenken, um einer Entwicklung Einhalt zu gebieten, die zu so gewaltigen Überschümmungen führte“, die — nach Ihren eigenen Worten, Herr Minister — einen Zehnmonatsvorrat darstellen, schlossen Sie sich der Meinung meines Parteifreundes Staribacher an, daß ein Fünfmonatsvorrat an Brotgetreide genüge, weshalb „ein Teil des Normalweizens dem Futtersektor zuzuleiten sei“ — wie Sie sich auszudrücken beliebten —, damit die vorhandenen Lagerbestände abgebaut werden können. Ich muß sagen, das ist eine sehr vornehme Formulierung für eine Abwertung des Brotgetreides zum Futtergetreide.

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

Hier, meine Damen und Herren, geschieht ja eigentlich ein wirtschaftlicher Widersinn. Zuerst wird das Getreide von den Bauern gekauft und damit natürlich gleichzeitig gestützt — im Budget 1970 sind dafür 135 Millionen Schilling eingesetzt —, dann wird das Getreide eingelagert; daraufhin stellt man fest, daß wir riesige Mengen haben, die man jetzt doch zum Teil dem Futtermittelsektor zuführen muß. Man kann es also teilweise nicht für Brotgetreide verwenden, es wird wieder ausgelagert, dann wird es vergällt und neuerlich abgestützt, um letztlich als Futtergetreide wieder an die Bauern zurückgegeben werden zu können. Damit schließt sich der Kreis, allerdings ein Kreis, der sehr viel Geld kostet.

Denn für diese Lager- und Verwertungskosten sind allein nach dem 3. Budgetüberschreitungs-gesetz für die diesjährige Ernte noch 160 Millionen Schilling zusätzlich gewährt worden, und im Budget 1970 sind 263 Millionen Schilling dafür vorgesehen. Das sind Zahlen, die sich jederzeit nachprüfen lassen, meine Damen und Herren! In Summe wurden daher rund 423 Millionen Schilling, die der Steuerzahler aufbringen muß, dazu gebraucht. Ich muß Sie jetzt fragen: Kann man sich eigentlich einen größeren Schildbürgerstreich vorstellen als eine solche Maßnahme?

Ich glaube, der Herr Minister Schleinzner hat diese Problematik sehr wohl erkannt und oft versucht, gegen den Widerstand des Bauernbundes Maßnahmen zu setzen, um den schwellenden Brotgetreideberg umzulenken und den Bauern mit preislichen Anreizen den Futtergetreidebau schmackhaft zu machen. Das ist auch gelungen. Die preislichen Erhöhungen für Futtergetreide führten dazu, daß wir auf dem Futtergetreidesektor — nach den eigenen Worten des Herrn Ministers; es fehlen ungefähr 20.000 Tonnen, sagte er — fast schon autark geworden sind. In den kommenden Jahren wird es natürlich zu Überschüssen kommen, wenn es uns nicht gelingt, diese Überschüsmengen über die Veredlungswirtschaft abzubauen. Es ist sicherlich günstiger, Fleisch in genügender Menge zu haben als einen Überschuß an Futtergetreide. *(Abg. Kern: Brotgetreide wollten Sie sagen!)* Futtergetreide, habe ich gesagt, Herr Kollege Kern! Es wird sich wahrscheinlich auch im Preis eine günstigere Relation für den Erzeuger ergeben, als wenn er auf diesen Überschüssen sitzt.

Und nun des Ministers allerletzte Hoffnung, mit diesem Problem fertig zu werden, ist wieder einmal der Wettergott, wie er selbst gesagt hat. Er hat in der bereits genannten

Fragestunde unter anderem gesagt, daß er den Eindruck habe, daß sich schon das kommende Jahr — er meinte 1970 — anders darstellen könne, wenn er an die Auswirkungen der Trockenschäden, die bei den heurigen Herbstsaaten eingetreten sind, denke. Es wird ihm schon irgendwer helfen. Mein Kollege Dr. Staribacher würde sagen: Kudlich, schau obal!

Herr Minister! Wenn man eine gute und vernünftige Agrarpolitik betreibt, dann braucht man sich nicht darauf zu verlassen, daß Naturereignisse planend und korrigierend in die landwirtschaftliche Produktion eingreifen werden *(Abg. Kern: Sie wissen ganz genau, wie stark die Ernteschwankungen sind! Das ist nicht so wie in der Industrie!)* Ich weiß, Herr Kollege, Sie werden mir erzählen, das ist keine Industriehalle, aber das weiß ich alles. Ich kenne Ihre Argumentation schon seit elf Jahren. Sie argumentieren seit elf Jahren immer nur mit demselben hier im Hause. Seitdem ich die Ehre habe, dem Hohen Hause anzugehören, erzählen Sie mir immer dasselbe. *(Abg. Kern: Und Sie erzählen auch immer das gleiche! Seit Jahren hindurch!)* Jeder Landwirtschaftsminister, der hinten auf der Bank saß, hat immerhin einigermaßen gehofft, Naturereignisse werden schon irgendwie korrigierend eingreifen und das Wetter vielleicht auch bei dem kommenden Milchüberschuß dazu.

Meine Damen und Herren! An diesen beiden Beispielen habe ich Ihnen nur aufgezeigt, daß wir erst ganz am Anfang einer Umorientierung unserer Agrarpolitik angelangt und daß noch manche wenig zielführenden Bestrebungen auszumerzen sind, weil die heutigen Überschüßprobleme bei diesen Produkten nicht vorübergehende, wie zum Beispiel durch Ernteschwankungen hervorgerufene Erscheinungen sind, sondern Strukturverbesserungen notwendig sind.

Meine Damen und Herren! Der Berufsausbildung und der Forschung muß in Zukunft größtes Augenmerk zugewendet werden, um unsere Bauern aus der bisherigen konservativen Vorstellung herauszuführen und zu modernem agrarpolitischen Denken zu erziehen.

Es wird aber auch notwendig sein, daß marginale Böden anderen als landwirtschaftlichen Zwecken zugeführt werden, wie beispielsweise Naturparks, Erholungsgebieten oder der Aufforstung.

Einen Problemkreis muß ich hier noch anschnitten. Es wird von den Agrariern ständig verlangt, daß, um die Einkommensdisparität der Landwirtschaft auszugleichen, eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise erfolgen müsse. Diese Erhöhung wird trotz

14158

Nationalrat XI. GP. — 165. Sitzung — 10. Dezember 1969

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

allem gefordert, obwohl bereits derzeit auf vielen, vielen Gebieten eine Überschuss-situation besteht und die Verwertung dieser Überschussprodukte nur zu einer weiteren Steigerung der Produktion führen muß, wobei nicht zu unterschätzen ist, daß auch eine weitere Steigerung der Subventionen eintreten würde.

Wie Ihnen bekannt ist, trägt sich derzeit die EWG bereits mit dem Gedanken, die Erzeugerpreise auf verschiedenen Gebieten zu senken; so soll zum Beispiel der Milchpreis um 18 Groschen gesenkt werden.

So schreiben zum Beispiel die „Europa-Nachrichten“ vom 25. November über „Neue Pläne der Kommission für Getreide, Zucker und Milchprodukte — Ansatzpunkte für den Mansholtplan“ unter anderem: „Wenn die Kosten der EWG-Agrarmarktpolitik nicht weiter ansteigen sollen, müssen die Erzeugerpreise für Getreide, Milch und Zucker gesenkt werden. Auf diese Formel läßt sich das Memorandum bringen, das die Europäische Kommission in der vergangenen Woche dem Minister-rat zugeleitet hat. Daß der Druck auf die Preise die landwirtschaftlichen Einkommen vermindert, wird offen zugegeben; die Brüsseler Behörde schätzt die Verluste auf 430 Millionen Rechnungseinheiten.“ Also Verrechnungsdollar, das sind umgerechnet 1,57 Milliarden D-Mark. „Deshalb sollte“ — so die Kommission — „die Abwanderung aus der Landwirtschaft durch die Verbesserung der Agrar- und Regionalstruktur sowie durch soziale Hilfen verstärkt werden, welche die Bauern von der ‚Verpflichtung befreien, zu produzieren‘.“

Und nun muß ich fragen: Was gibt es für Möglichkeiten, unsere Landwirtschaft aus einer solchen Situation herauszuführen? Welche Maßnahmen hätte die Regierung in den letzten dreidreiviertel Jahren bis heute setzen sollen und hat sie nicht gesetzt und hat dabei nicht einmal mehr die Möglichkeit, wie das bisher in der Koalitionszeit üblich war, sich auf die bösen Sozialisten ausreden zu können?

Aus volkswirtschaftlichen Erwägungen wäre es zu begrüßen, wenn durch gezielte Förderung die Strukturbereinigung beschleunigt würde.

Meine Damen und Herren! Ich frage Sie: Was haben Sie getan in dieser Zeit? Sie haben wohl noch kurz vor der Wahl einige Geschenke gemacht, die allerdings keineswegs die Probleme meistern können, sondern bestenfalls nur Übergangslösungen darstellen.

Zur Gesundung unserer Landwirtschaft müssen Schwerpunkte gesetzt werden, wie zum Beispiel die Erschließung neuer Einnahme-

quellen für die in der Landwirtschaft Tätigen — ich glaube, hier gehen wir konform —, eine wachstumsorientierte Zielsetzung bei den Förderungsmaßnahmen — ich nehme an, auch hier gehen wir konform —, Rationalisierungsmaßnahmen zur Kostensenkung, höhere Qualität der Produkte, um den Absatz zu vergrößern, sowie den Konsumentenwünschen entsprechende Produkte herzustellen — zum Beispiel magere Schweine, wenn Sie das genau wissen wollen —, Umschulungsbeihilfen für junge Menschen in der Landwirtschaft sowie soziale Leistungen für ältere Bauern, damit diese ihre Höfe zugunsten der Aufstockung anderer Höfe frühzeitig aufgeben.

Das alles würde dazu beitragen, diese ganzen Probleme zu lösen, würde dazu beitragen, die bestehenden Betriebe zu vergrößern, sie rationeller gestalten zu können und natürlich, was wesentlich ist, Kostensenkungen zu erzielen. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Mehr produzieren!) Was heißt „mehr produzieren“, das ist albern, Herr Kollege, seien Sie mir nicht böse. Billiger werden sie produzieren, das ist das entscheidende! (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Aber wo!) Was heißt „aber wo“? Entschuldigen Sie, wenn Sie eine Maschine auf größere Flächen einsetzen, kommt Ihnen das wesentlich billiger, als wenn zehn Agrarier zehn gleiche Maschinen haben oder ein Agrarier nur eine. Das sind doch die primitivsten volkswirtschaftlichen Voraussetzungen, die Sie bei solchen Dingen beachten müssen. (Abg. Steiner: Er will weniger Bauern haben! — Weitere Zwischenrufe.) Schauen Sie, Herr Kollege Steiner, ich darf Ihnen folgendes sagen. (Abg. Steiner: Das haben Sie doch gesagt!) Nein, das habe ich gar nicht gesagt. Sie haben das scheinbar nicht mitgekriegt, was ich gesagt habe. Ich würde Ihnen empfehlen, das dann hintennach im stenographischen Protokoll nachzulesen; dann werden Sie kaum so komische Behauptungen aufstellen, wie Sie das eben getan haben.

Und das, meine Damen und Herren, sind Alternativen, die wir Ihnen angeboten haben und die Sie auch bei uns im Programm nachlesen können. Wie Kollege Hofstetter gesagt hat, üben wir nicht Kritik um jeden Preis, wir bieten auch etwas, nur müssen wir das, was wir bieten, miteinander diskutieren. (Abg. Ing. Hofstetter: Sowieso!)

Der Herr Landwirtschaftsminister hat heute gesagt, bedauerlicherweise kam es zu keiner Bodenbank; er hat auch begründet, warum das seiner Meinung nach nicht der Fall war. (Abg. Ing. Hofstetter: „Bedauerlicherweise“ hat er nicht gesagt!) Ich war der Meinung, er hat es bedauert. Sagen wir so,

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

er hat bedauert. Das hat er getan, er hat es nur anders genannt. (*Abg. Fachleutner: Der Minister bedauert nur, daß Sie in der Entwicklung nicht mitgekommen sind! — Heiterkeit bei der ÖVP.*) Herr Kollege Fachleutner, da sind Sie gerade der richtige Mann, uns das zu sagen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Das glaube ich Ihnen aufs Wort.

Das, meine Damen und Herren — damit ich zum Schluß komme —, wäre die Aufgabe der Regierungspartei in dieser vierjährigen Periode gewesen, wenn Ihnen die Probleme der Landwirtschaft wirklich so am Herzen gelegen wären, wie Sie das heute gesagt haben. Die österreichischen Bauern haben Ihnen ja doch erst durch ihre Proteste und Traktorenaufmärsche gezeigt, daß ihre Geduld erschöpft ist. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Sie werden lachen, Herr Kollege Hofstetter, Sie habe ich nicht gesehen, aber ich war dabei und habe mir das angesehen. Und sie wollten endlich von Ihnen Taten sehen und nicht nur Gerede. (*Abg. Fachleutner: Haben Sie sie aufgeputscht?*) Kollege Fachleutner, mit Ihnen kann ich mich heute nicht unterhalten, Sie scheinen nicht ganz up to date zu sein. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Von Aufdringlichkeit ist gar keine Rede.

Nachdem es Ihnen aber, meine Damen und Herren, während dieser Legislaturperiode nicht gelungen ist, mit Ihrer Agrarpolitik erfolgreich zu sein, wird weder die landwirtschaftliche Bevölkerung noch die große Zahl der Konsumenten an eine Lösung dieser Probleme durch diese Regierung glauben. Und ich glaube, daß diese großen Bevölkerungsteile die Sozialisten am 1. März doch damit beauftragen werden, diese Probleme zu lösen. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Kern: Das ist ein Aberglaube!*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Griebner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Griebner** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und meine Herren! Ich mache zum 24. Mal die Budgetdebatte in dieser Nachkriegszeit mit und kann deshalb auch vielleicht diese zweieinhalb Jahrzehnte Zeitablauf etwas schildern und hier erklären.

Ich erinnere mich noch lebhaft an die ersten zehn Nachkriegsjahre, an die Zeit der Aufbringung, an die Zeit der Ablieferung, wo wir alle zusammen auf Grund der Kriegsereignisse, auf Grund der Besatzungsereignisse in Not waren und wo es für uns österreichische Bauern natürlich selbstverständlich war, in erster Linie den heimischen Tisch zu decken, und wo es gewaltige Anstrengungen gebraucht

hat, bis gerade die Länder, die in der russischen Besatzungszone lagen, die Landwirtschaft dort wieder aufgerichtet haben, um den Boden zu bewirtschaften, um Brot zu erzeugen und den Menschen Nahrungsmittel zur Verfügung zu stellen.

Ich erinnere mich aber auch, daß auch gerade bei der Debatte über das Ressort Land- und Forstwirtschaft die Bauern in den Nachkriegsjahren sehr oft den Vorwurf hinnehmen mußten, daß sie nicht entsprechende Ablieferungsmengen aufbringen, daß sie ihre Erzeugnisse sonstwie verkaufen.

Es ist interessant, daß, wenn man die Zeitabläufe so durchleuchtet, sich die Situation doch gewaltig gewendet hat. Von der Notzeit der Nachkriegszeit, der Zeit, wo Lebensmittel knapp waren, wo Not war, bis herauf zum heutigen Tag hat sich natürlich in der österreichischen Land- und Forstwirtschaft ebenfalls eine gewaltige Umstellung ergeben. Viele Zehntausende von Menschen sind von diesem Berufsstand abgewandert — Unselbständige und Selbständige —, auch die Betriebe sind weniger geworden, und wir müssen heute, wenn man ehrlich und sachlich die österreichische Landwirtschaft übersieht und beobachtet und sie auch beurteilen will, sagen, daß viel weniger Menschen, daß weniger Betriebe auf weniger Hektar Boden, der zur Verfügung steht für die Landwirtschaft, heute gigantische Leistungen erbringen, gigantische Leistungen, die besonders von den Familienbetrieben erbracht werden und die es nach meiner Meinung verdienen, daß wir heute auch die Fragen der Land- und Forstwirtschaft sachlicher, objektiver behandeln. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es ist nicht so, daß wir die Zeichen der Zeit nicht verstehen. Wir haben uns in den ersten Nachkriegsjahren — noch in der Notzeit, von der ich gesprochen habe — entschlossen, daß wir den Dingen nicht freien Lauf lassen können. Wir haben damals die sogenannten Wirtschaftsgesetze, das Viehverkehrs-, das Getreideverkehrsgesetz und das Milchwirtschaftsgesetz nicht zum Nachteil der Konsumenten beschlossen. Ich glaube, daß das die Vorläufer der nachmaligen Landwirtschaftsgesetze und des Marktordnungsgesetzes waren.

Wenn ich heute die sozialistischen Redner vor mir so sachlich gehört habe — wie ich es immer tue, daß ich auch den Gegner in seinen Äußerungen, soweit es möglich ist, sachlich auffasse —, so muß ich sagen: Hier wird viel von Verbesserungen, von neuen Rezepturen gegenüber der österreichischen Landwirtschaft gesprochen. Schalte ich aber zurück, so muß ich ebenfalls sagen, daß die Sozialisten bei wichtigen gesetzlichen Beschlußfassungen, die

14160

Nationalrat XI. GP. — 165. Sitzung — 10. Dezember 1969

Griebner

bestimmt zum Schutze der Landwirtschaft, aber auch zum Schutze der Konsumenten wirksam sind, dagegen gestimmt haben. (*Abg. Eberhard: Herr Präsident! Sagen Sie konkret: Wo?*) Beim landwirtschaftlichen Strukturgesetz, Zuckergesetz, Stärkengesetz, Ausgleichs-abgabegesetz und bei der Abschöpfungsregelung bei Eiern und Geflügel. Ich glaube, daß das vorläufig genügt.

Bei der Gelegenheit darf ich auch darauf verweisen, daß im nächsten Jahr die Marktordnungsgesetze ablaufen und daß Ende des nächsten Jahres auch das Landwirtschaftsgesetz auslaufen wird. Wir sind natürlich heute schon daran interessiert, wie es mit der Fortsetzung und mit der Verlängerung dieser Gesetze aussehen wird.

Ich muß hier auch sagen, daß die FPO in agrarpolitischen Fragen sehr, sehr unzuverlässig ist. Wenn ich dem Kollegen Meißl auch sachlich zugehört habe, so hat er eine Rezeptur von einer vielleicht verwandten Organisation übernommen, als er hier als Sprecher auftrat. Aber vielleicht ist es doch nicht ganz in Ordnung, daß in Ihren Reihen kein praktizierender Bauer zu Wort kommen kann. Es ist ein bißchen anders, wenn man Aufträge übernehmen muß, als sie selber zu praktizieren und die Erfahrungen dieser Auswirkungen selbst zu machen. (*Abg. Meißl: Das wird sich ändern, Herr Präsident! — Abg. Fachleutner: Freu dich nicht zu früh!*) Ein einziger freiheitlicher Abgeordneter fand es der Mühe wert, für die Eier- und Geflügelregelung zu stimmen. Das ist bezeichnend dafür, daß auch in Ihrer Fraktion für so gewichtige Fragen anscheinend nicht allzuviel Interesse vorhanden ist.

Wir vergönnen den sozialen Fortschritt allen übrigen Berufsgruppen. Wir vergönnen ihnen auch, wenn es möglich ist, daß die 40-Stunden-Woche wirklich eingeführt wird. Wir müssen aber doch darauf hinweisen, daß trotz Rationalisierungsbestrebungen und Rationalisierungsbemühungen die Bauern noch einen sehr langen Arbeitstag haben und daß insbesondere die Bäuerinnen immer noch eine weitaus größere Stundenzahl als die Arbeitnehmer bei ihrer Arbeit in Kauf nehmen müssen, weil die Bauersfrau meist die erste ist, die aufsteht, und die letzte ist, die sich zur Ruhe begeben kann. Sie ist noch immer — und so war es seit langer Zeit, ich möchte fast sagen: seit Jahrhunderten — die Seele des Betriebes. Deshalb verdienen doch auch diese Leistungen eine sachliche Behandlung. Man sollte sich nicht sofort darüber aufregen, wenn sich irgendwo eine Preiserhöhung zeigt, die man gerne der Landwirtschaft zuschieben möchte.

Ich sage immer wieder — ich habe es dem Kollegen Staribacher als Arbeiterkammerfachmann voriges Jahr gesagt —: Mich würde es freuen, wenn so gewichtige Organisationen wie die Arbeiterkammer und der Gewerkschaftsbund einen größeren landwirtschaftlichen Betrieb selbst führen würden, praktisch Land- und Forstwirtschaft betreiben würden, um damit den Beweis zu liefern (*Abg. Probst: Auf einmal?*), daß auch bei diesen Dingen mit entsprechender technischer Einschaltung doch allerhand zu machen ist. (*Abg. Ing. Karl Hofstetter: Da stehen sie an: „Bitte nicht!“*)

Ich habe mir sagen lassen müssen, daß die Wiener Arbeiterkammer den landwirtschaftlichen Betrieb, den sie hatte, verkauft hat. Wahrscheinlich war für sie der Betrieb nicht allzu interessant. Ich weiß, daß die Stadtgemeinde Wien heute keine Milchkühe mehr hat. (*Abg. Eberhard: Minkowitsch auch nicht!*) Kein Vorwurf! Uns macht es nichts aus, daß ihre Milchkühe ausgezogen sind. Sie hat es aber nicht deshalb getan, um die Milchproduktion durch den Abverkauf dieser Milchkühe etwas einzuschränken, sondern wahrscheinlich deshalb, weil die Rentabilität hier einfach nicht gegeben ist.

Die Landwirtschaft ist Großkonsument für Maschinen und Geräte. Im Jahre 1968 war der Umsatz der Landwirtschaft über 12 Milliarden Schilling. Das ist doch eine Summe, die, glaube ich, in der österreichischen Wirtschaft auch etwas zu bedeuten hat.

Wir aus der Landwirtschaft sind ein Berufsstand, der sehr daran interessiert ist, daß eine gewisse Stabilität, eine gewisse Ordnung bei den Preisen vorherrscht, weil wir meistens die Draufzahler sind und weil wir erhöhte Preise nicht — wie es in anderen Branchen noch möglich ist — auf unsere Preise umlegen können. Wir müssen hier eben mitmachen, wenn wir einkaufen.

Wir sind selbstverständlich in erster Linie daran interessiert, daß unsere heimischen Konsumenten zur Zufriedenheit bedient werden. Wir sind natürlich auch daran interessiert, daß im Laufe eines Wirtschaftsjahres beiläufig doch die Absatzfrage und die Preisfrage in Ordnung gehen.

Man kann in der Landwirtschaft und zum Teil heute auch schon in der Forstwirtschaft sehr viel technisieren. Aber man muß die Stallarbeit doch zum größten Teil als Handarbeit durchführen. Das machen meistens die Frauen, die Bäuerinnen. Ich verstehe als Almbesitzer, wie schwierig es ist, während der Sommerzeit Personal auf die Alm zu bekommen, weil die Jugend dieses Almleben heute

Grießner

nicht mehr so besonders hochschätzt, weil für sie die Zeit viel zu schnelllebig ist und weil sie an der Arbeitsstätte zuviel angehängt ist und zuwenig Freizeit hat.

Wir müssen deshalb versuchen, die Dinge doch etwas sachlich zu betrachten und die Frage der Subventionen nicht nur vom Standpunkt des Neides und der Konkurrenz aus zu sehen. Wir haben festzustellen, daß heute in aller Welt gerade auf dem agrarischen Gebiete keine normalen Preise herrschen, sondern daß überall die Stützungen und Subventionen eine gewisse Rolle spielen.

Wir sind — ich darf das offen sagen — nach meiner Meinung der einzige Berufsstand, der seine Situation öffentlich auf den Tisch legt, und zwar durch den Grünen Bericht, durch den Lagebericht. Wir sind ein Berufsstand, der nicht nur diesen Bericht auf den Tisch legt, sondern der alle Interessenkörperschaften zur Erstellung des Grünen Berichtes einlädt.

Hier muß ich sagen, daß die § 7-Kommission im Laufe von Jahren doch auch in der Sprache einheitlicher geworden ist, daß die Exkursionen und die Besuche in den Bundesländern bei den Betrieben ergeben haben, daß die Aufzeichnungen der landwirtschaftlichen Buchführung in Ordnung sind, der Wahrheit entsprechen und daß sich damit ein echtes, richtiges Spiegelbild in den Untersuchungsergebnissen ergibt.

Ich glaube, daß die Gesamtproduktion der Landwirtschaft mit etwas über 30 Milliarden Schilling doch auch volkswirtschaftlich von Bedeutung ist. Wir haben mittelbare Leistungen, Versorgungsleistungen, zu erfüllen. Heute wurde schon kritisiert, daß unsere Bevorratung fast zu hoch ist. Ich bin der Meinung, daß ein Staat, der weiß, daß für schlechte und schlimme Zeiten auf dem Sektor der Lebensmittel ein bestimmter Vorrat vorhanden ist, auch ruhiger leben und seine Wirtschaft ruhiger betreiben kann. Ich erinnere mich noch an den Tag, als der Krieg zwischen Israel und Ägypten ausbrach. Ich war zufällig zu dieser Zeit in einem Ministerium in Wien. Es ist sofort nachgefragt worden, was an Bevorratung da ist, an Brotgetreide und so weiter. In Zeiten der Not will man, daß eine Vorratshaltung zur Verfügung steht, auf die man zurückgreifen kann.

Ich muß auch sagen — auch das wird sehr wenig offen gesagt —, daß sich unsere Genossenschaften gerade bei der Lagerhaltung ein ganz großes Verdienst erworben haben, denn der größte Teil der Lagerhaltung erfolgt durch unsere Genossenschaften. Das wird nicht immer entsprechend registriert und anerkannt.

Wir haben in Österreich trotz der von der linken Seite und nun auch von den Freiheitlichen so kritisierten Agrarpolitik im Grunde genommen eine richtige Agrarpolitik gemacht. Wir haben im Vorjahr die schwierige Milchfrage wieder in den Griff bekommen. Es ist nicht ganz leicht, dem Produzenten eine Umlage in Form des Krisenfonds aufzulasten, weil dadurch natürlich seine Preise verringert werden. Wir haben damals bei der Beschlußfassung dieses sogenannten Krisenfonds erklärt: So lange es sein muß — aber wenn es nicht mehr sein muß, wollen wir es wieder absetzen.

Wir haben uns gerade auch in der Milchwirtschaft zur Qualität bekannt und haben die Qualitätsbezahlung eingeführt. Über 70 Prozent der Milch, die heute auf die Märkte angeliefert wird, ist erster Qualität. Ich bin der Überzeugung, daß sich durch entsprechende Beratung durch die zuständigen Berater der Molkereibetriebe, der Käsereiwirtschaft die Qualität gerade in dieser Sparte steigern lassen wird, weil ich selbst der Meinung bin, daß in allen Sparten der landwirtschaftlichen Produktion Qualität die Hauptsache ist und eine Verpflichtung ist, die der Produzent zu übernehmen hat.

Nur dann, wenn die Landwirtschaft in sich gesund ist, kann sie leistungsfähig sein, nur dann ist sie kaufkräftig und kann ihre Aufgabe in der Volkswirtschaft erfüllen. Der Ausgleich der natürlichen Produktionsunterschiede gegenüber anderen Wirtschaftszweigen wird sehr oft nicht verstanden. Es ist nicht so, daß, wenn es in einer Sparte schlecht geht, die Krisis durch Schaffung von Naturparks oder sonstigen Erholungsraumes gebannt wird, sondern es ist doch so, daß wir in der Hauptsache unsere Werkstätte in der freien Natur haben und daß wir auf Klima, Wetter und verschiedenes andere angewiesen sind.

Vielleicht soll man das auch hier einmal öffentlich sagen: Gerade in die Verbesserung der Produktionsleistungen und in die Verbesserung der Qualitätsleistungen hat sich unsere Wissenschaft und haben sich unsere Wirtschaftsberater sehr maßgeblich eingeschaltet. Der junge Landwirt von heute prüft sofort bei der Aussaat, ob er die entsprechende Aussaat zur Verfügung hat, die ihm auch beiläufig den erwarteten Ertrag bringt. Wir prüfen das bei allen diesen Dingen sehr, sehr genau, und deshalb auch in dieser Richtung Produktionssteigerungen, die man sich vor wenigen Jahren noch nicht zu ahnen getraut hat.

In den Alpenländern ist das ganz besonders schwierig. Wir hängen noch mehr als das flache Land vom Wetter, von der Klimlage

14162

Nationalrat XI. GP. — 165. Sitzung — 10. Dezember 1969

Grießner

und auch von der Winterlage ab. Deshalb muß man besonders draußen versuchen, in Form des Ausbaues des Fremdenverkehrs eine Zusatzverwerbsmöglichkeit zu finden. Glauben Sie, meine sehr geschätzten Mitglieder des Hohen Hauses, daß gerade die Ausweitung des Güterwegebaues und die Ausweitung des Baues von Hofzufahrtswegen und schließlich und endlich sogar von Waldstraßen und Wegen, die zu unseren Almregionen führen, ein sehr guter Beitrag zur Fremdenverkehrsförderung sind. Wir sehen es ja: In dem Moment, in dem ein neuer Güterweg eröffnet wird, fahren alle PKWs dorthin. Und es gibt nur gewisse Schwierigkeiten wegen der Haftung, wenn hier etwas passiert, was man noch gesetzlich irgendwie ordnen muß. Aber wir wollen den Fremden und Erholungsbedürftigen den Weg hinauf zur Höhe freigeben, wenn wir dabei auch verlangen müssen, daß die öffentliche Hand zu den Erhaltungskosten in Zukunft einen Beitrag leisten müssen.

Ich studiere gerade den Güterwegebau, den Hofzufahrtswegbau in meinem eigenen Lande sehr intensiv. Ich verstehe es manchmal fast nicht, daß die Familie eines Betriebes überhaupt noch in der Lage ist, die Prozente aufzubringen, die nach Freigabe der öffentlichen Zuschüsse aufzubringen sind. Aber es ist nun einmal so: Jeder Hof will erschlossen werden, jeder Hof soll marktnahe erschlossen werden, jeder Hof soll für den öffentlichen Verkehr erschlossen werden. Es ist bezeichnend, daß gerade diese Menschen, die an und für sich ein sehr karges Leben führen müssen, am meisten an ihrem Grund und Boden hängen. Ich freue mich, daß im Zuge dieser Ausweitung des Fremdenverkehrs, der Fremdenbeherbergung, auch schon langsam eine Verbesserung der Wohnverhältnisse vor sich geht.

Ich glaube, es wäre nicht schön, und es wäre für den Fremdenverkehr und für unsere österreichische Heimat nicht interessant, wenn man in Zukunft ganze Täler als Naturparks haben würde, wo vielleicht die Jagd eine große Rolle spielen mag, was aber ohne Wege in der heutigen Zeit nicht denkbar ist. Gerade diese Familien pflegen eine Kulturlandschaft, die die Fremden aus aller Herren Ländern anzieht, eine Kulturlandschaft, in der sich heute Gott sei Dank auch der Fabrikarbeiter und der Angestellte erholen kann, wo er abschalten kann, wo er gesunden kann. Die Mittel dafür sind nicht hinausgeschmissen, sondern sehr fruchtbringend angelegt.

Ich habe schon angezogen, was wir wünschen und erwarten. In der Mitte des nächsten Jahres läuft die Marktordnungsgesetzgebung aus, am Ende des Jahres das Landwirtschaftsgesetz. Ich muß dazu sagen, daß

wir bereit sind, eine gewisse Umformung der Marktgesetzgebung nach den heutigen Zeitverläufen durchzuführen. Wir sind nicht so stur und so steif, daß wir sagen, das muß ewig Gebot bleiben. Wir lernen jeden Tag. Wir wünschen aber auch hier das entsprechende Verständnis aller verantwortlichen Kreise.

In der Umgebung unserer österreichischen Heimat, in anderen Staaten ist die Frage der Marktregelung vielfach leichter zu lösen. Dort sind die gesetzlichen Voraussetzungen so, daß schon durch Verordnungen gewisse Umschaltungen, Einschaltungen gemacht werden können. Deshalb brauchen wir auch in Zukunft in Österreich eine verfassungsrechtliche Regelung, die in die heutige Zeit hineinpaßt und wo wir uns ohne große Schwierigkeiten anpassen können.

Es ist heute schon vom Bundesminister angezogen worden und ebenso vom Herrn Kollegen Dr. Weihs, daß wir in der Frage Futtergetreideimporte praktisch autark geworden sind, eine Umstellung, zu der ich als Bauer selber sagen muß: Es ist in so kurzer Zeit fast ein Wunder geschehen. Die Abnahme der Weizenanbaufläche ist keine Bagatelle, sondern ein erster Anfang, der bestimmt fortgesetzt wird. Die Zunahme der Roggenanbaufläche ist unbedeutend. Wir haben auf dem Roggensektor noch etwas Bedarf. Warum ist der Roggenanbau nicht so interessant wie vielleicht der Weizenanbau? Weil schon die maschinelle Bearbeitung der Roggenernte viel schwieriger ist, was natürlich vom Bauern berücksichtigt wird.

Die Ausweitung der Gerstenanbaufläche ist bedeutend und ebenso die Ausweitung der Maisanbaufläche, ich möchte fast sagen: explosiv. Es hat uns im letzten Herbst einige Überlegungen gekostet und einige Sorgen gemacht, wie wir diese Ernteerträge unterbringen können und wie wir sie dem Produzenten abnehmen können. Es ist eine sehr vernünftige Umorientierung der Getreideproduktion, die sich da abspielt. Bei der Industrie würde man sagen, das bedeutet die Schließung einer Marktlücke. Ich glaube, ungefähr kann man das auch bei uns ausrechnen.

Die Frage des Milchproblems ist eine besonders heikle Frage deshalb, weil Milchproduzenten in der Masse Kleinbetriebe sind. Wir haben heuer beziehungsweise im Vorjahr 95, fast 96 Prozent der Milchlieferanten gehabt, die bis zu 30.000 kg an Jahreslieferung auf dem Markt aufgebracht haben. Sie sehen also, das Gros der Milchproduzenten sind kleine und Kleinstbetriebe.

Grießner

Wir studieren diese Fragen selbstverständlich auch von dem Standpunkt aus, wie es im Ausland aussieht. Diese Frage ist ungeheuer heikel, ungeheuer schwierig in der Zukunft zu behandeln. Man kann nicht einfach sagen: Hier muß weniger produziert werden! Die Umschaltung auf mehr Fleischproduktion, glaube ich, hat sich absolut bewährt.

Wir freuen uns, daß der hohe Lebensstandard in Österreich den Konsumenten die Möglichkeit gibt, mehr Fleisch zu essen als in den vergangenen Jahrzehnten. Es ist natürlich die Rindfleischproduktion gestiegen, es ist natürlich aber auch der Kopfverbrauch beim Rindfleisch gestiegen.

Welch ein Verbraucher ist der Österreicher beim Schweinefleisch? Auch hier ist der Inlandsbedarf gestiegen. Wenn fast 37 kg, im Wirtschaftsjahr 1967/68 kg Schweinefleisch verbraucht worden sind, so sehen wir, daß der Österreicher der Genießer eines guten Schweinernens, von mir aus auch eines guten Geselchtes geblieben ist. Das sei ihm herzlichst vergönnt.

Der Herr Dr. Weihs hat eine Statistik der Rinderexporte angezogen, hat natürlich auch die Kälber hereingenommen. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Ich habe betont, daß sie drinnen sind!*) Ohne entsprechende Exportförderung, Herr Kollege Dr. Weihs, wäre es nicht zur Umstellung von Milchwirtschaft zur Fleischwirtschaft gekommen. (*Abg. Minkowitsch: Das ist es ja!*) Sie tun uns unrecht, wenn Sie sagen, wir sind nicht bereit, den heimischen Bedarf zu decken. Wir sind natürlich bereit, den heimischen Bedarf zu decken. Man kann gerade bei der Viehproduktion nicht auf den Knopf drücken, in wenigen Wochen das erzeugen, was man zufällig marktmäßig braucht, und deshalb muß uns ein bestimmter Export von Schlachtvieh offenbleiben, zumal gewisse Qualitäten, besonders beim Rind, in Österreich überhaupt nicht verkauft werden können. Wir haben in Salzburg auf dem Schlachtviehmarkt immer große Schwierigkeiten, weil die überfette Kuh einfach nicht verkäuflich ist. Man kann sie im Exportwege verkaufen. Man muß diese Dinge sehr sachlich behandeln.

Wenn über 50.000, fast 60.000 Stück Zuchtvieh an das Ausland abgegeben werden konnten, so freue ich mich darüber. Ich habe vor wenigen Tagen eine Sitzung einer Viehgenossenschaft mitgemacht und habe aus dem Bericht entnehmen können, daß wir Gott sei Dank auf dem Sektor der Zuchtviehproduktion so weit sind, daß wir die halbe Welt beliefern können. Oftmals fehlen dem Staat nur einige Stück, aber das ist der Anfang eines Exportes. Zum Beispiel kommen in der näch-

sten Zeit Kanadier und kaufen bei uns Rinder ein, zur Einkreuzung des roten Friesen, das dort dominiert.

Wir müssen auch hier den Züchtern zugeben, daß sich Fleiß und Ausdauer gelohnt haben und daß es unsere Verpflichtung ist, die wir vorne am Schalthebel stehen, auch dafür zu sorgen, daß das überschüssige Zuchtvieh abgesetzt werden kann. Nutzvieh hört ja praktisch auf zu existieren. Es wird auch schon beim Nutzviehexport ein Leistungsnachweis verlangt. Es ist nicht so, daß man gerade ein bißchen Nutzvieh exportieren kann, sondern auch hier bedarf es der Leistungsnachweise. Wir brauchen noch mehr Rinder in den Herdenbüchern, um marktmäßig, ich möchte fast sagen, weltmarktgemäß, bestehen zu können.

Daß uns die EWG massiv diskriminiert, ist heute schon gesagt worden. Ich hoffe nur, daß die nun beginnenden Gespräche auch hier unsere Wünsche und Vorstellungen zu einem gewissen Erfolg führen.

Ich war einer, der vor Jahren schon sehr in Richtung von EWG-Gesprächen gearbeitet hat. Ich muß sagen, ich bin auch zum Teil etwas nüchterner geworden. Auch in der EWG läuft nicht alles so, wie es laufen hätte sollen. Die Agrarmarktordnung ist ja überhaupt eine ganz schwierige Sache. Aber wenn man 16 Prozent Zoll, 4, 5 und 6 S Abschöpfung leisten muß in einen Fonds, von dort kommt wieder eine Speisung der Überschüsse aus den EWG-Staaten in sogenannte Drittländer, dann ist etwas nicht in Ordnung. Ich weiß, daß wir als landwirtschaftliche Produzenten, als Bauern, einer noch größeren Konkurrenz ausgesetzt sind. Ich glaube, daß gerade die Qualität der landwirtschaftlichen Erzeugung auf allen Sektoren, in der Viehwirtschaft, aber auch in der Getreidewirtschaft, den Absatz fördert, und ich habe sogar das Gefühl — obwohl ich kein Weinfachmann bin; ich trinke ihn ganz gerne und kenne sofort, wenn er nicht ganz gut ist —, daß auch der gute Wein noch Platz haben wird. Es müssen hier alle Anstrengungen unternommen werden, um die Marken zu verbessern.

Diese Fragen sind meiner Meinung nach nicht angetan, um politische Töne zu bewirken, sondern sie sollen mit einer gewissen Sachlichkeit behandelt werden.

Ich habe den Nachweis hier, daß sich gerade bei den Viehpreisen seit fünf Jahren keine so bedeutende Erhöhung durchgesetzt hat, aber daß die Landwirtschaft natürlich auch hier Nachziehung verlangt.

Die Ferkelexporte hat man kritisiert. Wer in die Dinge Einblick hat, muß zugeben, daß gerade bei den Schweinen die Produktion sich

Grießner

in verhältnismäßig kurzen Phasen abspielt, daß sofort eine Schwemme da sein kann und daß es deshalb sehr vernünftig ist, wenn der Viehwirtschaftsfonds im Zusammenwirken mit dem Ministerium hier vorzeitig Maßnahmen trifft.

Es wird nach mir der Kollege Grundemann über die Forstwirtschaft sprechen, aber ich möchte noch vorwegnehmen: daß die Forstwirtschaft, die in den letzten Jahren nicht sehr gut abschnitt — Preisverfall, Katastrophenzeiten, Windwurfzeiten —, nach meiner Erfahrung und Auffassung ein hervorragendes marktkonformes Verhalten gezeigt hat.

Die Präsidentenkonferenz hat die Forstwirtschaft, insbesondere die Bauernwaldbesitzer ersucht, bei den Einschlagerungen vernünftig zu sein. In wenigen Stunden ist 1967 eine ungeheure Masse von Katastrophenholz angefallen, das verarbeitet werden mußte. Ich muß auch sagen, daß dieser Appell der Berufsvertretung, der Präsidentenkonferenz, der Landwirtschaftskammer, auch Gehör gefunden hat. Nur dadurch war es möglich, trotz dieser Katastrophenlage den Markt im Griff zu behalten. Wir haben auch heuer wieder als Präsidentenkonferenz an die Waldbesitzer, an die Bauernwaldbesitzer das Ersuchen gerichtet, den Einschlag zu erhöhen, weil sich der Bedarf gesteigert hat, weil sich die Preissituation verbessert hat. *(Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.)*

Nach den letzten Meldungen soll sich dieser Appell als sehr fruchtbar erwiesen haben und sich der Einschlag, die Nutzungsausweitung im Bauernwald um 13 bis 15 Prozent gegenüber den letzten zwei Jahren erhöht haben. Sie sehen, daß gewisse Appelle der Berufsvertretung von Nutzen und von Vorteil sind und daß wir die Dinge in sehr sachlicher Weise behandeln, was vom Standpunkt der österreichischen Volkswirtschaft sehr zu begrüßen ist.

Ich darf kurz in diesem Hohen Hause anmerken, daß in diesen letzten Herbstmonaten ein Übereinkommen zwischen dem Verband der Einforstungsgenossenschaften, Einforstungsverband Österreichs, mit den Österreichischen Bundesforsten und auch mit dem Hauptverband der Wald- und Grundbesitzer wegen Ablöse der Waldweiderechte zustande kam. Es war nicht einfach, zu diesem Übereinkommen zu gelangen. Es gibt ja hier gewisse Rechte, urkundlich verbriefte Rechte — Holzbezugsrechte, Waldweiderechte, Waldstreurechte, die urkundlich gedeckt sind —, aus denen die Belasteten natürlich auch ihre Verpflichtungen zu erfüllen haben. Aber ich glaube, vom Standpunkt der modernen, neu-

zeitlichen Waldbewirtschaftung mußten wir interessiert sein, die Frage der Waldweiderechte in einem Übereinkommen zu regeln, aus dem nach meiner Meinung in Zukunft positive Auswirkungen zu erwarten sind; entweder durch Schaffung von besonderen Wald- oder Weidegelegenheiten für die Berechtigten, durch Ablöse in Geld oder auch in natura. Ich glaube, daß damit ein Übereinkommen geschlossen worden ist, das es verdient, daß alle zuständigen Stellen — insbesondere das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, aber auch das Finanzministerium, das hier ja mitwirken muß, insbesondere aber auch die Landesregierungen mit ihren Agrarabteilungen — ihm ihre Unterstützung bei der Durchführung angedeihen lassen.

Ich darf zusammenfassend noch sagen, daß wir natürlich an Werbung interessiert sind und auch die Zeichen der Zeit in der Richtung verstehen, daß Werbung heute höchst notwendig ist. Wir haben einen eigenen Milchwerbegroschen zur Kenntnis genommen; die Verbände und Betriebe draußen führen noch zusätzlich Werbemaßnahmen durch, und ich glaube, daß sich die Milchwerbung auch schon ausgewirkt hat. Wir bleiben aber nicht nur bei der Milch- und Butterwerbung stehen, sondern wir wissen genau, daß wir die gleichen Werbemethoden, oder sagen wir, ähnliche Methoden bei der Werbung für Geflügel, Eier, Gemüse, Blumen und Wein brauchen. Wir haben uns sogar in den letzten Monaten entschlossen, trotz der besseren Situation in der Forstwirtschaft auch eine Holzwerbung durch gewisse Ballungsleistungen der Landwirtschaftskammer aufzuziehen. Wir wissen also, daß die heutige Zeit auf allen Gebieten Werbung verlangt.

Wir sehen bei den Bemühungen, die Situation der österreichischen Landwirtschaft entsprechend zu verbessern oder zumindest zu festigen, auch manchesmal über den Zaun. Wir betrachten natürlich auch die Situation woanders sachlich und kritisch und sehen dabei, daß wir mit unseren bisherigen Maßnahmen nicht am schlechtesten gefahren sind. Ich habe hier eine Mitteilung über einen offiziellen Bericht der EWG-Kommission vom 19. November, also jüngsten Datums:

„Die Butterbestände werden sich in der EWG Ende 1969 auf 350.000 t belaufen, der Lagerbestand an Magermilchpulver wird ebenfalls nahezu 350.000 t erreichen.

Die Getreideüberschüsse betrugen zu Beginn des Wirtschaftsjahres 1969/70 8 Millionen Tonnen.

Die Zuckerüberschüsse der Ernte 1969 werden mit 1,1 Millionen Tonnen angenommen.

Grießner

Die Ausgaben des EWG-Agrarfonds werden für das Wirtschaftsjahr 1969/70 mit 75,4 Milliarden Schilling beziffert, wovon über 67 Milliarden Schilling allein auf Markt- und Preisstützungen entfallen (der Rest ist für Strukturmaßnahmen vorgesehen).“

Ich will die Frage der Strukturmaßnahmen nicht mehr ausführlich behandeln; der Herr Bundesminister und meine Vorredner haben ja schon allerhand dazu gesagt.

Aber ich muß, meine sehr geschätzten Damen und Herren, sachlich feststellen, daß die Bauern eine Politik billiger Effekte ablehnen. Es gibt keine Patentrezepte für die Landwirtschaft. Wir müssen sie, glaube ich, so mobil machen, daß wir jederzeit auf dem Plan sind, wir müssen uns natürlich auch bemühen, das Verständnis aller Berufsgruppen für unsere Sorgen und für unsere Schwierigkeiten zu wecken, und ich glaube, daß gerade die Sozialmaßnahmen, die im heurigen Jahr zugunsten der österreichischen Land- und Forstwirtschaft beschlossen worden sind — das Bauern-Pensionsversicherungsgesetz wird ja in den nächsten Tagen beschlossen werden —, ein Beitrag — so wie es schon einer meiner Kollegen gesagt hat — zur Strukturverbesserung in der Land- und Forstwirtschaft sein werden, aber auch ein Beitrag zur Nachziehung sozialpolitischer Ansprüche, die auch der Landwirtschaft zustehen.

Deshalb darf ich wiederum ganz sachlich sagen, daß wir die Budgetansätze für die Land- und Forstwirtschaft im Bundesbudget 1970 zustimmend zur Kenntnis nehmen. Wir werden natürlich Wünsche — wir haben immer Wünsche — vorbringen — das ist selbstverständlich und klar —, aber wir wissen, daß wir wenigstens die wichtigsten Vorsorgemaßnahmen mit den Beträgen, die im Landwirtschaftsbudget vorgesehen sind, durchführen können.

Ich darf dem Herrn Landwirtschaftsminister sowie seinem Mitarbeiterstab für die Mühe und die Sorgen bei der Behandlung dieses Budgets Dank sagen, und ich hoffe, daß mein Beitrag geeignet war, die Landwirtschaft vom Standpunkt der Sachlichkeit darzustellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Herta Winkler. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Herta **Winkler** (SPÖ): Hohes Haus! Ich habe mir vorgenommen, vom Standpunkt der österreichischen Verbraucher zum Kapitel Landwirtschaft Stellung zu nehmen. Es wäre verlockend gewesen, schon gestern auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Zittmayr zum Kapitel Handel zu antworten, aber ich bin der Meinung, daß

für die Fragen, die ich jetzt behandeln will, nicht der Herr Handelsminister, sondern die Landwirtschaft und der Herr Landwirtschaftsminister zuständig sind. Wenn auch der Herr Landwirtschaftsminister meine Ausführungen sozusagen schon vorweggenommen hat, so sollte er aus seiner Lebenserfahrung heraus doch wissen, daß Frauen nicht so leicht abzufertigen sind. *(Lebhafte Heiterkeit.)* Schon gar nicht, Herr Minister, wenn man Herzensfragen so bagatellisiert. *(Abg. Ing. Karl Hofstetter: Das ist eine Herzensfrage?)*

Wir möchten also an den Herrn Landwirtschaftsminister einige konkrete Fragen richten, von denen ich hoffe, daß sie zur Zufriedenheit der Verbraucher, aber auch der Erzeuger beantwortet werden können.

Der Herr Abgeordnete Zittmayr wollte gestern hier den Abgeordneten klarmachen, daß der österreichische Butterexport seit Juli 1969 eingestellt ist, und zwar deswegen, weil man von der Butterproduktion aus österreichischer Milch auf die Milchpulverherzeugung umgestiegen sei. *(Rufe bei der ÖVP: Käse!)* Ja, teilweise auch auf Käse; aber ich werde noch anführen, daß die Milchpulverproduktion heute den überwiegenden Anteil der Milchverarbeitung in Österreich darstellt. — Dies hat er damit erklärt — einfach so —, daß man — ich habe das zumindestens so verstanden — nun endlich diesen ewig bekrittelten „Butterberg“ satt habe; und obwohl in Österreich trotz der Butterschmalzerzeugung derzeit ein Butterlager von 2280 Tonnen vorhanden ist, erachtete es der Herr Abgeordnete Zittmayr — so hat er das hier ausgeführt — für notwendig, daß die Ömolk im Rahmen dieses Zollvormerkverkehrs aus dem EWG-Raum für die Butterherzeugung — er hat das als Veredelungsverkehr bezeichnet — nun Rahm einführen muß, um unseren Marktanteil — das hat auch der Herr Landwirtschaftsminister gesagt — in unseren Butterexport-Ländern halten zu können. *(Abg. Machunz: Das war gestern, heute haben wir schon mehr Schnee!)* Sie haben halt dann die Antwort des Herrn Landwirtschaftsministers nicht gehört.

Aber jedem, der mit diesen Dingen nicht beruflich zu tun hat, muß sich zwangsläufig die Frage aufdrängen, worin denn der Sinn für diese Maßnahme sein soll. *(Rufe bei der ÖVP: Marktpflege!)*

Ich kann mich erinnern, sehr geehrte Herren von der Bauernseite, daß ich, seit ich hier im Hause bin — das sind jetzt immerhin sieben volle Jahre —, über diese Milchschwemme jammern gehört habe. Den Ausführungen meines Kollegen Dr. Weihs war

14166

Nationalrat XI. GP. — 165. Sitzung — 10. Dezember 1969

Herta Winkler

zu entnehmen, daß also diese Milchschemme nicht nur nicht zurückgegangen, sondern im Verhältnis zur selben Zeit des Vorjahres neuerlich angestiegen ist.

Ich muß nun fragen, Herr Landwirtschaftsminister: Wieso und wozu ist der Rahm für die Buttererzeugung aus den EWG-Ländern notwendig? Was geschieht mit dem vielen Milchpulver, das an Stelle von Butter nun erzeugt wird? Für meinen Begriff, und ich glaube auch für den des Normalstaatsbürgers, sind das riesige Mengen, denn in einer Woche werden — so nach Rückfragen — 351.000 kg Vollmilchpulver, rund 400.000 kg Magermilchpulver und rund 152.000 kg Kondensmilch produziert! Wozu sind diese riesigen Mengen notwendig? Wie bringt man sie an den Mann? Lohnt sich das, Herr Landwirtschaftsminister, nach den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Weihs, der angeführt hat, daß man Magermilchpulver — 400.000 kg! — zum Preis von 4 S nun exportiert?

Ich glaube, Herr Landwirtschaftsminister, daß doch diese Ausführungen in der deutschen Konsumentenzeitschrift (*Abg. Machunze: Jetzt kommt das Gift in der Butter!*) der Wahrheit entsprechen; denn alles andere, was hier angeführt worden ist, erscheint für mich unglaublich. Damit Sie also ... (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Zuerst die Stützungen angreifen, und dann bei einem anderen Produkt, wo wir weniger Stützungen brauchen, ziehen Sie einen Zeitungsartikel heran!*)

Herr Landwirtschaftsminister! Ich weiß nicht, in welcher Form man Ihnen meinen Zwischenruf hinterbracht hat, da sozusagen als Begleitmusik die Worte „Giftmischerin“ und so weiter hier ertönt sind. Ich glaube, daß Ihre Freunde über mich nicht in der freundlichsten Art berichtet haben.

Ich möchte Ihnen aber nachweisen, daß mich dieser Haß oder diese Mißachtung etwas zu Unrecht getroffen hat. Ich habe mich nämlich in meinen Ausführungen auf einen Artikel in dieser deutschen Konsumentenzeitschrift vom Dezember gestützt. (*Abg. Machunze: Konkurrenzneid!*) Damit Sie wissen, um was es geht — falls Sie den Artikel nicht gelesen haben —, möchte ich mir erlauben, diesen kurzen Artikel vorzulesen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Schauen Sie; wenn man über Dinge nicht spricht und den Kopf in den Sand steckt, werden sie leider nicht besser. (*Neuerliche Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Die Dinge werden nicht besser! Ich glaube, wir werden doch, wenn wir es ehrlich mit den Dingen meinen, das anhören, und der Herr Landwirtschaftsminister wird Antwort geben. (*Rufe und*

Gegenrufe bei ÖVP und SPÖ. — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.)

Schauen Sie: Wenn dieser Zeitungsartikel nicht stimmen würde, warum hat man diese Konsumentenzeitschrift nicht geklagt? Warum hat man sie nicht geklagt? Es ist dies nicht die einzige Zeitschrift, die so etwas geschrieben hat. Ich habe sie nur deswegen genommen, weil ich mich scheue, hier eine andere Zeitung oder Illustrierte zu zitieren. Diese Zeitung hat aber ein echtes Gewicht. Wenn das, was da drinnen steht, nicht stimmen würde, hätte man darauf reagieren müssen. (*Abg. Machunze: Brutaler Konkurrenzneid! — Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Hören Sie es sich einmal an! — Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Wer zahlt die Einschaltung? — Weitere Zwischenrufe.*)

Präsident Wallner (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte um Ruhe!

Abgeordnete Herta Winkler (*fortsetzend*): Mein Landsmann hat den Vorsitz, und er wird mich schützen, damit ich das sagen kann, was ich sagen möchte, denn Sie haben auch ... (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Aber wer das in die Zeitung hineingegeben hat, das wissen Sie nicht! — Abg. Pay: Lassen Sie doch die Frau Abgeordnete einmal reden! — Weitere Zwischenrufe.*) Das zu eruieren, ist Ihre Angelegenheit, Herr Abgeordneter Doktor Zittmayr.

Es heißt hier in diesem Artikel:

„Blockierte Butter — Britische Beamte fanden Gift in österreichischer Butter.“

Britische Beamte haben, auf die Gesundheit ihrer Mitbürger bedacht, den Schlagbaum für die Einfuhr österreichischer Butter heruntergelassen. Gleichzeitig teilten sie ihrem EFTA-Partner mit, daß sie an seinem Milchprodukt nicht mehr interessiert seien.

Grund für den Einfuhrstopp: Lebensmittelkontrolleure hatten in der Almbutter gesundheitsgefährdende Anteile von Pflanzenschutzmitteln entdeckt.

Jetzt rätseln die Österreicher, wie die auch in ihrem Land verbotenen Giftstoffe Aldrin und Dieldrin in die Butter kamen. Beide Mittel werden als Gift gegen Bodenschädlinge benutzt und kommen zudem in einigen Kombidüngemitteln vor. Insektizidrückstände dürfen allerdings, so verlangt es die Vorschrift, in Lebensmitteln nicht mehr nachweisbar sein.

Österreichs Bauern nehmen es jedoch offensichtlich mit der Dosierung nicht so genau. Der Leiter des Wiener Pflanzenschutzamtes, Hofrat Professor Dr. Beran, teilte jedenfalls mit, daß nahezu keine Rückstandsuntersuchung

Herta Winkler

österreichischer Ernteprodukte negativ verlaufe. In die Bundesrepublik wird österreichische Butter nicht importiert. Untersuchungen deutscher Butter auf Aldrin- und Dieldrin-Rückstände förderten bisher keine Insektizidreste zutage." (*Abg. Machunze: Frau Kollegin Winkler, einen Vorschlag zur Güte: Der Präsident der Sozialistischen Internationale soll seinen Gesinnungsfreund Wilson fragen, ob diese Nachricht der Tatsache entspricht! Das soll er tun im Interesse der österreichischen Wirtschaft!*) Ich glaube, das wäre Aufgabe der Bundesregierung gewesen. (*Weitere Zwischenrufe.*)

Sehen Sie, meine Herren, das ist es ja. Glauben Sie, daß das nicht bekannt wird? Ich habe diese Konsumentenzeitschrift in der Trafik vis-à-vis vom Parlament gekauft. Es werden auch andere Zeitungen darüber berichten, nur wir Volksvertreter sollen davon nichts hören und nichts sehen und nichts darüber reden! Dann wird es womöglich nicht wahr. Ich glaube, daß hier der Ort ist, wo diese Fragen klargestellt werden müssen. Ich muß sagen — das hat auch schon mein Parteifreund, der Herr Abgeordnete Dr. Weihs gesagt —, daß es der Klarstellung nicht dient, wenn man mit Schimpfworten statt mit Argumenten hier die Dinge entkräftet.

Ich frage Sie nur, Herr Abgeordneter Doktor Zittmayr, weil Sie gestern hier ziemlich deutlich gesagt haben: Unter dem Schutze der ... (*Anhaltende Zwischenrufe.*)

Präsident **Wallner** (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte, die Frau Rednerin nicht immer zu unterbrechen! (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Die Butter ist nicht beanstandet worden in England! Unsere Untersuchungen haben ergeben, daß unsere Butter nicht zu beanstanden war! Hier wird es beanstandet! Das ist die Wahrheit! — Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: In der Zeitung steht es drinnen! Sie liest nur vor, was in der Zeitung steht! — Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Dr. Hertha Firnberg: Das schädigt doch auch das Ansehen Österreichs! — Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Das ist mit den Händen zu greifen, daß das eine gesteuerte Einschaltung ist!*)

Abgeordnete **Herta Winkler** (*fortsetzend*): Wir werden noch dahin kommen, wo die Steuerung liegt! Herr Abgeordneter Zittmayr! Einen Vorschlag zur Güte: Diese Fragen wird der Herr Landwirtschaftsminister besser beantworten können als Sie und ich. (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ich war da, aber ich habe schon gesagt, warum wir — (*anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP*) Sie lassen mich ja nicht ausreden! — warum wir nicht damit zufrieden sein können.

Bei diesen Zwischenrufen und bei diesen Beschimpfungen, die dann eingesetzt haben, womit man anscheinend Abgeordnete gern mundtot machen möchte (*Widerspruch bei der ÖVP*), hat der Herr Abgeordnete Zittmayr gesagt — und das, muß ich ehrlich sagen, hat mich etwas erschüttert —: Diese Frechheiten sozusagen können Sie sich nur im Schutz Ihrer Immunität leisten! Herr Abgeordneter Zittmayr! Soll das heißen, daß der Abgeordnete, wenn er nicht immun wäre, solche Dinge hier gar nicht besprechen dürfte, ohne damit rechnen zu müssen, unter Umständen und ohne Gegenbeweis hinter Schloß und Riegel zu kommen? (*Zwischenrufe der Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr und Doktor Hertha Firnberg!*) Meine Damen und Herren! Ich habe das nicht erfunden, und wenn das nicht wahr ist, dann klagen Sie meine Informationsquelle!

Ich möchte eines sagen, damit keine Mißverständnisse entstehen: Unser schwerer Vorwurf richtet sich nicht gegen die Bauern und nicht gegen die Produzenten, sondern vor allem gegen die Landwirtschaftskammer und den Herrn Landwirtschaftsminister, denn entweder kümmert man sich nicht um diese Dinge, oder man nimmt einfach keine Kenntnis davon, und wenn das an der obersten Spitze so ist, wie soll denn der Produzent unten wissen, was richtig und was falsch ist in der Produktion? Er macht es so, wie er glaubt, es richtig machen zu können, und daher müssen diese Dinge also wirklich gelenkt und beobachtet und geleitet werden.

Der Herr Abgeordnete Mussil hat mich gestern mit dem besonderen Titel einer Giftmischerin belegt und mich als solche bezeichnet. Ihnen, meine Damen und Herren auf der rechten Seite, sage ich, daß die Giftmischer nicht auf der linken Seite sitzen, sondern wir kämpfen seit Jahren — anscheinend vergeblich — dagegen, daß sich solche Unzulänglichkeiten in der Nahrungsmittelerzeugung ergeben.

Um die Angelegenheit klarzustellen, richte ich nun eine konkrete Frage an den Herrn Landwirtschaftsminister, weil das hier bestritten wurde: Herr Landwirtschaftsminister! Sie haben hier behauptet, was Sie mitteilen, das sei auf Grund eines Routineberichtes der englischen offiziellen Stellen erfolgt. Wir haben aber eine sichere Kenntnis, wir wissen sicher, daß Sie von offizieller englischer Seite benachrichtigt wurden, daß die österreichische Butter Insektizide, also Dieldrin und Aldrin, enthält und daß man daher — so auch in der „DM“ — an Butterlieferungen aus Österreich nicht mehr interessiert sei. (*Abg. Machunze: Welche englische Stelle war*

Herta Winkler

das?) Offizielle englische Stellen haben an die österreichische Bundesregierung eine Mitteilung in dieser Hinsicht ergehen lassen.

Herr Bundesminister! Was haben Sie bisher unternommen, um diesen nicht nur für die ausländischen, sondern auch für die österreichischen Konsumenten untragbaren Zustand zu beseitigen? Nach all dem, was sich hier gezeigt hat, nehme ich leider an: Nichts! Denn der Herr Abgeordnete Zittmayr hätte sonst in seiner Rede das Vorhandensein dieser beanstandeten Giftstoffe nicht bestreiten können, und der Herr Landwirtschaftsminister hätte das Vorhandensein dieser Giftstoffe nicht bagatellisieren können. Durch die Umstellung der Produktion von Butter auf die Milchpulvererzeugung ist ja das Problem weder im Sinne der Konsumenten noch in dem der österreichischen Volkswirtschaft oder der Milchwirtschaft gelöst.

Ich möchte wissen, Herr Minister: Welche Vorschläge hat die Bundesanstalt für Pflanzenschutz zur Behebung dieser Misere angeregt, und was haben die zuständigen Stellen, in erster Linie Sie, Herr Landwirtschaftsminister, in dieser Hinsicht unternommen? Die österreichischen Konsumenten sind an der Behebung, und zwar an der umgehenden Behebung dieses bedrohlichen Mißstandes brennend interessiert, denn nicht nur der Export und unser guter Ruf im Ausland wird geschädigt, sondern vor allem die Volksgesundheit wird gefährdet. Es ist nachgewiesen, daß diese Insektizidrückstände Aldrin und Dieldrin Giftstoffe sind, die zu Leberschädigungen und bei größeren Mengen zu Lebertumoren führen. Solche Giftstoffe sind nun zum Beispiel in der Milch, dem Hauptnahrungsmittel unserer Kleinkinder und vieler alter Leute, enthalten. Deswegen, meine Damen und Herren, glaube ich, daß wir alle die Verantwortung gegenüber unseren Mitmenschen, aber auch gegenüber der kommenden Generation, zu tragen haben.

Es hat in der Budgetdebatte immer wieder Bibelsprüche und Psalmen nur so geregnet, und die Bibel wurde immer wieder strapaziert. (Abg. Machunze: SPO-Programm!) Ich möchte meine Ausführungen nicht schließen, ohne hier auch ein Jesus-Wort zu zitieren, das da lautet: „Welcher Vater unter euch wird seinem Sohn eine Schlange geben, wenn er ihn um einen Fisch bittet, oder einen Skorpion, wenn er ihn um ein Ei bittet?“

Wenn Sie, meine Herren, die Sie heute in der Regierung die Verantwortung tragen, auf unsere Mahnungen nicht hören, so studieren Sie die Bibel, angefangen vom Alten Testament, und Sie werden sehen, welche Bedeutung der Reinheit der Nahrung

geschenkt wurde. (Zwischenruf des Abg. Steiner.) Sie finden auf jeden Fall, Herr Abgeordneter Steiner, in der Bibel fortschrittlichere Gebote hinsichtlich der Reinhaltung der Nahrung, als wir sie heute in Österreich in unserer Gesetzgebung haben! (Beifall bei der SPO. — Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Minister Dipl.-Ing. Doktor Schleinzner. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner: Die Frau Abgeordnete Winkler hat an mich zwei Fragen gestellt. Ich werde ihr diese Fragen sogleich beantworten.

Ich möchte aber vorausschicken, daß in den Ausführungen der Frau Abgeordneten Winkler Unterstellungen in der Richtung gemacht worden sind, daß sie die Frage, die sie stellte: Was haben Sie getan?, beantwortete: „Ich nehme an: Nichts!“ Diese Unterstellungen weise ich grundsätzlich zurück! (Beifall bei der ÖVP.)

Zunächst zu den zwei Fragen, die Sie angeschnitten haben, Frau Abgeordnete Winkler! Wir tragen alle gemeinsam, wie Sie sagten, eine Verantwortung gegenüber dem Konsumenten, gegenüber der gesamten Bevölkerung. Wir tragen diese Verantwortung aber nicht nur für die Gesundheit dieser Bevölkerung, sondern auch dafür, daß nicht aus Gründen, die sachlich nicht haltbar, nicht untermauert oder nicht zu vertreten sind, eine Beunruhigung entsteht. (Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.) Ich möchte mich daher zunächst mit der zweiten Frage beschäftigen, die Sie angeschnitten haben und die ich heute schon einmal auf Grund der gestrigen Debatte in diesem Hause von meinem Standpunkt aus beantwortet habe. Ich darf also diese meine Antwort hier noch einmal wiederholen.

Frau Abgeordnete Winkler, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß von einer Einstellung der Butterexporte nach England nicht die Rede ist. Informationen, wie sie hier wiedergegeben worden sind, sind unrichtig, sind falsch, um nicht einen anderen Ausdruck zu gebrauchen. Diese Information wäre auf kürzestem Wege vom Herrn Abgeordneten Weihs als Konsulenten des Österreichischen Milchwirtschaftsfonds zu erhalten gewesen.

Aber, Frau Abgeordnete, was hat es mit diesen Beanstandungen, von denen Sie sprechen, zu tun? Ich habe erklärt, daß es keine Beanstandung der österreichischen Butter weder auf dem englischen noch auf einem anderen Markt gegeben hat. Das, was hier in dieser Zeitschrift steht, ist unrichtig, ist falsch! Richtig ist, daß die britische Regierung

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

fortlaufend Importprodukte von ihren staatlichen Laboratorien auf Pflanzenschutzmittelrückstände untersuchen läßt und daß die Ergebnisse darüber jährlich bekanntgegeben werden. In dem Bericht über das Jahr 1968 — ich wiederhole: 1968, darum handelt es sich — ist auch von der österreichischen Butter und von den Befunden über die österreichische Butter die Rede gewesen. Wir haben von keiner offiziellen englischen Stelle darüber eine Mitteilung oder gar eine Beanstandung erhalten. Im Gegenteil. Ich darf feststellen, daß die österreichische Butter auf dem englischen Markt nach wie vor sehr beliebt und begehrt ist.

Worum hat es sich hier gehandelt? Wir haben auf Grund dieses Routineberichtes, wie er jährlich erstellt wird, von der österreichischen Botschaft — und von niemand anderem — einen Auszug darüber erhalten, und darin war die österreichische Butter angeführt und inwieweit Rückstände gefunden worden sind. Ich habe heute schon einmal ausgeführt, daß in diesem Bericht die Rückstände an „Lindan“ nur 25 Prozent — nur 25 Prozent! — jener Toleranz betrug, die von der Weltgesundheitsorganisation festgelegt wurde. Bei „Dieldrin“, Frau Abgeordnete, sind es nur 24 Prozent dieser Toleranz und bei DDT überhaupt nur 4,8 Prozent.

Es gab also keine Beanstandung der österreichischen Butter auf dem englischen Markt oder auch anderweitig. Ich stelle das hier ausdrücklich fest. Das sind wir der Qualität unserer Erzeugnisse, das sind wir der Marktpflege der österreichischen Landwirtschaft und Molkereiwirtschaft schuldig. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Trotzdem, Frau Abgeordnete Winkler, hat unsere Bundesversuchsanstalt und deren Leiter diese geringen Mengen von Pflanzenschutzmittelrückständen, die hier gefunden worden sind, zum Anlaß für weitere Schritte genommen, um möglichst alle Pflanzenschutzmittelrückstände in Nahrungsmitteln zu vermeiden.

In diesem Zusammenhang ist ein Schreiben an die Landwirtschaftskammern ergangen, das Ihnen, wie ich aus Ihren Ausführungen an sich gerne schließen möchte, nicht unbekannt ist. In diesem Schreiben wird, offenbar um die Bemühungen und den Gesundheitsschutz zu unterstreichen, von offiziellen englischen Stellen gesprochen. Ich stelle das ausdrücklich fest: Eine Beanstandung durch offizielle englische Stellen hat nicht stattgefunden. Es fällt mir nur auf, daß die Diktion dieser deutschen Konsumentenzeitung mit einigen Passagen dieses Rundschreibens unseres Leiters der Pflanzenschutzanstalt eine bemerkenswerte Ähnlichkeit aufweist.

So viel, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich also zu diesem Problem sagen. Ich stelle noch einmal fest, daß Pflanzenschutzmittelrückstände in keiner auch nur annähernd bedenklichen Weise gefunden worden sind.

Ich darf Ihnen überdies, Frau Abgeordnete Winkler, mitteilen, daß über unsere Veranlassung — und das bereits im November 1968, ehe dieser Bericht überhaupt vorlag — über unsere Veranlassung die Herstellung von kombinierten Mineraldüngerinsektiziden auf der Basis von Aldrinsuperphosphat in Österreich eingestellt wurde und in Österreich überhaupt nicht mehr auf den Markt kommt; daß außerdem die beständigen Insektizide auf der Basis des DDT im Frühjahr dieses Jahres aus der Verwendung des Futterbaues herausgezogen worden sind. Ich darf außerdem feststellen, daß wir bei der Verwendung von DDT an und für sich unvergleichlich strengere Vorschriften haben, als das in allen anderen Ländern Europas der Fall ist; daß nach unseren Vorschriften die Wartefrist vor der Ernte fünf Wochen beträgt, in der das DDT nicht mehr verwendet werden darf; in anderen Ländern, wie zum Beispiel in der Schweiz, sind es drei Wochen, in der Bundesrepublik Deutschland vier Wochen, und in zahlreichen anderen Ländern beträgt diese Zeitspanne gar nur zwei Wochen.

Ich möchte Ihnen gerade auf Grund dieser Tatsache sagen, daß wir in unserer Bundesanstalt für Pflanzenschutz wirklich mit großer Aufmerksamkeit und Sorgfalt das ganze Problem der Pflanzenschutzmittelrückstände prüfen und wahrnehmen und der Frage der kombinierten chemischen und biologischen Methoden große Aufmerksamkeit zuwenden. Ich kann sagen, daß es heute kaum Länder gibt, die dieser Frage eine solche Aufmerksamkeit entgegenbringen, wie das bei uns der Fall ist. Ich bitte Sie daher aber auch um Verständnis, wann wir angesichts dieser Sachverhalte Anspruch darauf erheben, daß diese Frage, wenn überhaupt in der Öffentlichkeit, dann in der Weise diskutiert wird, daß es nicht zu einer ungerechtfertigten Beunruhigung unserer Bevölkerung kommt. — Ich halte das im Interesse der Bevölkerung, aber auch im Interesse unserer Landwirtschaft und unserer landwirtschaftlichen Produktion und der Sicherung unserer Absatzmärkte im Ausland für notwendig.

Und nun zur ersten Frage, die Sie an mich gerichtet haben. Ich bin dankbar, daß Sie mir damit Gelegenheit geben, etwas ausführlicher, als Sie es mir ansonsten abzunehmen willens wären, zu einem solchen Marktproblem, das Ihnen zunächst nicht ganz verständlich erscheint, Stellung zu nehmen.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner

Frau Abgeordnete Winkler! Wir haben eine Milchmarktpolitik in diesen Jahren betrieben, die vom Ausland mit großer Aufmerksamkeit — und ich habe das Gefühl, auch mit mehr sachlicher Anerkennung verfolgt wird, als das da und dort bei uns in Österreich der Fall ist. Glauben Sie uns doch, Frau Abgeordnete, es war kein mutwilliger Akt, wenn wir uns bemüht haben, innerhalb der Produktion zu einer Umschichtung zu kommen. Wir haben vom Jahre 1967 bis heute die Milchmarktleistung gesenkt, wir werden im heurigen Jahr aller Voraussicht nach um 2 Prozent unter der Milchmarktleistung von 1968 liegen.

Während wir noch im Jahre 1967 nahezu 20 Prozent der erzeugten Milch in Form von Molkereiprodukten im Ausland absetzen mußten, wird dieser Exportanteil im heurigen Jahr ungefähr auf 14,5 Prozent zurückgehen. Das zeigt doch die ungeheure Anstrengung unserer Landwirtschaft und der Agrarpolitik, zu einer Marktanpassung auf diesem so empfindlichen Sektor der landwirtschaftlichen Produktion zu kommen. Ich erinnere an den Bericht des Herrn Präsidenten Griesner: 350.000 Tonnen Butterlager im EWG-Raum und ungefähr 370.000 Tonnen Magermilchpulver-Lager. Sie können sich diese Probleme in Westeuropa in etwa vorstellen.

Wir sind mit unseren Problemen weithin fertig geworden. Das schwierigste Problem, das wir dabei zu lösen hatten, war das Problem des Magermilchpulvers, weil wir einfach nicht rasch genug auch innerhalb unserer Produktion zur Umstellung auf die mastschweren Kälber kommen, um noch mehr Magermilch über den Kälbermagen zu verwerten.

Infolgedessen mußten wir versuchen, eine Politik einzuschlagen, bei der wir möglichst nur so viel Magermilchpulver erzeugen, als wir im Inland absetzen können. Und wir sind heute so weit — wenn ich von der einmaligen Exportmenge absehe —, daß wir in der Magermilchpulverbilanz damit rechnen dürfen, daß sich die Inlandsproduktion mit dem Inlandsbedarf die Waage halten wird. Das war der Grund, warum ich gegen Widerstand in der Molkereiwirtschaft — auch das spreche ich hier aus, denn Sie sollen ja auch die Probleme sehen, mit denen wir uns in der ganzen Milchwirtschaft auseinanderzusetzen haben — getrachtet habe, unsere Politik so weit umzu lenken, daß wir die Exporte möglichst auf Käse und auf Vollmilchpulver ausrichten und die Butterexporte so weit wie möglich drosseln. Denn wenn wir Käse und Vollmilchpulver exportieren, ist gleichzeitig auch die Magermilch im Export verwertet. Denn Buttererzeugung und Magermilchpulverproduktion hängen untrennbar zusammen.

Das ist der Grund, warum wir uns bemühen, nur so viel Butter zu produzieren, als wir im Inland absetzen können, eine Politik, die eigentlich alle Anerkennung verdienen würde.

Aber wer kann die Garantie übernehmen, daß wir nicht wieder einmal auf Butterexport angewiesen sind? Wir dürfen keinesfalls Exportmärkte, die jahrzehntelang aufgebaut worden sind, leichtfertig preisgeben, da wir dann nicht in der Lage wären, einen allfälligen Produktionsüberschuß aus dem Inland wiederum im Export verwerten zu können. Das ist der Grund, warum wir im aktiven Veredlungsverkehr Rahm hereinnehmen, zu Butter verarbeiten und diese österreichische Butter auf den Exportmärkten absetzen, um damit für alle Eventualitäten uns die Märkte zu erhalten, die mühsam und langwierig aufgebaut worden sind.

Dieser aktive Veredlungsverkehr berührt die österreichische Milchmarktordnung überhaupt nicht und belastet uns finanziell in keiner Weise. Wenn meine Informationen stimmen, darf ich berichten, daß alle Mitglieder der Verwaltungskommission des Milchwirtschaftsfonds diese Politik als absolut sinnvoll und vernünftig empfunden haben. So liegen die Verhältnisse, Frau Abgeordnete, und nicht anders. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Grundemann-Falkenberg. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Grundemann-Falkenberg** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Zum ersten möchte ich sagen: Es hat sich der „Kurier“ gestern geirrt, wenn er gemeint hat, daß ich zum letzten Mal auf der Tribüne des Parlaments stehe. Ich bin schon wieder da.

Zum zweiten, Frau Kollegin Winkler, verstehen Sie das nicht als eine Unart gegenüber einer Dame, aber darf ich Ihnen mein Bedauern darüber ausdrücken: Ich glaube, Sie sind einem Artikel zum Opfer gefallen, den jemand verfaßt hat, der bewußt gesteuert gegen die österreichische Landwirtschaft sprechen wollte. *(Beifall bei der ÖVP.)* Damit haben Sie nicht nur die Bauern Österreichs auf die Palme gebracht, sondern wieder einmal den Beweis geliefert, daß man sich vorher sehr, sehr vorsichtig erkundigen muß, bevor man über solche Fragen redet. Sie haben, glaube ich, jetzt eine eindeutige Antwort vom Herrn Landwirtschaftsminister bekommen. Ich habe keinerlei Ursache, hiezu noch eine Ergänzung zu geben. Darf ich mich daher meinem eigentlichen Thema, nämlich dem Problem der österreichischen Forstwirtschaft, zuwenden.

Über das Materielle des derzeitigen Zustands und über die Gegenwarts- und Zu-

Grundemann-Falkenberg

kunftsansichten der österreichischen Forstwirtschaft werde ich noch einiges zu reden haben. Erlauben Sie mir aber zunächst auf die Bedeutung der Forstwirtschaft, insbesondere als Lieferant von Dienstleistungen und hinsichtlich der Schutzwirkungen ein paar Worte zu sagen. Man darf die Forstwirtschaft nicht nur als Erzeuger des Holzes ansehen, man muß wohl auch zur Kenntnis nehmen, daß aus diesem Wirtschaftsbereich heraus der Bevölkerung an Erholungsmöglichkeiten geboten werden, daß der Wald gegen die Entstehung von Hochwässern wirkt und daß Waldbestände im Hochland die Lawinengefahr verringern. Auch darauf werde ich noch zu sprechen kommen.

Die Schutzwirkungen des Waldes werden aber nicht nur im Rahmen der Wildbach- und Lawinenverbauung sichtbar, sondern sie entstehen laufend im Zusammenhang mit dem kontinuierlichen Wachstum im Wald und der Waldbewirtschaftung. In Österreich war es seit eh und je ein traditionelles Anliegen der Forstwirtschaft, auf diese Schutzwirkungen Bedacht zu nehmen und bei jeder Maßnahme im Wald deren Erfordernissen Rechnung zu tragen.

Eine bis vor nicht sehr langer Zeit einigermaßen ausreichende Ertragslage ermöglichte es, Erschwernisse in Kauf zu nehmen, die sich aus solchen Maßnahmen ergeben. Die herkömmliche händische Holznutzung hat auch wenig Gegensätzlichkeiten zu den Erfordernissen des Landschaftsschutzes, des Fremdenverkehrs oder sonstiger Wohlfahrtswirkungen erbracht. Gegenwärtig ist die Forstwirtschaft nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa in einem Umbruch begriffen. Die Konkurrenz mit großräumigen Holzproduktionsländern — also etwa den Oststaaten und dort insbesondere Rußland, aber andererseits auch Kanada, das bekanntlich eine Abräumwirtschaft beim Holz durchführt — zwingt dazu, sich in der Erzeugung — wenigstens teilweise — des technischen Fortschritts und der Mechanisierung der Holzernte zu bedienen, weil anders die Versorgung der Industrie mit dem Rohstoff Holz zu konkurrenzfähigen Preisen nicht möglich wäre. Ich sage teilweise, weil wir kaum je die technischen Möglichkeiten Kanadas oder das Lohnniveau der Oststaaten haben werden.

Mit dem Eingang der Technisierung, der Anwendung von Großmaschinen sind die Betriebe zum Umdenken gezwungen. Allerdings wird sich das Bild des Waldes in der Öffentlichkeit damit verändern. Die Stille und die Unberührtheit der Wälder kann nicht so bleiben, wie es einmal war. Ein Musterbeispiel dafür, meine Damen und Herren, sehen Sie

an der Situation im Wienerwald vor den Toren dieser Stadt. Der Wald ist zur Fabrikationsstätte geworden.

Diese Situation des Umdenkens und der Rationalisierung der Erzeugung wird zwangsweise dazu führen müssen, daß die Forstwirtschaft alle Erschwernisse und Betriebsbeschränkungen irgendwie vergütet erhalten muß; solche, die ihr im Interesse der Allgemeinheit auferlegt werden und die dazu führen, daß die rationelle Holzerzeugung Hindernisse erfährt. Derzeit bietet sich sicher der Einwand an, daß die Holzpreise in den letzten Monaten stark anstiegen und daß damit die Forstwirtschaft so manches aus eigener Kraft auffangen kann.

Leider aber — das darf ich als Volkswirt sagen — ist das keine richtige Beurteilung. Die Holzpreise waren infolge der Windwurfkatastrophe des Jahres 1967 ins Bodenlose gefallen; sie sind um mindestens 30 bis 40 Prozent niedriger gewesen als vorher. Außerdem ergaben sich aber ungeheure Schwierigkeiten beim Absatz. Diese wahrscheinlich größte Sturmkatastrophe unseres Jahrhunderts brachte einen Schadholtzanfall in Mitteleuropa, der sich mit 35 bis 40 Millionen Festmeter beziffern läßt, mit einer durch den Sturm entstandenen Wertverminderung infolge Zersplitterung und Erschwernis der Aufarbeitung, die natürlich auch dazu beitrug, die Holzmarktsituation in Europa total zu deroutieren. Zu dieser Schadholtzmenge kamen noch jene Mengen, die erfahrungsgemäß zum Ausgleich der Windwurfflächen nachgeschlagen werden müssen.

Für Österreich bedeutete diese Katastrophe darüber hinaus die Blockierung des wichtigsten Absatzmarktes Italien, da dieses Land vom Angebot deutscher Waren und Holz aus der Schweiz, dessen Export bekanntlich staatlich gestützt war, eine Beeinträchtigung erfuhr, während heimische Abnehmerfirmen durch das Angebot äußerst billigen Holzes aus den Oststaaten, insbesondere aus der Tschechoslowakei, auch noch vom Kauf des österreichischen Holzes abgehalten wurden. Im vergangenen Jahr betrug der Import in das Holzland Österreich über eine Million Festmeter.

Die Forstwirtschaftsbetriebe Österreichs waren daher gezwungen, das Holz in bringungsgünstigeren Lagen zu erzeugen, auf wertvollere Sortimente und Holzarten auszuweichen, Mehrnutzungen zur Deckung des Geldbedarfes einzulegen und notwendige langfristige Investitionen zurückzustellen.

Bei normalen Produktionsvoraussetzungen wären diese Betriebe wohl innerhalb von zwei Jahren in Konkurs gegangen. Die Besonder-

14172

Nationalrat XI. GP. — 165. Sitzung — 10. Dezember 1969

Grundemann-Falkenberg

heit der Forstwirtschaft half aber über diese Katastrophe hinweg, allerdings mit einigen Narben. Die Preise haben sich nach Aufsaugung der Katastrophenhölzer einigermaßen erholt. Sie stehen heute ungefähr beim Stand von 1962 — nicht überall, beispielsweise steht beim Papierholz der Preis gegenüber damals noch weitaus darunter. Die Erzeugerkosten haben sich aber nachweisbar seit 1962 um 80 Prozent erhöht.

Vor uns stehen natürlich noch einige andere Probleme, die zu verkraften sein werden, etwa die 40-Stunden-Woche, wobei sich die Forstwirtschaft darüber klar ist, daß hier eine Regulierung unausweichlich ist, wir jedoch der Meinung sind, daß hier eine Einigung mit den Arbeitnehmervertretungen deshalb herbeigeführt werden müßte, weil bei einer Produktion unter freiem Himmel ein Jahresausgleich in der Arbeitszeit erforderlich erscheint. Das wird übrigens von den Forstarbeitern, die zu einem großen Teil und durchaus nach ihren Wünschen Akkordarbeit leisten, gefordert.

Die internationalen Prognosen über Holz und Holzabsatz lassen erwarten, daß wenigstens vorderhand — falls keine neuerliche Katastrophe eintritt — eine Stabilisierung, vielleicht auch eine geringe Aufwärtsentwicklung kommen wird. Ich darf das vielleicht auch damit begründen, daß kanadisches Holz heute zumeist nach den Vereinigten Staaten ausgeführt wird, die einen ungeheuren Boom auf dem Gebiete der Bauwirtschaft verzeichnen können, ich bin aber etwas besorgt, da beispielsweise Italien zur Überwindung seiner Arbeitslosigkeit und zur Ankurbelung seiner Wirtschaft die Bauwirtschaft erheblich stützt, der Plan aber meines Wissens irgendwo zeitlich begrenzt ist. Mit starken Verbesserungen wird kaum zu rechnen sein, schon auch deshalb nicht, weil dem Holzmarkt die immer größer werdende Konkurrenz der Ersatzstoffe gegenübersteht. Wahrscheinlich und leider wird daher die Forstwirtschaft auch weiterhin in der Preiskostenschere bleiben und wird es der ganzen Anstrengung bedürfen, die ständig steigenden Erzeugungskosten zu verkraften. Dazu gehört natürlich die Ausschöpfung jeder Möglichkeit einer Rationalisierung und Modernisierung. Leichter mag es vielleicht bei den größeren Betrieben sein, schwerer für die mittleren und die kleinen, die kaum in der Lage sind, die Kosten für rationelle Maschinen aufzubringen. Ein Zusammenschluß auf diesem Gebiet, der zum Teil schon der Fall ist, muß daher sehr begrüßt werden. Es bleibt eine Unterstützung dieser Bestrebungen unausweichlich.

In diesem Zusammenhang darf ich dem Herrn Bundesminister und seinem Ressort

den Dank der Forstwirtschaft für die rastlosen Bemühungen der Unterstützung, aber auch den ihm unterstellten Bundesforsten für die zielstrebigsten und beispielgebenden Maßnahmen zur Bewältigung des Schadhölzanfalles, aber auch richtungsweisenden Maßnahmen für die zukünftige Entwicklung sagen. Die Arbeit der Bundesforste kann sich, meine Damen und Herren, wohl im internationalen Vergleich sehen lassen. Hierbei ist es unerheblich, ob jede einzelne dieser Maßnahmen in technischer und organisatorischer Hinsicht hundertprozentig richtig gewesen sein mag. Wesentlich erscheint mir, daß mit viel Initiative und Mut versucht wurde, in der europäischen Forstwirtschaft neue Wege zu gehen, und daß diese Versuche ganz wesentliche Beispielswirkungen und Erfahrungen und Tatsachen mit sich brachten.

Ich darf vielleicht zum Kapitel Bundesforste noch eine Bemerkung machen. Es ist auch interessant zu hören und im Budget zu lesen, daß die Lohnkosten zwischen 1965 und 1970 sich um 133 Millionen gesteigert haben, obwohl das Personal um 12 Prozent abgebaut wurde. Das ist ein Zeichen für die Schwierigkeiten, die nicht nur dort, sondern auch bei allen anderen Forstwirtschaftsbetrieben der Fall sind.

Für die Forstbetriebe erscheint es aber auch erforderlich, die bereits in den Vorarbeiten weitestgehend gediehenen gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit sie die technische Entwicklung in ihrem Bereich bewältigen können. Für diese äußerst umfangreiche Arbeit möchte ich auch die Anerkennung nicht versagen, aber zum wiederholten Male die Stimme dafür erheben, daß diese Voraussetzungen baldmöglichst einer Realisierung zugeführt werden.

Und nun noch ein paar Bemerkungen kritischer Art: Ich kann das als Vertreter der Forstwirtschaft nicht ganz unterlassen. Vor mir liegt ein Artikel, den ich aus einer der bestinformierten Tageszeitungen — aus der Sonntagsnummer — entnommen habe. Die Überschrift heißt: Wird Europas Bergwelt eine Wüste? Raubbau und Eingriff beschleunigen die Verkarstung. Es mag hier vielleicht dasselbe der Fall sein wie bei dem Artikel, den Frau Abg. Winkler vorgelesen hat. Auch das ist ein Artikel, der von einer besonderen Uninformiertheit des betreffenden Artikelschreibers zeigt. Ich glaube, daß dieser Artikel wohl darauf abgestellt ist, daß der betreffende Artikelschreiber eine ausgiebige Entlohnung an Zeilenhonorar bekommen hat.

Wenn Sie diese Frage einer Betrachtung unterziehen — ich wollte heute eigentlich

Grundemann-Falkenberg

keine Ziffern nennen, muß es aber jetzt tun — meine Damen und Herren; solche Artikel sind der Prototyp des Schlechtmachens von Leuten, die wohl kaum etwas verstehen, aber damit rechnen, daß auch andere, nämlich die Leser, keine Ahnung von der Situation haben und sich auch gar nicht von dem Wahrheitsgehalt eines solchen Artikels überzeugen können. An der österreichischen Forstwirtschaft aber wird mit solchen Artikeln ein Rufmord verübt. Möge der Artikelschreiber zur Kenntnis nehmen: Noch nie ist in Österreich so viel für Waldpflege und Aufforstung getan worden wie in den letzten Jahren. Nicht nur in Österreich, auch in den anderen Alpenländern.

Was die Eingriffe betrifft, darf ich mir zu bemerken erlauben, daß in Österreich seit vielen Jahren der Einschlag und der Verkauf an Holz ungefähr das Volumen von 10 Millionen Festmetern hat, der Zuwachs aber nach den sehr genauen Erhebungen der Waldbestandsaufnahme 17 Millionen Festmeter beträgt. Wo ist da, darf ich wohl fragen, die Überschlagerung?

Ein paar Ziffern der Aufforstung kann ich mir auch nicht ersparen, von dieser Stelle aus vorzutragen. Ich werde sie aber nur sehr gedrängt bringen und einige Bemerkungen dazu machen. In den fünf Jahren 1959 bis 1963 wurden Jahr für Jahr ungefähr 24.000 ha aufgeforstet, im Durchschnitt beinahe 25.000; in den nächstfolgenden Jahren 1964 bis 1968 ebenfalls über 24.000 ha. In diesen zehn Jahren wurden 220 Millionen Forstpflanzen der Verpflanzung zugeführt.

Der Artikelschreiber hat auch noch eine andere Behauptung aufgestellt. Er hat erklärt, daß er sich über die Wildbachverbauung beklagen muß und behauptet, sie sei an der Verkarstung schuld. Wie wäre es denn, meine Damen und Herren, wenn wir dem Artikelschreiber ein Haus an einem Wildbach beschaffen würden und dann den Heiligen Petrus bitten, er solle ihm ein gewaltiges Unwetter schicken. Er würde aber schnell winselnd zum Forstwirtschaftsministerium gelaufen kommen und bitten, daß man irgendetwas für die Wildbachverbauung tut. Das ist ja auch ein Unsinn von Leuten, die lediglich zu dem Zweck schreiben, damit sie dafür ein Zeilenhonorar bekommen.

Noch eine zweite Bemerkung; ich kann sie auch nicht unterlassen. Ich habe im vergangenen Jahr von dieser Stelle aus bei der Behandlung des Kapitels Forstwirtschaft an den Herrn Bundesminister a. D., den Vorsitzenden der Sozialistischen Partei die Frage gerichtet, er möge mir sagen, wo er ein Loch für die Subventionen des Großwaldbesitzes findet.

Der Herr Minister ist mir die Antwort schuldig geblieben. Ich werde also diese Frage heuer noch einmal stellen müssen und ihn noch einmal fragen, wo er denn dieses Loch der Subventionen sieht, das würde mich selber interessieren, weil ich schließlich auch einen größeren Forstbetrieb habe. Ich habe bisher kein Loch für diese Subventionen finden können. Ich darf aber auch betonen — und das gestehe ich ehrlich ein —, daß bei Hölzern, die aus Katastrophengebieten stammen, der § 34 des Einkommensteuergesetzes angewendet werden kann, der eine steuerliche Begünstigung darstellt. Das ist aber auch richtig und in allen Ländern Europas der Fall. Warum? Dieses Holz ist durch den Sturm zersplittert, ist minderwertig in der Qualität, die Bringung sehr viel teurer, die Erzeugung ist viel teurer. Dieses Holz bringt also absolut nicht den Ertrag, und die Aufforstung ist auch erforderlich.

Ich möchte den Herrn Vorsitzenden der SPÖ bitten, mir entweder auf meine Frage eine Antwort zu erteilen oder in Zukunft der Bevölkerung nicht derartige Dinge zu suggerieren. In dem Postwurf, den er vor einigen Tagen an die Wiener Haushalte geschickt hat, finde ich ebenso etwas drin. Da heißt es:

„Dadurch werden dem Großbesitz immer neue Sonderrechte im Milliardenmaß zugeschanzt werden, die Existenz der betagten Mitbürger wird ernstlich gefährdet.“

Bitte nennen Sie mir doch einmal diese Milliardenbeträge, die dem Großbesitz zufließen! Ich kenne sie nicht und ich finde sie nicht. Ich darf auch darauf aufmerksam machen, daß in der Land- und Forstwirtschaft eine Regel besteht, wonach AIK-Kredite oder Sonderkredite für forstliche Maßnahmen nur bis zu einer gewissen Größe des Waldbesitzes gegeben werden können. Die Betriebe, deren Größe darüber hinausgeht, müssen dann Ansuchen und ERP-Mittel stellen. Die ERP-Mittel sind nicht nur teurer als die AIK-Kredite, sondern sie erscheinen natürlicherweise auch zurückzahlbar. Es sind also Kredite, keine Darlehen und schon gar keine Subventionen!

Diese Bitte darf ich doch hier anfügen und sagen: Mir kommt es etwas sonderbar vor, wenn immer und immer wieder solche Behauptungen aufgestellt werden, die dann nicht ganz der Richtigkeit entsprechen.

Die Bitte an die Öffentlichkeit, die Belange der österreichischen Forstwirtschaft zu verstehen und dadurch dazu beizutragen, daß die ihr zugewiesenen Aufgaben auch erfüllt werden, möchte ich nun wiederholen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Abschließend möchte ich aber bemerken, daß eine Umfrage in der Bundesrepublik Deutschland

14174

Nationalrat XI. GP. — 165. Sitzung — 10. Dezember 1969

Grundemann-Falkenberg

— bei uns dürfte es zu keinem wesentlich anderen Ergebnis kommen, wenn man derartige Fragen an die Bevölkerung richtet — ergeben hat, daß weit über 70 Prozent der Bevölkerung Deutschlands die Erholung in waldreichen Gebieten und nur 16 Prozent jene am Meer bevorzugen.

Diese letzte Gelegenheit, die sich mir als Sprecher der österreichischen Forstwirtschaft heute bietet, möchte ich mit dem Ausdruck eines Wunschtraumes beschließen: daß Österreichs Forstwirtschaft und auch unsere Bevölkerung für den Wald sorgen mögen, die Arbeit am Walde aber auch gewürdigt und anerkannt wird, damit Österreichs Wald in seiner Lebensfunktion für unser Land und unsere Menschen erhalten bleibt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Pansi. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Pansi** (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich darf vorerst auf einige Ausführungen meiner Herren Vorredner zu sprechen kommen, die der Sozialistischen Partei beziehungsweise dem Vorsitzenden unserer Partei manche Dinge unterschoben haben, die keinesfalls den Tatsachen entsprechen.

Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Tschida hat unseren Parteivorsitzenden Dr. Kreisky zitiert und aus einer Zeitung vorgelesen, was er am niederösterreichischen Parteitag über die Agrarpolitik gesagt hätte, dann wieder eine Äußerung zitiert, die er bei einer anderen Gelegenheit gemacht hat, und daraus einen Widerspruch herausgelesen.

Herr Abgeordneter Ing. Tschida! Es ist bei Ihnen in der Agrarpolitik leider so, daß Sie immer wieder versuchen, gewisse Dinge aus dem Zusammenhang zu reißen, sie völlig zu entstellen, um damit beweisen zu können, wie bauernfeindlich die „bösen Sozialisten“ sind.

Ob man nun Ihre Zeitungen liest, Ihre Rundfunksendungen um 6 Uhr in der Früh hört oder ob man Ihre Reden hier hört — immer wieder das Gleiche. Vor mir liegt die „Sozialistische Korrespondenz“. Wenn Sie wollen, kann ich sie Ihnen zur Verfügung stellen. Hier haben Sie genau die gleiche Methode angewendet. Sie haben einige Sätze aus dem Zusammenhang gerissen, haben nicht gesagt, was vorher und nachher gesagt wurde. Ich darf es Ihnen vorlesen; Dr. Kreisky hat auf Grund von Ausführungen des Kollegen Pfeifer folgendes gesagt:

„Kümmert euch in den nächsten Jahren um die kleinen und mittleren Bauern draußen in

den Dörfern! Sagt uns, wie wir es besser machen sollen.“

Ich vermisse bei Ihnen ähnliche Worte, die an die Dienstnehmer gerichtet sind: Sagen Sie uns Ihre Sorgen, damit wir es besser machen können!

Es ist doch ein großes Verdienst, wenn Genosse Dr. Kreisky solche Ansichten hat, denn er kann doch nicht alle Sorgen aller Bevölkerungsgruppen kennen. Er fordert daher die Bauern auf, ihm die Sorgen zu sagen.

Dann kommt Ihre Zitierung, dann hören Sie wieder auf und sagen den Schluß nicht dazu. *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Und alles, was er noch gesagt hat?)* Wissen Sie ohnehin alles? Warum zitieren Sie dann nicht alles? Ich darf Ihnen auch den Schluß vorlesen:

„Wenn ihr“ — an die Bauern gerichtet — „bereit seid, mit uns auch über unsere Fragen zu reden, dann reden wir auch mit euch über eure Fragen, denn dann werden wir, jeder beim anderen, prüfen, wo ihn der Schuh drückt, dann werden wir miteinander reden und schauen, wo wir helfen könnten.“ Das alles verschweigen Sie aber! *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Weiter, weiter! Wie ist das mit dem Kuhhandel?)* Da kommt schon wieder Kollege Pfeifer, ich kann Ihnen auch das vorlesen.

Wenn Sie schon zitieren, dann zitieren Sie vollständig, dann reißen Sie nicht etwas aus dem Zusammenhang und versuchen Sie nicht, eine Bauernfeindlichkeit aus den Äußerungen herauszulesen. *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Da steht vom Kuhhandel auch noch etwas! Zitieren Sie auch das!)*

Ihnen allen ist ja unser Wirtschaftsprogramm und auch das Kapitel Agrarpolitik bekannt. Das ist ein Programm, welches wir ernst nehmen und zu welchem wir stehen. In diesem Programm steht, wie wir uns unsere Agrarpolitik vorstellen. *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Haben wir genau studiert!)*

Sie haben sich dann auch noch mit der Bildungspolitik in der Landwirtschaft beschäftigt und wieder die SPÖ als Sündenbock hingestellt. Herr Abgeordneter Tschida! Ich habe schon einmal von dieser Stelle aus festgestellt, wie dort die Verhältnisse liegen: Seit 1919 ist das landwirtschaftliche Schulwesen eine Angelegenheit der Länder. Von 1919 bis heute sind alle Agrarreferenten, die für das landwirtschaftliche Schulwesen zuständig sind, Bauern beziehungsweise Bauernvertreter gewesen. Nie hatte ein Sozialist eine solche Funktion inne.

Wie hat es auf diesem Gebiete ausgesehen? Lediglich Kärnten und Tirol haben 1923 ein

Pansi

Gesetz über das landwirtschaftliche Schulwesen — damals Fortbildungsschule — geschaffen. Auch ich habe eine solche Schule besucht. 1935 hat die Steiermark eine Regelung getroffen, aber alle anderen Bundesländer — einschließlich Burgenland und Niederösterreich — haben in der ganzen Ersten Republik kein landwirtschaftliches Schulgesetz geschaffen. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Hätten Sie 1964 zugestimmt, dann hätten wir es heute bereits in allen Bundesländern!*) Reden Sie von dem, was in der Vergangenheit versäumt wurde! Warum ist da nichts geschehen?

Jetzt frage ich Sie: Warum haben die zuständigen Referenten, die durchwegs Ihrer Partei angehören, auch von 1945 bis 1966 wieder nichts gemacht? Warum haben Sie wieder nicht die Gesetze geschaffen, wie es unsere Verfassung vorsieht? Und daran, daß die Verfassung so aussieht, sind doch Sie schuld und nicht wir, denn Sie sind ja nicht bereit, die Verfassung in vielen Belangen, bei denen es notwendig wäre, zu ändern. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Sie haben doch immer „njet“ gesagt.*)

Nun werfen Sie uns vor, daß wir nicht bereit waren, zuzustimmen. Warum dies nicht möglich war, wissen Sie auch ganz genau: weil eine auf höchster Ebene getroffene Parteienvereinbarung von Niederösterreich nicht eingehalten wird! Viele Funktionäre der ÖVP — das möchte ich anerkennen — haben sich bemüht, zu einer Lösung zu kommen, aber sie sind auf den Widerstand eines Praders und seiner ÖVP-Kollegen gestoßen. Diese waren nicht bereit, das seinerzeit von der ÖVP gegebene Versprechen einzuhalten. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Das hat doch damit nichts zu tun! Wir können ein Bundesland nicht dazu verhalten!*) Nein, es hat nichts damit zu tun, wenn die ÖVP mit der SPÖ ... (*Abg. Tschida: Das hat doch nichts damit zu tun! Das ist ein Bundesland! Es kann ein Bundesland nicht verhalten werden! Sie sind für den ganzen Bund verantwortlich!*) Nein, das hat nichts damit zu tun, wenn die ÖVP mit der SPÖ etwas vereinbart. Das braucht man nicht zu halten. Wir nehmen zur Kenntnis, daß Vereinbarungen von Ihnen nicht eingehalten werden brauchen. So sind die tatsächlichen Verhältnisse. Sprechen Sie nicht die Sozialisten schuldig, wo Sie selber buchstäblich 40 Jahre nichts oder wenig gemacht haben. (*Abg. Steininger: Jawohl!*) Jetzt die Sozialisten schuldig zu sprechen, ist eine sehr einfache Methode. Diese hilft Ihnen — und das ist das Bedauerliche — nicht weiter. Damit werden die Verhältnisse nicht besser (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Aber Ihnen glaubt niemand mehr!*), sondern sie werden nur dann

verbessert, wenn Sie zu Vereinbarungen stehen und das gemacht werden kann, was zwischen den beiden Parteien auch vereinbart wurde. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Ich darf nun noch das Wort gebrauchen, das mehrmals gefallen ist: die Selbstbeweihräucherung. Meine Damen und Herren! Ich möchte sagen, daß die Selbstbeweihräucherung unter der Bauernschaft kaum zu finden ist. Sie leisten in der Regel eine harte Arbeit und müssen auch mühselig ihr tägliches Brot verdienen. Menschen, die so in der Arbeit drinnen stecken — gleichgültig ob Selbständige oder Unselbständige —, neigen nicht so sehr zu Übertreibungen. Wohl glaube ich aber sagen zu können, daß man bei den Bauernfunktionären manchmal doch Übertreibungen antreffen kann.

Ein solches Beispiel — betreffend die Ehrlichkeit — habe ich Ihnen schon genannt. Sie als Bauernfunktionäre nehmen es mit der Ehrlichkeit durchaus nicht immer genau. (*Abg. Deutschmann: Herr Kollege Pansi ...!*) Ich habe schon darauf hingewiesen, welche Methoden Sie anwenden, etwas aus dem Zusammenhang zu reißen und anderes nicht zu sagen. Alles wird immer so dargestellt, als wären die Sozialisten überall dagegen. Aber kein einziges Argument der Sozialisten kommt jemals zur Geltung. Diese verschweigen sie grundsätzlich. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Sie haben gegen alle gesetzlichen Maßnahmen gestimmt in der Alleinregierung! Restlos gegen alles!*)

Nun aber zu Ihrer scheinbar so erfolgreichen Agrarpolitik. Es sind einige Beispiele genannt worden. Eines davon: Fortschritte in der Produktionsanpassung. Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob man das als einen Fortschritt bezeichnen kann. Es ist doch das Selbstverständlichste von der Welt, daß man sich mit der Produktion den Absatzmöglichkeiten anpassen soll. Das geschieht bei der Landwirtschaft ohnedies nicht in dem Ausmaß, wie es notwendig gewesen wäre. Zumindest ist es in der Vergangenheit nicht geschehen. Jeder Wirtschaftszweig muß sich natürlicherweise anpassen. Das als Erfolg zu bezeichnen, betrachte ich als eine Selbstbeweihräucherung.

Was machen Sie in der Agrarpolitik? Sie machen sie für sich selbst und für Ihre Bauern. Die Agrarpolitik muß so gemacht werden, daß sie realistisch ist. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Withalm: Die macht man nicht nur für die Bauern! Sehr wichtig! Für das ganze Volk!*) Das bestreite ich nicht, Herr Generalsekretär! Aber sie muß auch für das ganze Volk so gemacht werden, daß sie für das ganze Volk von Nutzen und nicht zum Schaden ist. (*Abg. Dr. Withalm: Ist sie*

14176

Nationalrat XI. GP. — 165. Sitzung — 10. Dezember 1969

Pansi

auch, ohne Zweifel!) Ja selbstverständlich! Ich werde dann später auch noch auf einige Dinge zu sprechen kommen.

Meine Damen und Herren! Nun zum Thema Strukturpolitik. Ich kann Ihnen nicht folgen, wenn Sie behaupten, daß Sie in Österreich eine weitaus bessere oder erfolgreichere Strukturpolitik betrieben haben als andere Staaten. (*Abg. Ing. K. Hofstetter: Die Schweden haben es leichter!*) Ob etwas gut oder weniger gut ist, kann man nur dann beurteilen, wenn man Vergleiche heranzieht.

Ich habe Ihnen bereits im Vorjahr die Zahlen vorgelesen, und ich muß es wieder tun: Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe hat sich in Österreich — weil zu viel kleine Betriebe da sind; das hat mit Bauernfeindlichkeit nichts zu tun, wenn ich das feststelle — in 14 Jahren um 12,3 Prozent vermindert; in der Schweiz in 10 Jahren um 21,3 Prozent; in Westdeutschland in einem etwas längeren Zeitraum, weil die Statistiken nicht immer übereinstimmen, in 17 Jahren um 26,5 Prozent; und in Hessen in 10 Jahren um 32,4 Prozent.

Meine Damen und Herren! Das sind ganz andere Zahlen als in Österreich. Hier von einem Riesenerfolg zu reden und davon zu sprechen, daß wir es viel besser als in anderen Staaten machen, ist fehl am Platze. Solche Behauptungen aufzustellen, ist nicht angebracht. (*Abg. Dr. Withalm: Geht es Ihnen zu langsam, daß die Bauern vom Hof in die Stadt weichen?*) Darauf komme ich noch zurück, Herr Generalsekretär Dr. Withalm! (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Sie sind heute so weit, daß Sie den Esterházy verteidigen!* — *Abg. Ing. K. Hofstetter: Schweden!*) Schimpfen Sie nicht über Schweden. Wir waren gemeinsam dort. Ich weiß nicht, ob Sie mit den drei Abgeordneten, wovon jeder einer anderen Partei angehört hat, auch so gesprochen haben. Sie kritisierten diese Politik nicht, sondern Sie sind sich völlig klar darüber, daß eine Strukturpolitik notwendig ist, weil es anders nicht geht. (*Abg. Ing. K. Hofstetter: Zwei Drittel werden radikal ausradiert!*) Hier bleiben Sie nur bei der Wahrheit und entstellen Sie nicht die tatsächlichen Verhältnisse, die wir gemeinsam kennenlernen konnten.

Zur Strukturpolitik darf ich Ihnen eine Äußerung wiedergeben, die ein niederösterreichischer Funktionär — den Namen nenne ich nicht — vor kurzer Zeit gemacht hat. Dieser Funktionär hat gesagt: In der Vergangenheit ist durch die Zerschlagung günstiger Betriebseinheiten in Niederösterreich soviel Unheil angerichtet worden! Hoffentlich wird es in Zukunft besser! — Ich füge dem

gar nichts hinzu. Er ist ein Funktionär von Ihnen! Er wird es wissen. Auch hier kann man nicht davon reden, daß ein so erfolgreicher Weg beschritten wurde.

Ich komme nun zu den Agrargesetzen, die von Ihnen immer wieder zitiert werden. Ich muß an Sie, Herr Minister, ernsthaft die Frage stellen: Was ist auf Grund dieser Agrargesetze bis heute geschehen? Ich gebe Ihnen die Antwort: Gar nichts; weil erst vor kurzer Zeit einige Länder die Ausführungsgesetze beschlossen haben. Die Mehrzahl der Länder hat bis jetzt noch überhaupt noch nichts getan. Daher hat noch nichts geschehen können. Es wird auch in Zukunft bei weitem keine so große Auswirkung da sein, als von Ihnen versucht wird dem beizumessen. Davon bin ich fest überzeugt. Aber bis jetzt ist gar nichts geschehen. Wenn Sie mir Beispiele sagen können, was geschehen ist, dann bin ich gerne bereit, das zur Kenntnis zu nehmen.

Ähnliches gilt auch für das Arbeitsmarktförderungsgesetz. Wieviel ist denn auf Grund dieses Gesetzes bisher geschehen? Wieviel weichende Bauernkinder und Bauern, die kein ausreichendes Einkommen erzielen können, sind denn auf Grund dieses Arbeitsmarktförderungsgesetzes im Laufe des heurigen Jahres schon umgeschult worden? Davon wird so viel geredet, und in Wirklichkeit steht verhältnismäßig wenig dahinter. Das kommt dann doch auch einer Selbstbeweihräucherung gleich. (*Abg. Ing. Kunst: Die ÖVP-Funktionäre wehren sich auch, andere Arbeitsstätten für die weichenden Bauern zu schaffen!*) Darauf komme ich auch noch zu sprechen.

Nun darf ich doch einiges zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Grundemann sagen. Ich glaube, Herr Abgeordneter Grundemann, daß Sie bei Ihrem Klagelied doch einen etwas zu tiefen Ton angestimmt haben. So schlecht geht es nun der Forstwirtschaft jetzt wieder nicht, wie Sie versucht haben es darzustellen. Ich pflichte Ihnen bei, daß die Holzpreise infolge der Windwurfkatastrophe sehr stark abgesunken sind, aber sie haben sich wieder sehr gut erholt. Ich glaube, fast sagen zu können, daß sie ein Niveau erreicht haben, wie es noch nie der Fall war. Wir freuen uns darüber. Aber zu sagen, daß die Holzpreise noch weit unter dem Niveau vor der Katastrophe liegen, glaube ich, das stimmt doch nicht ganz.

Nun zu den Kosten, weil das mehr oder weniger auf die Forstarbeiter gemünzt ist. Sie sagen, die Kosten sind in kurzer Zeit um 80 Prozent gestiegen. Von den Privatbetrieben stehen mir keine konkreten Ziffern zu Verfügung, wohl aber von den Österreichischen

Pansi

Bundesforsten. Bei den Österreichischen Bundesforsten sind die Personalkosten von 1966 bis 1970, also in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung, bei den Angestellten von 87 Millionen auf 134 Millionen Schilling, bei den Arbeitern von 142 Millionen auf 274 Millionen Schilling gestiegen.

In Prozenten ausgedrückt: Bei den Angestellten eine Steigerung um 53 Prozent, während bei den Arbeitern die gesamten Lohnkosten um 13 Prozent gestiegen sind. (*Zwischenruf des Abg. Grundemann-Falkenberg.*) So sehen die Verhältnisse aus. Daher halte ich es für notwendig, es ins richtige Lot zu rücken, damit uns bei künftigen Auseinandersetzungen nicht vorgehalten wird: Der Herr Abgeordnete Grundemann hat ja gesagt, wie es aussieht, und Sie haben nichts dagegen gesagt, daher muß es ja stimmen. — So schauen die Verhältnisse aus: In vier Jahren eine Steigerung der Lohnsumme bei den Arbeitern um ganze 13 Prozent. Und warum? Weil eine gewaltige Produktivitätssteigerung bei den Forstarbeitern in den vergangenen Jahren festzustellen war.

Wenn Sie nun die Bundesforste als Vorbild hervorheben, dann kann ich Ihnen beipflichten. Ich wäre Ihnen nur dankbar, Herr Abgeordneter Grundemann, wenn Sie in Ihren eigenen Reihen eine einheitliche Auffassung zustande bringen würden, denn der Herr Kollege Steiner, der momentan nicht da ist, hat schon zweimal im Budgetausschuß fürchterlich darüber geschimpft, daß die Bundesforste so viele Maschinen einsetzen. Die Auffassung in der ÖVP ist sehr, sehr uneinheitlich, währenddem auf Seite der SPÖ in dieser Frage eine einheitliche Auffassung besteht.

Die Wohlfahrtswirkung des Waldes ist unbestritten. Nur bitte ich Sie, nicht zu übersehen, daß diese Wohlfahrtswirkungen doch auch in erster Linie wieder dem Grundbesitzer selber zugute kommen, denn durch die Katastrophen, Herr Abgeordneter Grundemann, werden doch in erster Linie wieder der Waldbesitz und der landwirtschaftliche Besitz betroffen und nicht so sehr in erster Linie andere Wirtschaftssparten. Das bitte ich also auch nicht außer acht zu lassen, wobei ich völlig anerkenne, daß natürlich auch die Allgemeinheit durch die Wohlfahrtswirkungen gewisse Vorteile hat.

Und nun, meine Damen und Herren, kann ich nicht umhin, mich auch wieder mit den Problemen beziehungsweise mit der wirtschaftlichen Lage der Land- und Forstarbeiter zu beschäftigen. Sie ist ja wie immer im Grünen Bericht dargestellt. Leider muß ich feststellen, daß sich die wirtschaftliche Lage

der Land- und Forstarbeiter nicht gebessert, sondern weiter verschlechtert hat.

Während im Jahre 1967 das Durchschnittseinkommen aller Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft gegenüber jenen in den anderen Wirtschaftszweigen im Monat um 584 S oder 19,8 Prozent geringer war, ist diese Differenz im Jahre 1968 auf 702 S oder 21,9 Prozent angestiegen, also eine wesentliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Mitarbeiter in der Land- und Forstwirtschaft, wie sie gerne genannt werden, wenn es nichts kostet. Die geringste Differenz finden wir, wenn wir von Wien absehen, im Burgenland mit 101 S oder 3,84 Prozent, die höchste Differenz in Oberösterreich mit 1005 S oder 30,84 Prozent.

Es ergibt sich nun die Frage, wieso es solche Unterschiede geben kann. Meiner Meinung nach ist es so, daß das Lohnniveau dort, wo es mehr größere Betriebe gibt, wesentlich höher ist als in jenen Ländern, wo die kleinen Betriebe überwiegen. Und natürlich kommt es auch — auch das darf nicht übersehen werden — auf die Einstellung der Arbeitgeber an, die bei den Lohnverhandlungen den Dienstnehmern als Kollektivvertragspartner gegenüberstehen. Ist mehr Verständnis vorhanden, gibt es einen besseren Lohn. Ist weniger Verständnis vorhanden, ist der Lohn eben wesentlich ungünstiger.

Wir sehen auch, daß die Löhne in den bäuerlichen Betrieben im allgemeinen wesentlich unter jenen der Gutsbetriebe liegen. So hat zum Beispiel ein Traktorfürer in Salzburg in einem bäuerlichen Betrieb einen Lohn von 1012 S, währenddem ein Traktorfürer in einem Gutsbetrieb in Wien, Niederösterreich oder Burgenland einen Lohn von 2825 S hat, also einen fast um 50 Prozent höheren Lohn bekommt. Das gleiche gilt auch für eine Reihe von anderen Kategorien.

Ich möchte jedoch feststellen, daß die tatsächlichen Einkommensverhältnisse für einen Großteil der Land- und Forstarbeiter noch wesentlich ungünstiger sind, weil nämlich — was wir auch dem Grünen Bericht entnehmen können — in den Monaten Dezember und März 15 Prozent und in den Monaten Jänner und Februar 21 Prozent Jahr für Jahr arbeitslos sind. Dadurch wird natürlich das Jahreseinkommen noch gewaltig gedrückt, weil das Arbeitslosengeld nur ein Bruchteil des Lohnes ist.

Es ergeben sich aber auch noch Folgewirkungen, denn der Lohn ist bekanntlich die Grundlage für die Berechnung der Pensionen. Wenn wir uns die Pensionen der Land- und Forstwirtschaftlichen Sozialversicherung an-

Pansi

sehen — nicht die Pensionen, die schon viele Jahre gewährt werden, sondern den Neuzugang 1968 —, so sieht das so aus, daß die Alterspension bei Männern im Durchschnitt 1585 S beträgt, also unter dem Richtsatz für ein Ehepaar liegt, bei Frauen 813,90 S, also weit unter dem Richtsatz für einen Alleinstehenden. Die Invaliditätspension beträgt bei Männern 1101 S, also auch weit unter dem Richtsatz für einen Alleinstehenden, und bei Frauen sage und schreibe 678 S.

Das ist das Spiegelbild der Löhne in der Land- und Forstwirtschaft und der Beschäftigten während des Winters, weil sich bekanntlich die Arbeitslosenzeiten bei der Berechnung der Pension katastrophal auswirken.

Nicht uninteressant ist auch die Beschäftigtenentwicklung bei den Jugendlichen. Waren im Jahre 1960 noch 8339 Jugendliche unter 18 Jahren in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt, so waren es im Jahre 1968 noch ganze 2616 oder 32 Prozent von 1960. Das ist bei den geschilderten Verhältnissen durchaus verständlich, weil der Beruf eines Land- oder Forstarbeiters für unsere Jugend alles andere als erstrebenswert ist.

Zu diesen aufgezeigten Nachteilen kommen aber noch eine Reihe anderer. Ich habe schon vor kurzem bei einer Anfrage an den Herrn Bundeskanzler einiges festgestellt. Wir haben bekanntlich im Arbeitsrecht und in der Berufsausbildung die geteilte Gesetzgebung. Wir können feststellen, daß die Länder nur sehr, sehr zögernd ihren Verpflichtungen nachkommen. Beim Landarbeitsgesetz hat es 21 Monate gedauert, bis alle Länder die Ausführungsgesetze beschlossen haben, bei den Novellen zum Landarbeitsgesetz bis zu 44 Monaten, also fast vier Jahre. Beim Berufsausbildungsgesetz — und dieses ist ja in erster Linie ein Vorteil für die Land- und Forstwirtschaft selbst — hat es bis zu 72 Monaten, also sechs Jahre gedauert, bis alle Ausführungsgesetze beschlossen waren, und bei den Novellen zum Berufsausbildungsgesetz wieder bis zu 44 Monaten.

Noch viel schlimmer sieht es mit den Dienstnehmerschutzverordnungen aus. Die Landarbeitsordnungen schreiben vor, daß die Landesregierungen Dienstnehmerschutzverordnungen zu erlassen haben. Diese Landarbeitsordnungen sind in den Jahren 1949 und 1950 von den Landtagen beschlossen worden. Das Land Kärnten hat die Dienstnehmerschutzverordnung im Jahre 1952 erlassen, das Land Salzburg 1960, Tirol 1968, und — jetzt hören Sie gut zu, meine Damen und Herren — die übrigen sechs Bundesländer haben nach zwanzigjähriger Geltung der Landarbeitsordnungen bis heute keine Dienstnehmerschutz-

verordnung erlassen. Das ist auch ein Recht, wie wir es in Österreich kennen. Ich darf aber wiederum hinzufügen, daß mit Ausnahme von Kärnten alle zuständigen Referenten Bauern beziehungsweise Bauernvertreter sind, denn das Landarbeitsrecht ist bei den Landesregierungen bei den Agrarreferenten und nicht bei den Sozialreferenten, wie gesagt, mit einer einzigen Ausnahme.

Ich möchte ... Der Herr Minister ist leider nicht hier. Die Ministerbank ist einmal ganz leer. *(Zwischenrufe.)* Ah doch, ja, der Minister ist da. Für Dienstnehmerfragen hat der Herr Minister kein sehr offenes Ohr. Ich möchte Sie ersuchen, Herr Minister — Sie haben mit Ihren Agrarreferenten in den Landesregierungen immer wieder Kontakt —, doch endlich einmal zu erwirken, daß diese Dienstnehmerschutzverordnungen, die schon 20 Jahre fällig sind, endlich erlassen werden. Das ist ja geradezu eine Katastrophe. Wundern wir uns dann nicht, daß wir in der Landwirtschaft eine so hohe Unfallsziffer zu verzeichnen haben, besonders bei den Forstarbeitern, wo jährlich 20 Prozent aller Forstarbeiter einen Arbeitsunfall erleiden. *(Ruf bei der SPÖ: Die Regierung für alle Österreicher!)* Ja, die Regierung für alle Österreicher! Es wird besonders auf die Ärmern geschaut. Denen läßt man besonderes Augenmerk angedeihen. *(Abg. Ing. Kunst: Die Sozialoffensive der ÖVP! — Abg. Dr. Wirthalm: Siehe „Arbeiter-Zeitung“: Es gibt noch Armut in Österreich! Mit Anpreisung von Schmuck und so weiter! Wieder ein Kabinetttückerl, die „Arbeiter-Zeitung“!)*

Es ist ja wirklich himmelschreiend, was sich auf diesem Gebiet in Österreich tut. Und wer trägt dafür die Verantwortung? Meine Damen und Herren auf der rechten Seite, ich kann Sie von dieser Verantwortung nicht freisprechen. Von unserer Seite wurde wiederholt der Wunsch geäußert, man möge doch prüfen, ob bei der enormen Verminderung der Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft — wir haben im Durchschnitt ja nur mehr 60.000 — nicht eine Verfassungsänderung zweckmäßig wäre, damit dann die gesetzlichen Bestimmungen tatsächlich auch sofort wirksam werden. Aber wir stoßen bei Ihnen auf kein Verständnis, und die Folge Ihres Unverständnisses sind diese katastrophalen Zustände. Das haben einzig und allein Sie zu verantworten.

Diese ungünstige Lage kann auch nicht dadurch aufgewogen werden, daß wir bei den Land- und Forstarbeitern — und das möchte ich jetzt offen zugeben — eine gute Förderung des Eigenheimbaues haben. Wenn wir auf allen Gebieten einen solchen Zustand hätten, dann wären wir wahrscheinlich doch einiger-

Pansi

maßen zufrieden. (*Abg. Dr. Withalm: Endlich was Positives! — Abg. Ing. Kunst: Das ist unsere Objektivität! — Abg. Doktor Withalm: Zum ersten Mal in der Budgetdebatte, daß ein positives Wort fällt!*) Ich anerkenne das, Herr Generalsekretär! Warum soll ich das nicht tun? Ich darf auch hinzufügen, daß wir dem Herrn Landwirtschaftsminister schon immer zugesetzt haben, daß er etwas mehr für die Dienstnehmer abzweigen möge. (*Abg. Dr. Withalm: Dann ist das nur Ihnen zu verdanken?*) Auch! Nicht nur, aber auch! Wir haben ihm immer wieder zugesetzt. (*Zwischenruf des Abg. Nimmervoll.*) Ich möchte den Kollegen Nimmervoll nicht ausschließen, er hat auch mitgeholfen.

Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, daß ich doch auch wieder einige Worte zu unserer Agrarpolitik verliere. Ich weiß, daß man von Ihnen nicht ganz ernst genommen wird, wenn man nicht selber Bauer ist, und daß man sich da der Gefahr aussetzt, daß man sagt: Na ja, der versteht ja nichts davon!, wie das ja schon des öftern passiert ist.

Ich möchte vorerst einige Sätze aus dem Grünen Bericht 1968 zitieren, und zwar deswegen, weil sie allgemein interessant sind und weil sie erstmalig im Grünen Bericht 1968 zu finden sind. (*Abg. Dr. Withalm: Aber nicht aus dem Zusammenhang reißen!*) Nein nein, Sie können nachlesen, Herr Generalsekretär! Ich werde es nicht aus dem Zusammenhang reißen. Da bin ich doch zu wenig lang in die Schule gegangen. (*Abg. Doktor Withalm: Wäre aber altersmäßig Zeit!*) Ich meine, bei der richtigen Stelle.

So heißt es hinsichtlich der Agrarpreise, daß auf Grund der Weltmarktlage kein großer Spielraum gegeben ist. — Eine sehr vernünftige und richtige Feststellung, aber warum finden wir das erst heute? Früher waren die Sozialisten schuld, daß die Agrarpreise schlecht sind, aber heute kann man den Sozialisten nicht mehr die Schuld geben. Nun muß man Farbe bekennen, daß die Weltmarktlage ausschlaggebend für die österreichischen Agrarpreise ist.

Nur der Schweiz und Schweden ist es gelungen — und nebenbei auch Österreich; es ist ja heute schon so viel davon gesprochen worden —, die Butterproduktion dem Verbrauch anzupassen. Ich möchte, wenn man hier die Schweiz und Schweden zitiert, doch daran erinnern, meine Damen und Herren: Die Schweiz und Schweden — und ein Vergleich ist hier angebracht, weil es sich um zwei neutrale Staaten handelt, also Staaten, die in der gleichen Situation sind wie Österreich — betreiben eine völlig andere Agrarpolitik als

Osterreich. Während man in Österreich bestrebt ist, auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung eine Autarkie zu erreichen, wenden sich diese beiden Staaten ausdrücklich von Autarkiebestrebungen ab. Ich will nicht näher darauf eingehen, warum und wieso. Denn sie haben gute Gründe dafür, warum sie das tun, und nicht umgekehrt, daß sie sagen: weil wir neutral sind, müssen wir eine möglichst hohe Selbstversorgungsrate erreichen! Wir können aber feststellen, daß beide Staaten einen wesentlich höheren Lebensstandard haben als Österreich, nicht zuletzt auf Grund der Wirtschaftspolitik, die sie betreiben.

Wir finden des weiteren die Feststellung, daß ab dem Jahre 1967 eine Änderung der Subventionspolitik eingetreten ist. Wir freuen uns darüber, daß eine Änderung eingetreten ist. Nur wäre es viel besser gewesen, wenn diese Erkenntnis schon 1950 oder um diese Zeit herum Platz gegriffen hätte, denn dann hätten wir wahrscheinlich auf vielen Gebieten nicht solche Probleme, wie wir sie heute haben.

Eine weitere Feststellung: Der Arbeitsbesatz liegt in Betrieben mit 5 bis 10 Hektar pro 100 Hektar bei 24 Arbeitskräften, in Betrieben von 50 bis 100 Hektar jedoch pro 100 Hektar bei 5.

Hier sehen Sie, meine Damen und Herren, wieso das Einkommen eines großen Teils unserer Bauern so unbefriedigend ist: weil im Verhältnis zur vorhandenen Fläche wesentlich mehr Arbeitskräfte beschäftigt sind als in größeren Betrieben und es daher nicht möglich ist, für alle diese Beschäftigten ein entsprechendes Einkommen erwirtschaften zu können. (*Abg. Dr. Withalm: Was schlagen Sie daher vor, Herr Kollege?*) Ich werde Ihnen gleich vorlesen, was im Grünen Bericht steht. Ich lese absichtlich aus dem Grünen Bericht, weil sonst hat es wieder der Pansi gesagt und die bösen Sozialisten. (*Abg. Dr. Withalm: Ihre persönliche Meinung würde mich interessieren!*) Ich habe Ihnen gesagt, wir freuen uns über diese Feststellung. (*Abg. Dr. Withalm: Die Meinung der Sozialistischen Partei interessiert uns, das ist das Entscheidende!*) Herr Generalsekretär, die kriegen Sie auch noch zu hören, schön der Reihe nach!

Der Grüne Bericht stellt fest: Für ein entsprechendes Einkommen ist daher voraussichtlich eine Fläche von 10 bis 20 Hektar, eher von 20 bis 50 Hektar notwendig. — Das ist die Feststellung des Grünen Berichtes.

Nun darf ich Ihnen sagen, daß in Österreich nur 34 Prozent der Betriebe eine Größe von über 10 Hektar und nur 17 Prozent der Be-

14180

Nationalrat XI. GP. — 165. Sitzung — 10. Dezember 1969

Pansi

triebe eine Größe von über 20 Hektar aufweisen. Also auch Sie sind der Meinung, sonst würde es nicht im Grünen Bericht stehen, daß es den Betrieben unter 10 Hektar, wahrscheinlich sogar den Betrieben unter 20 Hektar nicht möglich sein wird, ein entsprechendes familiengerechtes Einkommen zu erzielen.

Und jetzt sage ich Ihnen meine Meinung: Ich pflichte dem bei. Jetzt wissen Sie es, Herr Generalsekretär. *(Abg. Dr. Withalm: Da schau her, da sind wir sehr einverstanden!)* Ich darf Ihnen sagen, Herr Generalsekretär, daß der Grüne Bericht sehr von den Sozialisten beeinflusst ist und daß zehn Jahre lang gekämpft werden mußte, bis realistische Prognosen im Grünen Bericht aufgenommen wurden.

Aber ich möchte Ihnen gleich noch etwas sagen: Leider, leider vermissen wir, daß den Bauern auch das gesagt wird, was im Grünen Bericht steht. Und das bedauern wir auf das äußerste, weil es sich hier wieder um eine Unehrllichkeit handelt. Man sagt den Leuten nicht, zu welchen Erkenntnissen man selber gekommen ist. *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Dort zeigen Sie hinauf! Dem Pfeifer sagen Sie es! — Abg. Dr. Withalm: Herr Kollege! Wenn Sie das alles aus der Opposition heraus erreicht haben, brauchen Sie nie in die Regierung zu gehen!)* Das werden die Wähler entscheiden, Herr Generalsekretär, wer in die Regierung gehen wird. Das werden nicht einmal Sie entscheiden. Das wird das österreichische Volk am 1. März tun. *(Abg. Ing. Kunst: Herr Vizekanzler! Sie haben als Alleinregierung viel getan, wogegen Sie sich in der Koalition gewehrt haben! Vielleicht aus politischen Gründen? — Abg. Dr. Withalm: Ihre Feststellung ist interessant, daß wir viel getan haben in der Zeit der Alleinregierung! — Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Doktor Withalm: Wir sind sehr dankbar für die Feststellung, daß wir viel getan haben! — Abg. Ing. Kunst: Das meiste unmittelbar vor der Wahl!)*

Präsident **Wallner** *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen.

Abgeordneter **Pansi** *(fortsetzend)*: Meine Damen und Herren! *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Allmählich kommt ihr ja drauf, Kunst!)* Ja, Herr Abgeordneter Tschida, es ist wirklich erfreulich, daß Sie mit der Zeit draufkommen. Das begrüßen wir sehr, denn Sie werfen uns völlig zu Unrecht vor, daß wir Feinde der Bauern seien. Wir wissen sehr wohl, daß wir einen gesunden Bauernstand brauchen, aber, meine Damen und Herren, wir lehnen es grundsätzlich ab — wir haben es in der Vergangenheit abgelehnt und tun es

auch heute —, den Leuten einzureden, sie sollen nur Bauern bleiben, auch wenn man genau weiß, daß man ihnen kein angemessenes Einkommen sichern kann. Niemand von uns denkt daran, den Bauern auch nur einen einzigen Quadratmeter Grund und Boden zwangsweise abzunehmen. Aber die Bauern sollen wissen, was ihnen bevorsteht *(Abg. Ing. Karl Hofstetter: Von eurer Partei!)*, sie sollen wissen, daß sie in kleinen Betrieben kein angemessenes Einkommen erzielen können und sie sollen dann selbst entscheiden. Wenn der einzelne damit zufrieden ist, daß er auf seinem Betrieb im Monat nur ein Einkommen von 1000 S erreichen kann, so ist es seine Angelegenheit, dort zu bleiben. Aber wir wollen ihm sagen: Hier schaut es so aus und dort kannst du in der Industrie auf einem Arbeitsplatz 2500 oder 3000 S verdienen. Entscheiden mußt du selbst, was dir lieber ist.

Das ist der große Unterschied zwischen uns und Ihnen, daß wir die Wahrheit sagen und Sie den Leuten die Wahrheit verschweigen. *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Halten Sie die Bauern nicht für so dumm! — Abg. Dr. Withalm: Kollege Pansi! Eine kleine Korrektur: Ich würde sagen: was den Bauern bevorsteht, wenn die Sozialisten am 1. März die stärkste Partei würden!)* Jawohl, das sage ich Ihnen, Herr Generalsekretär. Wir sind nun einmal — das wissen Sie doch ganz genau — der Meinung, daß mehr industrialisiert werden muß, weil unser Lebensstandard nur auf diese Art und Weise entsprechend angehoben werden kann. Und wenn genug Arbeitsplätze vorhanden sind, Herr Generalsekretär, dann haben wir die Möglichkeit, den Bauern zu sagen, sie hätten zu entscheiden, ob sie mit dem niedrigen Einkommen als kleine Bauern existieren wollen oder ob es für sie nicht doch besser wäre, wenn sie in die Industrie gingen, um dort bei geregelten Arbeitsverhältnissen einen anständigen Lohn zu erzielen. Sie haben natürlich die Möglichkeit, ihre kleine Wirtschaft nebenbei weiterzubetreiben, wie das heute schon in hunderttausenden Fällen geschieht; niemand hindert sie daran, niemand wird ihnen einen Vorwurf machen und niemand wird ihnen verbieten das zu tun.

Meine Damen und Herren! Ich darf in diesem Zusammenhang, wenn wir schon bei der Unehrllichkeit sind, noch etwas sagen: Sie waren heute so freundlich, Herr Landwirtschaftsminister, uns einige Broschüren zu übermitteln. Ich kenne ja Ihr Referat, Sie wissen, ich war Teilnehmer an dieser Agrarsozialen Tagung in Linz. Allerdings habe ich zu meinem großen Bedauern keinen einzigen ÖVP-Abgeordneten dort gesehen. *(Abg. Gram: Wir müssen arbeiten! — Heiterkeit.)*

Pansi

Die kennen wohl die österreichische Agrarpolitik, was sich im Ausland tut, ist uninteressant, das braucht man scheinbar nicht zu wissen. Aber, Herr Minister, ich hätte es ... (Abg. Dr. Withalm: Kollege Pansi! Vielleicht haben Sie es eher notwendig gehabt!) Jawohl, das gebe ich zu, ich habe es sehr notwendig. Allerdings bin ich, Herr Generalsekretär, der Meinung, daß es viele Ihrer Leute genauso notwendig hätten wie ich. (Bravo-Rufe und Beifall bei der SPÖ.) Vielleicht noch notwendiger, weil sie Bauernvertreter sind und ich nicht, das ist der Unterschied. (Abg. Dr. Kranzlmayr: Der Nimmervoll war auch dort!) Richtig, der Nimmervoll. Aber der ist ja auch kein Bauernvertreter (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Ach ja, das Mandat hat er vom Bauernbund, entschuldigen, das habe ich vergessen.

Herr Minister! Es wäre für uns Abgeordnete des Hohen Hauses viel, viel interessanter gewesen, wenn Sie uns auch die Referate der übrigen Referenten, der Referenten aus der Bundesrepublik, aus Frankreich, aus der Schweiz und aus Schweden, zur Verfügung gestellt hätten. Es wäre auch nicht uninteressant gewesen, wenn Sie uns das Referat des Herrn Präsidenten Dr. Lehner zur Verfügung gestellt hätten. Ich habe meinen Ohren nicht getraut, als Herr Dr. Lehner, der Präsident der oberösterreichischen Landwirtschaftskammer, vor einem internationalen Forum — es haben ja weit mehr Ausländer als Österreicher an dieser Tagung teilgenommen — erklärt hat, man müßte mit der Industrialisierung zurückhaltend sein, man dürfe nicht zuviel industrialisieren, damit nicht zu viele Bauern abwandern. Wenn Sie das nicht glauben, werde ich es Ihnen — ich werde das Protokoll in einiger Zeit zur Verfügung haben — aus dem Protokoll vorlesen, weil gerade Sie immer wieder bestreiten, daß von Ihrer Seite so etwas behauptet wird. Wenn also die Abgeordneten das hätten — ich habe die Referate alle gehört —, dann Herr Minister, hätten die Abgeordneten des Hohen Hauses urteilen können, ob unsere Agrarpolitik fortschrittlich oder ob sie doch eher konservativ ist.

Ich habe aber auch Gelegenheit gehabt, mit ausländischen Teilnehmern über Ihr Referat zu diskutieren. Mir ist zur Antwort gegeben worden: Das kennen wir ohnehin schon, was Dr. Schleinzner gesagt hat, der hat ja bei der Grünen Woche in Berlin vor einem Jahr genau das gleiche gesagt. Er hat uns nichts Neues gesagt, und seine Ansichten sind — wenn es seine Ansichten sind — nach wie vor konservativ. — Das ist die Meinung der europäischen Agrarpolitik über die österreichische

Agrarpolitik. (Abg. Dr. Withalm: Kommt darauf an, mit wem Sie gesprochen haben, Kollege Pansi!) Ich will Ihnen die Namen nicht nennen, der Herr Minister trifft die Herren ja öfter und ... (Abg. Dr. Withalm: Warum nicht?) Ich weiß schon, mit wem ich reden muß, wer das beurteilen kann. Soviel Einfühlungsvermögen können Sie mir, Herr Generalsekretär, doch zubilligen. (Abg. Doktor Withalm: Würde mich sehr interessieren!) Ja, ja. Aber das können Sie mir doch glauben. (Abg. Ing. Kunst: Herr Generalsekretär, lassen Sie sich einmal das Schreiben vom ÖVP-Landesrat Troppmair geben, der an die Bürgermeister geschrieben hat, daß die Betriebsgründung eine Keimzelle des Sozialismus ist und daher von der ÖVP abzulehnen sei! Also keine zusätzlichen Arbeitsplätze für die freiwerdenden Bauern! — Gegenruf des Abg. Dr. Withalm. — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.)

Und nun, meine Damen und Herren, darf ich zu einer Frage kommen, die hier im Haus vor einigen Monaten einen Sturm auf Ihrer Seite ausgelöst hat. Die Diskussion hat sich auf ähnlicher Ebene bewegt wie heute und es ist gesagt worden, es seien keine Arbeitsplätze für die kleinen Bauern vorhanden. Ich habe mir dann erlaubt zu sagen, daß ich mir doch vorstellen könnte, daß die kleineren Bauern, wenn sie teilweise die Arbeitsplätze der Fremdarbeiter einnehmen, bei geringerer Arbeitsleistung ein höheres Einkommen erzielen könnten, als auf ihrem kleinen landwirtschaftlichen Betrieb. Das hat bei Ihnen einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Besonders der Herr Staatssekretär Minkowitsch — er ist momentan nicht da — hat sich sehr, sehr darüber entrüstet. Aber ich sage Ihnen nach wie vor, daß meiner Meinung nach manche kleine Bauern ein wesentlich besseres Einkommen erzielen würden, wenn sie Arbeitsplätze einnehmen, die wir derzeit mit Fremdarbeitern besetzen müssen. Das hätte auch noch einen gewaltigen volkswirtschaftlichen Vorteil, weil das Geld im Inland verbraucht werden würde und nicht ins Ausland flösse, denn bekannterweise leben die Ausländer in Österreich sehr, sehr sparsam und gehen mit dem Geld nach Hause. Aber das ist ihr gutes Recht und wir würden es wahrscheinlich nicht anders tun. (Abg. Dr. Withalm: Wir werden das den Bauern sagen! Die werden es mit Interesse hören!)

Sie haben nun vor allem erklärt, meine Damen und Herren von der ÖVP: Wollen Sie denn unseren Bauern diese schlechten Arbeitsplätze zumuten?

Und nun zu einigen Zahlen: Im Jahre 1951 waren in der Landwirtschaft in Österreich

Pansi

1.079.647 Erwerbstätige beschäftigt, 1968 waren es nun noch 607.000; die Verminderung beträgt also 472.647.

Und nun darf ich an Sie, meine Herren, die für die Agrarpolitik verantwortlich sind, die Frage stellen: Was haben Sie seit 1951 getan, um diese Leute, die aus der Landwirtschaft abgewandert sind, umzuschulen, damit sie nicht als Hilfsarbeiter in die Industrie gehen müssen? Und ich sage Ihnen wiederum: Gar nichts haben Sie getan! Sie haben sich gar nicht darum gekümmert! (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Deswegen haben Sie sich auch geweigert, die Landwirtschaft in das Arbeitsmarktförderungsgesetz aufzunehmen!*) Sie sind ja drinnen und wir haben dafür gestimmt und nicht dagegen! Stellen Sie doch nicht so eine Behauptung auf. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Gewehrt haben Sie sich! Mit Händen und Füßen haben Sie sich gewehrt!*) Im Jahre 1968 ist die Zahl der Berufstätigen in der Landwirtschaft um 20.700 geringer geworden. Wievielen von diesen 20.700 haben Sie geholfen, daß sie einen anderen Arbeitsplatz bekommen als einen als Hilfsarbeiter? Keinem einzigen haben Sie geholfen. (*Zwischenruf bei der ÖVP: Reden Sie nicht so daher!*) Daher hat es keinen Sinn, sich so aufzuregen und die Dinge so zu entstellen.

Schauen wir uns nun die Verhältnisse an, wie es voraussichtlich weiterhin sein wird. Das Wirtschaftsforschungsinstitut hat festgestellt, daß 1980 voraussichtlich nur mehr 336.000 Berufstätige in der Landwirtschaft beschäftigt sein werden, also eine weitere Verminderung in elf Jahren um 270.000. Laut „Volksblatt“ vom 29. 10. 1969 sollen es gar nur mehr 243.000 sein. Da wäre die Verminderung noch größer. Das würde bedeuten, daß im Durchschnitt mindestens 27.000 Arbeitskräfte in der Landwirtschaft Jahr für Jahr weniger sein werden. Daher wieder die Frage an Sie: Sind Sie auch nur annähernd in der Lage, mit dem Arbeitsmarktförderungsgesetz diese 27.000 jährlich umzuschulen? Wenn Sie das behaupten, ist das wieder eine Unehrllichkeit gegenüber den Beschäftigten in der Landwirtschaft, ebenso wenn Sie diesen einreden wollen, sie können nur in die Industrie gehen, wenn sie vorher umgeschult sind. Sie sind dazu niemals in der Lage, meine Damen und Herren, wenn Sie das behaupten. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Herr Kollege, ich bitte Sie, kommen Sie einmal mit und wir werden Ihnen das an Hand von praktischen Beispielen vorführen!*) Wenn Sie so etwas behaupten, dann tun Sie ihrem Berufsstand alles andere als etwas Gutes.

Meiner Meinung nach könnte man hier wirklich echte Hilfe schaffen, und zwar in der

Form, daß man der Landwirtschaft ein Leitbild gibt, hinsichtlich der Betriebsgröße. Natürlich gibt es Abweichungen und es kommt, wie der Herr Abgeordnete Hofstetter gesagt hat, auf die Fähigkeit des einzelnen und auf die Lage der Betriebe an. Man sollte also der Jugend ein Leitbild geben. Warum? Dann werden entweder die Jungen selbst rechtzeitig versuchen, einen besseren Beruf zu finden, und es werden dann die Eltern bestrebt sein, ihren Kindern eine entsprechende Berufsausbildung angedeihen zu lassen; und dann nicht die Menschen als ungelernte Arbeiter in die Wirtschaft einströmen. Dazu gehört aber ein bestimmter Mut, und diesen Mut müssen Sie aufbringen; denn dann werden Sie für die Zukunft manches verhindern, dann werden Sie in Zukunft zweifellos weniger Schwierigkeiten damit haben, wo diese Menschen in der Industrie einen entsprechenden Arbeitsplatz finden. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Wenn Sie zugehört haben, werden Sie gehört haben, daß darüber heute vormittag gesprochen wurde, nämlich über Bildung und Ausbildung!*)

Ein weiterer Weg ist der sogenannte zweite Bildungsweg. (*Abg. Dr. Haider: Endlich kommt der Pansi auch drauf!*) Herr Kollege Dr. Haider! Ja, ja, „Sie sind draufgekommen“. Geben Sie mir die Antwort, was Sie bisher getan haben! Das sind Sie mir schuldig geblieben. Eine weitere Möglichkeit ist also der zweite Bildungsweg, und hier darf ich auf etwas verweisen, wo Sie uns einen großen Widerstand entgegengesetzt haben.

Wir wissen, daß der Nachwuchs für die Forstarbeiter heute zum geringsten Teil aus den Kindern der Forstarbeiter kommt. Das hat sich zum Großteil geändert, weil die Kinder der Forstarbeiter durchweg andere Berufe erlernen. Der Nachwuchs bei den Forstarbeitern kommt aus den kleinen Bauern und den Bauernsöhnen. Wir haben bei der Behandlung des Berufsausbildungsgesetzes verlangt, daß der zweite Bildungsweg eingebaut wird, daß diese Menschen, die meistens schon Familien-erhalter sind, unter günstigeren Bedingungen die Prüfung ablegen können, um auch Facharbeiter in der Forstwirtschaft zu werden. Wo war der Widerstand, Herr Kollege Haider? Bei Ihnen ist er gewesen und nicht bei uns. Wir haben es gefordert und Sie haben es abgelehnt! (*Abg. Nimmervoll: Das glaubst du selber nicht!*) Aber Kollege Nimmervoll! Sie waren ja selbst mit dabei, als die Arbeitgeber für die Ablegung der Prüfung sechs Jahre praktische Tätigkeit verlangt haben, wir haben vier Jahre vorgeschlagen, und auf fünf Jahre haben wir uns dann geeinigt. Wir brauchen ja nur die Regierungsvorlage an-

Pansi

schauen, dann kann ich Ihnen das schwarz auf weiß beweisen.

Nun zu Ihnen ein Wort, Herr Minister. Sie haben mir bei der erwähnten Diskussion zur Antwort gegeben: Wenn das Problem so leicht zu lösen wäre, warum gibt es dann ein Problem Bergarbeiter? Sie haben nur eines übersehen, Herr Minister. Die Kleinbauern würden ihre wirtschaftliche Lage entscheidend verbessern, wenn sie in einen anderen Beruf gehen würden. Bei den Bergarbeitern ist das Gegenteil der Fall. Den Bergarbeitern muten wir einen gewaltigen sozialen Abstieg zu, weil sie unter Tag ein verhältnismäßig gutes Einkommen erzielt haben, welches sie heute als Hilfsarbeiter niemals erzielen können. Das ist der große Unterschied zwischen den beiden Berufsgruppen — kleine Bauern und Bergarbeiter —, wenn man sie in andere Wirtschaftssparten unterbringen will.

Nun noch einige Worte zu dem Überschussproblem und damit zur Produktionsanpassung. Herr Minister! Ich habe schon voriges Jahr darauf hingewiesen, daß wir auf vielen Gebieten schon wesentlich mehr produzieren, als wir in Österreich verbrauchen können. Wo das bisher nicht der Fall war, wird es in kürzester Zeit sein. Denken wir an die Maisexplosion. Ich glaube, wir haben auf dem Sektor Futtergetreide heuer schon die Bedarfsdeckungsgrenze erreicht. Die Erträge pro Hektar werden weiter steigen. Es ist auch richtig, wenn das der Fall ist. Wir sind ja mit den Hektarerträgen noch unter den Durchschnittserträgen der EWG und werden daher auf allen Gebieten im Getreidebau in kürzester Zeit einen Überschuss haben. Das gleiche gilt für Milch und Fleisch. Diese Probleme kommen auf uns zu. Meine Damen und Herren! Auf diesem Gebiete wird von Ihnen — den Vorwurf können wir Ihnen nicht ersparen — zu wenig gemacht. Ich finde es eine Täuschung, wenn man versucht, diese Probleme zu verniedlichen mit der Behauptung, wir haben uns den Verhältnissen angepaßt, wir haben in Österreich so gut wie keine Schwierigkeiten mehr. Diesen Schwierigkeiten können wir nicht aus dem Wege gehen.

Zum Abschluß möchte ich sagen: Wir können erfreulicherweise feststellen, daß sich viele Feststellungen im Grünen Plan mit dem Wirtschaftsprogramm der Sozialistischen Partei decken. Wir freuen uns darüber, daß das so ist. Wenn Sie, meine Damen und Herren, auch in Zukunft mehr die Realitäten gelten lassen, mehr die echten Bedürfnisse der Landwirtschaft und der gesamten Volkswirtschaft gelten lassen, dann werden wir die Probleme, die auf uns zukommen, leichter meistern. Wenn Sie dazu aber nicht in der Lage sind,

dann wird es auch in der Zukunft schwierig sein, mit den vielen, vielen Problemen fertig zu werden, und dann können wir nichts anderes tun, als festzustellen, daß die ÖVP-Agrarpolitik nicht in der Lage war, mit der Entwicklung und mit den auf uns zu kommenden Problemen fertig zu werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Breiteneder. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Breiteneder** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Pansi zweifelt daran, daß er von uns ernst genommen wird. Herr Kollege, wir nehmen Sie sehr ernst. Ich freue mich darüber, daß heute bei dieser Debatte sich so viele „Nichtlandwirte“ zu Wort melden, und ich bin der Auffassung, daß es gut ist, wenn sich auch Berufsfremde zu den einzelnen Kapiteln melden. Ich nehme mir dann allerdings auch das Recht für meine Kollegen heraus, wenn sie als Bauern zu den anderen Problemen sprechen.

Ich kann es mir nicht entsagen, zu den einzelnen Ausführungen des Herrn Kollegen Pansi und des Herrn Kollegen Dr. Weihs Stellung zu nehmen.

Wir sollten doch die Landwirtschaft aus dem gesamten Strukturwandel dieser Zeit nicht herausgreifen. Wir sollten vielmehr betonen, daß es nicht ein österreichisches Problem ist, sondern ein Problem der gesamten Welt.

Wenn jemand von der Opposition glaubt, daß mit der Betriebsaufstockung die Disparität des Einkommens in der Landwirtschaft gegenüber anderen Berufsgruppen bereinigt werden kann, dann können wir doch andere Länder zum Vergleich heranziehen, die das auf verschiedene Weise gelöst haben. Wir können gleich mit dem Osten beginnen: Dort hat man optimale Betriebsgrößen geschaffen. Wir können nach dem Westen gehen: Dort hat man einem schrankenlosen Liberalismus das Wort geredet, aber man hat in keiner Weise das Agrarproblem gelöst. Wir sollten vielmehr der Öffentlichkeit sagen, daß die Leistungen der Landwirtschaft in erster Linie dazu beigetragen haben, einen sozialen Wohlstand zu erreichen, der in der Welt eindeutig Anerkennung finden muß. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube, es ist wohl die größte soziale Errungenschaft in der freien Welt, daß wir das Problem Hunger und Not nicht kennen, und das verdanken wir dem vielgelästerten Bauernstand und den vielen „Strukturschwächen“, die dieser Berufsstand heute an-

Breiteneder

geblich aufweist! (*Erneuter Beifall bei der ÖVP. — Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Der Herr Abgeordnete Pansi war sehr von Freude erfüllt, als er zum Schluß bemerkte, daß das, was im Grünen Bericht aufgezeigt wurde, quasi das Programm der Sozialistischen Partei sei. Diese gewaltigen Strukturveränderungen, Herr Abgeordneter Pansi, haben schon stattgefunden, da war die Sozialistische Partei noch ohne Programm und besonders ohne Agrarprogramm. (*Beifall bei der ÖVP. — Widerspruch bei der SPÖ. — Abg. Weikhart: Da haben Sie noch nie eines gelesen! Wissen Sie gar nichts?*) Er bezog sich dann auf die unterschiedliche Einkommenslage in der Landwirtschaft. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landwirtschaft ist eben auch ein Berufsstand wie andere Berufsstände, die genauso unterschiedliche Einkommen aufweisen. Und wenn hier eine Disparität von 400 und 500 S festzustellen ist, dann finden wir diese Unterschiede in den andern Berufsständen genauso, wenn nicht größer.

Und nun zu der zusätzlichen Arbeitsbeschaffung. Der Herr Kollege Steininger könnte, wenn er gewillt ist, es bezeugen, wie sehr wir uns in meiner Gegend bemühen, das Pendlertum irgendwie abzuschaffen und Betriebe zu gründen. Das ist gar nicht so leicht möglich, wie der Herr Abgeordnete Pansi und der Herr Kollege Weihs es ausgeführt haben. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Was habe ich ausgeführt?*) Daß man in erster Linie Ersatzarbeitsplätze schaffen soll — ich komme dann zu Ihnen, ich habe mir alle Punkte aufgeschrieben —, damit das Einkommen bei manchen Familien vergrößert werden kann. Das ist gar nicht so einfach. Und zu Ihrer Information: Ich glaube, daß Sie selbst schon von dieser Strukturveränderung in der Landwirtschaft überrollt worden sind, sonst müßten Sie wissen, daß viele Bauern mit einer Betriebsgröße von 20 bis 30 Hektar einem Nebenberuf nachgehen.

Und wenn Sie hier auf die Fremdarbeiter hingewiesen haben, Herr Abgeordneter Pansi, dann möchte ich fragen: Warum haben wir keine Arbeiter in Österreich? Weil sich viele Österreicher nicht dazu bereit erklären, Arbeiten zu erledigen, die ihnen unangenehm sind. (*Abg. Pansi: Weil wir zuwenig Arbeiter haben!*)

Und, Herr Abgeordneter, ich bin bitter enttäuscht, daß Sie dem Bauern, der von dieser Strukturveränderung besonders hart betroffen worden ist, Arbeiten zumuten, die man dem Fremdarbeiter zumutet. Ich glaube, das hat sich ein Bauernstand, der so viel zum Wiederaufbau geleistet hat, nicht verdient. (*Beifall*

bei der ÖVP. — *Abg. Pansi: Wo sind denn die 300.000? Was haben Sie gemacht für sie? Null Komma Nichts!*)

Nun, Herr Abgeordneter Pansi! Die Geschichte des Bauernstandes fängt nicht im Jahre 1945 an, sondern sie beginnt bereits, seit die Menschheit besteht, und diese Strukturprobleme sind älter, als wir zusammen sind. Es hat immer schon eine Abwanderung vom Bauernstand gegeben, und es ist ja bezeichnend für Sie, daß Sie heute nicht mehr wissen wollen, daß Sie in erster Linie dagegen waren beim Arbeitsmarktförderungsgesetz, daß hier Mittel für die Umschulung von Bauernkindern eingesetzt werden. (*Abg. Pansi: Das ist einstimmig beschlossen worden! — Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Das ist eine unrichtige Behauptung!*) Ja, nach wiederholten Versuchen. (*Abg. Ing. Kunst: Ist es einstimmig beschlossen worden oder nicht? — Abg. Doktor Withalm: Waren Sie von Haus aus dafür? Sie waren nicht dafür, Sie waren ursprünglich dagegen! — Abg. Dipl.-Ing. Doktor O. Weihs: Wir mußten es verbessern! Erst dann konnten wir dafür stimmen!*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Bitte meine Damen und Herren! Am Wort ist der Redner. (*Weitere Zwischenrufe.*) Bitte keine Zwischengespräche, meine Damen und Herren! (*Abg. Steininger: Der Herr Vizekanzler schwätzt immer!*) Es soll niemand schwätzen. Es soll nicht einer auf den andern mit dem Finger zeigen.

Abgeordneter **Breiteneder** (*fortsetzend*): Meine Herren Abgeordneten von der Oppositionspartei! Ich bilde mir nicht ein, Agrarwissenschaftler zu sein ... (*Anhaltende Unruhe.*)

Präsident: Schluß mit dem Schwätzen auch dort!

Abgeordneter **Breiteneder** (*fortsetzend*): ... aber als praktizierender Bauer glaube ich doch auch etwas zu verstehen.

Wenn man hier Beispiele aus anderen Ländern zitiert, wie aus Schweden, Frankreich oder der Schweiz, traditionsgebundene Länder in gewisser Hinsicht, die ganz andere strukturelle Verhältnisse haben, so stimmen diese Vergleiche nicht. Sie wissen doch auch aus der Geographie, daß Schweden zu den drei größten Ländern im Westen gehört und daß man dort von Haus aus ganz andere Siedlungsformen vorfindet. Dort kennt man diese Probleme gar nicht, wie wir sie in Österreich haben. (*Abg. Pansi: Und die Schweiz?*) Schweden ist einwohnermäßig so groß wie Österreich, aber dem Land nach ein Vielfaches, und die Betriebsstruktur ist von jeher schon eine ganz andere gewesen. Auch die Siedlungsform ist ganz anders und so weiter.

Breiteneder

Trotzdem, Herr Abgeordneter Pansi, haben sie auch dort agrarpolitische Probleme, sehr große sogar.

Und wenn man uns immer die Stützungen vorwirft, dann frage ich: Wo gibt es in Europa ein Land, wo es keine Agrarpreisstützungen gibt? Es gibt nur manipulierte Preise. Das ist das Problem, Herr Abgeordneter, weil es keine echten Gestehungspreise gibt. *(Abg. Pansi: In Schweden gibt es keinen Großen Agrarpreissstützung! Fragen Sie Ihren Kollegen Hofstetter!)* Ja, das kann vielleicht bei Schweden ausnahmsweise einmal zutreffen. *(Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.)* Wenn man dort jetzt hergeht und die Produktion auf ungefähr 80 Prozent senken möchte, dann deswegen, daß sie nicht unter Preisdruck kommen. Selbstverständlich wissen auch wir, Herr Abgeordneter, daß es für eine Agrarpolitik oder Agrarwirtschaft nicht glücklich ist, wenn wir bei allen Betriebssparten am Plafond angelangt sind.

Und dann, Herr Abgeordneter Weihs, ich hätte Ihnen mehr soziales Empfinden für die Landwirtschaft zugetraut, denn, Herr Abgeordneter, mir ist es nicht entgangen, mit welchem Wohlgefallen Sie betont haben: Warten Sie ab, wenn einmal die Reserven aus Frankreich nach Österreich fließen werden, wie dann die Preise gedrückt werden! Ja, Herr Abgeordneter, ich kenne Frankreich auch. Ich weiß, daß man dort noch ganz andere Reserven und ganz andere Produktionsbedingungen als in Österreich hat. Aber sehen Sie, ich habe niemals in diesem Hohen Haus irgendeinem Berufsstand einen Vorwurf gemacht, im Gegenteil, ich bin beglückt, wenn es anderen auch gut geht, aber dann darf man nicht annehmen, daß man eine solche Politik, von welcher Seite immer sie kommt, einfach nicht zur Kenntnis nimmt, daß man uns bis zum letzten ausbeuten will. *(Abg. Dipl.-Ing. Doktor O. Weihs: Sie haben das noch nicht begriffen! Sie haben noch nichts von den Schwierigkeiten in der EWG gehört!)* Ja, wir haben jetzt schon die Schwierigkeiten in der EWG.

Herr Abgeordneter Weihs! Sie haben uns in Ihren Ausführungen da ein Rezept vorgebracht und haben gemeint, zur Gesundung der Landwirtschaft wären folgende Dinge notwendig. Erstens Erschließung neuer Einnahmequellen. — Das stimmt, das können Sie nachlesen. Zweitens Wachstum. — Haben wir nicht gigantische Steigerungen erreicht, sei es beim Brotgetreide, sei es bei der Viehwirtschaft, bei der Milchproduktion und so weiter? Haben wir uns nicht immer wieder in kürzester Zeit umgestellt? Glauben Sie, daß es eine Kleinigkeit ist, eine Produktion, die auf

300.000 bis 400.000 Betriebe verteilt ist, in kürzester Zeit umzulenken? Das ist wohl eine Leistung, die, glaube ich, doch anerkannt werden muß. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zur Rationalisierung: Glauben Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, es wäre die Abwanderung so vieler Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft möglich, wenn nicht der absolute Wille zur Rationalisierung vorhanden wäre, wenn nicht die Landwirtschaft bereit wäre, die technischen Errungenschaften richtig einzusetzen und auszunützen?

Das ist doch eine Leistung, die in den anderen Berufssparten nach Beispielen ruft. Ich möchte Sie nicht angreifen, aber Sie können nicht leicht einen Berufsstand nennen, der diese gewaltigen Rationalisierungsmaßnahmen und Produktivitätssteigerungen unter diesen Kosten vollbracht hat.

Zur konsumentengerechten Produktion, also zur Erfüllung der Konsumentenwünsche: Ich glaube, wir haben uns auch in der Qualitätserzeugung außerordentlich angestrengt und sind beispielgebend für manch andere traditionelle Agrarländer in Europa geworden.

Die Umschulung: Alles Maßnahmen, die wir seit vielen Jahren praktizieren, und heute wollen Sie uns die Empfehlung dazu geben. Ich habe schon erwähnt, daß Sie beim Arbeitsmarktförderungsgesetz Bedenken gehabt haben beziehungsweise zu Beginn sogar dagegen waren, Mittel dafür einzusetzen, weichen Bauernkinder oder ausscheidende Bauern aus dieser Wirtschaftssparte finanziell zu unterstützen. *(Abg. Ing. Kunst: Ist es einstimmig beschlossen worden oder nicht?)*

Nun kommt eigentlich der Höhepunkt der Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Weihs. Er sagte zu Beginn, wir haben jetzt vor der Wahl Geschenke gemacht. — Welche Geschenke haben Sie gemeint, Herr Abgeordneter Dr. Weihs? Vielleicht haben Sie die Pension für die Bauern gemeint. Und dann der glatte Widerspruch: Zum Schluß sagen Sie, soziale Leistungen für Bauern, die ausscheiden, bestünden darin, daß diese Betriebe dann anderen übergeben beziehungsweise aufgeteilt werden können.

Das ist — ich möchte nicht sagen unehrlich — aber zumindest unklar und undeutlich, wenn man immer wieder sagt, daß da ein Geschenk gemacht wurde und Sie das Geschenk nicht beim Namen nennen, oder wenn Sie sagen, die Subventionen gehören abgebaut, und nicht gleich dazusagen, welche Subventionen abgebaut gehören und wohin diese Mittel fließen sollten. Das ist das bedauerliche.

14186

Nationalrat XI. GP. — 165. Sitzung — 10. Dezember 1969

Breiteneder

Wenn man die Mitte nimmt zwischen den Ausführungen des Vertreters der Freiheitlichen Partei, der uns vorgeworfen hat, wir hätten zu wenig getan, und Ihren Ausführungen, in denen Sie meinen, wir hätten zuviel getan, so ist, glaube ich, die Österreichische Volkspartei in der Agrarpolitik auf dem richtigen Weg. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Ing. K u n s t: Gegen das Einbeziehen der Bauern hat sich die ÖVP noch geweht! Da haben Sie noch von der „Verstaatlichung des Menschen“ gesprochen!) Herr Abgeordneter Kunst, ich billige Ihnen zu ... (Abg. W e i k h a r t: Das haben Ihre Sprecher gesagt! — Abg. Ing. K u n s t: Es wäre eines Selbständigen unwürdig, haben Ihre Abgeordneten erklärt!)*

Wir bemühen uns seit vielen Jahren, alle diese Probleme ernst zu nehmen und schließen uns von einer Strukturbereinigung in der Landwirtschaft in keiner Weise aus. Wir wissen, daß der höhere Lebensstandard von der Flächenproduktion abhängt, wir wissen, daß sich eine Maschine auf einer größeren Fläche — wie der Herr Abgeordnete Doktor Weihs gemeint hat — viel schneller amortisiert und daß die Rationalisierung viel größer ist.

Wie stellen Sie sich, Herr Abgeordneter, die Umstrukturierung nun vor? Sie wissen genau, daß mit der Bodenbank allein beziehungsweise mit diesen Krediten gar nichts gemacht ist, sondern daß es in erster Linie von der Bodenmobilität abhängt, daß es davon abhängt, wieviel Boden angeboten wird. Ich darf Ihnen als praktizierender Bauer sagen, daß gar nicht so viel Boden angeboten wird, daß in erster Linie die Kleinbetriebe, die Nebenerwerbsbetriebe oft in der Lage sind, Boden zur Aufstockung ohne Kredit zu kaufen. Daher ist das Problem ganz anders gelagert, als zum Teil die Herren von der Opposition annehmen.

Nun darf ich auf das Thema übergehen, das ich mir vorgenommen habe hier kurz zu behandeln. Die Aufgabe des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft erstreckt sich nicht nur auf die Agrarpolitik, sondern es hat auch noch eine Vielzahl anderer Aufgaben zu bewältigen. Es ist daher Aufgabe des Hohen Hauses, besonders die Leistung des Ministeriums auf dem Gebiete des Schutzwasserbaues entsprechend zu würdigen; denn auf diesem Gebiet sind besonders in den Jahren seit 1945 besondere Leistungen erbracht worden, die sich weitestgehend der Kenntnis breiter Bevölkerungskreise entziehen.

Die volkswirtschaftliche Aufgabe, die nicht nur darin besteht, Grund und Boden zu schützen, sondern auch Siedlungen und Indu-

strianlagen und vor allem menschliches Leben, besteht in erster Linie darin, vorkiehrende Maßnahmen zu treffen. Als Schlußfolgerung der gewaltigen Überschwemmungskatastrophen der Jahre 1965 und 1966 hat das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft in aner kennenswerter Weise ein Programm erstellt, das sich auf drei Gebiete konzentriert.

Die Zielsetzung dieses Schutzwasserbaues erstreckt sich hauptsächlich auf das erste Aufgabengebiet — das auf Grund des Hochwasserkatastrophenfondsgesetzes entstanden ist —, die entstandenen Schäden so rasch wie möglich wieder zu beseitigen und die aus den Ufern getretenen Flüsse wieder in die ursprünglichen Bette zu lenken und auch die Schäden der anderen weitestgehend abzudecken.

Dem zweiten Aufgabengebiet kommt es zu, die bestehenden Regulierungswerke und Hochwasserschutzbauten in gutem Zustand zu erhalten, um den weiteren normalen Ausbau der Flüsse und Bäche dem wachsenden Schutzbedürfnis und der zunehmenden Schutzwürdigkeit anzupassen. Diese Aufgabe wird als Normalprogramm des Schutzwasserbaues bezeichnet.

Den dritten Aufgabenbereich des Schutzwasserbaues bildet das Schwerpunktprogramm. Es hat die Aufgabe, in den Intensivzonen der Agrarland-, Industrie- und Fremdenverkehrsgebiete ein großräumiges und koordinierendes Schutzsystem zur Vorbeugung gegen künftige Hochwasserschäden aufzubauen.

Derzeit stehen wir in Österreich vor folgender Situation: Die Sofortaktion wurde bereits Mitte Mai 1967 nach diesen gewaltigen Katastrophen der Jahre 1965 und 1966 abgeschlossen. Das heißt, die gewaltigen Schäden wurden bis 1967 bereits behoben und wieder gutgemacht. Das Normalprogramm läuft kontinuierlich weiter, es werden also die bestehenden Regulierungswerke regelmäßig überprüft und Ausbesserungsarbeiten durchgeführt. Sie wissen ja, daß bestehende Regulierungswerke funktionsunfähig werden, wenn durch Auflandung und so weiter das Flußbett eingeengt wird. Eine ständige Instandsetzung dieser Werke ist daher notwendig.

Die Maßnahmen zur Vorbeugung gegen künftige Hochwasserschäden im Rahmen des Schwerpunktprogramms wurden in der Hauptsache Mitte 1968 in Angriff genommen. Auf diesem Sektor ist eine weitere Intensivierung zu erwarten und in den nächsten Jahren notwendig, weil die Bevölkerung und die Wirt-

Breiteneder

schaft zur Ausdehnung der Siedlungsgebiete und auch des Verkehrsnetzes zwingt.

Es ist auch zu bedenken, daß von Natur aus hochwassersichere Siedlungs- und Verkehrsräume, wo man Siedlungen, Straßen und so weiter errichten kann, vor allem in den engen Alpentälern nur in begrenztem Maße vorhanden sind. Die Naturgewalten finden immer mehr Angriffspunkte, weil sich in letzter Zeit die Siedlungstätigkeit und auch die Errichtung von Verkehrsnetzen ausgedehnt haben, sodaß bei künftigen Katastrophen, wenn nicht rechtzeitig Vorsorge getroffen wird, noch größere Schäden entstehen könnten.

Im Jahre 1970 sind für diese Maßnahmen, also Schutzwasserbau in Österreich, unter Berücksichtigung einer zweiten Novellierung des Katastrophenfondsgesetzes insgesamt 627 Millionen Schilling an Bundesmitteln vorgesehen. Wenn die Landesmittel und die Interessentenbeiträge noch hinzugerechnet werden, so wird für das Jahr 1970 eine Summe von über 1 Milliarde Schilling zur Verfügung stehen. Diese Mittel sind ausreichend, um in weiterer Folge alle Möglichkeiten auszu-schöpfen, damit eine Absicherung solcher Fälle gewährleistet ist.

Ich darf mir nun erlauben, einen kleinen Rückblick über die erbrachten Leistungen von 1945 bis 1969 zu bringen. In dieser Zeit wurden allein an Bundesmitteln 5481 Millionen Schilling, an Landesmitteln und Interessentenbeiträgen 3896 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Das ist ein Bauvolumen von etwa 8896 Millionen Schilling.

An Leistungen wurden erbracht: Regulierte Gewässerstrecken 3069 km — eine sehr beachtliche Länge. Hochwassergeschützte Flächen sind im Ausmaß von 71.460 ha geschaffen worden. An Brücken sind in dieser Zeit 5501 errichtet worden. An Querwerken, Sohlstufen und Sohlrampen 29.401 Stück. An Bühnen, Sporen und Traversen sind 9701 Stück verlegt worden. Schneebrücken, Fänge und Rechen 69.409 laufende Meter. An Lawinenterassen 150.852 Quadratmeter. Also eine außerordentlich beachtliche Leistung, die Dank und Anerkennung verdient. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte auch noch ganz kurz auf den landwirtschaftlichen Wasserbau eingehen, der nicht wenig Bedeutung direkt für viele landwirtschaftliche Betriebe hat. Es ist ja bekannt, daß hier verschiedentlich über die Dinge geurteilt wird. Ich möchte aber doch erwähnen, daß in Österreich allein eine Fläche von etwa 500.000 ha meliorationsbedürftig, also verbesserungsbedürftig ist. Wenn man bedenkt, daß

jährlich eine Nutzfläche von etwa 4000 bis 5000 ha für Baugründe und Straßenbauten verlorengehen, dann ist es umso notwendiger, trotz der scheinbaren Überproduktion, daß ständig daran gearbeitet wird, neue beziehungsweise die bestehenden Produktionsflächen zu verbessern. Es ist auch diese Leistung mit Leistungen der Interessenten verbunden.

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft hat in dieser Zeit von 1945 bis 1964 allein über 438 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt, die Landesregierungen und die Interessenten aber einen Betrag von fast 1 Milliarde Schilling. Aus dieser Leistung der Landesregierung können Sie auch das große Interesse erkennen.

Ich möchte aber nicht unerwähnt lassen, daß hier die Bauernschaft oft für 1 Hektar allein eine Gegenleistung von 10.000 bis 12.000 S erbracht hat. Man kann sich vorstellen, daß das besonders hohe Leistungen sind, wenn man bedenkt, daß oft gleich ein Drittel eines landwirtschaftlichen Betriebes entwässerungsbedürftig ist.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Abschluß möchte ich aber doch in diesem Zusammenhang dem Bundesministerium und den Angestellten sowie allen Arbeitern in der Wildbachverbauung und den bei den Schutzwasserbauten tätigen Menschen für die Arbeit und für die Leistung danken, die sie im Interesse der Bevölkerung von Österreich und im Interesse der Volkswirtschaft erbracht haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich darf Ihnen nur noch einige Zahlen zur Kenntnis bringen und Ihnen sagen, was alles seit 1965 nach dieser Hochwasserkatastrophe geleistet wurde. Seit diesem Zeitpunkt sind allein 929 km Gewässerstrecken reguliert worden, 25.998 ha Land wurde vor Überflutung geschützt und 1451 Brücken wurden neu errichtet.

Erinnern wir uns, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren, an einen Tag — es war am 9. September 1966 —, da wurde damals der Nationalrat zu einer Sondersitzung einberufen. Wir hatten nicht nur ungeheure Schäden, die uns zutiefst erschüttert haben, zu beklagen, sondern auch eine traurige Mitteilung vom Herrn Bundeskanzler entgegenzunehmen, daß in unserem Land durch die gewaltige Hochwasserkatastrophe auch 24 Menschenleben zu beklagen waren.

Die Länder hatten verschiedentlich furchtbare Schäden. So darf ich in Erinnerung rufen, daß allein Kärnten einen Schaden von 660 Millionen Schilling aufzuweisen hatte, Tirol von 540 Millionen Schilling, Salzburg

14188

Nationalrat XI. GP. — 165. Sitzung — 10. Dezember 1969

Breiteneder

von 340 Millionen Schilling, die Steiermark von 240 Millionen Schilling, Niederösterreich von 140 Millionen Schilling und Oberösterreich und das Burgenland von 80 Millionen Schilling.

Ich darf hier mit einer Bitte abschließen, nämlich daß der Herr Bundesminister sich weiterhin bemühen möge, ausreichende Mittel für die Flußverbauung, für die Wildbachverbauung — oder den Wasserschutzbau, gemein genannt — zur Verfügung zu stellen. Das ist möglich, weil uns ja die Technik so gigantische Hilfsmittel zur Verfügung gestellt hat. Es ist ja im wahrsten Sinne des Wortes möglich, Berge zu versetzen. Denn diese gewaltigen Regulierungswerke wären nie möglich gewesen, hätte uns nicht die Technik hier Maschinen zur Verfügung gestellt, die in kürzester Zeit Riesenprojekte verwirklichen, von denen die Menschen vor 100 Jahren nicht glaubten, sie je verwirklichen zu können.

Ich darf daher das Hohe Haus ersuchen, für diese Mittel, die für die friedliche Landesverteidigung, die uns allen dient, eingesetzt werden, Verständnis zu haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Horejs. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Horejs (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Mein Vorredner, der Kollege Breiteneder, hat in seinen einleitenden Erklärungen behauptet, die ÖVP hätte schon lange ein Agrarprogramm gehabt, und zwar zu einem Zeitpunkt, wo die Sozialisten an so etwas noch nicht einmal gedacht haben. Ich darf dazu nur sachlich feststellen, daß die Sozialdemokratische Partei bereits im Jahre 1926 ein Agrarprogramm beschlossen hatte, in dem die Marktordnung festgelegt war und das damals als ein Kollektivismus verschrien wurde. Heute, das darf man allgemein feststellen, bilden die Marktordnungsgesetze die Grundlage für die geregelte Landwirtschaft.

Hohes Haus! Ich darf mich nun auch mit der Frage und mit der Problematik der Maßnahmen für den Schutzwasserbau und für die Wildbach- und Lawinenverbauung beschäftigen.

Im heurigen Jahr ist der österreichischen Bevölkerung weitgehend erspart geblieben, Katastrophenmeldungen entgegenzunehmen. Es sind nur einige Ereignisse lokal beschränkter Art gewesen. Ich darf dabei die Katastrophe von Inzing in Tirol hervorheben, wo innerhalb weniger Minuten der halbe Ort überflutet wurde, vermurt worden ist und wo darüber hinaus noch Todesopfer zu beklagen waren.

Hohes Haus! Wenn es zu solchen Katastrophen kommt, so sind es in der Ursache meistens nicht die gut verbauten Fluß- und Bachläufe in den Tälern, sondern es sind die Ursprungsgebiete dieser Bäche, die noch zu wenig verbaut sind, wo diese Katastrophen ausgelöst werden. Im Falle Inzing wurde die Katastrophe durch ein Hagelgewitter ausgelöst, wobei der Hagel die Wirkung von Kugellagern bekam und Geröll, Steine und Felsen in Bewegung setzte. Diese Ursprungsgebiete können nur mit erheblichem Aufwand saniert werden, und es ist notwendig, die Mittel dafür bereitzustellen, diese Gebiete zu verbauen, um für die Zukunft solchen Ereignissen vorzubeugen.

Unter dem Eindruck der Naturkatastrophen von 1965 und 1966 — der Herr Kollege Breiteneder hat es gerade erwähnt — wurde am 9. September 1966 hier im Hohen Hause das Katastrophenfondsgesetz beschlossen. Mit diesem Katastrophenfondsgesetz wurde der österreichischen Bevölkerung ein Notopfer auferlegt, um einerseits die entstandenen Schäden zu beseitigen und andererseits entsprechende vorbeugende Maßnahmen zu treffen, um die Naturkatastrophen nach Möglichkeit in ihrer Entstehung in der Erkenntnis zu verhindern, daß die Vorbeugung zur Schadensverhütung weniger kostet als die Behebung der Schäden. Es wurde damals von allen Rednern des Hohen Hauses zum Ausdruck gebracht, daß das Notopfer, also die Katastrophenfondsmittel, zusätzlich Mittel sind und daß durch sie keineswegs die Mittel des Bundes aus dem ordentlichen Haushalt für die vorbeugenden Maßnahmen, für den vorbeugenden Wasserbau eingeschränkt werden dürfen, sondern daß der Bund seine Leistungen seiner Verpflichtung gemäß verstärken soll. Damals stand das Hohe Haus unmittelbar unter dem Eindruck der Katastrophe, die unsere Mitbürger betroffen hatte.

Bundeskanzler Dr. Klaus erklärte damals feierlich: „Das Bestreben der Bundesregierung ist einzig und allein darauf gerichtet, durch ein Opfer aller rasch allen zu helfen, die Schäden ehestens zu beseitigen und künftige Katastrophen weitestmöglich zu verhindern.“

Wir fragen uns heute: Hat die Bundesregierung dieses Versprechen erfüllt? Beim Rückblick und auch bei der Vorausschau auf das Budget 1970 müssen wir leider nein sagen wie zu vielem anderen, das die Bundesregierung Klaus versprochen hat.

Der Herr Finanzminister Dr. Koren hat im Zahlenspiel seiner Budgetrede es sich selbst als großes Verdienst angerechnet, daß die Budgetansätze des Jahres 1970 um 44 Prozent höher veranschlagt wurden. Er hat dazu aller-

Horejs

dings das Vergleichsjahr 1965 genommen, für das der Katastrophenfonds noch nicht existent war, und hat das Notopfer, also die Sondersteuer, die der österreichischen Bevölkerung auferlegt wurde, herangezogen, um sich sozusagen mit fremden Federn zu schmücken.

Wenn wir den Zahlen nachgehen, so können wir feststellen, daß für den Schutzwasserbau an ordentlichen Budgetmitteln im Jahre 1965 457 Millionen Schilling zur Verfügung standen, daß aber für das Haushaltsjahr 1970 nur mehr 224,8 Millionen angesetzt sind, also um mehr als 50 Prozent weniger als im Vergleichsjahr, das der Herr Finanzminister herangezogen hat. Die Mittel aus dem Ordinarium, also die Verpflichtung des Bundes zu größerer Leistung gemäß dem Versprechen des Herrn Bundeskanzlers von 1966, wurden auch in den vergangenen Jahren nicht erhöht, sondern Jahr für Jahr verkürzt, und die Erfüllung des Versprechens zu größerer Leistung wurde dem österreichischen Steuerzahler über das Notopfer überlassen.

Der Herr Vizekanzler Dr. Withalm sagte damals: „Ich stehe hier nicht an, meine Damen und Herren, zu sagen, daß sicherlich, was die Vorsorge betrifft, in den letzten 50 Jahren in Österreich leider Gottes nicht das geschehen ist, was geschehen hätte müssen. Das gilt auch, wenn ich von den letzten 50 Jahren spreche, für die letzten 20 Jahre. Aber ich bitte denn doch, mir hier zugute zu halten, wenn ich darauf hinweise, daß wir in den letzten 20 Jahren eine Koalition hatten, und es schiene mir nicht sonderlich zweckvoll, jetzt zu kritisieren, was von einem früheren Partner in diesen 20 Jahren geschehen ist, wenn wir doch, glaube ich, für diese 20 Jahre gemeinsam die Verantwortung tragen. Jetzt müssen wir aufholen, jetzt müssen wir vorsorgen! Vielleicht war es notwendig, daß Katastrophen unmittelbar hintereinander, also 1965 und 1966, über uns hereingebrochen sind, damit uns endlich der ganze Ernst der Situation so richtig bewußt wird.“

Hohes Haus! Damals hat der Herr Vizekanzler die Verantwortung, weil sie unangenehm war, auf die Koalition abgeschoben, obwohl die Österreichische Volkspartei und ihre Vorgänger fast in diesen ganzen vorhergehenden 50 Jahren die verantwortlichen Ressortminister hierfür gestellt haben. Dem Herrn Vizekanzler, dem Herrn Bundeskanzler, dem Herrn Finanzminister und Ihnen, Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, ist anscheinend der Ernst der Situation von 1966 bis heute noch nicht bewußt geworden, denn es wurden nur große Worte gesprochen und nur wenige Taten gesetzt.

Hohes Haus! Wir fragen Sie heute: Was muß eigentlich noch geschehen? Muß noch mehr geschehen als in den Augusttagen der Jahre 1965 und 1966, damit Ihnen endlich der ganze Ernst der Situation richtig bewußt wird? (Abg. Landmann: Kollege Horejs! Waren Sie nicht herinnen, wie der Breiteneder aufgezählt hat, was geschehen ist? Waren Sie nicht da?) Herr Kollege! Ich war da! Ich werde auch noch darauf zurückkommen, und ich habe auch bereits erwähnt, daß das, was gemacht worden ist, zum größten Teil aus den Mitteln des Katastrophenfonds getätigt wurde und nicht, wie es versprochen worden ist, daß die Mittel des Katastrophenfonds zusätzliche Mittel sein sollten und sich die Regierung nicht dabei Gelder ersparen sollte! Wir Sozialisten haben die Katastrophen von 1965 und 1966 nicht gebraucht. Wir haben bei jeder Gelegenheit, bei jeder Budgetdebatte darauf hingewiesen, daß mehr Mittel für den Schutzwasserbau notwendig sind, um Katastrophen abzuwenden. Aber anstatt mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, anstatt wie versprochen aufzuholen, anstatt wie versprochen vorzusorgen, sind um mehr als 50 Prozent weniger Mittel im Ordinarium 1970 angesetzt als 1965, und zwar trotz der höheren Kosten.

Für den gesamten Schutzwasserbau und die Lawinenverbauung sind für das Jahr 1970 — jetzt hören Sie zu! — um 106 Millionen Schilling weniger angesetzt als für das laufende Jahr!

Der Herr Vizekanzler sagte 1966 weiter: „Wir müssen vorsorgen, nicht zuletzt auch im Interesse unseres Fremdenverkehrs, denn wenn wir haben wollen, daß die Fremden nach wie vor zu uns hereinströmen, dann müssen wir ihnen auch ein Höchstmaß an Sicherheit garantieren können.“

Meine Damen und Herren! Sicherheit ist das Schlagwort der ÖVP. Es leuchtet von allen Plakaten, wo sie heute hinschauen. Aber zur Sicherheit hat man im Dienstpostenplan für das Jahr 1970 bei den Arbeitern der Wildbachverbauung 40 Dienstposten eingespart. Das bedeutet nicht nur weniger Sicherheit, sondern auch weniger Leistung. Und auch weniger Sicherheit für den Fremdenverkehr in den Gebirgstälern. Wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß die Arbeit bei der Wildbach- und Lawinenverbauung für viele, viele Bergbauern und deren Söhne die wirtschaftliche Existenz bedeutet. Man weiß auch, daß diese Menschen mit der Kenntnis der Eigenheiten ihrer Landschaft so vertraut sind, daß sie eine Grundlage für die Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen bilden. Man redet so viel von Besitzfestigung für die Bergbauern, aber es gibt keine besseren Maßnahmen für

Horejs

die Besitzfestigung, als die Bewohner unserer Berge und Täler vor den Gewalten der Natur zu schützen. Dazu bedarf es aber mehr Mittel an Geld und Arbeitskräften. Der Einsatz moderner Maschinen, der schon erwähnt wurde, kann zwar die Leistungen erhöhen, aber den Menschen nicht ersetzen.

Wir müssen am Ende dieser Gesetzgebungsperiode feststellen, daß die Regierung sich ihrer Verpflichtung auf dem Gebiet des Schutzwasserbaues entzogen und ihre feierlichen Versprechungen und Gelöbnisse des Jahres 1966 gebrochen hat!

Wir müssen uns heute fragen: Wie soll die Zukunft des Schutzwasserbaues ausschauen? Wie soll die Zukunft der Wildbach- und Lawinenverbauung ausschauen? Denn der Katastrophenfonds läuft ja mit dem Jahre 1970 aus. Welche Mittel werden in Zukunft dafür einzusetzen sein?

Hohes Haus! Wir haben heute in einer grünen Mappe ein Heft beigelegt bekommen, eine Dokumentation und Information über den Schutzwasserbau, worin die Leistungen für Schutzwasserbau der letzten Jahre angeführt sind. Ich möchte erwähnen, daß ich keineswegs die Verdienste der Beamten, der Techniker und der Arbeiter, die damit befaßt waren, schmälern will, im Gegenteil, ich will ihnen für ihre Leistungen den Dank aussprechen. Aber diese Dokumentation und Information, Hohes Haus, ist auch wie so vieles eine Propagandaschrift. Es ist eine Fehlinformation. Und ich darf ihnen daraus ein Beispiel vorlesen.

Auf Seite 12 finden sie zum Beispiel unter „Tirol“ unter dem Titel „Bemerkenswerte Schutzwasserbauten 1965 bis 1969“ als erstes: „Regulierungsmaßnahmen am Inn bei Kufstein.“ Darf ich Ihnen sagen, was es damit auf sich hat? In Kufstein wurde eine neue Innbrücke gebaut, da die alte Brücke, die dem Bund gehört hat, den Verkehrsverhältnissen nicht mehr entsprochen hat und total verrostet war. Als Bauherr für die neue Innbrücke ist das Land Tirol aufgetreten, die Kosten wurden zwischen Bund, Land und Gemeinde gleichmäßig aufgeteilt. Der Inn ist ein öffentliches Bundesgewässer, daher ist auch der Bund für die Erhaltung der Ufer zuständig. Beim Brückenbau ergab es sich, daß die Ufermauer, die bereits mehrmals infolge des Hochwassers angerissen wurde, zu erneuern war und auf eine neue Regulierungslinie gebracht werden mußte. Die zuständigen Bundesbehörden, die für diese Maßnahme verantwortlich gewesen wären, haben erklärt, daß sie dafür kein Geld hätten, und verlangten, daß die Kosten dieses Bauwerkes von 6 Millionen Schilling von der Stadtgemeinde

Kufstein zu tragen sind. Erst nach längeren Verhandlungen wurde erreicht — nur um den Neubau der Brücke nicht zu gefährden —, daß der Bund wenigstens ein Drittel der Kosten, also 2 Millionen Schilling, in Jahresraten bezahlt, die dann allerdings von der Gemeinde Kufstein zinsenlos haben vorfinanziert werden müssen; während die Gemeinde mit den restlichen zwei Dritteln, also mit 4 Millionen Schilling, zur Kasse gebeten wurde.

Ich bin selbst Finanzreferent dieser Gemeinde und habe selbst dafür Sorge tragen müssen. Um diese 4 Millionen Schilling zusätzlich hereinzubringen, haben wir wichtige gesetzliche Verpflichtungen der Gemeinde hintanstellen müssen. In diesem Heft scheint die Regulierung aber als eine Maßnahme des Bundes auf unter der Überschrift „Regulierungsmaßnahmen am Inn bei Kufstein“. Wahrscheinlich sind in diesem Heft noch mehrere solche Behauptungen enthalten, wo sich der Bund seiner Verpflichtung entzogen hat. (*Abg. Ing. Kunst: Der Bund schmückt sich mit Gemeindegeldern!*)

Aber nicht nur Wildbäche und Hochwasser bedrohen die Menschen und ihr Eigentum im Gebirge. Die Lawinen sind ein ebenso bedrohendes Element. In Tirol allein gibt es zirka 2200 Lawenstriche, die besiedelte Gebiete bedrohen. Sie bilden auf ihren kahlen Flächen auch meist die Ursprungsgebiete der Wildbäche.

Erinnern Sie sich an die Lawinenkatastrophen Ende der fünfziger Jahre, anfangs der sechziger Jahre, wo in Tirol, Vorarlberg und auch in den anderen Bundesländern Hunderte von Menschen durch Lawinen den Tod gefunden haben. Wir erleben es alle Jahre, daß der Lawinentod immer wieder zuschlägt.

Es muß daher die Wildbach- und Lawinenverbauung Hand in Hand gehen mit der Pflege des Schutzwaldes. Nach den Ergebnissen der Forstinventur umfaßt der Schutzwald 11 Prozent der gesamten Waldfläche Österreichs. In Tirol nimmt der Schutzwaldanteil rund 30 Prozent der gesamten Waldfläche ein, doch entfallen auf diesen nur zirka 8 Prozent der Holznutzung und am gesamten Ertragswald nur 3,4 Prozent der Gesamtnutzung.

Die Hochwassergefahr liegt nicht so sehr in der Überschlagerung unserer Schutzwälder, sondern vielmehr an ihrer Überalterung. In den Jahren der großen Hochwasserkatastrophen mußten wir mitansehen, wie ganze Hänge mit bestocktem Hochwald der Belastung nicht mehr gewachsen waren und zu Tale gingen und nunmehr kahle Flächen bilden, die Schnee und Wasser schutzlos ausgesetzt sind. Es wird Jahrzehnte dauern, bis

Horejs

sich dort wieder eine Vegetation bildet, wenn nicht nachgeholfen wird.

Die geringe Wirtschaftlichkeit der Schutzwälder und die schwierigen und kostspieligen Bringungsverhältnisse hatten zur Folge, daß in den Schutzwäldern die regelmäßige Nutzung und rechtzeitige Verjüngung des Bestandes häufig unterblieb. Vielfach sind die Aufforstungskosten höher als der Nutzungsertrag. Die Forstinventur hat ergeben, daß nur 6 Prozent der Schutzwaldfläche mit einem ein- bis zwanzigjährigen Bestand bestockt sind, während rund 46 Prozent des Holzvorrates älter als 120 Jahre sind. Die Schutzwälder liegen hauptsächlich in Meereshöhen von über 1200 Metern, in Tirol gebietsweise bis 2200 Meter. Mehr als die Hälfte weist eine Steilheit von 60 Prozent und darüber auf. Diese Schutzwälder erfüllen eine wichtige Funktion innerhalb unseres Lebensraumes. Die Erhaltung ihrer Wohlfahrtswirkung ist eine Aufgabe von allgemeinem Interesse und erfordert die Zusammenarbeit der Forstorgane sowie der Waldbesitzer mit den Organen der Wildbach- und Lawinenverbauung und der Gemeinden. Diese Aufgabe soll daher auch in die vorbeugenden Maßnahmen gegen künftige Hochwasserschäden mit einbezogen werden.

Hohes Haus! Lassen Sie mich nun einem Anliegen aus meinem Heimatbezirk zuwenden. Die österreichischen Bundesforste betreiben in Kramsach in Tirol ein eigenes Sägewerk mit einer jährlichen Einschnittkapazität von 7000 bis 8000 Festmetern. Die Betriebsanlage ist veraltet und entspricht nicht mehr den Voraussetzungen der Wirtschaftlichkeit. Die österreichischen Bundesforste sind als ein eigener Wirtschaftskörper der Republik Österreich zu einer Wirtschaftsführung nach wirtschaftlichen Grundsätzen verpflichtet.

Um dieser Verpflichtung zu entsprechen, wäre der Ausbau dieses Sägewerkes auf eine Leistungskapazität von 30.000 Festmetern jährlich notwendig. Es würde den wirtschaftlichen Grundsätzen der Wirtschaftsführung entsprechen, wenn die Bundesforste zur Steigerung ihres Ertrages dort, wo es wirtschaftlich gerechtfertigt erscheint, ihren Holzeinschlag auch der Verarbeitung zuführen.

Das Sägewerk in Kramsach hat eine einmalig günstige Lage. Es liegt am Ausgang des Brandenbertales, das von allen Forstrevieren der österreichischen Bundesforste in Tirol die größte Holznutzung hat. Das Sägewerk hat einen eigenen Gleisanschluß zur Bundesbahn und liegt direkt an der künftigen Anschlußstelle zur Inntalautobahn, die ab 1972 befahrbar sein wird, also auch verkehrsmäßig die besten Voraussetzungen.

Im gesamten Einzugsgebiet des Sägewerkes Kramsach mit wirtschaftlich gerechtfertigten Zubringungsmöglichkeiten befinden sich Forstreviere der Bundesforste mit einem Jahreseinschlag von rund 100.000 Festmetern. Mit der Erschließung neuer Forstgebiete durch Forststraßen ist die Holznutzung in diesen Einzugsgebieten in den letzten Jahren noch wesentlich verbessert worden und könnte, ohne daß die Nachhaltigkeit der Bewirtschaftung beeinträchtigt wird, noch weiter erhöht werden.

Der Ausbau des Sägewerkes der Bundesforste in Kramsach ist zur Erhaltung der Arbeitsplätze in dieser Gemeinde dringend notwendig. Das Dorf hat zirka 3100 Einwohner. Dort bestanden einige Industriebetriebe, die seit Jahren stillgelegt sind. Nun müssen von diesem Dorf täglich — hören Sie zu! — 700 bis 800 Arbeitskräfte außerhalb ihrer Gemeinde Arbeitsplätze aufsuchen. Mehr als ein Viertel der gesamten Einwohnerschaft des Dorfes, nahezu sämtliche unselbständigen Arbeitskräfte sind Pendler.

Im Finanzausschuß sprach bei der Behandlung des Kapitels Land- und Forstwirtschaft am 7. 11. 1969 auch der Tiroler Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Leitner. Ich zitiere die „Parlamentsskorrespondenz“:

„Den weiteren Ausbau des Sägewerkes Kramsach durch die Bundesforste hielt der Redner im Hinblick auf die Überbesetzung der Sägeindustrie für eine bedenkliche Fehlinvestition.“

Ich glaube, daß es eher Fehlinvestitionen der Tiroler Sägeindustrie gewesen sind, wenn diese überbesetzt ist und ihre Existenz von der Einstellung eines anderen Betriebes, dessen Existenz durch seine günstigen Voraussetzungen, seine Lage unmittelbar am Ort des Holzeinfalles und seine verkehrsmäßig günstige Lage, gewährleistet war, abhängig machen muß.

Ich möchte die Argumentation meines Kollegen Pansi im Ausschuß unterstreichen: daß es unsere Aufgabe als Volksvertreter ist, die Interessen der österreichischen Bundesforste und der dort beschäftigten Arbeitskräfte, nicht aber die der Sägeindustrie zu vertreten.

Ich darf Ihnen aus einem Brief vorlesen, den die Gemeinde Brandenberg an die österreichischen Bundesforste geschickt hat, einen Brief, in dem sie einen Überblick darüber gibt, welche Bedeutung dieser Betrieb nicht nur für die Gemeinde Kramsach, sondern auch für die Gemeinde Brandenberg, eine kleine Berggemeinde, hat. Es heißt hier unter anderem:

14192

Nationalrat XI. GP. — 165. Sitzung — 10. Dezember 1969

Horejs

„Gründe.

1. Es würde sich die Forstverwaltung grundsätzlich auf Stockverkäufe umstellen, diese Firmen die Schlägerungsarbeiten an betriebs-eigene und betriebsfremde auswärtige Forstarbeiter vergeben. Dieser Umstand hat sich schon bisher bei Stockverkäufen bewiesen und hätte die totale Ausschaltung unserer örtlichen und geübten Forstarbeiter zur Folge.

2. Würden die ortsfesten Transportunternehmer von den Holztransporten direkt ausgeschaltet werden, weil das Holz von den stockkaufenden Firmen erfahrungsgemäß zur Gänze im Werksverkehr geliefert wird, die Gemeinde aber zum Teil Straßenerhalter ist und von diesen Unternehmen keinen einzigen Schilling an Steuer (Gewerbesteuer) bekommen könnte.

3. Ein solcher Umwandlungsprozeß würde nicht nur eine Existenzgefährdung für die örtlichen Kleinbetriebe bedeuten, sondern sogar Mittel- und Großbetriebe umfassen und sich nur zugunsten etlicher Großer auswirken, welche dann einzig und allein den Holzmarkt diktieren würden.

4. Wir sind fest der Überzeugung, daß das den Österreichischen Bundesforsten gehörige Sägewerk in Kramsach kostendeckend arbeitet und als solches Unternehmen keinesfalls eine Belastung der Österreichischen Bundesforste ist. Einem Wirtschaftskörper, welcher einen durchschnittlichen Jahreseinschlag von 15.000 Festmeter Schnittholz hat, kann man schon zumuten, daß dieser imstande ist, unter den gleichen Bedingungen seine Ware auf den Markt zu bringen.

5. Seit Jahrhunderten haben sich die Brandenberger Forstarbeiter bewährt und ihr Beruf war in unserer Gemeinde für die Arbeiterschaft die sicherste und einzige Existenzmöglichkeit. Sollte man durch diese beabsichtigte Maßnahme auch diesen Erwerbszweig unseren Arbeitern noch vorenthalten, müßte sich eine Entwicklung anbahnen, deren Folgen für unsere Gemeinde nicht abzusehen sind.“

Das schreibt der Bürgermeister einer kleinen Berggemeinde, der aber nicht der SPÖ, sondern der ÖVP angehört. Dieser ÖVP-Bürgermeister sucht den Schutz seiner Interessen bei einem sozialistischen Abgeordneten.

Mit dem Ausbau des Sägewerkes Kramsach wäre es möglich, dort mehr Arbeitskräfte zu beschäftigen, insbesondere auch eine Anzahl von Forstarbeitern aus dem Revier Brandenberg während der Wintermonate als Platzarbeiter zu beschäftigen, anstatt diese, wie es immer noch üblich ist, zu Weihnachten zu

entlassen und auf Wochen und Monate arbeitslos zu lassen. Ihnen könnte auch während der Wintermonate ihre wirtschaftliche Existenz gesichert werden.

Ich darf hinzufügen, daß im Winter 1968/1969, und zwar ab 10. Jänner, 100 Prozent der gesamten Kollektivvertragsarbeiter der Bundesforste in Kramsach entlassen worden sind und dann im Winter arbeitslos waren.

Das Dorf Kramsach ist ein Industriefriedhof inmitten des Inntales. Die ÖVP redet von Maßnahmen zur wirtschaftlichen Strukturverbesserung. Ich darf den Programmentwurf „Fortschritt und Sicherheit“ als Konzept benützen. Sie redet von Raumordnung und weiß Gott welchen wirtschaftlichen Maßnahmen, und dabei sieht sie im Zusperrern von Betrieben die einfachste Lösung der Struktur-schwierigkeiten.

Wir finden unter den Verfassern des Programms der ÖVP gerade den Dr. Leitner, der im Ausschuß die Schließung dieses Betriebes verlangte. Im Programmentwurf redet man von Strukturverbesserung, vom Schutz der Arbeitsplätze, man redet von Arbeitsmarktförderung, von Sicherheit, man redet von einer Politik für alle Österreicher und ist bereit, dort, wo es gilt, Beispiele zu setzen, alle Versprechungen einzelnen Interessen zu opfern. Diese angebliche Politik für alle Österreicher ist in Wirklichkeit eine Politik gegen alle Österreicher, und die österreichische Bevölkerung wird daraus die Konsequenzen zu ziehen wissen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Nimmervoll. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Nimmervoll** (ÖVP): Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Ich hätte bei den Ausführungen meines geschätzten Herrn Kollegen Pansi auch sehr gerne den Vorschlag gehört, wie man die Probleme der Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft lösen kann. Es wurde heute nicht nur einmal, sondern wiederholt angedeutet, daß es auch auf diesem Gebiet viele Probleme gibt, die gelöst werden müßten.

Aber im Programm der Sozialisten steht nichts von der Lösung dieser Probleme. Es hat daher den Anschein, daß von Dingen, die im Wirtschaftsprogramm der Sozialisten nicht behandelt werden, auch im offenen Haus nicht gesprochen werden darf.

Ich hatte vor, heute die Probleme der Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft zu durchleuchten und sie so im Hohen Hause darzustellen, wie es die Land- und Forstarbeiter auf Grund ihrer Leistungen verdienen. *(Zwischenruf des Abg. Moser.)* Ich

Nimmervoll

bin überrascht, daß sich ausgerechnet Herr Kollege Moser für die Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft einsetzt, denn ich habe es bis heute noch nie erlebt, daß er für die Lösung der auf diesem Gebiet herrschenden Schwierigkeiten eingetreten ist.

Ich muß sagen, daß ich sehr oft mit dem Herrn Abgeordneten Pansi mit von der Partie war, niemals habe ich aber den Abgeordneten Moser dabei gehört. (*Abg. Moser: Stimmen Sie zu, daß wir Arbeitslosenzeiten zu Ersatzzeiten machen? Reden wir davon!*) Niemals habe ich den Herrn Kollegen Moser darüber sprechen gehört. Kollege Moser! Auch in dieser Frage ist selbstverständlich ein offenes Wort angebracht. Aber man kann das nicht machen — wie Sie es sich vorstellen —, es einfach so hinwerfen, und dann muß zugestimmt werden. (*Abg. Moser: Also prüfen wir es!*) Diese Probleme sind an sich schwieriger, als Sie sich das vorstellen. Selbstverständlich wird geprüft und muß geprüft werden. Ich hoffe nur, daß Sie mit von der Partie sind, wenn geprüft werden wird.

Die Debatte über das Kapitel Land- und Forstwirtschaft, aber auch darüber hinaus der Grüne Bericht wäre nicht ganz vollständig, würde nicht doch auch über die Dienstnehmer dieser Gruppe einiges gesprochen werden. Ich weiß, daß manche sagen: Diese Probleme haben sich ja von selber gelöst! — Kollege Pansi! Ich weiß nicht, ob das auch bei diesen Problemen der Fall ist, weil die entsprechende Zahl an Dienstnehmern in der Land- und Forstwirtschaft nicht mehr vorhanden ist.

An Hand des Grünen Berichtes ist festzustellen, daß im Jahre 1968 noch mehr als 91.000 Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft tätig waren und daß sie, Rentner und Pensionisten und darüber hinaus auch die Familienangehörigen dazugerechnet, eine Gruppe von nahezu 300.000 Menschen ausmachen. Bei 300.000 Menschen würde ich nicht so leicht zur Tagesordnung übergehen.

Es wurde hier auch vom Kollegen Pansi festgestellt, daß es an Zuzug junger Arbeitskräfte in der Landwirtschaft fehlt. Im Jahre 1960 hatten wir an Personen, die unter 18 Jahre waren, 8339 Arbeitskräfte und im Jahre 1968 nur 2616 Arbeitskräfte. Hier, glaube ich, wäre es notwendig, zu überlegen und Maßnahmen zu ergreifen, um hier nach dem Rechten zu sehen. Denn ich persönlich bin noch zutiefst überzeugt, daß es auch in Zukunft eine Landwirtschaft vollkommen ohne Fremdarbeiterkräfte nicht geben wird. Noch bin ich davon überzeugt, daß zu einer gesunden Landwirtschaft ein gesunder Landarbeiterstand gehört und daß diese gesunde Land-

wirtschaft Voraussetzung für eine gesunde Volkswirtschaft ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Leider müssen wir feststellen, daß es im Winter eine starke Arbeitslosigkeit gibt. Die Landarbeit wird daher auch sehr stark zur Saisonarbeit. Im August haben wir 1,3 Prozent Arbeitslose; wir können sagen, daß das gleich Null ist, denn es gibt dort Leute, die ihre Rente noch nicht beziehen, wohl aber bereits ihre Anträge gestellt haben. Im Februar gab es aber fast 21 Prozent Arbeitslose. Auch hier, glaube ich, müßten wir uns überlegen, wie wir die Produktive Arbeitslosenfürsorge sinnvoll einsetzen können, um einen Ausweg zu finden.

Um auf sozialem und arbeitsrechtlichem Gebiet Fortschritte erzielen zu können, wurden in der Vergangenheit zahlreiche Gesetzeswerke geschaffen, die auch heute noch ihre Anerkennung finden müssen. Sie sind modern, zeitentsprechend, ich glaube, auch beispielgebend, selbst für den europäischen Raum. Ich nenne hier das moderne, allumfassende Arbeitsrecht, das im Jahre 1948 geschaffen wurde. Im Jahre 1949 wurden eigene Kammern für die Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft geschaffen. Wir wissen, daß sich gerade diese Kammern zu einer sinnvollen Einrichtung entwickelt haben. Wir wissen, daß ein Drittel bis zur Hälfte der Dienstnehmer bei ihren Kammern vorsprechen. Wahrlich eine große Zahl, die andere Kammern nicht aufweisen können.

Im Jahre 1952 wurde das Berufsausbildungsgesetz verabschiedet. Mein Kollege Tschida hat darüber sehr ausführlich berichtet, und ich erspare mir daher, darauf näher einzugehen. Eines darf ich doch auch sagen, daß die bäuerliche Jugend und auch die Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft, gerade was die Bildung und Schulung anlangt, sehr eifrig bemüht sind, sich diese berufliche Bildung anzueignen, um im Leben bestehen zu können.

Zur Berufsausbildung und fachlichen Ertüchtigung kann ich noch sagen, daß gerade auch im heurigen Jahr der Minister wieder mit entsprechenden Mitteln vorgesorgt hat. Für die berufliche Ertüchtigung und für die sonstige Fortbildung der bäuerlichen Jugend wurden um 700.000 S mehr zur Verfügung gestellt.

Es wurde auch darauf hingewiesen, und ich glaube, daß es ein ganz besonders großer Fortschritt ist, den wir erzielen konnten — besonders in der ÖVP-Alleinregierung —, daß der Landarbeiterwohnungsbau so gute Fortschritte erzielen konnte. Im Jahre 1969 gab es 914 Eigenheimerbauer, denen 40,323.000 S zur Verfügung gestellt wurden.

Nimmervoll

Demgegenüber stehen 338 Fälle an Dienstbotenwohnungen, denen nur 2,449.000 S zur Verfügung gestellt wurden. Hier sehen wir den Trend. Hier sehen wir das Programm der ÖVP, wirksam zu werden. 94,2 Prozent an Mitteln werden für den Eigenheimbau zur Verfügung gestellt und 5,8 Prozent für den Dienstwohnungsbau. Hier wird für alle Menschen Eigentum geschaffen.

Nun darf ich aber auch noch einige Leistungen herausgreifen, die in den letzten Jahren — besonders in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung —, zugunsten der Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft durchgeführt wurden. Ich greife wahllos heraus: die Erhöhung der Pensionen vom Jahre 1966 bis einschließlich 1970 um 39 Prozent. Wenn hier von Seite der Sozialisten immer wieder von einem Sozialstopp geredet wird, so können wir mit Freude feststellen, daß es eine gewaltige Aufwärtsentwicklung in dieser Richtung gegeben hat und auch noch im Jahre 1970 geben wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es wurde heute wiederholt auch davon gesprochen, daß die Dienstnehmer in die Produktive Arbeitslosenfürsorge eingebaut werden. Auch das war ein Werk der ÖVP-Alleinregierung für die Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft. Gerade die Winterarbeitslosigkeit hat uns in der Vergangenheit große Schwierigkeiten bereitet. Ich bin hier mit Abgeordneten der Sozialistischen Partei einer Meinung, daß uns dieses Problem auch gegenwärtig noch manche Schwierigkeiten bereitet. Wir müssen aber gemeinsam trachten, dieses Gesetz sinnvoll anzuwenden, damit es voll zur Durchführung kommt.

Das Arbeitsmarktförderungsgesetz wurde bereits wiederholt in diesen Tagen und besonders auch heute angeschnitten. Bisher war es gerade der Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft, der junge bäuerliche Mensch, der sich einen anderen Arbeitsplatz suchen mußte. Es gab derer Tausende, die sich hier vollkommen ohne jede Unterstützung einen Arbeitsplatz suchen mußten. Sie haben sich ob ihres Fleißes und ihrer Tüchtigkeit durchgerungen. So ist es ihnen auch gelungen, entsprechend unterzukommen. Nun soll aber durch das Arbeitsmarktförderungsgesetz auch hier Unterstützung gegeben werden, um den Übertritt in andere Berufe zu erleichtern. Darüber freuen wir uns ganz besonders.

Morgen soll das Arbeitszeitgesetz verabschiedet werden. Auch das soll gerade wieder den Dienstnehmern in der Land- und Forstwirtschaft einen weiteren sozialen Fortschritt bringen.

Darüber hinaus aber darf ich doch darauf aufmerksam machen, daß andere Maßnahmen ergriffen wurden, die ebenfalls gerade dem bäuerlichen Menschen sehr zugute kommen. Hier greife ich auch wieder einige Dinge heraus: Unbegrenzter Spitalsaufenthalt für Versicherte und ihre Angehörigen, Übernahme der vollen Spitalskosten, Gewährung des halben Krankengeldes für Alleinstehende bei Spitalsaufenthalt, Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation und Ausbau von Kur- und Erholungsheimen.

So konnten wir vor ungefähr drei Wochen in Bad Hall eines der modernsten Kur- und Erholungsheime eröffnen. Wir wissen, daß gerade in unserer Zeit Herz- und Kreislaufstörungen zu einer Geißel unserer Bevölkerung werden. 40 Prozent aller Todesfälle sind auf Herz- und Kreislaufversagen zurückzuführen, 30 Prozent aller Frührenten sind auf Herz- und Kreislaufstörungen zurückzuführen. Daher war es an der Zeit, gerade für diese Erkrankten eine Erleichterung oder eine Hilfe zu schaffen. Dieses Kur- und Erholungsheim, diese Anstalt in Bad Hall soll dafür dienen.

Hier möchte ich besonders der Frau Minister einen Dank für diese Maßnahmen zum Ausdruck bringen. *(Zwischenruf bei den Sozialisten.)* Ich weiß, wenn hier von Dank gesprochen wird — und ich habe das auch im Ausschuß gesehen —, dann glaubt man immer, das wäre eine Beweihräucherung unserer Minister und derer, die maßgeblich an der Errichtung dieser Werke tätig sind.

Ich habe in einem Protokoll aus dem Jahre 1964 nachgesehen. Dort wurde dem Sozialminister Proksch von seinen Parteigenossen nicht weniger als viermal der Dank ausgesprochen. *(Abg. Robak: Der hat den Dank verdient!)* Ich glaube, wenn man solche Dinge liest und hört, dann ist das vielleicht eine echte Beweihräucherung in der Zeit der Koalition gewesen. *(Abg. Preußler: Dem mußt du fünfmal den Dank aussprechen!)* Ich werde mir erlauben, das zu tun, sooft ich das für notwendig halte, und nicht, wenn ein Kollege Preußler mich dazu veranlaßt; also dann, wenn ich mich dazu veranlaßt fühle.

Ich möchte daher auch dem Landwirtschaftsminister meinen Dank abstaten dafür, daß er gerade im Landarbeiterwohnungsbau wieder entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt hat. *(Abg. Steininger: Den Bundeskanzler nicht vergessen!)* Es waren wieder 914 Fälle, die zu einem Eigenheim gekommen sind. *(Abg. Steininger: Den Bundeskanzler nicht vergessen!)* Der Traum der Kindheit, der Traum manches jungen Menschen, zu einem Eigenheim zu kommen,

Nimmervoll

konnte damit erfüllt werden. Wenn Sie das nicht ernst nehmen, tut es mir leid; wir nehmen solche Dinge sehr, sehr ernst. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Steininger: Herr Withalm! Jetzt hat er Sie vergessen! Zu dumm, so was!*)

Es gäbe in diesem Zusammenhang noch manches zu sagen, aber ich darf vielleicht noch auf einiges eingehen, was Kollege Pansi besonders zum Ausdruck gebracht hat. Hier wurde besonders betont, daß gerade die ÖVP und manche Länder — es wurde angedeutet —, daß ÖVP-Landesregierungen und Landtage etwas säumig sind bei der Durchführung von Ausführungsgesetzen, die notwendigerweise erlassen werden müssen. Wir wissen, daß es zum Beispiel im Falle des Lehrlingswesens im Burgenland dreieinhalb Jahre gedauert hat, bis dieses Gesetz erlassen wurde. Ich könnte eine ganze Liste aufzeigen, wo gerade sozialistische Länder etwas säumig gewesen sind. Ich darf nur darauf aufmerksam machen, daß zum Beispiel Wien und das Burgenland bis heute noch keine Landarbeiterkammer haben, daß daher diese Berufsvertretung diesen Ländern bis heute versagt geblieben ist.

Ich möchte nun zu den Fragen, die besonders angeschnitten wurden, noch einmal Stellung nehmen. Es wurde davon gesprochen, daß in Oberösterreich eine Sozialtagung stattgefunden hat, bei der Pansi anwesend war und sonst niemand. Ich darf sagen, schon seine Ausführungen wurden ad absurdum geführt, denn, er hat es ja bereits erwähnt, auch der Minister war dort, und zwei Abgeordnete der ÖVP waren bei dieser Tagung ebenfalls anwesend. Es war wahrlich nicht so, wie es hier zum Ausdruck gebracht wurde, daß die österreichischen Redner bei ihren Ausführungen nicht verstanden wurden. Im Gegenteil, ich habe ebenfalls mit einigen ausländischen Vertretern gesprochen, die gerade die Ausführungen des Herrn Ministers Schleinzner und des Präsidenten Lehner sehr lobend unterstrichen haben. Wahrscheinlich hat Pansi mit seinen Kollegen gesprochen, und die haben halt etwas rosa gesehen, während ich mit meinen Kollegen ins Gespräch gekommen bin. Dadurch wurden die Dinge von den anderen Kollegen etwas anders beurteilt.

Nun, meine Damen und Herren, zum zweiten Bildungsgang. So war es nicht, daß wir für den zweiten Bildungsgang gerade für die Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft nicht immer eingetreten wären. Landarbeiterkammertag und Landarbeiterkammer haben schon lange diesen zweiten Bildungsgang verlangt.

Es wurde auch von Überschüssen in der Landwirtschaft gesprochen. Ich glaube, Herr

Kollege Pansi, ein klein wenig müßte man vorsichtiger sein in diesen Fragen. Wir dürfen gerade auch in diesen Fragen nicht übermütig werden, denn gerade jetzt sehen wir, daß zum Beispiel an Rindfleisch und an Kälberfleisch im europäischen Raum eine ziemliche Knappheit besteht. Also übermütig zu werden und zu glauben, es kann nichts passieren, die Ernährung ist immer und jederzeit, ganz gleich, wie wir die Landwirtschaft behandeln, gesichert, so ist es leider nicht.

Ich darf nun abschließend noch eines sagen. Ich finde, das Hohe Haus ist nicht der geeignete Platz, um über den 1. März, über Erfolg oder Mißerfolg bei der Wahl zu sprechen. Es wurde in diesen Tagen wiederholt getan. Es wurde nicht nur einmal, sondern wiederholt davon gesprochen, daß dieser 1. März ein Tag der Rache sein wird. (*Abg. Moser: Na, na, na! — Abg. Pansi: Ein Tag der Ablösung!*) Ich kann für meine Leute, für die Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft sagen: Es wird ein Tag des Dankes sein, und sie werden auch wieder wissen, was sie an diesem Tag zu tun haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Robak. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Robak (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich nicht mit Problemen beschäftigen, die heute bereits behandelt worden sind. Ich möchte auf die drohende Verschmutzung und auf die damit verbundenen Gefahren für die Volksgesundheit hinweisen und mich nur mit dem Problem der Wasserversorgung in Österreich beschäftigen.

Als im Mai 1969 vom Hohen Hause das Wasserrechtsgesetz 1959 abgeändert wurde, habe ich als Sprecher der sozialistischen Fraktion unter anderem darauf hingewiesen, daß wir die Novellierung vollauf begrüßen, daß wir aber der Meinung sind, daß noch viel gesetzgeberische Arbeit notwendig sein wird, um in der sich rasch verändernden Welt allen Notwendigkeiten auf dem Gebiete der Wasserversorgung, aber auch der Abwasserrechnung zu tragen. Das war damals. Heute bin ich weiterhin der Meinung, daß der Staat und das Hohe Haus rechtzeitig alles vorkehren müssen, damit die Wasserversorgung für die Bevölkerung für viele Generationen hinaus gesichert wird. Die hierfür notwendigen Voraussetzungen müssen auch im Gesetz verankert werden.

Meine Damen und Herren! Alle gesetzlichen und behördlichen Maßnahmen werden aber nur wenig Erfolg haben, wenn nicht durch Aufklärung der Öffentlichkeit erreicht wird,

Robak

daß auch die Bevölkerung für die Maßnahmen Verständnis aufbringt und aktiv mitarbeitet. In den Schulen, im Rundfunk, im Fernsehen, aber auch in der Presse müssen die Bestrebungen der Verantwortlichen unterstützt werden. Es muß ein Wasserbewußtsein und der Sinn für die Gefahr in der Bevölkerung geweckt werden.

In der Wasserrechtsgesetznovelle 1969 wurde nicht nur eine Reihe von Abänderungsvorschlägen der begutachtenden Körperschaften, sondern auch noch Abänderungsvorschläge im Ausschuß berücksichtigt. Wir haben das damals begrüßt und begrüßen es immer, wenn so etwas berücksichtigt wird. Einige Monate später wurde dann das Wasserbautenförderungsgesetz abgeändert und unter anderem die Bestimmung aufgenommen, daß auch Wasserverbände Subventionen und Darlehen für die Errichtung von Wasserversorgungsanlagen vom Wasserwirtschaftsfonds erhalten können, was vorher aus dem Grund leider nicht möglich war, weil das Wasserbautenförderungsgesetz im Jahre 1948 beschlossen worden ist und es niemanden gegeben hat, der damals voraussehen konnte, daß es neben Ortswasserleitungen auch Gruppenwasserleitungen geben wird. Damals, in dieser Zeit, hat es in Österreich überhaupt keine Gruppenwasserleitung gegeben.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die einfachste Form einer Wasserversorgung ist und bleibt die aus einer Quelle oder aus einem lokalen Brunnen. Wenn aber in der Nähe einer Stadt oder einer Gemeinde Wasser in ausreichenden Mengen und von einwandfreier Beschaffenheit zur Verfügung steht oder gestanden ist, hat man — man wird es unter Umständen auch jetzt noch tun — aus dieser örtlichen Quelle Ortswasserleitungen errichtet. Aber es zeigt sich, daß der steigende Verbrauch, aber auch die hygienischen und die mengenmäßigen Ansprüche den Gemeindevätern und den Verantwortlichen immer mehr Kopfzerbrechen bereiten. Wir wissen, daß eine kleine Ortswasserleitung viele Mängel aufweist, wir wissen aber auch, daß der Betrieb und die Erhaltung solcher kleiner Ortswasserleitungen umso teurer ist, je kleiner ihr Umfang ist und je weniger Menschen an diese kleine Wasserleitung angeschlossen sind.

Kleine Versorgungsanlagen — das ist heute schon sicher — können keinen selbständigen Wartungsdienst aufbauen und erhalten. Die Betriebssicherheit und die damit zusammenhängenden Schwierigkeiten können leider nur dann richtig behandelt werden, wenn fachmännisches Personal vorhanden ist.

Sehr treffend wird auf die vielen Schwierigkeiten und Mängel kleiner Ortswasser-

leitungen in einer einschlägigen Zeitschrift hingewiesen. Es heißt dort unter anderem: „Kleine Wasserwerke sind Fässer ohne Boden.“ Das stellte eine Gruppe von Fachleuten, die mit diesem Problem zu tun hat, fest. Es heißt dort weiter: „Mancher Wasserwart kannte nicht einmal den Hauptabsperrschieber!“, als diese Anlagen geprüft wurden. „Anderswo waren die Hydranten verschüttet, und die Armaturen ließen sich nicht mehr bedienen. Falsche Sparsamkeit verleitete zur Verlegung von zu engen Rohren, sodaß Neuanschlüsse nicht möglich waren. Aufbereitungsanlagen standen still oder wurden aus Unwissenheit unsachgemäß betrieben. Betriebsbücher fehlten oder wurden mangelhaft geführt. Fehler im Tarifsysteem ließen aus Geldmangel keine Reparaturen zu und zogen nach wenigen Jahren den völligen Verfall der Anlagen nach sich.“ Solche und ähnliche Beanstandungen erfolgten laut dieser Zeitschrift in achtzig von hundert überprüften Gemeindegewasserwerken. Meine Damen und Herren! Da muß wohl etwas nicht in Ordnung sein! Dazu möchte ich jetzt etwas sagen.

In Österreich gibt es bei den über 4000 Gemeinden in einigen tausend Gemeinden Ortswasserleitungen und Wassergenossenschaften. Auf viele unter ihnen treffen nach meiner Meinung die Mängel, die in dieser deutschen Zeitschrift aufgezeigt wurden, zu. So wurde vor einigen Jahren bei einer Tagung in Österreich bekanntgegeben, daß in einer österreichischen Großstadt (*zwei Abgeordnete führen zwischen dem Rednerpult und den Abgeordnetenbänken ein Gespräch.*)

Präsident: Vielleicht kann man die Plauderstündchen nicht immer unmittelbar vor dem Redner machen.

Abgeordneter **Robak** (*fortsetzend*): 25 bis 30 Prozent an Wasser in Hausanschlußleitungen verlorengehen, die durch Korrosion der Anschlußarmaturen und Anschlußleitungen undicht geworden sind. Nur ein gut funktionierender Verwaltungsdienst kann hier Abhilfe schaffen. Auch bei Rohrbrüchen und Fehlern an Hydranten, die immer wieder vorkommen, kann ein ständiger Wartungsdienst sofort eingreifen und große Wasserverluste verhindern, aber auch verhindern, daß Haushalte und Ortsteile, ja — wie es manches Mal vorkommt — ganze Gemeinden längere Zeit ohne Wasser sein müßten.

Experten haben auch schon des öfteren festgestellt, daß das unterirdische Wasser, das **uns** aus Quellen oder Brunnen das Trinkwasser liefert, am Beginn seiner Wege durch den

Robak

Untergrund irgendwo im Einzugsgebiet der Wasserfassung die Oberfläche passieren muß. Hier ist es in dem Maße, wie der Mensch zunehmend in das Naturgefüge eingreift, der Gefahr verschiedenartiger Verunreinigungen ausgesetzt. Durch die Grundwasserströme gelangen — das wissen wir schon lange — Gifte, aber auch andere gesundheitsschädigende Stoffe über den Kreislauf des Wassers in die Leitungen der Wasserversorgungsanlagen.

Hiezu hat mir interessanterweise erst vor kurzem ein Fachmann auf dem Gebiete der Wasserversorgung, ein Wiener Beamter, erzählt, wie gut ihm und seinen Kindern, als sie vor einigen Monaten in Tirol ihren Urlaub verbracht hatten, dieses Quellwasser geschmeckt hat. Als Fachmann hat er sich gedacht, er müsse dieses aus der sprudelnden Quelle kommende Wasser mitnehmen, um es untersuchen zu lassen. Aber groß war seine Überraschung, so erzählte er mir, als die Fachleute feststellten, daß auch das Wasser aus der unserer Meinung nach unberührten Natur bereits Millionen verschiedener Stoffe beinhaltet. Das Wasser war nicht unrein, sondern vom fachlichen Gesichtspunkte aus war dieses Wasser für den menschlichen Gebrauch vollständig unbrauchbar.

Meine Damen und Herren! Aus all den angeführten und vielen anderen Argumenten, die von den Fachleuten immer wieder vorgebracht werden, ergibt sich, daß in zunehmendem Maße die Wasserversorgung und damit die Gesundheit der Bevölkerung gefährdet ist.

Erst vor einigen Tagen haben die Abgeordneten Spielbüchler und Thalhammer an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik eine Anfrage gestellt, und auch dort haben sie auf dieses Problem hingewiesen. Es heißt dort unter anderem — einen Satz möchte ich hier nur zur Verlesung bringen —: „Das Gesundheitsamt und die Wasserbehörden mußten schon vor längerer Zeit einschreiten, weil das Trinkwasser, wie den Gutachten von Sachverständigen entnommen werden kann, durch den Straßenbau“ — hören Sie zu: Straßenbau! — „beziehungsweise durch die Straßenbenützung so verunreinigt wird, daß es ohne Abkochen gesundheitsgefährdend wäre.“

Ich habe auch einige Zeitungsartikel, aber ich möchte Sie hier nicht weiter damit beschäftigen: In einer dieser Zeitungen ist vor mehreren Monaten zum Beispiel folgendes gestanden: Anfang Juli erschien der Wiener Journalist Sowieso beim Präsidenten des Obersten Sanitätsrats, Universitätsprofessor Karl Fellingner, um den österreichischen Gesund-

heitspapst auf die drohende Verseuchung des Grundwassers in Wien, Niederösterreich, Burgenland und Oberösterreich hinzuweisen. — Meine Damen und Herren! So ist es auf diesem Gebiete.

Es muß auch damit gerechnet werden, daß in nicht allzu langer Zeit bestehende Ortswasserleitungen ausfallen werden und daß die Zukunft nicht mehr diesen kleinen Ortswasserleitungen sondern großen, über weite Strecken sich ausdehnenden Gruppenwasserleitungen gehört. Wir müssen daher rechtzeitig auf diesem Gebiete der Wasserversorgung aus der Enge der Ortswasserleitungen auf die Raumwirtschaft übergehen und später, ähnlich wie in der Elektrizitätswirtschaft, eine Verbundgesellschaft aufbauen, damit sich die einzelnen Gruppen, wenn es notwendig ist, bei Engpässen in der Versorgung gegenseitig beliefern können.

Ich habe erst heute wieder in einer Salzburger Zeitung gelesen, daß sich die oberösterreichische Landesregierung und die Kammer der gewerblichen Wirtschaft erst vor einigen Tagen mit dem Problem der Wasserversorgung beschäftigt haben. Es heißt dort unter anderem: „Diese Probleme könnten nur in großräumiger Weise für das gesamte Bundesland gelöst werden.“

Mich freut es, daß das heute zufällig in der Zeitung steht, weil dieses Problem, das uns beschäftigt, zwar momentan nur bei uns im Burgenland aktuell ist, in den nächsten Jahren aber für ganz Österreich irgendwie zur Debatte stehen wird.

Was die Gruppenwasserleitung, die Gruppenverbände anbelangt, kann das Burgenland für die anderen Bundesländer auf einige Erfahrungen auf diesem Gebiet hinweisen, und zwar aus einer speziellen Situation heraus. Im Burgenland waren laut Volkszählung 1961 nur 6,3 Prozent der Haushalte an eine Wasserleitung angeschlossen. Diese Wasserversorgungsanstalten waren in einem sehr schlechten Zustand, sie waren oft 70 und 80 Jahre alt. Wenn wir diese Rohre ausgraben mußten, haben wir in diesen Gemeinden immer wieder Holzrohre gefunden.

Inzwischen haben die burgenländischen Gemeinden große Anstrengungen unternommen, sodaß mit Stichtag 1. Oktober 1969 von 319 Gemeinden bereits 264 Gemeinden zentrale Wasserversorgungsanstalten fertiggestellt haben. Das ist meiner Meinung nach sehr viel. Wir haben nur mehr 20 kleine Gemeinden ohne Wasserleitung, in 25 Gemeinden sind die Wasserversorgungsanlagen im Bau. Aber viele dieser Gemeinden haben sich bereits zu Wassergenossenschaften oder Wasserverbän-

14198

Nationalrat XI. GP. — 165. Sitzung — 10. Dezember 1969

Robak

den zusammengeschlossen. Vor allem der Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland sowie der Wasserleitungsverband Lockenhaus und Mittleres Burgenland sind Modellfälle, daß es auch in ländlichen Gebieten möglich ist, die Errungenschaften und die Erkenntnisse der Wissenschaft zu berücksichtigen, nämlich Wasserverbände für mehrere Gemeinden aufzubauen.

Wenn ich hier darauf hingewiesen habe, daß bereits viele Gemeinden zu Verbänden zusammengeschlossen sind, so kann ich auch darauf hinweisen, daß es in 150 Gemeinden mit 183.000 Einwohnern rund 47.000 Anschlüsse gibt. Die Kosten dieser Anlagen betrugen zirka 570 Millionen Schilling. Es sind jetzt nur noch etwa 150 kleine Gemeinden, die noch nicht an Gruppen angeschlossen sind, aber es zeigt sich bereits, daß viele der von mir aufgezeigten Mängel in diesen kleinen Gemeinden auftreten. Ich habe die Situation im Burgenland aufgezeigt, um dem Hohen Haus vor Augen zu führen, was in Zukunft zu geschehen hat.

Aber nicht nur im Burgenland beginnen sich die Gemeinden zusammenzuschließen. Ich weiß, daß sich auch in der Steiermark einige Gemeinden zu Gemeindeverbänden zusammengeschlossen haben. Es wird immer notwendiger, für die Ortswasserleitungen rechtzeitig ein Konzept zu erarbeiten, um die jeweils wirtschaftlichste Wassergewinnung, die Wasserspeicherung, die Verteilung, aber auch die Wartung, Verwaltung und Rücklagenbildung für die spätere Erneuerung der Gesamtanlage herauszufinden und festzusetzen.

Ich habe einleitend darauf hingewiesen, daß es bis zum Jahre 1969 nach dem Wasserbautenförderungsgesetz nicht möglich war, Verbände aus dem Wasserwirtschaftsfonds zu subventionieren beziehungsweise ihnen Darlehen zu geben. Ich möchte auf eine weitere Schwierigkeit hinweisen. Das Hohe Haus erinnert sich daran, daß die Verbände erst seit der letzten Novellierung eine Subvention beziehungsweise ein Darlehen erhalten. Es hat sich bei uns im Burgenland gezeigt — und das wird sich überall zeigen, wo sich Verbände bilden —, daß die Gemeinden, wenn sie sich zusammenschließen, auch die Wassergebühren, die Anschlußgebühren und alles, was dazu gehört, kassieren müssen. Hier hat sich gezeigt, daß wir wohl gesetzlich die Möglichkeit haben, daß Verbände geschaffen werden können — das ist in allen Gemeindeordnungen festgelegt, das ist auch in der Gemeindeverfassung festgelegt —, aber wir stoßen auf eine Schwierigkeit, weil im § 15 des Finanzausgleichsgesetzes festgelegt ist, daß nur Bund, Länder und Gemeinden die Abgabenhöhe

haben. Diese Abgabenhöhe ist aber nicht übertragbar. So konnte es geschehen, daß unser Verband, der Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland mit 67 Gemeinden und rund 135.000 Einwohnern von der Vollversammlung wohl die Vollmacht erhalten hat, die Gebühren zu kassieren, daß aber nach zehn Jahren der Verfassungsdienst beim Bundeskanzleramt irgendeinen Fehler gefunden hat und wir diese Gebühr ab 1. Jänner nicht mehr kassieren können. Das bedeutet, daß sich hier eine Schwierigkeit ergibt.

Ich könnte mir vorstellen, daß in Zusammenarbeit mit dem Bautenministerium, aber auch mit dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, mit dem Finanzministerium und dem Verfassungsdienst doch irgendeine Möglichkeit gesucht wird, daß unter Umständen zu § 15 Abs. 3 irgendein Passus dazukommt, damit, wenn es sich um Gemeindeverbände handelt, die Gemeinden nicht nur die Versorgung übernehmen dürfen, sondern damit die Gemeinden, wenn die Vollversammlung den Verband dazu ermächtigt, diese Gebühren auch kassieren können. Ich will nicht im einzelnen auf die Schwierigkeiten eingehen, aber ich kann das Hohe Haus versichern, daß die Schwierigkeiten für uns fast unüberbrückbar sind und daß sich, wenn sich in Zukunft mehrere solche Verbände bilden werden, auch in diesen Verbänden diese Schwierigkeiten ergeben werden. Das zu diesem Problem.

Meine Damen und Herren! Ich möchte aber doch noch auf einige andere Probleme kurz eingehen. Die Österreichische Volkspartei verlangt bei jeder Gelegenheit eine SPO-Alternative zur Regierungspolitik. (*Abg. Machunze: Schuld ist der Esterházy!*) Der Esterházy interessiert uns momentan nicht, aber wir werden auch noch über Esterházy reden. Sie werden überrascht sein, welche Lösung wir in der Esterházy-Frage finden werden. Aber die ÖVP ist hier ausgespannt worden, deswegen ist vielleicht irgendwie ein Unbehagen vorhanden. (*Abg. Machunze: Aber nein!*)

Was die lebenswichtigen Probleme der Wasserversorgung, der Abwässerbeseitigung, der Reinhaltung der Luft und des Wassers betrifft, kann nichts besser das Desinteresse, aber auch das Versagen der ÖVP demonstrieren als der Programmentwurf ihres 12. Bundesparteitages. Nur 14 Zeilen über dieses wirklich wichtige Problem! Ich werde hier nicht diese vollständig unbedeutenden Punkte vorlesen, ich möchte nur den Punkt c) vorlesen. Hier heißt es: „In der vergangenen Legislaturperiode ist es der österreichischen Bundesregierung gelungen, erstmalig ein Schwerpunktprogramm zur Reinhaltung

Robak

unserer Gewässer und Seen zu verwirklichen. Diese Maßnahmen führten zu folgenden Erfolgen: ... e) der Neubau großräumiger Wasserversorgungsanlagen im nördlichen und im mittleren Burgenland."

Meine Damen und Herren! Ich hätte verstanden, daß man so etwas in ein Programm hineingibt, wenn sich die ÖVP nicht vorher mit einem Flugblatt blamiert hätte, das von ihr stammt. Es steht als Unterschrift: „Bundesminister Franz Soronics, Abgeordneter zum Nationalrat.“ Schon vor mehreren Monaten ist die ÖVP eines Besseren belehrt worden. Damals hat man behauptet, der Ringwasserverband habe zirka 40 Millionen Schilling bekommen. (*Abg. Soronics: Das ist aber schon im vergangenen Jahr gewesen!*) Ja, aber im Programm schreiben Sie es immer wieder.

Ich bedaure, daß man immer wieder Behauptungen aufstellt, die nicht zutreffen. Ich glaube, es war der Herr Minister, der das gesagt hat und der damit die Sozialisten gemeint hat. — Nein, der Herr Landwirtschaftsminister hat gesagt: An der Ehrlichkeit unserer Politik hat es nicht gefehlt. — Man muß aber an der Ehrlichkeit der Politik der Volkspartei zweifeln, wenn Sie schreiben, daß der Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland großzügig unterstützt worden ist, wenn man auch in einem Flugblatt das behauptet, wenn man aber auf der anderen Seite nachweisen kann, daß der Wasserleitungsverband während der Koalitionsregierung wohl sehr viel Geld bekommen hat, von der Sie aber immer sagen, daß sie so schlecht war. Für uns Burgenländer und für den Wasserleitungsverband war die Koalition gut. Wir haben 40 Millionen Schilling bekommen. (*Ruf bei der ÖVP: Da hat der Weikhart geschaut!* — *Abg. Weikhart: Ja, da hat der Weikhart geschaut!* — *Zwischenrufe.* — *Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Meine Damen und Herren! Daß auch die paar Zeilen nur eine Augenauswischerei sind, darüber brauche ich nicht mehr Worte zu verlieren, denn wenn man unter 14 Zeilen drei Zeilen Behauptungen aufstellt, von denen ich nachweisen kann, daß sie nicht richtig sind, muß ich auch von den anderen Punkten annehmen, daß das nur Augenauswischerei gewesen ist. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Schluß. Wenn ich davon gesprochen habe, daß die Österreichische Volkspartei immer wieder eine SPÖ-Alternative betreffend die Wasserversorgung verlangt, muß ich sagen, daß sich die Sozialistische Partei gründlicher und mit mehr Ernst mit den Problemen des Wassers,

der Abwässer, der Luft und all dem, was hier hineinfällt, befaßt hat. 22 Seiten! Ich möchte nicht vorlesen (*Zwischenrufe bei der ÖVP*), wie gründlich diese Probleme behandelt worden sind. Herr Abgeordneter Grundemann, auch Sie lächeln. Ich glaube, auch Ihnen muß es ernst sein, daß sich Ihre Partei nur so dürftig mit diesem Problem auseinandergesetzt hat. Denn als Präsident der größten Gemeindeorganisation, die kleine Gemeinden vertritt, glaube ich, hätten Sie Ihrer Partei sagen müssen, daß sie sich mit diesen Problemen ernster befassen soll. In diesem Programm ... (*Abg. Machunze: Wer hat die Störche in Rust betreut?*) Das weiß ich nicht! Aber auf jeden Fall Sie nicht, Herr Abgeordneter, Sie nicht! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Im sozialistischen Humanprogramm — ich möchte nicht viel vorlesen, ich möchte, daß Sie das Programm lesen — heißt es: „Förderung des Gewässerschutzes“. Hier werden ernstliche Vorschläge gemacht, wie man diesem Problem irgendwie an den Leib rücken kann. Hier wird über das bestehende Recht gesprochen, hier werden gesetzliche Maßnahmen verlangt und vieles, vieles andere mehr.

Ich habe einleitend zu diesem Humanprogramm gesagt: Ich möchte, daß Sie es lesen!, und möchte damit schließen, daß ich Ihnen sage: Meine Damen und Herren! Die Sozialistische Partei ist gut vorbereitet und kann mit ruhigem Gewissen das Versprechen abgeben, das Wasser- und Abwasserproblem besser zu lösen als die ÖVP-Alleinregierung, wenn sie von den Wählern am 1. März den Auftrag dazu bekommt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Fachleutner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Fachleutner (ÖVP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn wir die Budgetberatungen der letzten Tage verfolgt haben, so können wir feststellen, daß die massiven Angriffe von der roten Opposition wie auch von der blauen Opposition plötzlich, wenn man die letzten Jahre betrachtet, wesentlich nachgelassen haben. Es gibt zwei Möglichkeiten dafür: Erstens vielleicht auf Grund der kommenden Entscheidung, die der 1. März 1970 für die österreichische Bevölkerung darstellt, um den Eindruck zu erwecken, die beiden Oppositionsparteien wären für die österreichische Bevölkerung wählbar. Zweitens — wobei ich der Meinung bin, daß Sie mit Ihrer Obstruktionspolitik, mit Ihrer negativen Politik, die Sie in den letzten Jahren betrieben haben, in diesem Hause Schiffbruch erlitten haben —

Fachleutner

müssen Sie jetzt sehen, daß es nicht eingetreten ist, daß das Wirtschaftswachstum nicht gesteigert werden konnte, daß es nicht eingetreten ist, daß die Menschen unseres Landes arbeitslos geworden sind, daß es nicht eingetreten ist, daß sich ein Sozialstopp ergeben würde, daß es nicht eingetreten ist, daß wir uns nicht bemüht hätten, auch in der Bildungspolitik gewaltige Fortschritte zu erzielen, und daß es nicht eingetreten ist, daß wir die Preis- und Vermarktungspolitik in der Landwirtschaft nicht fest im Griff behalten konnten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie wissen ganz genau, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil Sie ja erkennen, daß sich die Erfolge einstellen, daß Sie von uns doch nicht verlangen können genauso charmeurmäßig ans Rednerpult zu treten, daß wir uns auch von der Igelstellung lösen, wo Sie uns jahrelang in Grund und Boden verdammt haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, von uns jetzt zu verlangen, mit dieser Methodik weiterzufahren da werden Sie sich irren. Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten versuchen die österreichische Bevölkerung über Ihre Methode aufzuklären *(Abg. Weikhart: Aber wir auch!)*, und ich bin überzeugt, daß auch der Gastspieler Kreisky, so wie er es schon im niederösterreichischen Wahlkampf getan hat, bei seinen Versuchen, an die Bauern heranzutreten, Schiffbruch erleiden wird. Das angestrebte Ziel wurde Ihnen von der Bauernschaft und von vielen Niederösterreichern vereitelt. *(Abg. Weikhart: Herr Kollege! Ein Mandat haben wir gewonnen! Die Mehrheit im Bundesrat haben wir gewonnen! Ist das nichts?)* Aber in Vorarlberg, Herr Kollege, haben Sie kein Mandat erreicht. Es ist richtig, daß Ihre Vernebelungspolitik in der Vergangenheit in der österreichischen Bevölkerung angekommen ist. *(Abg. Weikhart: Einer ÖVP-Nebel gibt es nicht?)* Es ist aber ebensowohl richtig, daß Ihre Vergiftungspolitik erkannt wurde und es sich jetzt zum Besseren wendet und aus diesen Überlegungen die Kehrtwendung von 180 Grad gemacht wird. Wir würden auch eventuell von der österreichischen Bevölkerung auf Grund unseres Handelns eine Bestätigung erhalten.

Nun komme ich zum eigentlichen Thema und möchte zu einigen Zwischenrufen der beiden Oppositionsparteien Stellung nehmen. Es ist ganz interessant in diesem Hause, wenn sich Schwierigkeiten in der Agrarpolitik ergeben. Wir geben es offen zu; ich denke zum Beispiel an die fünfziger Jahre zurück, wo wir nach Österreich immerhin noch 300.000 Tonnen Weizen importieren mußten, um die Bevölkerung zu ernähren. Durch den Fleiß der österreichischen Bauernschaft ist es

immerhin gelungen, in den letzten Jahren **nicht nur** autark zu sein, sondern einen Überhang von 200.000 bis 300.000 Tonnen zu erzielen.

Wenn dann plötzlich der Landwirtschaftsminister im Erkennen der letzten Jahre Maßnahmen einer Umlenkung, einer Umschichtung von Brotgetreide zu Futtergetreide trifft, dann ist es sehr interessant, wenn heute ein Kollege Ihrer Partei schon wieder drohend erklärt hat: Eine Überproduktion bei Futtergetreide, und wir tun nichts. Die Agrarpolitik hätte versagt, weil wir auf Grund der Umschichtungsmaßnahmen des Landwirtschaftsministers und des Erkennens der Schwierigkeiten beim Getreidebau zugunsten des Futtergetreidebaues umlenkten.

Sicherlich ist es sehr erfreulich, wenn es in diesem Jahr bereits gelungen ist, auch beim Futtermais autark zu werden, sogar mit einem kleinen Überhang. *(Abg. Meißl: Und den Preis zu senken!)* Lassen Sie das unsere Sorge sein, Kollege Meißl, daß wir auch mit diesem Getreideüberhang durch eine vernünftige Politik, die der Landwirtschaftsminister betreibt, fertig werden. Diese Politik für die österreichischen Bauern kann es nur durch eine starke Österreichische Volkspartei geben, damit wir diese Schwierigkeiten überwinden können. *(Zwischenruf des Abg. Haas.)* Herr Kollege Haas! Hätten Sie bei den Schwierigkeiten, die sich in den letzten Jahren auf dem Viehsektor ergeben haben — wenn wir die inländischen Märkte beschickt hätten und keine Exporte tätigen hätten können, wäre es zweifellos zu einem Preiszusammenbruch zuungunsten der Bauern gekommen —, wenn Sie, die rote Opposition dieses Hauses, die Regierung gestellt hätten, die Landwirtschaft von 82 Millionen auf 142 Millionen Schilling angehoben? Sprechen Sie das laut aus. Das hätten Sie nicht, sonst hätten nicht Ihre Sprecher in diesem Hause heute erklärt oder auch der neue „Finanzminister“ einer sozialistischen Regierung — Gott behüte Österreich! —, der kürzlich in einer Diskussionsrunde zum Beispiel erklärt hat, man müsse eine Umschichtung bei den Stützungen vornehmen. Ich fordere den Kollegen Androsch auf, an dieses Rednerpult zu kommen und uns diese Umschichtungen zu erklären. Will er es den Bauern wegnehmen, inkamerieren, will er es der österreichischen Bevölkerung übertragen? Die sozialistische Opposition müßte laut aussprechen, welche Methoden sie im Falle einer Mehrheit der österreichischen Bevölkerung gegenüber anwenden würde.

Daher glaube ich, auch in diesem Fall sagen zu können: Die österreichischen Bauern wären

Fachleutner

gut beraten, nicht nur in der Gegenwart — wenn wir auch Schwierigkeiten haben —, sondern auch am 1. März und nach dem 1. März der großen Österreichischen Volkspartei die Treue zu halten und Ihnen den Denkzettel zu geben, damit die „Gastspiele“, die Sie in den letzten Monaten zu geben versucht haben, eingedämmt werden. *(Zwischenruf des Abg. Haas.)* Sollte Ihre Partei, Herr Kollege Haas, durch ihren Parteiboss aber weiterhin solche Gastspiele zu geben versuchen, dann wären wir Ihnen dafür sehr dankbar, weil er keinen Eindruck erweckt hat. Das haben ja die niederösterreichischen Landtagswahlen gezeigt, Hohes Haus! Das ist ja nicht wegzuwischen! *(Abg. Haas: „Das war das beste Zugpferd“, hat es in Niederösterreich geheißt! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Eine andere Frage. *(Abg. Weikhart: Wer hat jetzt das Mandat verloren — Sie oder wir? — Weitere lebhaftes Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Präsident: Meine Damen und Herren, ich bitte, sich wieder etwas zu beruhigen. *(Anhaltende Zwischenrufe.)*

Abgeordneter **Fachleutner** *(fortsetzend):* Ich werde ein bisschen ruhig sein, damit Sie aussprechen können. *(Abg. Weikhart: Wer hat das Mandat verloren, Herr Kollege?)*

Wir betrieben daher in den letzten Jahren auch im Rahmen der Agrarpolitik eine moderne Import- und Exportpolitik, meine sehr Verehrten. Und wenn Sie uns bezichtigen, daß in der letzten Zeit die Preise — wie Sie es beurteilen — übermäßig angestiegen wären, dann muß ich feststellen, daß doch nicht die Landwirtschaft daran schuld war; daran waren sicherlich auch die Forderungen unserer braven Arbeitnehmer schuld, die erfüllt werden mußten und die bewirkten, daß die Preise in den Verkaufsläden stiegen und auch in den nächsten Wochen steigen werden.

Ich möchte — ich habe gesagt: wir betreiben eine moderne Import- und Exportpolitik — in diesem Zusammenhang noch auf eines hinweisen: Was würde es dem österreichischen Konsumenten nützen, wenn wir nicht auch Exporte agrarischer Produkte durchführen würden, wenn wir nicht den Überhang bei Fleisch und Rindern oder Molkereiprodukten in den letzten Jahren auf den Weltmärkten abgesetzt hätten und weiter absetzen würden? Diese Politik bewirkt, daß die Preise in der Landwirtschaft gehalten werden können. Aber noch ein Effekt wird erzielt, eine Gefahr, die sich noch aus einer Ruinierung der österreichischen Landwirtschaft ergäbe, wird verhindert: Wenn man das nicht machte oder

wenn man den Thesen Ihrer Partei folgte, dann würden Tausende Betriebe rascher zugrunde gehen, und ich frage die beiden Oppositionsparteien, wie sie dann in Notzeiten eventuell über Nacht eine Produktion ankurbeln würden, um die Bevölkerung dieses Landes ernähren zu können. Auch auf Grund dieser Überlegung bin ich überzeugt — ich glaube, Sie wissen es sogar, Sie wollen es nur nicht zugeben —, daß die gezielte Agrarpolitik unseres Landwirtschaftsministers nicht nur eine Politik für die Bauern darstellt, sondern eine Politik für das gesamte österreichische Volk. *(Beifall bei der ÖVP.)* Daher glaube ich auch, daß es sich geziemt, unserem Landwirtschaftsminister und seinen Fachleuten dafür Dank zu sagen. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Ich darf weiters, Herr Kollege, auf eines hinweisen — Sie haben noch nicht davon gesprochen —: Wenn Sie sagen, es sei alles so schlecht bei den Bauern — auch den Kollegen Meißl möchte ich daran erinnern, der behauptet, es wäre nichts geschehen in der Agrarpolitik —, dann muß ich Ihnen entgegenhalten, daß wir in Österreich das modernste Kreditsystem Europas zugunsten der österreichischen Landwirtschaft besitzen. Nennen Sie mir einen Staat Westeuropas, dem es gelang, das durchzusetzen, statt dauernd zu versuchen, einen Keil in die Österreichische Volkspartei hineinzutreiben, indem Sie und vor allem Ihre Grüppchen die Meinung vertreten — das gilt auch für die blaue Opposition —, als ob wir nichts zu bestellen hätten. Gäbe es heute nicht diese starke Österreichische Volkspartei, wäre es um den österreichischen Bauern schlecht bestellt. Und das wissen unsere Bauern — ich habe unser modernes Kreditvergabesystem erwähnt —, und sie wissen auch, daß diese sogenannte schlechte ÖVP-Regierung, wie Sie sie immer bezichtigen, all diese Schwierigkeiten in den letzten Jahren meisterhaft gelöst hat *(Zwischenrufe bei der SPÖ — Abg. Dr. van Tongel: Ja, „meisterhaft“!)*, meisterhaft in allen Richtungen.

Ich darf in diesem Zusammenhang eines sagen: Erinnern Sie sich; ich glaube, 1967/68 war es, als der jetzige Staatssekretär Minkowitsch an diesem Pult die damaligen Schwierigkeiten, die sich bei den Arbeitnehmern ergeben haben, wo die Gefahr bestanden hätte, daß sie nicht beschäftigt werden können, beleuchtet und erklärt hat: Wir Bauern sind jederzeit bereit, nicht nur die Schwierigkeiten anzuerkennen, sondern auch unseren Obolus zu leisten, um die Wirtschaft mobil zu machen, damit die Menschen beschäftigt werden können, weil wir das größte Interesse

14202

Nationalrat XI. GP. — 165. Sitzung — 10. Dezember 1969

Fachleutner

an einer guten Kaufkraft haben, weil es nicht unwesentlich ist, ob sich die Arbeitnehmer ein Viertel Wein oder drei Viertel Wein leisten können, weil es nicht unwesentlich ist, ob sich die Unternehmer nur ein halbes Kilogramm Rindfleisch oder zwei Kilogramm Rindfleisch leisten können. Das waren die damaligen Überlegungen.

Sie bezichtigen uns in diesem Rundschreiben zu den niederösterreichischen Landtagswahlen, wo Sie uns bereits die Farbe weggenommen haben und *(ein Blatt Papier vorzeigend)* einen grünen Brief an die niederösterreichischen Bauern gerichtet haben, verschiedener Dinge. Ich weiß ja, Kollege Pfeifer hat es sehr schwer; ich persönlich schätze ihn, er ist ja wirklich ein Charmeur in diesem Hohen Haus *(Heiterkeit)*, aber er kann sich nicht durchsetzen in seiner Partei. Das Flugblatt stellt zum Beispiel im Zusammenhang mit den Sanierungsgesetzen die Behauptung auf, bei der Alkoholsteuer hätten die Weinbauern versagt. Hohes Haus! Das ist doch eine Verdrehung! Wir konnten zwar diese Alkoholsteuer nicht mit Liebe zur Kenntnis nehmen, aber wir mußten es tun, eben — wie der Herr Staatssekretär damals gesagt hat — in Anbetracht des Umstandes, daß eine Sicherung der Arbeitsplätze als erstrangig zu bezeichnen ist und daß auch wir dazu unseren Beitrag leisten mußten. Es ist nicht Ihnen gelungen, eine Befristung dieser Sonderabgabe zu erreichen. Wir haben es erreicht. Hier muß ich ja die Frage an unseren Kollegen Pfeifer richten: Warum hat er denn, als der Finanzausgleich der Weinbauernschaft eine zweite Alkoholsteuer gebracht hat, als wir von der ÖVP die Meinung vertreten haben, das könnte man dieser Bauernschaft doch nicht antun, nicht auch den Mut besessen und mit uns gestimmt? Ich bin überzeugt, er muß sich seiner Klubordnung unterwerfen, so wie auch wir uns der Klubordnung und darüber hinaus auch den wirtschaftlichen Erfordernissen unterworfen haben. Das muß doch endlich einmal festgestellt werden!

Da nützt doch auch nichts, Herr Kollege Zeillinger, daß Sie plötzlich bei den rebellierenden Bauern aufgekreuzt sind, und ich glaube, Herr Kollege Weihs, Sie waren auch dabei; das haben Sie heute erklärt. *(Abg. Skritek: Gegen wen haben die rebelliert? — Weitere lebhaftes Zwischenrufe bei SPÖ und FPÖ.)* Das war ein Teil der Bauern, der über die Agrarpolitik und über die Entwicklung zum Großteil nicht Bescheid weiß. Ich mache diesen Bauern auch keinen Vorwurf, aber ich frage jetzt die beiden Herren: Wäre es nicht Aufgabe von Ihnen beiden gewesen, diese in Unvernunft rebellierenden Bauern

aufzuklären, nicht sie aufzuputchen? *(Abg. Weikhart: Warum hat der Bundeskanzler es nicht getan? — Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Sie haben sie aufgeputzt, nicht aufgeklärt. Das ist der wesentliche Unterschied. *(Abg. Weikhart: Der Klaus ist davongelaufen! Der hätte sie aufklären sollen!)* Ich persönlich kenne den Kollegen Zeillinger, der sehr oft, zu jedem Kapitel in diesem Hause spricht, und ich bin der Meinung, wenn er gewollt hätte, hätte er auch die rebellierenden Bauern auf die Schwierigkeiten, die es zwangsläufig nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa gibt, hinweisen können. *(Abg. Weikhart: Das hätten ja Sie machen müssen! Das wäre ja Ihre Aufgabe!)*

Interessant war, das Liebespiel zwischen dem Bauernverband und der Sozialistischen Partei in den letzten Jahren zu verfolgen: nicht nur, daß Sie bei Mansholt Erkundigungen eingeholt haben, was man zu tun gedenke. Ich glaube, Sie sind inzwischen etwas stiller geworden, Sie wurden eines Besseren belehrt. Aber es ist interessant, daß zum Beispiel das sozialistische Blatt in Salzburg nach einem Bauernaufmarsch des Bauernverbandes geschrieben hat: Die Großen, die Reichen bekommen nicht genug als die sogenannten Nimmersatt und ziehen auf die Straße, um zu demonstrieren. Denen kann doch kein Mensch trauen.

Man sieht also, daß auch das Zusammenspiel nur so lange Halt hat, als man diese Gruppe politisch mißbrauchen kann. Ich möchte auch dies in diesem Zusammenhang hier festgestellt haben.

Einer der Kollegen hat beispielsweise erklärt, wir hätten im Erkennen der Umschichtung zu wenige Maßnahmen gesetzt. — Es hat schon einmal der Landwirtschaftsminister vor diesem Forum sehr eindeutig gesagt: Hat man denn in Österreich ganz vergessen, daß in den letzten zehn oder zwölf Jahren rund 50.000 bis 60.000 bäuerliche Betriebe ihre Betriebsstätten zugesperrt haben? — Das ist sicherlich mit viel menschlichem Leid verbunden, aber es ist eine Entwicklung, die wir in ganz Europa feststellen, und Sie bezichtigen uns in Ihren Aussagen heute wieder, wir seien nicht bereit, mit unseren Freunden draußen über diese Probleme zu reden, die wir versuchen müssen, menschlich zu lösen.

Das war ja auch der Grund, warum wir uns beim Arbeitsmarktförderungsgesetz so eingesetzt haben. Das war ja auch der Grund, warum wir uns beim Strukturfondsgesetz eingesetzt haben. Gleich nach dieser Beschlußfassung über einen Kreditrahmen von 500 Millionen Schilling durch die „böse ÖVP-Regie-

Fachleutner

„*rung*“ schrieb die „Arbeiter-Zeitung“ wieder, für die Bauern werden Haftungen in Millionenhöhe übernommen. Diese Mittel könnten — so ähnlich schrieb sie — für andere Zwecke verwendet werden.

Ich gebe offen zu, daß sich manchmal Industriebetriebe und kleinere Betriebe, weil sie mit ihrer Produktion nicht existent sind, weil sie regional und auch auf den Weltmärkten ihre Produktion nicht absetzen können, entweder zusammenschließen oder leider auch, so wie es 50.000 bis 60.000 bäuerliche Betriebe bereits getan haben, vielleicht ihre Tore schließen müssen.

Die Volkswirtschaftler auf Ihrer Seite haben interessanterweise eine wesentlich andere Meinung, als Sie hier zum Ausdruck bringen. Sie bezichtigen uns, es wäre unsere erste Aufgabe — Pansi hat das doch heute gesagt —, einen Betrieb nach dem anderen zu schließen. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Ihre Volkswirtschaftler sagen etwas anderes; sie sagen, man müsse sich der industriellen Entwicklung auch in diesem Falle anpassen.

Und nichts anderes hat diese „böse“ Österreichische Volkspartei in den letzten Jahren getan. Denken Sie an die Bergwerker, die auch in den Wirtschaftsprozeß eingegliedert wurden. (*Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.*)

Wenn wir daher die Entwicklung und vor allem die von der Agrarpolitik beeinflusste Politik in Österreich betrachten, müssen wir, wenn wir objektiv sind — seien Sie einmal ehrlich, ich glaube, der ehemalige Staatssekretär Weikhart, ein alter Routinier, wird es sicherlich auch anerkennen (*Abg. Weikhart: Ehrlich war ich immer!*) — feststellen, daß wir die bessere Partei sind (*Abg. Weikhart: Nein, nein, nein!*) gegenüber den beiden Oppositionsparteien. (*Lebhafter Widerspruch bei der SPÖ. — Abg. Weikhart: Sie vergessen, Sie sind im Parlament und nicht in einer Wählerversammlung!*)

Auf Grund dieser Überlegungen ist mir nicht bange, daß Ihnen am 1. März die österreichischen Bauern und mit ihnen die Arbeitnehmer und die Gewerbetreibenden einen entsprechenden Denkmittel versetzen werden, weil nur eine starke Österreichische Volkspartei in der Agrarpolitik, in der Wirtschaftspolitik, in der Sozialpolitik und in der Kulturpolitik jene Wege weist, die nicht nur die Gegenwart garantieren, sondern die auch für die Zukunft als Garant anzusehen sind.

Aus diesen Überlegungen und aus diesen Ansichten geben wir gerne dem Kapitel Landwirtschaft unsere Zustimmung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Fux das Wort.

Abgeordneter **Fux** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Berufskollege, der Herr Abgeordnete Fachleutner, hat hier eben ziemlich lautstark (*Abg. Glaser: ... eine sehr gute Rede gehalten!*) und mit wenig Aussage eine Wahlrede gehalten. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Er hat anscheinend geglaubt, er ist irgendwo draußen in einem Dorf, wohin die Information nicht bis zum Letzten gedrungen ist. Herr Kollege Fachleutner! Es ist schon mehrmals in diesem Hause darauf hingewiesen worden, daß hier herinnen keine Wähler gewonnen werden können. (*Abg. Fachleutner: Ich habe mich ja nicht bei Ihnen bemüht, Herr Kollege!*) Ich will daher von diesem Spiel wieder abgehen.

Daß Sie, Herr Kollege Fachleutner, es so lustig finden, daß Ihre Partei in Niederösterreich ein Mandat verloren hat, ist Ihre Sache. Daß Ihnen natürlich auch der „Bauernbrief“ nicht die größte Freude bereitet hat, ist auch verständlich. Die Wahlergebnisse gerade bei den niederösterreichischen Landtagswahlen (*Abg. Machunze: ... waren ausgezeichnet!*) haben ja ergeben, daß der Stimmenzuwachs der Sozialistischen Partei gerade in den kleinen Dörfern Niederösterreichs am größten war. (*Beifall bei der SPÖ.*) Daß Sie deshalb diesen grünen Zettel nicht sehr lieben, kann ich verstehen.

Ihre Rede war ansonsten sicherlich auch sehr lustig. Aber da wir uns eigentlich mit einem sehr ernsten Thema zu befassen haben, nämlich mit dem Budget 1970, möchte ich mich auch mit dem Landwirtschaftsbudget, und zwar nur mit einem Teil davon, befassen.

Es ist heute schon mehrmals gesagt worden, daß das für das Jahr 1970 vorgelegte Landwirtschaftsbudget gegenüber dem Budget des Vorjahres keine allzugroßen Abweichungen hat. Lediglich im Grünen Plan ist eine Erhöhung um 30 Millionen Schilling feststellbar. Der Optimismus des Herrn Landwirtschaftsministers, beispielsweise beim Milchpreisausgleich mit der veranschlagten Summe das Auslangen zu finden, ist sehr schwer verständlich.

Dies soll aber nicht die Ursache meiner Wortmeldung sein. Vielmehr habe ich vor, mich vorerst mit einigen Ansätzen des Grünen Planes zu befassen.

Es ist meines Erachtens fast über Gebühr anerkannt worden, daß bei der Erstellung des Grünen Planes erstmals neue Wege beschritten wurden. Es ist allerdings erst ein kleiner

14204

Nationalrat XI. GP. — 165. Sitzung — 10. Dezember 1969

Fux

zaghafter Schritt in Richtung neuer Weg getan worden.

Erstmals wurde in diesem Grünen Plan als kreditpolitische Maßnahme ein Betrag von 100 Millionen Schilling für den Besitzstrukturfonds bereitgestellt. Weitere 10 Millionen Schilling werden als Bundesbeiträge dem Besitzstrukturfonds zur Verfügung gestellt. Sicherlich ist es begrüßenswert, daß nun endlich auch bei den kompetenten Stellen der Agrarpolitik schön langsam und sachlich die Einsicht Platz greift, daß das Hauptproblem der Landwirtschaft das Strukturproblem ist.

Es bedurfte langjähriger Hinweise der Sozialisten und ist auch hauptsächlich diesen zu verdanken, daß endlich der Versuch unternommen wird, Förderungsmittel des Grünen Planes in Richtung Strukturverbesserung zu lenken. Sie von der Österreichischen Volkspartei beanspruchen ja gerne eine Monopolstellung in Fragen der Agrarpolitik. Es ist ein Symptom, daß die Agrarpolitik jene Wege geht, die von den Sozialisten jahrzehntelang vorher aufgezeigt wurden. (*Abg. Machunze: Das glaubst ja selber nicht!*) Beispiele hierfür, Kollege Machunze, gibt es genug. Allerdings sind diese verspätet gegangenen Wege, bedingt durch den ständigen Wandel der Voraussetzungen, oftmals zu dieser Zeit, wenn sie von der offiziellen Agrarpolitik beschritten werden, nur mehr bedingt zielführend.

Im Grünen Plan scheint in gleicher Höhe wie im Vorjahr — 40 Millionen Schilling Bundesbeiträge, 145 Millionen Schilling Kredite — der Posten Besitzfestigung auf. Ich habe bereits im Ausschuß darauf hingewiesen, daß die Mittel dieses Postens unkontrollierbar gewissen Parteifreunden zugeschanzt werden. (*Abg. Machunze: Bitte welche?*) Unter der Entrüstung der ÖVP-Abgeordneten habe ich also bereits im Ausschuß darauf hingewiesen, daß mit diesen Beiträgen nicht Landwirtschaftsförderung betrieben wird, sondern Sie betreiben — auch Kollege Pfeifer hat das heute schon gesagt und den gleichen Ausdruck gebraucht, den ich seinerzeit im Landwirtschaftsausschuß gebraucht habe — „sündhaften Seelenverkauf“ mit den Mitteln der Besitzfestigung.

Es war mir im Ausschuß leider wegen Zeitmangels nicht möglich — die Sitzung des Landwirtschaftsausschusses war nur eine Stunde vor der Beratung des Budgetausschusses angesetzt —, diese meine Behauptung zu untermauern. Ich könnte Ihnen viele Beispiele aus der Praxis bringen. Ich will Sie, meine Herren vom Bauernbund, aber selbst

zu Wort kommen und hier Ihr eigenes Urteil über die Besitzfestigung bringen lassen.

Ich zitiere wörtlich mit Genehmigung des Herrn Präsidenten den Herrn Abgeordneten Kinzl. Der Herr Abgeordnete Kinzl, langjähriger Vizepräsident der oberösterreichischen Landwirtschaftskammer — also ein Mann, der es wissen muß ... (*Abg. Machunze: Fux, der kommt als nächster Redner!*) Das ist mir nur recht, Herr Kollege Machunze; ich freue mich darüber, daß er dann Gelegenheit hat, dazu Stellung zu nehmen. Ich zitiere vorerst einmal wörtlich, was der Herr Kollege Kinzl im Vorjahr in der Budgetdebatte beim Kapitel Landwirtschaft — es war dies in der Sitzung vom 4. Dezember 1968 — wörtlich gesagt hat:

„Die für uns wichtigsten Förderungsmaßnahmen sind Besitzfestigung und Grundaufstockung. Durch die Besitzfestigung werden in erster Linie Betriebe, die unschuldig in Not geraten sind, wieder in die Lage versetzt, aus eigener Kraft weiterarbeiten zu können.“ (*Abg. Kinzl: Was ist da Schlimmes dran?*) Lassen Sie mich doch fertigzitiieren, Herr Kollege Kinzl, ich bin noch immer bei dem, was Sie voriges Jahr in der Budgetdebatte gesagt haben:

„Uneingeweihte werden vielleicht glauben, daß diese Beihilfen etwas zu leichtfertig ausgegeben werden. Dazu möchte ich folgendes sagen: Mein Bezirk umfaßt 5400 landwirtschaftliche Betriebe, davon sind viele Bergbauernbetriebe. Aber nur zirka 30 bekommen jährlich eine Beihilfe aus der Besitzfestigungsaktion. Daß dabei sehr genau gesiebt werden muß, ist selbstverständlich. Nur jene kommen in den Genuß einer Beihilfe, die neben der Bedürftigkeit dieser Hilfe auch wirklich würdig sind.“ — So Kinzl im Vorjahr in der Budgetdebatte.

Er sagte also, daß von den 5400 Betrieben seines Bezirkes nur zirka 30 in den Genuß einer Beihilfe aus der Besitzfestigungsaktion kommen. Er sagt weiter, eine Beihilfe wird nicht leichtfertig gegeben, sondern ist unschuldig in Not geratenen Landwirten vorbehalten. Die Empfänger werden genau ausgesiebt. Es ist daraus zu schließen, daß nicht alle unschuldig in Not geratenen Landwirte die Beihilfe erreichen, es gibt, nach dem Gesagten zu schließen, weitaus mehr Bewerber für die Besitzfestigungsaktion als dann tatsächlich Einbezogene. Und jetzt, Herr Kollege Kinzl, kommt es: Für die Zuerkennung ist nicht ausschlaggebend die Bedürftigkeit, sondern die Würdigkeit.

Na, ich kenne, Herr Kollege Kinzl, aus der Praxis aus meinem Bezirk, wer diese „Wür-

Fux

digen" sind. Wer sich nur wagt, den Verdacht auf sich zu lenken, nicht parteiliniertreu zu sein, hat die Würdigkeit auf alle Zeiten verloren. (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Es ist daher für die wirtschaftlich Schwächeren im Dorf nicht ratsam, aus der Reihe zu tanzen. Gerade diese, die wirtschaftlich Schwächeren, haben es notwendig, besonders eifrig Parteitreu zu zeigen, um nicht die Würdigkeit auf alle Zeiten zu verlieren. Höchstens ein Bessergestellter, ein sogenannter reichere Bauer, kann es sich im Dorf leisten, sich der Partei seiner Überzeugung zuzuwenden. Ein wirtschaftlich Schwacher riskiert den Verlust seiner Würdigkeit, in eine eventuelle Aktion, wie sie in Ihrem Budget, in Ihrem Landwirtschaftsbudget vorgesehen ist, einbezogen zu werden. Denn über die Würdigkeit eines Bewerbers urteilen Sie, meine Herren vom Bauernbund, allein und unkontrollierbar! — Das zur Besitzfestigung.

Ein anderer Posten des Grünen Planes, der heuer eine wesentliche Erhöhung aufweist, ist der Ansatz Produktivitätsverbesserung der Viehwirtschaft. Es ist eine Erhöhung von 6 Millionen Schilling im Vorjahr auf 26 Millionen Schilling in diesem Jahr vorgesehen. Es ist nichts dagegen einzuwenden, die Bemühungen der Umorientierung von der Milch zur Fleischkomponente fortzusetzen. Ob es jemals gelingen wird, wie angestrebt, 40 Prozent des Gesamt-Kuhbestandes bei noch so hohem Einsatz von Geldmitteln unter die Milchleistungskontrolle zu bringen, ist mehr als fraglich.

Fraglich ist auch, ob die Zielerreichung einen tatsächlich so hohen gesamtwirtschaftlichen Effekt erreicht, daß der Einsatz so hoher Mittel hierfür gerechtfertigt erscheint. Die Zielerreichung, 40 Prozent des Kuhbestandes in die Leistungskontrolle zu bringen, ist derzeit fast nicht annehmbar. Es ist eine sinnlose Anwendung der Geldmittel zu befürchten.

Ob die Züchtung von Reit- und Sportpferden von der Landwirtschaft zu fördern ist, ist ebenso eine sehr umstrittene Frage.

Es ist sicher erfreulich, daß der Export von Nutz- und Zuchtrindern vom Jänner bis September 1969 eine Erhöhung um 12.879 Stück, von 34.206 Stück des Vorjahres auf 47.085 Stück im gleichen Zeitraum dieses Jahres, erfahren hat und der Schlachtrinderexport in der gleichen Zeit von 58.560 Stück auf 55.347 zurückgegangen ist. Es ist aber trotzdem mehr als optimistisch, im Budget nur 141 Millionen gegenüber 143 Millionen im Vorjahr für Preisausgleich bei Schlachttieren einzusetzen. Selbst bei Annahme einer weiteren Reduzierung des Exportes — gerade das

Gegenteil ist in den letzten Monaten festzustellen — kann doch nicht mit Sicherheit damit gerechnet werden, daß die EWG bei der derzeitigen Abschöpfung von 4,01 S pro Kilogramm Lebendgewicht auch im Jahre 1970 unbedingt bleibt. Eine Erhöhung der Abschöpfung wieder auf die volle Höhe von 6 S pro Kilogramm Lebendgewicht würde bedeuten, daß die derzeitige Exportstützung von 1,50 S pro Kilogramm Lebendgewicht nicht beibehalten werden könnte. Eine wesentliche Erhöhung der Exportstützung würde bei gleichbleibender Exportmenge den Einsatz erhöhter Mittel auch des Bundes erfordern.

Keine Mittel werden im Agrarbudget für die Erschließung von Nebenerwerbsmöglichkeiten in landwirtschaftlich ertragsarmen Gebieten bereitgehalten. Gerade die Schaffung von Möglichkeiten des Nebenerwerbs wäre für manche Teile des Bundesgebietes die erfolgreichste und nachhaltig wirkendste Agrarförderung.

Selbst landwirtschaftliche Genossenschaften verlegen ihre Produktionsstätten vom Land in die Industriezentren. Die Verarbeitung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in den landwirtschaftlichen Genossenschaften wird vom Lande weggezogen und den Landbewohnern die Möglichkeit des Nebenerwerbes genommen. So begrüßenswert die Schaffung großer, schlagkräftiger Genossenschaften ist und die Fusionierung zu kleiner Genossenschaftsgebilde zu forcieren ist, bilden doch überdimensionierte Genossenschaften einen gewissen Nachteil und in mancher Hinsicht sogar eine Gefahr. Neben wirtschaftlichen Nachteilen, beispielsweise durch zu lange Anfahrtswege vom Hof des Mitgliedes zu seiner Genossenschaft, ist wohl der größte Nachteil bei zu großen Genossenschaften die Entfremdung des einzelnen Mitgliedes seiner Genossenschaft gegenüber. Trotzdem soll die landwirtschaftliche Genossenschaft eine gewisse Größe aufweisen, um ihren Aufgaben gerecht zu werden.

Aufgabe des Genossenschaftswesens wäre es, in neue Bereiche des bäuerlichen Wirtschaftslebens einzudringen. Neben dem Ein- und Verkauf landwirtschaftlicher Produkte und Bedarfsgüter, der Verarbeitung und Verwertung landwirtschaftlicher Erzeugnisse wäre der Einsatz und die Verwendung landwirtschaftlicher Maschinen auf Genossenschaftsbasis voranzutreiben. Schließlich hat die Genossenschaft auch die Aufgabe zu erfüllen, die Bauern wieder zur Idee des gemeinsamen Eigentums, dessen Nutzenanwendung und Verpflichtung zu erziehen.

Das Genossenschaftsgesetz, aus 1873 stammend und mehrmals novelliert, wäre dringend reformbedürftig. Bereits im Vorjahr habe ich

Fux

darauf hingewiesen, daß auch den politischen Minderheiten die Möglichkeit der Teilnahme an Verwaltung und Überwachung eingeräumt werden soll. Schon im Vorjahr hat der Herr Abgeordnete Ing. Karl Hofstetter zu verstehen gegeben, daß seine politische Gruppe, der Bauernbund, nicht gewillt sei, politischen Minderheiten ein Mitspracherecht in den landwirtschaftlichen Genossenschaften einzuräumen. Er argumentierte ungefähr so: Die Mitgliedschaft in den Genossenschaften sei eine freiwillige, Minderheiten haben sich eben, falls sie in der Genossenschaft bleiben wollen, der Mehrheit unterzuordnen. Stimmt es, Herr Kollege Hofstetter? Haben Sie das im Vorjahr gesagt? (*Abg. Ing. K. Hofstetter: Ganz nicht so!*) Ich habe es doch aus einem stenographischen Protokoll nachgelesen, Herr Kollege Ing. Hofstetter! (*Ruf bei der SPÖ: Genau so!*) Sie weigern sich doch beharrlich, den Minderheiten ein Mitspracherecht in den landwirtschaftlichen Genossenschaften zu sichern! (*Zwischenruf des Abg. Kern:*) Es war doch unweigerlich so ... (*Abg. Ing. K. Hofstetter: Das hängt doch nicht von der Politik ab!*) In gewissem Maße schon, Herr Kollege Hofstetter! Das sagen Sie natürlich, es hängt nicht davon ab, weil es Ihnen nicht paßt, aber es hängt natürlich ab! Es gibt nun eben einmal politische Parteien. (*Abg. Kern: Das liegt doch in der Konstruktion!*) Deswegen sprechen wir ja von der Reform des Genossenschaftsgesetzes, daß in dieses Gesetz hineinkommen soll, daß auch die politische Minderheit darin ein Mitspracherecht verankert hat, denn freiwillig wählen Sie von der ländlichen Genossenschaft nie einen Roten hinein! Schließlich und endlich haben diese auch ein Recht, in der Genossenschaft drinnen zu sein! (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Das wollen Sie nicht zugeben. (*Abg. Ing. K. Hofstetter: Wenn niemand da ist, kann man ihn nicht hineinwählen!*) Es ist jetzt ein Jahr vergangen, seit wir uns in diesem Haus darüber unterhalten haben.

Herr Kollege Ing. Hofstetter! Ein Sekunderl möchte ich Sie noch von Ihrer Arbeit aufhalten. Wissen Sie, was in diesem Jahr geschehen ist? Ihre Parteifreunde im Niederösterreichischen Landtag haben eine neue Kammerwahlordnung beschlossen. Wissen Sie, warum sie die beschlossen haben? Damit sie die sozialistische Mehrheit sogar aus der Kammer hinaus haben! Sie haben kleine Wahlkreise geschaffen, was völlig unnötig ist, nur damit sie die Sozialisten auch aus der Kammer hinausbringen. (*Abg. Kern: Einstimmig beschlossen! — Abg. Ing. K. Hofstetter: Sie haben mitbeschlossen!*) Herr Kollege Hofstetter! Ich möchte Sie nur daran erinnern,

mit welchem Großmut ... (*Abg. Ing. K. Hofstetter: Sie haben es mitbeschlossen!*) Ja, mitbeschlossen: Was ist uns anderes übriggeblieben? (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Weil wir getrachtet haben, noch ein bisserl was herauszubringen! Weil Sie uns die zweite Liste genehmigt haben! Schließlich haben wir da mitgestimmt. Aber es war doch das Ganze nicht notwendig! Wir haben doch eine sehr gute Wahlordnung gehabt! Ganz Niederösterreich war Wahlgebiet und ein Wahlkreis. Das wäre doch das beste gewesen! Ich habe Sie voriges Jahr daran erinnert, uns ein Mitspracherecht in der Genossenschaft zu geben, und Ihre Parteifreunde beschließen ein Gesetz, mit dem sie uns auch aus der Kammer hinausbringen. Herr Ing. Hofstetter! Ich darf Sie aber daran erinnern, mit welchem Großmut bei den Arbeiterkammern Ihren Parteifreunden gegenüber vorgegangen wird (*neuerliche ironische Heiterkeit bei der ÖVP*) und wie dieser Großmut beansprucht wird. (*Abg. Staribacher: Das glaube ich!*) Daher ist diese Ihre Haltung dem Arbeitsbauernbund gegenüber umso unverständlicher.

Herr Kollege Hofstetter! Hören Sie mir noch einmal eine Sekunde zu! Sie können dann gleich wieder weiterarbeiten. Sie sind heute in der Landwirtschaft fast in Niederösterreich der maßgebliche Mann. Sie waren heute auch der erste Redner. Sie sind der Obmann des Landwirtschaftsausschusses! Sie haben sehr viel im Bauernbund zu reden. Deshalb möchte ich heuer wieder an Sie den Appell richten: Führen Sie zusammen mit der Sozialistischen Partei eine Reform des Genossenschaftsgesetzes durch, damit auch den Minderheiten das Recht eingeräumt wird, in den Genossenschaften mitzuarbeiten! Sie dürfen nicht übersehen, daß diese landwirtschaftlichen Genossenschaften doch einen immer breiteren Wirkungskreis bekommen. Sie sind nicht mehr für die Bauern allein da. Ich denke nur an die bäuerliche Geldorganisation, an die Raiffeisenkasse. Auf dem Land draußen wird sie nicht nur von den Bauern benützt, sondern auch von sehr vielen Arbeitern und Angestellten.

Genauso ist es auch bei der Lagerhausorganisation. Sie müssen sich doch einmal Gedanken machen, daß diese Leute auch irgendwie eine Möglichkeit der Vertretung haben, nicht aber, daß es Ihnen vorbehalten ist, daß Sie diese Leute eventuell herausuchen, denen Sie eine gewisse Mitsprache geben. Wir haben nun einmal politische Parteien, Herr Kollege Hofstetter, bedenken Sie doch das! Geben Sie diesen Minderheiten auch die Möglichkeit, in den landwirtschaftlichen Genossenschaften mitzuarbeiten und mitzuentcheiden. (*Abg. Steiner: Das haben Sie*

Fux

voriges Jahr auch schon gesagt!) Sicherlich habe ich das gesagt, aber in der Zwischenzeit hat sich nichts geändert! Geändert hat sich schon etwas, aber noch zum Schlechteren. Deshalb möchte ich heuer noch einmal an Sie appellieren. Es ist doch auch in Ihrem Interesse, daß diese Minderheiten, die die Genossenschaften benützen, auch ein Mitspracherecht eingeräumt bekommen. (*Abg. Steiner: ... die haben großes Vertrauen zu unseren Leuten!*) Herr Kollege Steiner! Ich würde sehr gern mit Ihnen eine Zwiesprache führen, aber der amtierende Präsident hat vor kurzem mitgeteilt, daß das in der Geschäftsordnung nicht enthalten ist, und deshalb möchte ich Sie bitten, daß wir uns nachher draußen treffen und dort die Diskussion weiterführen (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ*), da das hier geschäftsordnungsmäßig nicht möglich ist! (*Abg. Glaser: Der Steiner soll Ihnen einen kleinen Schwarzen zahlen! Was? — Heiterkeit.*) Ich riskiere sonst, daß mir eventuell das Wort entzogen wird, wenn ich mich nicht an die Geschäftsordnung halte.

Aber lassen Sie mich zusammenfassen: Eine umfassende Reform des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens soll nicht nur die Strukturen der landwirtschaftlichen Genossenschaften verbessern, neue Bereiche der genossenschaftlichen Tätigkeit erschließen und die Genossenschaftsidee im Bewußtsein der bäuerlichen Menschen festigen, auch den politischen Minderheiten sollen echte Möglichkeiten der Mitarbeit und der Mitsprache eingeräumt werden.

Zum Schluß möchte ich darauf hinweisen, daß das Landwirtschaftsbudget, das uns der Herr Minister vorgelegt hat, nur in ganz kleinen Ansätzen unseren Vorstellungen entspricht und daß der Großteil der Mittel doch wieder so eingesetzt werden kann, daß er Ihre Machtgröße auf dem Dorf draußen irgendwie vermehrt. Sie können daher verstehen, daß wir neben anderen Gründen schon aus diesem Grunde diesem Budget als Sozialisten, auch als sozialistische Bauern nicht die Zustimmung geben können. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kinzl das Wort.

Abgeordneter **Kinzl** (OVP): Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Kollege Fux hat mich in seiner Rede zitiert und hat das, was ich voriges Jahr von diesem Tische aus gesagt habe, vorgelesen. Ich stehe nach wie vor dazu, was ich vor einem Jahr gesagt habe.

Nur etwas gefällt mir nicht: daß Sie wieder sagen, daß bei der Besitzfestigung eine Freunderlwirtschaft betrieben wird. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Herr Kollege! Da muß ich Ihnen sagen: Sie kennen die Praxis nicht, denn wenn Sie draußen wirklich zu tun hätten, müßten Sie sagen, daß es das nicht gibt. (*Neuerliche Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Ich habe selbstverständlich wohl gesagt, daß nicht nur die Bedürftigkeit gegeben sein muß, sondern auch die Förderungswürdigkeit. Selbstverständlich! Ich habe nun einmal die in Ihrer Meinung vielleicht komische Auffassung, daß man in erster Linie auch förderungswürdig sein muß, daß man etwas bekommen kann. (*Abg. Weikhart: Zuerst bedürftig sein!*) Es hat keinen Zweck, jemandem etwas zu geben, der es im nächsten Moment vielleicht ins Wirtshaus trägt oder sonst irgendwohin. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Kollege Fux! Bedürftig ist bald wer, aber ob es dem auch gut tut, wenn man ihm noch Geld dazu gibt — dieser Meinung können wir uns nicht anschließen. (*Zwischenrufe bei der SPÖ. — Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner gibt das Glockenzeichen.*) Ich bin sehr lange dabei, ich bin seit 1945 Kammerrat und habe daher immer vom Bezirk Scharding aus die Verteilung auch dieser Geldmittel geleitet, ich kenne das sehr genau. Jedenfalls haben wir uns sehr genau darüber unterhalten und jeden Fall einzeln angeschaut, ob er auch wirklich förderungswürdig ist. (*Abg. Ing. Häuser: Förderungswürdig ist nur einer von der ÖVP!*) Nein, nein, das hat mit der Partei, sehr geehrter Herr Kollege, nichts zu tun! Selbstverständlich nicht! Daß natürlich mehr von uns gefördert werden, ist logisch, weil Sie kaum jemanden dabei haben, aber da können wir nichts dafür. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mir ist gesagt worden, ich soll mich möglichst kurz fassen, und ich werde das gerne tun. Ich möchte nur praktisch im Telegrammstil zu einigen Gesetzen Stellung nehmen, die in dieser Legislaturperiode für die Landwirtschaft, und da ganz besonders wieder für die Kleinbauern, beschlossen wurden. Dabei möchte ich einige Gesetze ganz besonders herausgreifen. Es sind dies das Grunderwerbsteuergesetz, das Strukturverbesserungsgesetz und die Novelle zum Arbeitsmarktförderungsgesetz.

Die Novelle zum Arbeitsmarktförderungsgesetz ist besonders für uns Kleinbauern außerordentlich wichtig, weil nun auch für diese große Gruppe die Möglichkeit besteht, sich umschulen zu lassen, und wir dann auch vielleicht unsere Familie besser ernähren kön-

14208

Nationalrat XI. GP. — 165. Sitzung — 10. Dezember 1969

Kinzel

nen. Das wichtigste in diesem Gesetz ist, daß der Kleinbesitzer die Möglichkeit hat, seinen Besitz zu behalten, daß er ihn nicht aufgeben muß und er trotzdem die Möglichkeiten des Arbeitsmarktförderungsgesetzes ausnützen kann.

Dasselbe gilt selbstverständlich auch für die Kleingewerbetreibenden, die mit ihrem kleinen Gewerbe nicht mehr das nötige Einkommen haben. Gerade diese Kleingewerbetreibenden auf dem Land sind aber auch für uns Landwirte außerordentlich wichtig, und ich kann mir nicht vorstellen, daß es ein Dorf gibt, wo es keinen Schmied, keinen Wagner, keinen Binder oder vielleicht auch keinen Korbflechter mehr gibt.

Die Angelegenheiten des Arbeitsmarktförderungsgesetzes gehören eigentlich zum Sozialministerium. Da aber so viele Kleinbesitzer daran interessiert sind, möchte ich auch heute beim Kapitel Landwirtschaft dazu sprechen. Wie schon gesagt, das Arbeitsmarktförderungsgesetz gibt vielen Kleinhäuslern die Möglichkeit der kostenlosen Umschulung. Nur, offen gestanden — und ich gebe das ohneweiters zu — hat das noch einen ganz kleinen Haken, weil es zurzeit noch keine Grundschulungskurse gibt. Es gibt nur Fortbildungskurse. Aber ein Mensch, der bisher nur in der Landwirtschaft gearbeitet hat, kann unmöglich von heute auf morgen einen Fortbildungskurs machen. Er braucht also zuerst einen Grundschulungskurs, um sich die notwendigen Grundkenntnisse anzueignen. Vielleicht ist da in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsförderungsinstitut eine brauchbare Lösung zu finden.

Ich habe außerdem erfahren, daß sich für die Umschulung noch sehr wenige anmelden, daß also die Anmeldungen sehr spärlich sind. *(Unruhe im Saal.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Entschuldigen, Herr Abgeordneter! Ich bitte die Damen und Herren, nicht alle auf einmal zu reden. Man versteht den Redner absolut nicht mehr.

Abgeordneter **Kinzel** *(fortsetzend)*: Vielleicht liegt die Erklärung darin, daß die notwendigen Kursstätten noch nicht vorhanden sind. Grundsätzlich ist das Arbeitsmarktförderungsgesetz ein außerordentlich gutes Gesetz, und ich bin überzeugt, wenn es sich entsprechend eingespielt hat, daß damit vielen Kleinlandwirten, die von ihrer Landwirtschaft allein nicht mehr leben können, geholfen werden kann.

Engst damit verbunden ist aber auch die Notwendigkeit, daß die neu angelernten Arbeitskräfte einen entsprechenden Arbeitsplatz finden, der nicht allzuweit vom Wohnsitz entfernt ist. Wahrscheinlich zögern viele

mit der Umschulung deswegen, weil sie keinen geeigneten Betrieb in der Nähe haben, in dem sie Arbeit finden. Der umgeschulte Landwirt möchte auch nicht zum Wochenpendler werden, weil er früh und abends noch in seiner Landwirtschaft zu tun hat. Daher ist es notwendig, daß auf dem Lande draußen Betriebe gewerblicher oder industrieller Art errichtet werden, und es sollen Arbeitsplätze in einer zumutbaren Entfernung von der Wohnstätte des Erwerbers geschaffen werden.

Durch die Novelle zum Arbeitsmarktförderungsgesetz können bestimmt noch Tausende wertvollste Arbeitskräfte gefunden werden. Es dauert bestimmt noch einige Zeit, bis der Wert dieses Gesetzes voll anerkannt wird und auch entsprechend ausgenützt wird. Das hiezu nötige Geld ist Gott sei Dank vorhanden.

Und nun zum Strukturverbesserungsgesetz: Dieses Gesetz wird dazu beitragen, daß im Zuge der notwendigen Umstrukturierung auftretende Schwierigkeiten leichter gemeistert werden. Hauptzweck dieses Gesetzes ist, daß mit frei werdenden Grundstücken landwirtschaftliche Betriebe aufgestockt werden, um eine rentable Bewirtschaftung zu ermöglichen. Zum Ankauf von Grundstücken, Gebäuden und auch ganzen Betrieben werden langfristige Darlehen gegeben, und außerdem sind diese Rechtsgeschäfte nach § 7 des Strukturverbesserungsgesetzes von allen Stempeln und Rechtsgebühren befreit. Der Bund übernimmt die Ausfallbürgschaft für einen Kreditrahmen bis zu 500 Millionen Schilling.

Wir können nur hoffen, daß die Möglichkeiten, die dieses Gesetz gibt, auch entsprechend ausgeschöpft werden und dadurch eine echte Verbesserung der Agrarstruktur eintritt. Besonders hervorheben möchte ich dabei, daß auch Nebenerwerbsbauern diese Mittel in Anspruch nehmen können, wenn damit ihre Betriebe wirtschaftlich gestärkt werden.

Außerordentlich wichtig und interessant ist auch die Grunderwerbsteuergesetz-Novelle 1969. Dieses Gesetz hat vor allem Klarheit in viele Grundkauf- oder Tauschgeschäfte gebracht. Besonders war die Regelung wichtig für jene Fälle, wo zum Beispiel im Zuge von Kraftwerks- oder Straßenbauten Grundstücke oder ganze Betriebe abgelöst werden mußten. Es sind so manche dabei zum Handkuß gekommen, weil der Verkauf ohne Enteignungsverfahren durch freie Vereinbarung getätigt wurde. Ich kenne persönlich einige Beispiele, wo Leute nach Ablöse wieder Gründe oder ganze Betriebe angekauft haben und dann die Grunderwerbsteuer bezahlen mußten, weil kein Enteignungsverfahren eingeleitet war.

Kinzl

Durch die Grunderwerbsteuergesetz-Novelle ist eine Befreiung gegeben, auch wenn eine gütliche Übereinkunft erzielt wurde. Das Entscheidungsverfahren ist nicht mehr unbedingt erforderlich. Sehr wichtig erscheint mir aber die Entscheidung, daß nun die Siedlungsträger, die Agrarbezirksbehörden darüber hinaus entscheiden, ob im Zuge von Siedlungsmaßnahmen Arrondierungskäufe oder Tausche von der Grunderwerbsteuer befreit werden. Ich bin überzeugt, daß sich diese Gesetze auf Sicht gesehen nicht nur für die Landwirtschaft, sondern für die gesamte Raumordnung gut auswirken werden.

In der vergangenen Woche haben wir die 14. Novelle zur landwirtschaftlichen Zuschußrentenversicherung beschlossen, die für viele Zuschußrentner im kommenden Jahr eine Verbesserung bringt. (*Abg. Pay: Wer ist zuerst eingetreten dafür?*) Die ÖVP! (*Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.*) Herr Kollege! Ich kann jedenfalls mit gutem Gewissen sagen, daß ich immer dafür war, auch als ich noch nicht diesem Hohen Hause angehört habe. Das kann ich Ihnen jedenfalls versichern. (*Ruf bei der SPÖ: Sie allein in der ÖVP!*) Ich habe nicht gesagt, allein.

Und wenn in den nächsten Tagen noch das Bauern-Pensionsversicherungsgesetz, vielleicht sogar einstimmig, beschlossen wird, dann können wir wohl sagen, daß auch in dieser Legislaturperiode in diesem Hohen Hause für die Landwirtschaft gut gearbeitet worden ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich kann jedenfalls sagen, daß die Kleinbauern dankbar anerkennen, daß die Belange für uns kleine Bauern in der Agrarpolitik des Bauernbundes weitgehend Berücksichtigung gefunden haben, und ich kann dem kleinen Bauern nur mit gutem Gewissen empfehlen, auch am 1. März wieder die ÖVP zu wählen. (*Beifall bei der ÖVP. — Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Zeillinger das Wort.

Abgeordneter **Zeillinger** (FPO): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Nachdem der Kollege Fachleutner so eindringlich darum gebettelt hat, daß ich mich noch zum Wort melden soll, und Aufklärung verlangt hat, kann ich dem nicht widerstehen.

Der Kollege Fachleutner hat mich gefragt, warum ich bei der Bauerndemonstration vor dem Bundeskanzleramt die Bauern aufgeputscht und nicht beruhigt habe. Ich darf hiezu folgendes sagen: Ich habe sie weder aufgeputscht noch beruhigt, aber ich habe es als

meine Pflicht als Abgeordneter angesehen, mir die Demonstration anzuschauen, zu sehen, warum Bauern demonstrieren, nachdem ja die Sprecher der Volkspartei so wie heute immer erklären: Alle Bauern sind zufrieden. Der Herr Minister muß es glauben, er bekommt ja ununterbrochen Dankesbeweise von den Bauernbundesvertretern. Nun wollte ich sehen, warum Tausende Angehörige der Bauernschaft unter der Führung des Allgemeinen Bauernverbandes aufmarschieren und protestieren. Ich habe dort Tausende Bauern gesehen. Wenn ich nicht gesehen habe, war der Kollege Fachleutner und seine Freunde vom Bauernbund. Sie haben sich nicht hingetraut. Sie hätten dort ein Wort mit den Bauern reden und hätten sich die Tafeln anschauen können. Sie hätten auch die Fragen beantworten können. Dort stand nämlich genau das Gegenteil von dem, was Sie, Herr Kollege Kinzl, jetzt gesagt haben, nämlich, daß die Bauern so zufrieden sind, daß sie dem Bauernbund so dankbar sind.

Es ist heute von einem Vorredner das Wort „Denkzettel“ im Zusammenhang mit dem 1. März gefallen. Gut, die Bauern, die der Ansicht sind, daß alles in Ordnung ist, daß alles richtig ist, daß alles so bleiben soll, wie es ist, die fordere ich als Freiheitlicher auf, um Gottes Willen ja nur wieder den Bauernbund zu wählen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Die dieser Ansicht sind — ja, Herr Kollege Steiner —, die sollen Sie wählen. Aber darf ich Sie aufmerksam machen: Sie als Salzburger werden mittlerweile bemerkt haben, daß Sie immer weniger Stimmen bekommen, daß gerade Sie immer weniger Stimmen von den Bauern bekommen. Zwei Mandate Verlust sollten eigentlich ein Anreiz sein, bei diesen Worten nicht zu applaudieren, wenn ich sie ausspreche. Ich lade diese Bauern ein, so zu wählen; dann wird sich bestimmt nichts ändern, dann wird es in der Agrarpolitik so bleiben, wie es in den letzten zwanzig Jahren unter der Führung des Bauernbundes gewesen ist. Aber wer etwas ändern will, den muß ich daran erinnern, daß heute ein Bauernbundsprecher das Wort „Denkzettel“ ausgesprochen hat, der soll am 1. März diesen Denkzettel geben.

Und zu dieser Demonstration am 13. Mai auf dem Ballhausplatz noch ein offenes Wort. Auch darüber sollen wir sprechen. Es war nicht nur kein Vertreter des Bauernbundes dort, sondern es war auch die Bundesregierung nicht in der Lage oder zu ängstlich, eine Delegation zu empfangen. Wir haben über die Bedenklichkeit dieser Situation hier bereits einmal gesprochen, darüber, wo Demonstrationen hinführen können, wenn man sie in derartiger Weise provoziert. Und, Herr Mini-

14210

Nationalrat XI. GP. — 165. Sitzung — 10. Dezember 1969

Zeillinger

ster, es muß eine Provokation sein, wenn Tausende Vertreter der Bauernschaft nur deswegen, weil sie nicht Ihrer Partei angehören, einfach nicht empfangen werden, wenn die Resolution nicht entgegengenommen wird.

Die Ausrede, daß man etwa keine Zeit gehabt hätte — man hat ja dann tausend Ausreden gefunden —, die hat doch der damalige Staatssekretär Pisa eindeutig zerstört, indem er in einem Interview kurz nach der Demonstration auf die Frage, ob die Regierung bereit sei, ein Gespräch mit den Vertretern des Allgemeinen Bauernverbandes unter friedlichen Umständen zu akzeptieren, erklärt hat: Keineswegs, weil das ja nicht die demokratische Mehrheit der Bauern ist. Wenn wir mit den Bauern reden wollen, haben wir dazu in der Regierung selbst beste Gelegenheit.

Ich schätze Sie, Herr Minister, durchaus als Fachmann. Sie wissen, daß wir Sie nie als einen Nichtfachmann bezeichnet oder angesehen haben, aber der „Bauer“, mit dem die Vertreter des Allgemeinen Bauernverbandes reden wollen, hat sich auch nicht zur Diskussion gestellt. Und der Bauer sitzt ja gar nicht in der Regierung. Mit Ausnahme des Kollegen Minkowitsch, der im besonderen die Interessen der Weinbauern vertritt, gibt es ja keine Bauern in der Regierung.

Ich war dort, ich habe die Resolution entgegengenommen, ich habe sie durchgelesen, wir haben sie im Klub beraten. Wenn nämlich eine derartig große Berufsvertretung Anliegen an das Parlament heranträgt, dann soll man ernsthaft darüber beraten und ihnen nicht die Tür vor der Nase zuschlagen.

Aber ich darf Sie, Herr Bundesminister, fragen: Warum waren nicht Sie, warum kein Mitglied der Regierung, warum war kein Kanzler, kein Vizekanzler, kein Staatssekretär bereit, die Resolution des Allgemeinen Bauernverbandes zu übernehmen?

Meine Damen und Herren! Das empfinden die Bauern, die dort demonstriert haben, als Überheblichkeiten von seiten der Regierungspartei. Vielleicht werden Sie am kommenden 1. März einmal darüber sprechen.

Ich habe mich aber auch aus einem zweiten Grund zum Wort gemeldet. Es sind heute in der Diskussion eine ganze Reihe von Fragen aufgetaucht. Es ist bekannt: Ich bin kein Bauer, ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, aber ich habe mich immer mit Interesse mit bäuerlichen Problemen beschäftigt und habe wiederholt hier zu diesen Fragen gesprochen. Ich hoffe, daß der Herr Bundesminister sich auch am Schluß zum Wort melden wird, nicht so

wie bei früheren Budgetdebatten, wo er sich nur zum Wort gemeldet hat, wenn das Fernsehen noch aktiv war, wo er sich aber dann zum Abschluß zur Beantwortung der Fragen nicht mehr gemeldet hat.

Die Frau Kollegin Winkler hat gestern und heute die Frage eines Artikels in der deutschen Zeitung „DM“ angeschnitten. In diesem Artikel — es ist bekanntgeworden — ist der beinharte Vorwurf erhoben worden, die österreichische Butter wäre minderwertig, zum Teil sogar vergiftet, weil Rückstände eines Schädlingsbekämpfungsmittels darin vorgefunden worden sind. Diese Butter sei daher als gesundheitsgefährdend zu bezeichnen.

Wir haben die Antwort des Herrn Ministers gehört. Ich habe keinen Grund, das zu bezweifeln, was er gesagt hat: „Das ist nicht der Fall“. Herr Minister, entschuldigen Sie, aber das ist ja nur eine halbe Antwort gewesen. Sie haben bisher vergessen — und das ist jetzt meine Frage —, zu sagen, was Sie, Herr Minister, gegen diese Zeitung „DM“ unternommen haben zum Schutze der Bauern, die die Bauernbünde hier immer zu vertreten vorgeben. Darüber haben Sie nichts gesagt. Ich nehme an, es war nur ein Versehen.

Darf ich Sie daran erinnern, daß ein bekannter Filmschauspieler — Curt Jürgens —, dem einmal in einer illustrierten Zeitung vorgeworfen worden ist, er benütze einen Herzschrittmacher, sofort wegen dieser Diffamierung zu Gericht gegangen und natürlich der Illustrierten eine Millionenklage angehängt hat. Er hat nicht nur die Berichtigung verlangt, sondern auch einen Millionenprozeß angestrengt.

Darf ich die Antwort, die Sie der Frau Kollegin Winkler gegeben haben, zum Anlaß nehmen und fragen: Was haben Sie, Herr Minister, getan? Nicht der Bauernbund. Der Bauernbund hat Ihnen applaudiert. Aber entschuldigen Sie, Applaus ist zuwenig. Sie haben uns überzeugt, daß die österreichische Butter in Ordnung ist. Wir freuen uns darüber. Aber was haben Sie gegen die Diffamierung unternommen? Bitte teilen Sie uns mit, unter welcher Geschäftszahl und bei welchem Gericht Sie die notwendigen Schritte zum Schutze gegen diese Diffamierung des österreichischen Bauern eingebracht haben.

Wenn das nicht geschehen ist, Herr Minister, dann muß ich Ihnen als Anwalt sagen, daß Sie und das Ministerium in gröblichster Form die Interessen des österreichischen Bauernstandes verletzt haben. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Das müssen wir doch schon aus Gründen der Konkurrenzfähigkeit machen.

Zeillinger

Wir können doch nicht von ausländischen Zeitungen unsere Produkte derart herabsetzen lassen und uns dann darauf beschränken, daß hier im Hohen Haus der Herr Minister eine vollkommen befriedigende Antwort gibt. Sie applaudieren, Sie finden das genug. Aber was ist geschehen, um im Ausland dem deutschen Konsumenten zu sagen, daß die österreichische Butter gut ist? Es kommen Hunderttausende, ja Millionen Deutsche nach Österreich, und die glauben das jetzt alle. Die haben ja Ihre Rede heute nicht gehört, und sie werden auch kaum etwas von dem Applaus der Bauernbundabgeordneten hier im Hause hören. Die glauben natürlich, wenn Sie keine Schritte gegen die Zeitung „DM“ eingeleitet haben, daß diese Feststellung richtig war.

Daher darf ich Sie konkret bitten, die Antwort, die Sie der Frau Kollegin Winkler gegeben haben, um die Mitteilung zu ergänzen: Was haben Sie, was hat das Ministerium oder was hat die Regierung — bitte, ich möchte das nicht auf Ihre Person allein beschränken — an gerichtlichen Schritten unternommen, um diese Diffamierung des österreichischen Bauern und des österreichischen Exportproduktes nicht nur zu verhindern, sondern auch aufklärend zu wirken, um vor allem den großen Schaden, der den Bauern durch diesen Artikel zweifellos zugefügt worden ist — und wie wir hören, zu Unrecht zugefügt worden ist —, wieder gutzumachen und die österreichischen Bauern und ihre Produkte im In- und Ausland ins rechte Licht zu rücken? Ich bitte Sie, diese Frage konkret zu beantworten.

Weiters: Es hat sich vorhin ein Wortduell über die Milch- und Molkereipropaganda ergeben. Herr Minister, es war ein Zufall: Ich habe heute in meiner Wiener Wohnung bei meiner Mutter die Weihnachtspreisliste der NÖM gefunden, der Niederösterreichischen Molkerei. Darf ich Ihnen sagen, wofür dort Propaganda gemacht wird? Für Weißweine — durchaus verständlich, die Weinbauern wollen leben —, für Dessertweine, für Wermutweine, für Rotweine, für Sekt, für Edelbrände, für Scharlachberg, für ausländischen Birnenbrandy, für Slibowitz, für Underberg, für Whisky, für englischen Whisky, für schottischen Whisky, für Schweizer Liköre. Für alles das wird Propaganda gemacht. Aber ich lade Sie ein, Herr Minister: Zeigen Sie mir ein Wort über Milch, Butter, Käse, über österreichische Agrarprodukte.

Ist das die Aufgabe der Molkerei? Sehr viele Agrarmittel fließen in diese Molkereiorganisationen hinein, aber ist es ihre Aufgabe, für französischen Whisky Propaganda zu machen?

Dazu darf ich Ihnen noch folgendes sagen: Die Preise, die hier angegeben sind, liegen durchschnittlich um 30 bis 50 Prozent über den Preisen im EWG-Raum. Das ist nämlich auch das Interessante: daß die Produkte der Niederösterreichischen Molkerei im EFTA-Raum um 30 bis 50 Prozent teurer als im EWG-Raum verkauft werden.

Sehen Sie, das ist die Propaganda, das war der Zwischenruf, Herr Minister. Und sagen Sie jetzt klipp und klar: Billigen Sie das? Das geschieht ja auch auf Plakaten, das geschieht ja auch mit bunten Broschüren. Hier werden Zehntausende, Hunderttausende, Millionen Schilling an Werbemitteln ausgegeben.

Ich spreche mich nicht dagegen aus, daß hier das Geld in die Werbung gesteckt wird. Aber hier werden Molkereigelder in die Werbung für Alkohol hineingesteckt, und zwar in die Werbung für ausländischen Alkohol. Auch ausländische Weine, Herr Kollege Minkowitsch, bietet die Niederösterreichische Molkerei an. Für englischen Whisky, für französische Liköre, für Schweizer Alkoholika werden Zehntausende, ja Hunderttausende Schilling ausgegeben. Herr Minister, darauf sind Sie auch die Antwort schuldig geblieben. Darf ich als Nichtbauer fragen: Ist das die von Ihnen gebilligte Werbung und ist dafür der bitter erarbeitete Bauern Groschen da, daß die Niederösterreichische Molkerei vorwiegend für ausländischen Alkohol Propaganda macht und ihn noch dazu um 30 bis 50 Prozent teurer verkauft — das möchte ich auch mit aller Deutlichkeit sagen —, als es im anderen europäischen Wirtschaftsraum, im EWG-Raum, üblich ist?

Weil ich bei den Preisen bin, hätte ich eine weitere Frage, Herr Minister, die sich auf meinen Wahlkreis bezieht: Wir haben sehr viel über die Kalkulation gesprochen. Es ist heute vom ersten Sprecher der Freiheitlichen, vom Abgeordneten Meißl bereits die Frage des Milchpreises aufgeworfen worden. Wir Freiheitlichen haben, das wissen Sie, Mut genug, auch dem Konsumenten zu sagen, daß wir auch dann für echte Preise eintreten, wenn sie da und dort den Konsumenten einmal eine zusätzliche Belastung bringen, daß wir aber — und das möchte ich gleich hinzufügen — sehr genau zusätzliche Belastungen des Konsumenten beobachten, die Sie, meine Herren von der Volkspartei, in den letzten Tagen hier bereits angekündigt und zum Teil durchgeführt haben, die den Bauern nicht einen Groschen bringen werden. Auch darüber werden wir noch sprechen.

Ich möchte aber hier fragen, Herr Minister, ob folgende Kalkulationsgrundlage Ihre Billigung findet: Im Bundesland Salzburg ist die

14212

Nationalrat XI. GP. — 165. Sitzung — 10. Dezember 1969

Zeillinger

Landwirtschaftsschule Kleßheim um ein Stallgebäude erweitert worden. Das Stallgebäude ist sehr modern, das ist sehr erfreulich. Es kostet für 32 Kühe 3,2 Millionen Schilling. Meine erste Frage ist: Kann sich das der Bauer im Durchschnitt leisten? Und nun bin ich der Kalkulation einmal etwas nachgegangen. Es kostet also dort ein Kuhstand — 100.000 S. Bitte ich weiß nicht, ob meine Fachausdrücke richtig sind. Ich bitte alle Bauern um Entschuldigung, der Platz für eine Kuh, die Garage für eine Kuh kostet also 100.000 S, das heißt pro Kuh und Jahr haben wir 5000 S Stallbelastung auf Grund der Zinsen; da ist noch kein Groschen Amortisation dabei. Dazu müssen meiner Ansicht nach die Kosten für das Futter kommen, es müssen die Stromkosten dazukommen, die Wartung und Arbeitsleistung, und dann gibt eine Kuh, wie man mir sagt, etwa 4000 l Milch im Jahr, das sind also 8800 S. Herr Minister, wenn man der Kalkulation solche Ziffern zugrunde legt, dann nennen Sie mir den echten Bauernhof, der sich das leisten kann. Ich will jetzt nicht bestreiten, daß jeder der 30 — oder, ich habe einmal nachgeschaut, ich glaube, es sind 27 Herren der ÖVP in der Landwirtschaft tätig, wobei die Agrartechnokraten noch abgezogen werden müssen —, daß alle echten Bauern sind. Kann einer von Ihnen, wenn er seinen Hof mit seiner Hände Arbeit ehrlich bewirtschaftet, unter solchen Umständen zu Preisen kommen, die dann eine Grundlage für die Kalkulation des Ministeriums bilden?

Herr Minister, ich darf Sie also fragen — ich will gar kein Wort darüber verlieren, das ist eine Aussage Ihres Bereiches —: Gehen wir nicht völlig fehl, wenn wir derartige Voraussetzungen schaffen, die sich der durchschnittliche Bauer in Österreich — darüber müssen wir uns im klaren sein — niemals leisten kann? Wir täuschen doch dem Bauern etwas vor, was ihm unmöglich ist. Ich kenne zumindest kaum einen Bauern — es gibt einige —, der in der Lage ist, sich unter diesen Umständen für 32 Kühe um 3,2 Millionen Schilling ein Stallgebäude zu bauen, um es dann den anderen Bauern als Musterstall vor Augen zu führen, was natürlich die Grundlage von Fehlkalkulationen auf dem preislichen Sektor bildet.

Ich darf in diesem Zusammenhang, weil ich gerade bei der Hochstapelei bin, Herr Minister, fragen, ob etwa jene sechsstöckige Tintenburg, die für die Bauernkrankenkasse in Oberösterreich gebaut worden ist, Ihre Billigung findet, wo ich doch in der Zeitung gelesen habe, man hätte die Kosten nicht überschritten, worauf man stolz sei, Kosten immerhin in der Höhe von 17 Millionen Schilling, 17 Mil-

lionen Schilling für die Bauernkrankenkasse! Aber bis heute war es noch nicht möglich, eine dem Gesetz entsprechende Entschädigung der bäuerlich Versicherten zu erreichen. Die Versicherten bekommen jetzt 30 bis 50 Prozent der Honorarkosten, die sie bezahlen müssen. Bei einer gesetzlichen Regelung, die ja angestrebt werden sollte, könnten sie 80 Prozent des Honorars bekommen. Das haben Sie noch nicht erreicht, Herr Minister! Aber das hat die Regierung jetzt bisher so behandelt. Man kann jetzt den Ball nicht zwischen Ärzten und Versicherten hin und her spielen, vielleicht würde sich dann Kollege Scrinzi als Arzt wieder dazu melden, das weiß ich nicht, ich will ihn damit nicht provozieren; da wird also die Schuld einfach den Ärzten gegeben. Aber eine Tintenburg für die Bauernkrankenkasse um 17 Millionen Schilling aus den Geldern der zweifellos nicht nur wohlhabenden Bauern — ich werde hier einige Ziffern bringen — ist bereits gebaut worden. Das ist charakteristisch für die Agrarpolitik, die diese Regierung macht.

Darf ich zum Schulwesen übergehen und hier eine Frage an Sie richten, Herr Minister. Ich möchte gleich sagen, es ist eine persönliche Frage. Mir ist nicht klar, warum das landwirtschaftliche Berufsschulwesen nach wie vor nur auf der freiwilligen Basis beruht. Es gibt keine gesetzliche Möglichkeit, den landwirtschaftlichen Nachwuchs, etwa wie in anderen Berufen, an eine Berufsschule heranzuführen. Wir haben derzeit ein furchtbares Durcheinander. Wir haben auf dem landwirtschaftlichen Sektor im Gegenteil zum übrigen Schulsektor weitaus genügend Lehrer. Bei mir im Lande ist die Situation so, daß in einer Klasse nur 18 bis 20 Schüler sind. Hier darf ich gleich an die Kammern appellieren: Es wäre, glaube ich, dringend notwendig, Herr Präsident, daß man die Bauern über die Notwendigkeit der Berufsschule besser aufklären würde, denn die Schülerzahlen sind katastrophal niedrig.

Sie wissen, daß sogar die Sozialisten bei uns im Lande den Antrag im Auge haben oder gestellt haben, das kann ich nicht genau sagen, von vier Schulen aus Ersparungsgründen zwei zuzusperren. Das ist doch eine durch und durch unerfreuliche Entwicklung, und ich glaube, daß man doch — bitte, das ist jetzt meine persönliche Meinung, das möchte ich ausdrücklich feststellen — einmal den Gedanken eines Rahmengesetzes prüfen müßte, damit auch auf dem Gebiete des landwirtschaftlichen Berufsnachwuchses die Berufsschule nicht nur auf freiwilliger Basis besteht, sondern daß hier Ordnung gemacht wird und daß auch für den bäuerlichen Nachwuchs die Berufsschule vorgeschrieben wird. Es würde

Zeillinger

mich interessieren, Herr Minister, was Ihre Meinung dazu ist.

Vollkommen andere Verhältnisse — das ist heute hier schon besprochen worden — haben wir in der landwirtschaftlichen Mittelschule in Wieselburg. Hierüber ist mir mitgeteilt worden, daß viel zu viele — damit ich nicht mißverstanden werde —, zu viele Söhne und Töchter der Bauern Interesse an dieser Schule hätten, daß aber weitaus zuwenig Plätze vorhanden sind. Man hat auch Ziffern genannt, etwa 50 bis 60 Plätze sollen pro Jahr zur Verfügung stehen. Dafür wären 200 bis 300 Interessenten vorhanden. Dazu habe ich eben erfahren, daß sehr viele städtische Kinder, also Agrartechnokraten, dort herangebildet werden, sodaß die Bauernsöhne und -töchter, die diese Schule besuchen wollen, die Plätze nicht mehr frei finden. Das ist ein Bildungsgefälle zweifellos zum Nachteil des Landkindes.

Herr Minister! Wir können uns des Eindruckes nicht erwehren, daß es eine mangelhafte Bildungsplanung auf dem Agrarsektor gibt, eine unzulängliche Bildungsplanung, und daß es eine mangelhafte, wenn nicht überhaupt fehlende Bildungsforschung gibt. Ich darf daran erinnern und würde gerne Ihre Meinung dazu hören: Warum haben wir jetzt im Zeitpunkt der Reformkommissionen auf dem Sektor, wo eine Reform so dringend notwendig wäre, auf dem landwirtschaftlichen Sektor, im Zeitalter der ÖVP-Alleinregierung, deren letzte Tage kommen, das müssen wir heute feststellen, keine Reformkommission für das landwirtschaftliche Schulwesen? Dort wäre es fast am dringendsten, daß sie eingesetzt werde. Darf ich also fragen: Welches waren die Gründe im Ministerium, warum man die Vorschläge der Freiheitlichen nicht beachtet — sie sind nicht neu, ich wiederhole nur, was wir unzählige Male gesagt haben —, warum stemmen Sie sich, Herr Minister, gegen diese Reformkommission für das landwirtschaftliche Schulwesen? Warum soll der Bauer nicht den gleichen Anspruch und die gleiche Möglichkeit auf Bildung haben? Wir haben doch heute einen ganz anderen Bauern als vor 30 oder 40 Jahren. Der Bauernhof ist doch viel stärker technisiert. Heute hat doch ein Bauer mehr technische Geräte in seinem Stall stehen als etwa ein kleinerer Gewerbebetrieb. Der Bauer, dessen Hof oft abgelegen ist, ist gezwungen, die Reparaturen selbst durchzuführen, nicht aus Gründen der Kosten, sondern weil er keine Möglichkeit hat, jemanden rechtzeitig zu bekommen, der ihm etwa den auf dem Felde ausgefallenen Traktor repariert. Gerade hier fehlt es derart an der Schulung des Nachwuchses. Leider haben sich die Sprecher der Regierungspartei nicht damit beschäftigt. Ich

habe aber nicht gehört, welches die Gründe im Ministerium sind, daß man sich bisher in dieser Form gegen eine Reformkommission auf dem landwirtschaftlichen Schulgebiet gestellt hat.

Weil ich gerade bei den Traktoren bin, möchte ich Ihre Aufmerksamkeit, Herr Minister, auf einen weiteren Umstand lenken: Es mehren sich die Traktorenunfälle, und zwar sogar diejenigen mit tödlichem Ausgang und mit schweren Gesundheitsschädigungen. Seit Jahren sind Bemühungen im Gange, durch die Anbringung von Sicherheitssitzen einen Schutz beim Überschlagen des Traktors zu schaffen. Diese Verhandlungen sind leider um keinen Schritt weitergekommen. Im Bischofsaal in Salzburg haben sich vor kurzer Zeit in einer Sitzung des zuständigen Kuratoriums die Vertreter aller Parteien mit dieser Frage befaßt und haben einmütig das Bedauern ausgesprochen, daß es bisher zu keiner Regelung gekommen ist. Nachdem seit 1966 der „rote Widerstand“ gegen alle diese Maßnahmen nicht mehr besteht, fragt man sich: Mit wem kämpft jetzt die ÖVP bei Maßnahmen, die nicht einen Groschen kosten, die nur eine relativ kleine legisistische Regelung erfordern? Ich denke da zum Beispiel daran, mit welchen **Unmengen** von Papier wir überfordert worden sind. Aber dort, wo wirklich Maßnahmen notwendig wären, wo es um die Gesundheit und — ich muß das leider sagen — sehr oft um das Leben eines Bauern oder eines landwirtschaftlichen Arbeiters geht, ist nichts geschehen!

Wenn ich richtig informiert bin, so werden Sie, Herr Bundesminister, in nächster Zeit aus den Bundesländern einige Resolutionen und Proteste bekommen. Ich darf heute noch einmal folgende Anregung bringen: Wenn ich richtig im Bilde bin, regelt doch § 26 Abs. 8 des Kraftfahrgesetzes diese Frage. Es heißt dort, daß durch Verordnung nach den Erfordernissen der Verkehrs- und Betriebssicherheit dem jeweiligen Stand der Technik entsprechend nähere Bestimmungen über die Beschaffenheit, die Abmessung und die Anbringung der Sitze und zusätzlicher Schutzvorrichtungen festgelegt werden können.

Das verlangen die Bauern seit Jahren und beklagen sich bitter darüber. Ich persönlich nehme nicht an, daß die Schuld bei Ihnen, Herr Minister, liegt. Vielleicht kennen Sie dieses Problem überhaupt nicht. Wenn Sie es kennen, dann sagen Sie bitte, wer in Ihrem Ministerium verhindert, daß diese alte Forderung der Bauern erfüllt wird. Die Erfüllung dieser Forderung kostet nicht viel, das geht nicht in die Millionen. Das Ganze kostet allerdings den Bauern etwas, weil der Traktor dadurch zweifellos teurer wird. Aber der Bauer

Zeillinger

selbst verlangt ja diese Maßnahmen. Ich darf darauf hinweisen, daß sich Sprecher aller drei Parteien in meinem Lande erst wieder vor wenigen Tagen dafür ausgesprochen haben. Sie wollen gemeinsam beim Minister vorstellig werden, weil sie sich sagen: Nun geht die Zeit der ÖVP-Regierung zu Ende. Es kommt der 1. März, und wir wissen nicht, was nachher sein wird. Nachher wird man sagen: Das verhindert wieder diese oder jene Partei oder die Koalition, es geht nicht.

In vier Jahren haben Sie es versäumt, diese dringend notwendige Verordnung, die die Bauern aller Parteien verlangen, zu erlassen. Herr Minister, Sie werden wahrscheinlich noch im Dezember von seiten der Länder — ich habe gehört, daß sich sogar Landtage damit befassen wollen — mit dieser Frage befaßt werden. Ich darf Sie fragen, welche Gründe dafür vorhanden waren, daß es bisher nicht möglich war, diesem einhelligen Wunsch, diesem dringenden Verlangen der Bauern und aller Bauernorganisationen — ich glaube, hier gibt es keinen Unterschied zwischen den bäuerlichen Organisationen — nachzukommen.

Nun eine weitere Frage, die nicht technischer Natur ist, sondern mehr in die Verwaltungsvereinfachung hineinspielt. Ich muß zu meiner Schande gestehen: Obwohl ich schon viele Jahre auf dem Gebiet der Politik tätig bin, habe ich erst jetzt festgestellt, daß sich in bestimmten Bundesländern der Bereich der Bezirksbauernkammern nicht mit dem des politischen Bezirkes deckt. In Niederösterreich soll es 66 Bezirksbauernkammern geben. Ich fand allein im Bereich des politischen Bezirkes Melk 5 Bezirksbauernkammern.

Meine Damen und Herren! Sind Sie sich im klaren, welche verhaltungsmäßige Belastung das für den Bauern bedeutet? Ist es nicht Zeit, daß wir hier im Interesse der Bauern einen ersten Schritt der Verwaltungsvereinfachung machen? Natürlich soll sich der politische Bezirk mit der Bezirksbauernkammer decken. Überlegen Sie einmal: Überall, wo es eine Bezirksbauernkammer gibt, gibt es einen Bezirksbauernkammerobmann! (*Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Wiesinger.*) Entschuldigen Sie, Herr Kollege Wiesinger, das ist in anderen Bundesländern möglich, und es werden Reformen und Verwaltungsvereinfachungen sicher auch einmal in Niederösterreich möglich sein. Sie werden das hoffentlich nicht mit der Frage der ÖVP-Mehrheit koppeln wollen und sagen: Solange die ÖVP in Niederösterreich die Mehrheit hat, wird das nicht reformiert und vereinfacht werden.

Überlegen Sie: In Niederösterreich gibt es 66 Bezirksbauernkammerobmänner. Ich glaube, daß das keine sehr einträgliche Arbeit

ist, die Betreffenden werden sicherlich wenig bekommen. Aber in einem Bezirk, wo ansonsten einer sitzt, müssen von den Bauern für fünf die Aufwände aufgebracht werden. Es gibt dort auch entsprechend viele Sekretäre. In anderen Ländern gibt es pro Bezirk einen Sekretär, in Niederösterreich sind es pro Bezirk fünf, sechs Bezirksbauernkammersekretäre. Natürlich gibt es entsprechend viele Büros, Schreibkräfte.

Als nächstes habe ich mir die Kammerumlagen angesehen. Wir finden in Niederösterreich die höchsten Kammerumlagen. Das ist einer der Erfolge des Bauernbundes in Niederösterreich! In Niederösterreich gibt es die meisten Bauernkammern, aber nicht allein deswegen, weil Niederösterreich das größte Bundesland ist, sondern dort gibt es in manchen Bezirken mehr Bezirksbauernkammern, als ein ganzes anderes Bundesland hat. In Niederösterreich gibt es die meisten Bezirksbauernkammerobmänner, die meisten -sekretäre, die meisten -schreibkräfte, die meisten -büros und natürlich die höchsten Kammerumlagen!

Das ist das Ergebnis der Politik des Bauernbundes in Niederösterreich. Herr Minister, fernab von der Parteipolitik möchte ich feststellen: Die Bundesregierung spricht sehr viel von der Verwaltungsvereinfachung. In diesem Kammer- und Verbändestaat wäre nun ein entscheidender Schritt der Verwaltungsvereinfachung zu machen. Ich darf Sie um Ihre Meinung als Agrarminister fragen: Sind Sie nicht auch der Ansicht, daß man in Niederösterreich mit einer Reform der Bezirksbauernkammersprengelteilung — ein häßliches Wort! — wesentlich zur Entlastung der niederösterreichischen Bauern beitragen könnte?

Herr Bundesminister! Ich habe heute zu Beginn der Debatte wahrscheinlich wie alle anderen Abgeordneten eine grüne Mappe auf meinem Tisch vorgefunden. Ich war nicht mehr in der Lage, während der Sitzung alle Broschüren, die sicherlich interessant sind, zu lesen. Ich werde sie aber sicherlich später gerne lesen. Ich habe in einer Broschüre, in der es heißt: „Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner — Aufgaben und Probleme der Agrarpolitik im modernen Sozialstaat“, eine Antwort auf die Frage gefunden, was die Bauern in Österreich leisten und was sie dafür bekommen. Schauen Sie sich bitte die Seiten 4, 5 und folgende an. Sie werden sehen, daß etwa 19,5 Prozent der Berufstätigen — die Zahl, die ich bisher immer brachte, war 20 Prozent; ich korrigiere gerne das halbe Prozent — in der Landwirtschaft tätig sind. Und nun eine Zahl, die nicht in dieser Broschüre steht, ich bitte sie zu korrigieren, wenn sie falsch ist, ich habe sie von

Zeillinger

einer anderen Stelle bekommen: Diese rund 20 Prozent der Berufstätigen leisten etwa 32 bis 35 Prozent der Arbeitsstunden. Sie sind am Bruttonationalprodukt, also am Volkseinkommen, mit 7,1 Prozent beteiligt. Das heißt: Ein Fünftel der Berufstätigen bringt rund ein Drittel der Arbeitsstunden auf, ist aber nur mit 7 Prozent am Bruttonationalprodukt beteiligt. Herr Minister! Das sind Ihre Ziffern. Jeder von Ihnen hat das, Sie werden das sicherlich auch lesen.

Das ist eine katastrophale Entwicklung, eine nicht erfreuliche Entwicklung. Dem Minister gebührt Dank für seine Offenheit. Ich bin immer für ehrliche Zahlen. Aber, Herr Minister, jetzt muß man wirklich fragen: Was wird tatsächlich getan? Denn die bisherigen Maßnahmen zeigen doch in keiner Weise einen Ausweg aus dieser Situation auf.

Wir haben sehr viel von Preiserhöhungen gesprochen. Bei Preiserhöhungen gehen natürlich immer die Wogen hoch. Der Konsument wird belastet. Es ist für einen Politiker, für eine Partei immer gefährlich, solche unpopuläre Dinge zu sagen. Wir haben aber jetzt Preiserhöhungen: Die Butter wird teurer, der Topfen, der Käse wird teurer; mir fallen nicht alle Molkereiprodukte ein, die jetzt teurer werden. Das Brot wird teurer, das Mehl wird teurer. Der Konsument wird tatsächlich belastet. Meine Herren! Sie haben sich mit den Sozialisten wieder einmal „koalitionseinheitlich“ alles ausgepackt.

Alles wird teurer! Meine Frage, Herr Minister, ist schlicht und einfach: Mit wie vielen Millionen werden die Konsumenten durch die Maßnahmen, die die Regierung jetzt zu setzen beabsichtigt, belastet? Dabei möchte ich gleich sagen: Ich werde an den Millionen kaum Kritik üben, weil dies möglicherweise notwendige Maßnahmen sind. Aber bitte sagen Sie uns: Wieviel bekommt davon der Bauer? Ich bin kein Bauer, aber ich anerkenne seit Jahren, daß für einen Berufsstand, der ein Drittel aller Arbeitsstunden leistet und nur mit 7 Prozent am Nationalprodukt beteiligt ist, einmal irgend etwas getan werden muß! Dafür habe ich als Freiberufler volles Verständnis.

Sie haben bisher gesagt: Die Forderung, den Konsumenten schützen zu müssen, hindert uns, für den Bauern etwas zu tun. Lockern Sie den Konsumentenschutz — ich möchte das außer jede Diskussion und Kritik stellen —, so werden ungezählte Millionen an zusätzlicher Belastung auf den Konsumenten fallen. Meine Frage lautet nur: Wieviel — die Ziffern werden Sie sicher genau kennen — wird davon den landwirtschaftlichen Arbeitern und wieviel wird davon den Bauern zugute kommen, denn sie sind alle davon betroffen? Sicher

werden es Ziffern sein, die interessant sind; aber sie sind für uns wesentlich, wenn wir die Situation in der Landwirtschaft einigermaßen objektiv durchleuchten wollen.

Wir reden von der 40 Stunden-Woche. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß beim Kapitel Landwirtschaft niemand von der 40 Stunden-Woche zu reden angefangen hat. Ich möchte aber in diesem Zusammenhang fragen: Glauben Sie denn, daß ein bäuerlicher Hof wirklich mit der 40 Stunden-Woche zu führen ist? Ich glaube, daß das jeder Bauer verneinen wird. Es erhebt sich allerdings die Frage, ob wir auf der 40 Stunden-Woche kalkulieren. Ich halte es für ausgeschlossen, daß man am bäuerlichen Hof die 40 Stunden-Woche einführen kann. Vielleicht ist es in Jahrzehnten durchführbar, aber derzeit nicht. Natürlich muß die Kalkulation unter den gleichen Gesichtspunkten erfolgen — das ist eine Selbstverständlichkeit — wie bei den übrigen leistenden Österreichern, seien es Selbständige oder Unselbständige. Herr Bundesminister! Hier wurde nicht einmal der Versuch gemacht, dem Bauernstande etwas mehr Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen.

Ich möchte zu diesem Thema noch eine Frage aufwerfen, die zum Gebiet der Landesverteidigung führt. Ich darf hier als Vergleich die so oft zitierte, ebenfalls neutrale Schweiz erwähnen, die auf dem Gebiet der Bevorratung, glaube ich, zumindest für uns ziemlich beispielgebend vorangegangen ist.

Herr Minister, meine Frage ist: Was ist bisher real geschehen, und was ist dazu beabsichtigt? Denn die Bevorratung ist nicht nur vom Standpunkt der Landesverteidigung interessant, sondern sie ist auch vom Standpunkt der Landwirtschaft sehr interessant. Die wechselnden Produktionsergebnisse können hier einigermaßen angepaßt und aufgefangen werden. Bei Überproduktion kann es Interventionskäufe geben, bei Verknappung können Verkäufe getätigt werden. Ich spreche ganz offen aus, daß die Lagerungskosten einer solchen Bevorratung natürlich nicht etwa unter irgendwelchen Agrarziffern aufscheinen dürfen, sondern das sind echte Ziffern, die als Verteidigungsmaßnahmen in ein anderes Ressort zu überstellen sind.

Meine letzte Frage betrifft die Einheitswerte. Welche Absicht besteht in der Regierung hinsichtlich der Einheitswerte? Es soll ein Schreiben des Bundeskanzleramtes existieren, wonach die Einheitswerte für die Landwirtschaft gehoben und für die Forstwirtschaft gesenkt werden sollen. Bevor ich nicht weiß, ob diese Information überhaupt richtig ist, möchte ich mich nicht ausführlicher darüber

Zeillinger

unterhalten, weil das ein Problem darstellt, bei dem man sich stundenlang über seine Folgerungen und Weiterungen unterhalten müßte. Für die Österreichischen Bundesforste, die die größten Waldbesitzer sind und in roten Ziffern stecken, ist das sehr interessant. Aber wenn ich nur daran erinnere, daß im bäuerlichen Bereich ungefähr 15 Steuern und Abgaben — bei der Kirchensteuer angefangen — an den Einheitswert gebunden sind, so ist natürlich eine derartige Maßnahme, die bei der Landwirtschaft zu einer Anhebung der Einheitswerte, bei der Forstwirtschaft zu einer Senkung der Einheitswerte führen soll, von größter Bedeutung.

Ich darf Sie, Herr Minister, bitten, hier dem Hohen Hause mitzuteilen — da wir in den nächsten Monaten nicht mehr oft Gelegenheit haben werden, über diese Frage zu diskutieren —, welche Absichten darüber in der Bundesregierung bestehen beziehungsweise ob es richtig ist, daß ein derartiges Schreiben vom Bundeskanzleramt an die Interessenorganisationen bereits hinausgegangen ist, um eine Stellungnahme zu erhalten.

Meine Damen und Herren, die in der Landwirtschaft tätig sind! Ich darf immer wieder daran erinnern, daß es kaum einen Berufsstand gibt, der so stark in diesem Hohen Hause vertreten ist wie der bäuerliche mit 31 Abgeordneten. Ich muß allerdings als Nichtbauer feststellen, daß die Bauernpolitik, die bisher in diesem Hause gemacht wurde, nicht immer für die Bauern so erfolgreich war, wie es heute hier von einzelnen Regierungssprechern dargelegt wurde.

Sie werden nicht erwarten, daß wir Freiheitlichen uns hier dem allgemeinen Dank anschließen. Aber ich glaube, Sie werden zugeben, daß unsere Diskussionsbeiträge objektiv waren und daß wir uns bemühen, hier Aufklärung zu bekommen. Ich darf Ihnen aber auf der anderen Seite sagen, daß wir den Optimismus des Bauernbundes — das hat jetzt gar nichts mit der Wahl zu tun — hinsichtlich der Lage in der Landwirtschaft nicht teilen. Ich will hier zum Abschluß gar nicht die Frage des Denkkzettels vom 1. März aufwerfen. Die Situation in der Landwirtschaft ist viel zu ernst, um sich hier damit begnügen zu können, vom Herrn Bundeskanzler bis zum Herrn Landwirtschaftsminister — womöglich mit Handkuß an die Frau Gemahlin — ununterbrochen zu danken und in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, es wäre in der Landwirtschaft alles in Ordnung. Es ist nicht das Versagen des Mannes, der das Ministerium jetzt innehat, sondern es ist eine Situation. Diese Situation sollen wir, so wie es der Herr Minister in seinem Bericht teilweise getan hat, nüchtern

beurteilen und sollen uns nicht — wie es leider Gottes die Bauernbundvertreter machen — in einen Optimismus hineinsteigern, der dazu geführt hat und natürlich dazu führen muß, daß der Minister sagt: Es ist ohnedies alles in Ordnung. Hier brauche ich nichts mehr zu unternehmen, hier braucht die Regierung keine weiteren Anstrengungen zu machen.

Meine Damen und Herren! Wenn für die Bauern zuwenig geschehen ist — und ich glaube, daß es diese Meinung auch in Ihren politischen Reihen unter den Bauern geben wird —, dann ist der Optimismus des Bauernbundes, diese Selbstbeweihräucherung nicht gerechtfertigt. Alle anderen Berufsvertreter — das wollen wir einmal ganz offen sagen —, zum Beispiel die ÖAAB-Leute, sind wesentlich vorsichtiger, um nicht zu sagen geschickter und politischer in ihrer Beweihräucherung. Jedes Jahr beweihräuchern Sie sich und das Ministerium und erwecken einen Optimismus, der durch und durch unbegründet ist.

Nicht nur aus der Sorge um die Landwirtschaft, sondern weil wir auch die Politik der Bundesregierung ablehnen, werden wir auch gegen dieses Budgetkapitel stimmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. *(Zwischenruf des Abg. Zeillinger.)* Ich bin am Wort, Herr Abgeordneter! Wir kommen zur A b s t i m m u n g. Die Abstimmung werde ich über beide Punkte getrennt vornehmen.

Wir gelangen zuerst zur Abstimmung über den Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Plan 1970) samt Beilage.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters beitreten, den gegenständlichen Bericht der Bundesregierung zur Kenntnis zu nehmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Mehrheit. Ist a n g e n o m m e n.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Beratungsgruppe VIII. Diese umfaßt Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft, Kapitel 62: Preisausgleiche, Kapitel 77: Österreichische Bundesforste.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Kapitel in der Fassung der Regierungsvorlage ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Mehrheit. Ist auch a n g e n o m m e n.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den A n t r a g, die Verhandlungen über

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner

den Bundesvoranschlag für das Jahr 1970 nach Abstimmung über die Beratungsgruppe VIII, Land- und Forstwirtschaft, gemäß § 46 Abs. 6 Geschäftsordnungsgesetz zu v e r t a g e n.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vertagungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist einstimmig a n g e n o m m e n.

Die Tagesordnung ist e r s c h ö p f t.

Die n ä c h s t e Sitzung berufe ich für morgen, Donnerstag, den 11. Dezember, um 11 Uhr ein.

Diese Sitzung findet zur Abhaltung einer Fragestunde statt. Außerdem erfolgen allfällige in der Geschäftsordnung vorgesehene Verlautbarungen des Präsidenten.

Die heutige Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Schluß der Sitzung: 18 Uhr 20 Minuten